

# SCHWEIZER PERSONAL VORSORGE

# PREVOYANCE PROFESSIONNELLE SUISSE

Mit Schwerpunkt  
zu kantonalen  
Pensionskassen

Seite/Page 5 – 15

Avec un focus sur  
les caisses de pensions  
cantonales



## Wohlerworbene Rechte Les droits acquis

Langfristig denken, taktisch entscheiden

Seite 25

COVID-19: défis et enseignements

Page 88



vps.epas

Wissen vermitteln.  
Menschen vernetzen.

## Private Assets - Zugang zu spezialisierten Anlagemöglichkeiten

Wenn traditionelle Anlagen immer weniger dazu beitragen, die Ziele Ihrer Pensionskasse zu erreichen, können Private Assets (Private Equity, Private Debt, Infrastruktur, Immobilien, Insurance-Linked Securities) Gesamterträge und Portfoliodiversifizierung verbessern.

### Private Assets bei Schroders

Mit über 160 Jahren Erfahrung im Private-Assets-Segment verfügen wir über fundierte Expertise sowie signifikantes Marktvolumen in der Schweiz, um Ihrer Pensionskasse Zugang zu diesen attraktiven Assetklassen zu ermöglichen.



Private Assets gesamt rund

**42,5 Mrd. CHF<sup>1</sup>**



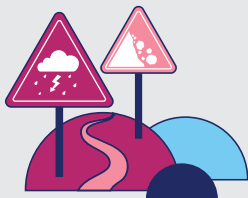
Private Equity  
(liquid and semi-liquid)

**11,2 Mrd. CHF<sup>2</sup>**



Immobilien

**21,9 Mrd. CHF<sup>3</sup>**



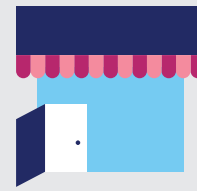
Insurance-Linked Securities

**3,3 Mrd. CHF<sup>4</sup>**



Infrastrukturfinanzierung

**2,5 Mrd. CHF<sup>5</sup>**



Private Debt

**3,6 Mrd. CHF<sup>6</sup>**

### Was wir für Ihre Pensionskasse tun können

Neben unseren eigenen Fonds bieten wir Ihnen auch Partnerschaften mit Schweizer Anlagestiftungen:

- Insurance-Linked Securities (ILS) mit der Anlagestiftung Winterthur AWI
- Globale Private Equity mit der IST Investmentstiftung
- Immobilien Europa Direkt (IED) mit der Zürich Anlagestiftung - Zurich Invest AG

<sup>1, 3, 4, 5</sup> Quelle: Schroders, Stand 31.12.2019

<sup>2</sup> Quelle: Schroder Adveq, Stand 31.12. 2019

<sup>6</sup> Quelle: Schroders per 31.12.2019. Illiquide Strategie von BlueOrchard, Securitised Credit (FOCUS I) und Schroder Adveq

# Insurance-Linked Securities (ILS)

## Das Risiko, das auch in Zeiten gestresster Märkte unabhängig bleibt



Ein schwieriges Umfeld für traditionelle Anlageklassen bietet interessante Opportunitäten für weniger korrelierte Anlagewerte wie zum Beispiel für Insurance-linked Securities (ILS), also versicherungsbezogene Anlagen. Beat Holliger, Head of Product Management für ILS, sagt, wie dieser Markt funktioniert und was ihn attraktiv macht.

**Beat Holliger, die Welt scheint krisenanfällig wie schon lange nicht mehr: Coronavirus, Börsencrash, politische Instabilitäten, Naturkatastrophen. Da kommen versicherungsbezogene Anlagen gerade richtig!**

**Beat Holliger:** Bei ILS müssen wir die Krisen und ihre Ursachen differenzieren. Wichtig ist zu wissen, dass die Wertentwicklung von ILS massgeblich von zerstörerischen Naturereignissen und nicht von Krisen in Volkswirtschaften oder Industriezweigen beeinflusst werden. Wir sprechen also zum Beispiel von Erdbeben, Windstürmen oder Flutkatastrophen.

### Warum diese Differenzierung?

Sie führt dazu, dass die Wertentwicklung von ILS nicht mit traditionellen Anlageklassen korreliert, deren Renditen mit der Entwicklung eines Unternehmens, von Volkswirtschaften oder geopolitischen Spannungen eng verknüpft sind. Dieser Diversifikationsvorteil macht ILS für viele Anleger interessant.

### Was genau sind Insurance-linked Securities?

Mit Insurance-linked Securities werden Versicherungsrisiken als festverzinsliche Wertpapiere verbrieft (z.B. in Form von Katastrophenanleihen, auch Cat Bonds) und am Kapitalmarkt gehandelt oder mittels besicherten Versicherungslösungen transferiert.

### Für wen eignen sich demnach ILS?

ILS sind strukturierte Kapitallösungen und eignen sich für Anleger als Alternativen zur Portfoliodiversifikation mittels Beimischung von unkorrelierten Risiken. Dies erlaubt, je nach Grad der Beimischung, die erwartete Rendite des Portfolios zu erhöhen und gleichzeitig dessen Volatilität zu reduzieren. Anlagen in ILS

sind für schweizerische Pensionskassen von der OAK BV ausdrücklich erlaubt.

### Und wie unterscheiden sich ILS von Unternehmens- oder Staatsanleihen?

Im Gegensatz zu solchen Anleihen sind ILS dem Kreditrisiko des Emittenten nicht direkt ausgesetzt. Den Zugriff auf das Risiko erhalten Anleger über eine Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle, SPV). Der Käufer des Versicherungsschutzes gibt Risiken über ein SPV mittels Anleihen der besicherten Versicherungsverträge an die Anleger weiter. Diese sind mit Sicherheiten unterlegt, die von Anlegern an die Zweckgesellschaft bei Deckungsbeginn gezahlt werden. Bei Schadeneintritt wird der Deckungskäufer aus dem SPV entschädigt oder nach Vertragsablauf dem Anleger zurückbezahlt. Unterlässt der Deckungskäufer die Prämienzahlungen, erlischt die Deckung.

### Wie funktioniert der Markt für die ILS-Anlageklasse?

Der bekannteste Bereich des ILS-Markts sind die Katastrophenanleihen (Cat Bonds). Diese Instrumente sind handelbar und weisen in der Regel eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren auf. Allerdings besteht der ILS-Markt, dessen Wert auf knapp unter 100 Mrd. US-Dollar geschätzt wird, nur zu etwa einem Drittel aus Cat Bonds.

### Und die anderen zwei Drittel?

Die anderen zwei Drittel sind nicht handelbare besicherte Rückversicherungsverträge. Diese Instrumente machen es erforderlich, dass Manager die Risiken selbst modellieren. Einen Sekundärmarkt gibt es nicht.

### Inwiefern werden ILS vom Coronavirus (COVID-19) beeinträchtigt?

Der Ausbruch des Virus hat zu erheblichen Korrekturen an den Aktien-, Rohstoff- und Obligationenmärkten geführt. Die ILS-Anlageklasse generell und unsere Strategien im Speziellen behaupten sich in diesem Umfeld sehr gut. Die genannten Vorteile von ILS werden somit wieder deutlich. Ein Teil der Anlageklasse deckt zwar auch Lebensrisiken ab, wir gehen jedoch derzeit davon aus, dass die Auswirkungen des Virus auf unsere Strategien limitiert ist.

### Wo gibt es derzeit Chancen am ILS-Markt?

Aufgrund von Preissteigerungen sind die Renditen auf Naturgefahren-fokussierte ILS-Produkte derzeit so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Wir erwarten anhaltende Ratenerhöhungen, was ILS als Anlageklasse – auch vor dem Hintergrund des momentanen Umfelds – besonders attraktiv macht. Mit unseren Experten gehören wir von Schroders zu den führenden institutionellen Anbietern von ILS-Anlagestrategien und verfügen über eine ausgewiesene Palette von Fonds und massgeschneiderten Mandaten.

## Schroder Investment Management (Switzerland) AG

Central 2, 8001 Zürich

T +41 44 250 12 10

[schroders.ch/ils](https://www.schroders.ch/ils)

[andrea.barmettler@schroders.com](mailto:andrea.barmettler@schroders.com)

**Wichtige Hinweise:** Nur für professionelle Investoren. Dieses Material eignet sich nicht für Retail-Kunden.

Diese Präsentation dient nur zu Informationszwecken sowie zum ausschliesslichen und exklusiven Gebrauch des Empfängers. Die hierin geäusserten Ansichten und Meinungen stammen von Schroder Investment Management (Switzerland) AG. Sie können sich ohne vorzeitige Ankündigung ändern und stellen nicht notwendigerweise die in anderen Mitteilungen oder Strategien von Schroders ausgedrückten oder aufgeführten Ansichten dar. Dieses Material stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten dar. Die Angaben in diesem Dokument sind weder als rechtliche, buchhalterische oder steuerliche Beratung noch als Anlageempfehlung zu verstehen und sollten daher nicht für diese Zwecke herangezogen werden. Individuelle Investitions- und/oder Strategieentscheidungen sollten nicht auf Basis der Ansichten und Informationen in diesem Dokument erfolgen. Nach bestem Wissen wird angenommen, dass alle in diesem Dokument aufgeführten Informationen – auch von externen Quellen – zuverlässig sind, Schroders übernimmt jedoch keine Gewähr für ihre Richtigkeit oder Vollständigkeit. Externe Daten sind Eigentum oder Lizenzobjekt des Datenlieferanten und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht reproduziert, extrahiert oder zu anderen Zwecken genutzt bzw. weiterverarbeitet werden. Externe Daten werden ohne jegliche Garantien zur Verfügung gestellt. Der Datenlieferant und der Herausgeber des Dokuments haften in keiner Weise für externe Daten. Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist kein Massstab für zukünftige Ergebnisse. Der Wert der Anlagen und der damit erzielten Erträge kann sowohl steigen als auch fallen. Unter Umständen erhalten die Anleger den ursprünglich investierten Betrag nicht in vollem Umfang zurück. Änderungen des Währungskurses können dazu führen, dass der Wert von Anlagen im Ausland steigt oder fällt. Diese Präsentation darf weder im Ganzen noch zum Teil ohne schriftliche Zustimmung von Schroder Investment Management (Switzerland)AG wiedergegeben, kopiert, verteilt oder auf andere Weise an eine Drittpartei übertragen werden.

Herausgegeben von Schroder Investment Management (Switzerland) AG, Central 2, CH-8001 Zürich. Zugelassen von und unter der Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA.

Third Party Data Disclaimer: Externe Daten sind Eigentum oder Lizenzobjekt des Datenlieferanten und dürfen ohne dessen Zustimmung nicht reproduziert, extrahiert oder zu anderen Zwecken genutzt bzw. weiterverarbeitet werden. Externe Daten werden ohne jegliche Garantien zur Verfügung gestellt. Der Datenlieferant und der Herausgeber des Dokuments haften in keiner Weise für externe Daten. Der Verkaufsprospekt bzw. [www.schroders.ch](http://www.schroders.ch) enthalten weitere Haftungsausschlüsse in Bezug auf externe Daten. 419868

# Investors Life

**Für alle Anleger, die gerne mit verantwortungsvollen Partnern zusammenarbeiten:** Seit über 160 Jahren verfolgen wir eine langfristige und risikobasierte Anlagephilosophie. Damit auch das Renditepotenzial langfristig gesteigert werden kann, gehört eine umfassende Beurteilung von Risiken und Renditen dazu. Für eine selbstbestimmte Anlagestrategie und finanzielle Zuversicht.

**SwissLife**   
Asset Managers





**Judith Yenigün-Fischer**  
Redaktorin  
«Schweizer Personalvorsorge»

## Gute Lektüre daheim

Wahrscheinlich – und leider auch hoffentlich – befinden sich viele unserer Leser gerade daheim, im Home-Office oder in Quarantäne, um möglichst soziale Kontakte zu vermeiden.

Zahlreiche Weiterbildungen und Events in der beruflichen Vorsorge mussten abgesagt werden. Immerhin dürfen wir aber noch Bücher und Zeitschriften lesen, nachdem wir die Hände gut gewaschen haben.

Diese Zeiten sind eine Herausforderung für uns alle. Jeden Tag sind wir mit neuen Fragen und auch neuen Antworten konfrontiert. Vielleicht müssen wir uns einfach damit abfinden, dass absolute Sicherheit und Kontrolle unmöglich sind, in jedem Bereich. Und versuchen, das Beste aus der Situation zu machen.

Nun bekommt auch die Solidarität eine andere Bedeutung. Junge müssen dafür sorgen, dass sich die Sterblichkeit der Älteren nicht erhöht. Gesunde müssen Risikogruppen schützen. Reiche können Armen helfen. Jeder einzelne von uns muss alles dafür tun, das Ganze zu schützen. Und eben darum, statt den Frühling draussen mit Freunden zu geniessen, lieber daheim sitzen und nachlesen, was wohlerworbene Rechte sind.

A propos Wohl – wir hoffen Sie sind und bleiben wohlauf. |

## Bonne lecture chez vous

Beaucoup de nos lecteurs – du moins nous l'espérons, hélas – travaillent chez eux maintenant ou sont en quarantaine pour éviter tous contacts sociaux.

Les formations continues et autres événements de la prévoyance professionnelle ont tous été annulés. Heureusement qu'il nous reste les livres et les journaux que nous avons encore le droit de lire – après nous être soigneusement lavé les mains, bien entendu.

Ce que nous vivons actuellement est un grand défi pour nous tous. Chaque jour, nous sommes confrontés à de nouvelles questions et aussi à de nouvelles réponses. Peut-être devons-nous simplement accepter que la sécurité absolue n'existe pas, comprendre qu'il est impossible d'avoir toujours tout sous contrôle dans tous les domaines, et essayer de tirer le meilleur parti de la situation.

La solidarité prend aussi subitement un tout autre sens. Les jeunes doivent veiller à ne pas exposer leurs aînés au danger mortel que représente le coronavirus pour eux. Les personnes en bonne santé doivent protéger les groupes à risque. Les riches peuvent aider les pauvres. Chacun de nous doit tout faire pour le bien-être collectif. Et c'est pour cette raison qu'au lieu de célébrer le printemps en plein air avec des amis, nous nous cantonnons chez nous et nous plongeons dans un article sur ce que sont les droits acquis.

Nous espérons que vous allez bien. Prenez soin de vous et restez en pleine forme. |



# Nachhaltig investieren. Überhaupt kein Sprung ins kalte Wasser.

**Sichern Sie sich kostengünstig Zugriff auf unsere vollständig ESG-integrierten, globalen Strategien.**

Nachhaltiges Investieren ist eine gute Sache. Aber wo soll man anfangen, ohne Abstriche bei der Rendite zu machen? Mit unseren ESG-integrierten Strategien bieten wir Anlegern kostengünstig Zugriff auf hochwertige Unternehmen, die alle globalen ESG-Kriterien erfüllen. So wollen wir bei geringer Volatilität langfristiges, nachhaltiges Wachstum ermöglichen und es Ihnen leichter machen, in eine bessere Zukunft zu investieren.

Anlagen enthalten Risiken, einschliesslich Kapitalverlust.

**ERFAHREN SIE MEHR:**

+41 58 360 79 00  
INSTICLIENTSERVICE\_CH@AXA-IM.COM

[WWW.AXA-IM.CH/RI](http://WWW.AXA-IM.CH/RI)



## 43–77

## AKZENT / ACCENT

## Wohlerworbene Rechte

## Les droits acquis

## EDITORIAL

- 01 Gute Lektüre daheim  
*Judith Yenigün-Fischer*

## AKTUELL

- 05 Kantonale Pensionskassen: Jäher  
Unterbruch des Aufwärtstrends  
*Anne Yammine*
- 13 Werdegang der Neuenburger  
Pensionskasse prévoyance.ne:  
Ein komplexer Prozess  
*Anne Yammine*
- 21 Jede Krise ist anders  
*Grafik des Monats*
- 25 Langfristig denken, taktisch entscheiden  
*Interview mit Stefan Beiner*
- 26  BVG-Reform: Kampf der Ideen  
*Gregor Gubser*
- 33 Plädoyer von ASIP & Co.  
für eine BVG-Einheitskasse  
*Kommentar von Aldo Ferrari*

## AUS DEM BUNDESHAUS

- 35 Säule 3a – Sparvehikel oder Steuersparvehikel?  
*Claude Chatelain*

## PRESSESPIEGEL

- 41 Aus dem Tritt  
*Claudio Zemp*

## INDIZES

- 79 Die Börse von Lagos  
*Kaspar Hohler*

## IMMOBILIEN

- 81 Nachhaltigkeit bei Immobilien:  
Der ganze Lebenszyklus zählt  
*Stephanie Monnier, Stefan Schädle*

## PENSIONSKASSENPORTRÄT

- 86 PKG Pensionskasse  
87 Solidaritäten, aber mit Grenzen  
*Interview mit Peter Marending*

## RECHTSFRAGEN

- 91 COVID-19: Herausforderungen und  
Erkenntnisse für die Vorsorgewelt  
*Anne Troillet, Céline Moullet*
- 94 Fallstricke bei Unfalltaggeldern  
*Yolanda Müller*
- 99 Compliance beim Datenschutz  
*Christoph Stutz, David Vasella*

## LESERSERVICE

- 95 Stelleninserat
- 96 Fachliteratur
- 104 Vorschau/Impressum


## EDITORIAL

- 01 Bonne lecture chez vous  
*Judith Yenigün-Fischer*

## ACTUEL

- 08 Caisses de pensions cantonales: un arrêt brutal de l'ascension  
*Anne Yammine*
- 10 La naissance et la consolidation de prévoyance.ne:  
un processus complexe  
*Anne Yammine*
- 18 Taux d'intérêt négatifs en Suisse:  
malédiction ou bénédiction?  
*Geneviève Brunet*
- 19 «Elargir le débat à d'autres instruments  
de politique monétaire»  
*Interview avec Philippe Bacchetta*

- 21 Chaque crise est différente  
*Graphique du mois*

- 23 Le besoin d'information augmente  
*Interview avec Alexander von Allmen*
- 27  Réforme LPP: la guerre des idées  
*Gregor Gubser*

- 30 Actualités en Suisse Romande:  
l'information en temps de coronavirus  
*Geneviève Brunet*

- 31 Plaidoyer de l'ASIP & Co pour la caisse unique LPP  
*Commentaire de Aldo Ferrari*

## DU PALAIS FEDERAL

- 37 Le pilier 3a – un véhicule d'épargne ou  
un véhicule d'épargne fiscale?  
*Claude Chatelain*

## ECHOS DE PRESSE

- 39 Trébuchements  
*Claudio Zemp*

## INDICES

- 79 La bourse de Lagos  
*Kaspar Hohler*

## IMMOBILIER

- 83 La durabilité de l'immobilier:  
l'ensemble du cycle de vie compte  
*Stephanie Monnier, Stefan Schädle*

## QUESTIONS DE DROIT

- 88 COVID-19: défis et enseignements pour les acteurs  
de la prévoyance  
*Anne Troillet, Céline Moullet*

- 97 Embûche concernant les indemnités journalières d'accident  
*Yolanda Müller*

- 102 Compliance en matière de protection des données  
*Christoph Stutz, David Vasella*

## Stiftungsräte/Conseils de fondation

Die grünen Artikel richten sich speziell an  
Führungsorgane von Vorsorgeeinrichtungen

 [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

Zum Thema kantonale Pensions-  
kassen finden Sie auf [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)  
einen weiteren Artikel und  
ergänzende Grafiken.

Sur le thème des caisses de  
pensions cantonales, vous  
trouverez un autre article et  
des graphiques complémentaires  
sur [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)





# ACTIVE IS: GEMEINSAM MIT DER ALLIANZ IN PRIVATE MARKETS INVESTIEREN

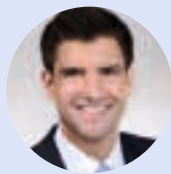
Seit über 15 Jahren investiert die Allianz als einer der weltweit grössten Versicherer Versicherungs- und Pensionsgelder direkt und indirekt in alternative Anlagen und Private Market-Anlagen wie Infrastruktur, Erneuerbare Energien und Private Debt. Um diesen Anlagebereich noch weiter auszubauen, hat die Allianz ihn seit 2012 für Drittinvestoren geöffnet. Mit Allianz Global Investors steht Ihnen ein kompetenter Partner zur Seite, mit dem Sie auch in diese Märkte investieren können. Unser Know-how wurde 2018 mit der Eingliederung von Allianz Capital Partners weiter ausgebaut.

Sie wollen mehr dazu erfahren? Dann sprechen Sie uns an!



Michael Schütze

Leiter  
Institutionelle Kunden, Schweiz  
Michael.Schuetze@allianzgi.com  
Tel.: +41 44 206 44 70



Philippe Sudan

Kundenbetreuer  
Institutionelle Kunden, Schweiz  
Philippe.Sudan@allianzgi.com  
Tel.: +41 44 206 44 91



Für mehr Informationen: [ch.allianzgi.com/privatemarkets](https://ch.allianzgi.com/privatemarkets)

---

Investitionen in Private Markets und Real Assets sind sehr illiquide und nur für qualifizierte/ professionelle Investoren geeignet, die eine langfristige Anlagestrategie verfolgen.

---

Investieren birgt Risiken. Der Wert einer Anlage und Erträge daraus können sinken oder steigen. Investoren erhalten den investierten Betrag gegebenenfalls nicht in voller Höhe zurück. Dies ist eine Marketingmitteilung, herausgegeben von Allianz Global Investors (Schweiz) AG, einer 100%igen Tochtergesellschaft der Allianz Global Investors GmbH. Stand: Januar 2020. AD\_1070188

**Allianz**   
Global Investors

Kantonale Pensionskassen

# Jäher Unterbruch des Aufwärtstrends

Nach einem überragenden Börsenjahr bilanzieren die 27 kantonalen Pensionskassen per Ende 2019 deutlich besser als Ende 2018, als die Börse im Dezember stark einbrach. Die vollkapitalisierten Kassen konnten Wertschwankungsreserven äufnen respektive ausbauen und die teilkapitalisierten befanden sich gut aufgestellt bis Anfang Februar dieses Jahrs auf dem Wachstumspfad.

## IN KÜRZE

Die massgebenden Eckwerte – wie Deckungsgrad und Netto-performance – erhöhten sich deutlich. Auch die Verzinsung der Altersguthaben der aktiven Versicherten fiel höher aus als erwartet. Einzig der technische Zins und der Umwandlungssatz zeigen nach wie vor nach unten.

Sie werden denken, welch ein alter Zopf sind die Eckwerte der kantonalen Pensionskassen per Ende 2019 heute. Hat sich doch im Frühjahr 2020 im Auge der Corona-Pandemie das Blatt furchterregend gewendet. Und doch hat die Auseinandersetzung mit den letztjährigen Bilanzen ihre Berechtigung. Wir zeigen Ihnen im Folgenden, was wir herausgefunden haben (für eilige Lesende, siehe Kasten zu den fünf Erkenntnissen, Seite 6). Einmal mehr haben wir eine Vielzahl von Variablen bei den Kassenleitenden erhoben. Die Tabelle in dieser Ausgabe bleibt in bewährter Manier gleich wie im letzten Jahr. Eine detailliertere Tabelle stellen wir zeitgleich im Web ([www.vps.epas.ch/news](http://www.vps.epas.ch/news)) zur Verfügung. Neu hinzugekommen sind dabei die technischen Verwaltungskosten pro Destinatär.

### Deutlich höhere Deckung

Der Mittelwert aller Deckungsgrade der 27 kantonalen Pensionskassen ist per Ende 2019 von 91.8 Prozent (Ende 2018) auf 98 Prozent angestiegen. Der Deckungsgrad aller elf kantonalen Pensionskassen in Teilkapitalisierung beträgt per Ende 2019 im Mittel 83.2 Prozent. Rein rechnerisch gesehen, könnte man hier vereinfachend sagen, dass das Fernziel der Teilkapitalisierung von 80 Prozent bereits erreicht wurde. Der Deckungsgrad der Kassen in Vollkapitalisierung beträgt per Ende 2019 107.3 Prozent. Im Schnitt verfügen diese Kassen über eine Wertschwankungsreserve (WSR) von gut 7 Prozent.

### Deckung der teilkapitalisierten Kassen

An der Spitze der Kassen in Teilkapitalisierung hat Zug – wie schon im Vorjahr – die anderen mit einem Deckungsgrad von 108.1 Prozent abgehängt. Es folgen die beiden Berner Kassen mit 94.6 Prozent für die Bernische Pensionskasse respektive 96 Prozent für die Bernische Lehrerversicherungskasse. Dies bei technischen Zinssätzen von je 2 Prozent. Beide Kassen zielen darauf ab, 2034 in die Vollkapitalisierung zu wechseln. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Zudem müssten die beiden Berner Kassen bis dahin auch ausreichende Wertschwankungsreserven geäufnet haben.

Deutlich darunter liegt mit 83.1 Prozent Deckung das Wallis. Darauf folgt der im Zuge der Sanierung seiner Kasse streikgebeutelte Kanton Freiburg mit 79.5-prozentiger Deckung. Am untersten Ende der Skala liegt – mit deutlichem Abstand wie auch per Ende 2018 – die Genfer Kasse mit 53.8 Prozent Deckung. Sie ist die einzige Kasse, die an Deckung verliert, und zwar 4.2 Prozentpunkte. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie seit Anfang 2019 ihren technischen Zins um 0.5 Prozent gesenkt hat.

Ausser Konkurrenz läuft auch dieses Mal die Pensionskasse Basel Stadt (PKBS) mit einem konsolidierten Deckungsgrad von 105.2 Prozent. Bei dieser Sammeleinrichtung, die teil- und vollkapitalisierte Vorsorgewerke vereint, verzeichneten per Ende 2019 alle Vorsorgewerke, das heisst auch die teilkapitalisierten, im Schnitt einen Deckungsgrad von über 100 Prozent.



Anne Yammine  
lic. phil. I,

Redaktorin «Schweizer Personalvorsorge»



### Deckung der vollkapitalisierten Kassen

Alle 16 Kassen in Vollkapitalisierung stehen in diesem Jahr bei über 100 Prozent Deckung, wobei es die Zürcher BVK mit 100.5 Prozent nur knapp schafft. Im Vorjahr verharrten noch fünf Kassen unter 100 Prozent. Per Ende 2019 haben die Spitzenreiter Nidwalden und Appenzell Ausserrhoden die Plätze getauscht. Neu führt Appenzell Ausserrhoden die Liste mit 113.5 Prozent an. Schaffhausen hat es unter die ersten drei geschafft. Die Kasse verzeichnet einen Deckungsgrad von 110.9 Prozent. Die letztjährige Dritte, Appenzell Innerrhoden, folgt auf Position vier mit 110 Prozent.

Die hintersten Positionen, noch vor der BVK, belegen Graubünden mit 103.4 Prozent und der Thurgau mit 102.6 Prozent. St. Gallen – der Kanton, der im Vorjahr das Schlusslicht bildete – hat sich mit einer Deckung von 103.75 Prozent auf den «Relegationsplatz» gemauert. Die St. Galler haben 2019 beinahe 10 Prozentpunkte gutgemacht.

### Performance deutlich im Plus

Alle kantonalen VE verzeichnen 2019 eine starke Performance. An dieser Stelle sei nochmals auf die gegenwärtige Krise hingewiesen, die die führenden Aktienindizes dieser Welt teilweise mehr als 20 Prozent tauchen liess. Wir werden uns Ende dieses Jahrs mit ähnlichen Per-

formancezahlen wie Ende 2018 oder gar noch tieferen herumschlagen müssen. Augurieren ist müssig, aber wir leben in schwierigen Zeiten, da kann eine nüchterne Betrachtungsweise nicht schaden. Von Positivem lassen wir uns aber gerne überraschen. An dieser Stelle versprechen wir Ihnen ein Rendez-vous fürs nächste Jahr. Wir werden gerne auch 2021 die, nach sieben Jahren Laufzeit, bald schon institutionalisierte Erhebung weiterführen.

### Technischer Zinssatz im Abwärtstrend

11 der 27 kantonalen Kassen behalten ihren technischen Zins vom Vorjahr prospektiv auch für 2020 bei. Eine Mehrheit von 16 Kassen senkt diesen um 0.25 bis 0.5 Prozent. So manche Kasse hat zudem Rückstellungen für weitere Senkungen gebildet. Der Mittelwert liegt per Anfang 2020 bei 2.02 Prozent.

Lediglich neun Kassen verzeichnen einen Wert unter 2 Prozent. Einen auffallend hohen technischen Zinssatz verzeichnet der Kanton Freiburg mit 3.25 Prozent, was ihm folgerichtig auch einen ansehnlichen Deckungsgrad von 79.5 Prozent beschert. In einem herausfordernden Sanierungsprozess begriffen, wird diese Kasse ihren technischen Zins nach unten korrigieren müssen, was den Deckungsgrad mit herunterziehen wird.

Danach folgen der Thurgau, die Waadt und das Wallis mit je 2.5 Prozent. Den tiefsten Wert weist Appenzell Innerrhoden mit 1.25 Prozent aus. Sein Nachbarkanton, Appenzell Ausserrhoden, gewährt genauso wie Zug derweil noch 1.5 Prozent. Dennoch haben alle drei Kassen hohe Deckungsgrade.

### Umwandlungssatz im Sinkflug

Die Umwandlungssätze wurden bei zehn Kassen auf dem Stand von 2018 belassen. 14 kantonale Pensionskassen senken ihren Umwandlungssatz leicht. Genauso viele Kassen planen für die kommenden Jahre weitere Absenkungen, diese sind in der Übersichtstabelle (Seite 7) in blauer Schrift angegeben. Im Tessin ist ebenfalls eine Senkung vorgesehen, die sich aber noch nicht in Zahlen fassen lässt.

2019 ist der Thurgau am radikalsten, indem er seinen Umwandlungssatz im Vergleich zum Vorjahr um 0.64 Prozentpunkte senkt. Der gesetzlich fürs obliga-

torische BVG-Guthaben vorgesehene Umwandlungssatz liegt angesichts der diversen bisher gescheiterten nationalen Reformbemühungen immer noch bei stolzen 6.8 Prozent.

Graubünden, Schwyz, Zug und das Wallis gehen sogar noch darüber, was erstaunt. Die allermeisten Kassen liegen mit ihren Umwandlungssätzen im Mittelfeld zwischen 5 und 6 Prozent. Einzig die Zürcher BVK rechnet mit einem Satz von lediglich 4.85 Prozent.

### Verzinsung aktive Versicherte höher als projiziert

Bei der Verzinsung der Altersguthaben der aktiven Versicherten per Ende 2018 entschieden fünf Kassen, die Höhe beizubehalten. Vier Kassen verzinsen per Ende 2019 effektiv tiefer. 14 erhöhten ihre Verzinsung. Das Wallis mit plus 3 Prozent sowie Uri und Zug mit je 5 Prozent Plus legten am stärksten zu. Uri vergab zur Abfederung seiner Umwandlungssatzsenkung an alle Destinatäre per Anfang 2019 eine zusätzliche Altersgutschrift, die einer Verzinsung von mindestens 4 Prozent entspricht.

16 Kassen haben ihre letztjährige Prospektion für das Jahr 2019 nach oben korrigiert, das heisst, sie verzinsen aufgrund des guten Geschäftsgangs höher. Acht Kassen blieben bei ihrer Ankündigung. Sechs Kassen projizieren für 2020 mit dem gleichen Zins wie 2019. Lediglich die drei Ostschweizer Kassen Aargau, Schaffhausen und Thurgau sehen höhere Verzinsungen vor. Alle restlichen sehen für Ende 2020 vor, den Zins für die Altersguthaben ihrer aktiven Versicherten zu senken.

### Eine kurzwährende Zufriedenheit

Der Aufwärtsschwung, der sich in den Bilanzen per Ende 2019 niedergeschlagen hat, wurde durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie jäh unterbrochen. Noch ist offen, wie es weitergeht. Wir können nur hoffen, dass die Kurse wieder nach oben korrigieren, sobald sich die Lage um das Virus etwas beruhigt hat. Es ist jedoch zu befürchten, dass die weltweite tiefgehende Krise und die darauffolgende Rezession die Bilanzen der kantonalen Kassen per Ende 2020 eintrüben werden. |

### Die fünf wichtigsten Erkenntnisse aus den aktuellen Daten

1. Die Deckungsgrade aller Kassen – bis auf Genf – sind angestiegen. Die Deckungsvorgaben wurden weitestgehend erreicht.
2. Die Nettoperformance ist im Unterschied zum Vorjahr bei allen Kassen deutlich im positiven Bereich. Der Mittelwert für 2019 beträgt 11.2 Prozent.
3. Der technische Zinssatz liegt im Mittelwert per Anfang 2020 bei 2.02 Prozent. Per Anfang 2019 lag er noch bei 2.23 Prozent.
4. Der Umwandlungssatz lag per Ende 2018 im Mittel bei 5.73 Prozent. Er bleibt im Abwärtstrend begriffen und steht per Anfang 2020 im Schnitt bei 5.65 Prozent.
5. Die Verzinsung der aktiven Versicherten lag per Ende 2019 aufgrund des guten unterjährigen Börsengangs bei 2.17 Prozent. Das sind 0.92 Prozentpunkte mehr als Ende 2018.

## Eckdaten kantonale Pensionskassen / Statistiques de référence caisses de pensions cantonales

Kanton/ Canton	Pensionskasse/ Caisse de pensions	Deckungsgrad per/Degré de couverture au 31.12. 2019	Netto- performance 2019	Techn. Zinssatz ab/Taux d'intérêt technique à partir du 1.1.2020	Umwandlungssatz im Alter 65 ab/ Taux de conversion à l'âge 65 à partir du 1.1.2020 Senkung/Abaissement	Verzinsung akt. Versicherte/Taux d'intérêt assurés act. 2019 (2020 prospektiv)
AG	Aargauische Pensionskasse*	104.90%	9.92%	2.25%	5.30%	1.00% (2020: 1.25%)
AR	Pensionskasse Appenzell Ausserrhoden	113.50%	12.40%	1.50%	6.00% (Vorjahr: 6.10%) bis 2023: 5.40%	2.00% (2020: 1.00%)
AI	Kantonale Versicherungskasse Appenzell Innerrhoden*	110.00%	11.00%	1.25%	5.80% (monatl. sinkend bis Ende 2020: 5.60%), bis 2023: 5.20%	3.50% (2020: 1.00%)
BL	Basellandschaftliche Pensionskasse	107.5% (konsoli- diert, Sammeleintr.)	11.02%	1.75%	5.40% (Vorjahr: 5.60%) bis 2022: 5.00%	0-2.50% (2020: 1-1.50%)
BS	Pensionskasse Basel-Stadt°	105.2% (konsoli- diert, Sammeleintr.)	10.91%	2.25% (Vorjahr: 2.50%)	5.44%	2.5 (2.25%) (TK) 0-2.5 (0-3.25) (VK)
BE	Bernische Pensionskasse (BPK)	94.61% (Ziel: 100% bis 2034)	12.61%	2.00%	5.79% (Vorjahr: 5.84%) bis 2024: 4.80%	4.00% (2020: 1.00%)
	Bernische Lehrer- versicherungskasse	96.00% (Ziel: 100% bis 2034)	11.85%	2.00%	5.30% ab 1.8.2020: 5.20%	2.50% (2020: 1.00%)
FR	Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg	79.50%	10.00%	3.25%	nicht anwendbar (n.a.), da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
GE	Caisse de prévoyance de l'État de Genève*	53.80%	10.30%	1.75%	n.a., da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
GL	Glarner Pensionskasse	106.70%	14.00%	1.50%	5.90% ab 2025: 5.20%	2.00% (2020: 1.00%)
GR	Pensionskasse Graubünden	103.40%	9.20%	2.00%	6.11% (Vorjahr: 6.22%) bis 2024: 5.49%	1.00% (2020: 1.00%)
JU	Caisse de pensions de la République et Canton du Jura*	72.70%	11.64%	2.00%	5.56% (Vorjahr: 5.63%) ab 2023: 5.35%	2.50% (2020: 0.00%)
LU	Luzerner Pensionskasse	106.90%	8.90%	1.75%	5.20%	1.50% (2020: 1.50%)
NE	prévoyance.ne*	74.30%	11.70%	2.25%	5.55%	2.25% (2020: 1.50%)
NW	Pensionskasse des Kantons Nidwalden*	112.50%	11.20%	2.00%	5.75% (Vorjahr: 5.90%) bis 2023: 5.30%	2.00% (2020: k. A.)
OW	Personalversicherungskasse Obwalden	108.30%	11.50%	1.75%	5.92% (Vorjahr: 6.04%) bis 2023: 5.60%	2.00% (2020: 1.00%)
SG	St. Galler Pensionskasse*	103.75%	10.97%	2.25%	5.20%	2.25% (2020: 1.00%)
SH	Pensionskasse Schaffhausen	110.90%	10.80%	2.00%	5.20%	1.50% (2020: 2.00%)
SO	Pensionskasse Kanton Solothurn	109.20%	12.40%	1.75%	5.50%	2.00% (2020: 1.00%)
SZ	Pensionskasse des Kantons Schwyz*	106.20%	9.62%	2.20% (Vorjahr: 2.40%)	6.20% bis 2022: 6.00%	1.00% (2020: 1.00%)
TG	pk.tg Pensionskasse Thurgau	102.60%	11.13%	2.50% (Vorjahr: 3.00%)	5.15% (Vorjahr: 5.79%)	0.50% (2020: 2.00%)
TI	Istituto di previdenza del Cantone Ticino*	64.90%	9.54%	2.00%	6.17%	1.00% (2020: 1.00%)
UR	Pensionskasse Uri	109.60%	10.80%	2.00% (Vorjahr: 2.25%)	5.65% (Vorjahr: 5.70%) ab 2023: 5.50%	6.00% (2020: 1.00%)
VD	Caisse de pensions de l'État de Vaud*	noch nicht verfügbar	13.60%	2.50%	n.a., da Leistungsprimat	n.a., da Leistungsprimat
VS	Pensionskasse des Staates Wallis	83.10%	11.50%	2.50%	6.57% (Vorjahr: 6.64%) bis 2026: 5.41%	4.00% (2020: 1.00%)
ZG	Zuger Pensionskasse	108.10%	13.63%	1.50%	6.20% (Vorjahr: 6.32%) bis 2022: 6.00%	6.00% (2020: 1.00%)
ZH	BVK	100.50%	11.30%	2.00%	4.84% (Vorjahr: 4.85%)	1.50% (2020: 1.50%)
<b>Mittelwerte/Moyennes</b>		<b>98.03%</b>	<b>11.24%</b>	<b>2.02%</b>	<b>5.65%</b>	<b>2.17%</b>

Die orange markierten Pensionskassen sind vollkapitalisiert (VK). Die blauen sind teilkapitalisiert (TK). °Die PKBS vereint Vorsorgewerke in TK und VK.

Les caisses en orange sont en capitalisation complète (CC), les bleues en capitalisation partielle (CP). °La PKBS réunit des œuvres de prévoyance en CC et CP.

Die mit einem \* versehenen Kassen weisen Werte auf, die noch nicht revidiert und/oder noch nicht vom obersten Organ genehmigt wurden.

Les indications des caisses marquées avec un \* n'ont pas encore été révisées et/ou n'ont pas encore été approuvées par l'organe suprême.

## Caisses de pensions cantonales

# Un arrêt brutal de l'ascension

Après une année boursière exceptionnelle, les 27 caisses de pensions cantonales affichent des bilans nettement meilleurs à fin 2019 qu'à fin 2018, où la bourse s'était effondrée en décembre. Les caisses de pensions entièrement capitalisées ont pu constituer ou étoffer leurs réserves de fluctuations de valeur et les caisses à capitalisation partielle étaient bien positionnées et sur la voie de la croissance jusqu'à début février de cette année.

## EN BREF

Les valeurs angulaires pertinentes telles que le degré de couverture ou la performance nette ont progressé de manière significative. La rémunération des avoires de vieillesse des assurés actifs a aussi dépassé les attentes. Seuls le taux d'intérêt technique et le taux de conversion restent orientés à la baisse.

Vous vous direz que les valeurs angulaires des caisses de pensions cantonales à fin 2019 sont de l'histoire ancienne après le terrible tournant pris par les événements au printemps 2020 sous le coup de la pandémie du coronavirus. Et pourtant, il vaut la peine de se pencher sur les bilans de l'an dernier. Ci-après, nous allons vous exposer les conclusions que nous en avons tirées (pour les lecteurs pressés, voir l'encadré qui fait la synthèse en cinq enseignements). Une fois de plus, nous avons recensé un grand nombre de variables auprès des directeurs de caisse. Et nous en dressons le tableau dans ce numéro selon la méthode qui a déjà fait la preuve par le passé. Un tableau plus détaillé intégrant également les coûts de l'administration technique par destinataire peut être consulté sur notre site Web ([www.vps.epas.ch/news](http://www.vps.epas.ch/news)).

### Une couverture nettement plus élevée

La valeur moyenne de tous les degrés de couverture des 27 caisses de pensions cantonales est passée de 91.8% à fin 2018 à 98% à fin 2019. Le degré de couverture des onze caisses de pensions cantonales en capitalisation partielle était de 83.2% en moyenne à la fin de 2019. Sous un angle purement arithmétique et pour simplifier on pourrait dire que l'objectif à long terme d'une capitalisation partielle de 80% a déjà été atteint. Le degré de couverture des caisses entièrement capitalisées s'établissait à 107.3% à fin 2019. En moyenne, ces caisses de pensions disposent d'une réserve de fluctuations de valeur (RFV) d'un solide 7%.

### Degré de couverture des caisses partiellement capitalisées

En tête des caisses à capitalisation partielle, Zoug fait cavalier seul, comme l'an dernier, avec un degré de couverture de 108.1%. Derrière suivent les deux caisses de pensions bernoises avec 94.6% pour la Caisse de Pension Bernoise et 96% pour la Caisse d'Assurance du Corps Enseignant Bernois, les deux affichant un taux technique de 2%. Les deux caisses visent la capitalisation complète pour 2034. Il reste encore un long chemin à parcourir avant d'en arriver là. De plus, les deux caisses de pensions devraient constituer des réserves de fluctuations de valeur suffisantes d'ici là.

Le Valais est loin derrière avec une couverture de 83.1%. Après lui vient le canton de Fribourg (79.5%), victime d'actions et de grèves à répétition dans le sillage de l'assainissement de sa caisse. Et la position de lanterne rouge revient, comme l'an dernier, à la caisse du canton de Genève qui est largement distancée avec une couverture de 53.8%. C'est aussi la seule caisse dont la couverture a diminué, en l'occurrence de 4.2 points de pourcentage. Cela pourrait être dû au fait qu'elle a réduit son taux d'intérêt technique de 0.5% depuis le début de 2019.

La caisse de pensions de Bâle-Ville (PKBS) qui participe à nouveau hors concurrence affiche un degré de couverture consolidé de 105.2%. Dans cette institution collective qui regroupe des œuvres de prévoyance partiellement et totalement capitalisées, toutes les œuvres

### Les cinq principaux enseignements ressortant des données actuelles

1. Les degrés de couverture de toutes les caisses – à l'exception de Genève – ont augmenté. Les objectifs de couverture ont été largement atteints.
2. Contrairement à l'année précédente, la performance nette est clairement positive pour toutes les caisses. La valeur moyenne pour 2019 est de 11.2%.
3. Le taux d'intérêt technique moyen au début de 2020 atteint 2.02%. Début 2019, il se situait encore à 2.23%.
4. Le taux de conversion s'établissait à 5.73% en moyenne à la fin de 2018. Il reste orienté à la baisse et avoisine 5.65% en moyenne à début 2020.
5. Un taux d'intérêt de l'ordre de 2.17% était consenti aux assurés actifs à fin 2019 en raison de la bonne évolution boursière en cours d'année. Cela représente 0.92 points de pourcentage de plus qu'à la fin de 2018.

de prévoyance, y compris celles à capitalisation partielle, avaient un taux de couverture moyen de plus de 100 % à la fin de 2019.

#### *Couverture des caisses en capitalisation complète*

Les 16 caisses en capitalisation complète affichent toutes une couverture de plus de 100% cette année, même si la BVK de Zurich passe tout juste la barre avec 100.5%. L'année dernière, on enregistrerait encore cinq caisses avec une couverture inférieure à 100%. A fin 2019, les deux leaders, Nidwald et Appenzell Rhodes-Extérieures, ont interverti leurs positions. C'est Appenzell Rhodes-Extérieures qui figure désormais en tête avec 113.5%. Schaffhouse s'est hissé dans le trio de tête grâce à un degré de couverture de 110.9%, évinçant du coup Appenzell Rhodes-Intérieures qui est retombé à la 4<sup>e</sup> place avec 110%.

En queue de peloton, mais encore avant la BVK, se retrouvent les Grisons, avec 103.4%, et la Thurgovie, avec 102.6%. Saint-Gall – le canton qui était dernier de classe en fin d'année passée – s'est installé en position de reléguable avec une couverture de 103.75%. Les Saint-Gallois ont progressé de près de 10 points de pourcentage en 2019.

#### **Des performances en nette progression**

Toutes les IP cantonales ont affiché de bons résultats en 2019. Cependant, il convient de rappeler que la crise actuelle a fait chuter les principaux indices boursiers mondiaux de plus de 20% dans certains cas. A la fin de cette année, nous allons donc être confrontés à des chiffres de performance similaires ou même inférieurs à ceux de la fin 2018. Rien ne sert d'augurer, mais nous vivons des temps difficiles et une analyse sobre de la situation est donc de mise. Si nous devons être heureusement surpris, ce sera tant mieux. Nous prenons en tout cas déjà rendez-vous avec vous pour l'an prochain. Nous poursuivrons en effet volontiers en 2021 notre enquête qui, après sept ans, peut se targuer d'être devenue une véritable institution.

#### **Des taux d'intérêt en baisse**

11 sur les 27 caisses de pensions cantonales entendent conserver leur taux d'intérêt technique de l'année précédente

pour 2020. Une majorité de caisses pratique une baisse de 0.25 à 0.5%. De nombreuses caisses ont en outre constitué des provisions dans l'anticipation de nouvelles baisses. La valeur moyenne, à début 2020, est de 2.02%.

Seulement neuf caisses enregistrent une valeur inférieure à 2%. Le canton de Fribourg a un taux d'intérêt technique remarquablement élevé de 3.25%, ce qui lui vaut logiquement aussi un taux de couverture respectable de 79.5%. Cette caisse, qui vit actuellement une procédure d'assainissement difficile, devra corriger son taux technique à la baisse et le degré de couverture va chuter dans la foulée.

Ensuite viennent la Thurgovie, le canton de Vaud et le Valais, avec 2.5% chacun. Appenzell Rhodes-Intérieures affiche la valeur la plus basse avec 1.25%. Le canton voisin, Appenzell Rhodes-Extérieures, accorde toujours 1.5%, tout comme Zoug. Les trois caisses présentent néanmoins des degrés de couverture élevés.

#### **Le taux de conversion en descente**

Dix caisses ont laissé leur taux de conversion au niveau de 2018, 14 caisses de pensions cantonales l'ont légèrement abaissé. Celles qui prévoient de nouvelles baisses dans les années à venir sont au même nombre, leur nom figure en bleu dans l'aperçu général de la page 7. Une réduction est également prévue au Tessin, mais aucun chiffre n'a encore été avancé.

En 2019, c'est la Thurgovie qui a pratiqué la baisse la plus radicale du taux de conversion (0.64 points de pourcentage par rapport à l'année précédente). Etant donné que toutes les tentatives de réforme nationale ont avorté jusqu'à présent, le taux de conversion imposé pour le régime LPP obligatoire s'établit toujours à un impressionnant 6.8%. Ce qui surprend, c'est que les Grisons, Schwyz, Zoug et le Valais vont encore au-delà. Le taux de conversion de la grande majorité des caisses se situe dans une fourchette de 5 à 6%. Seule la BVK de Zurich applique un taux de conversion de seulement 4.85%.

#### **Une rémunération d'intérêt supérieure aux prévisions pour les assurés actifs**

Cinq caisses ont décidé à fin 2018 de maintenir telle quelle la rémunération d'intérêt des avoirs de vieillesse de leurs

assurés actifs. Quatre caisses ont effectivement versé des intérêts moins élevés à fin 2019, 14 ont augmenté la rémunération d'intérêt. Le Valais avec plus 3 pour cent, ainsi que Uri et Zoug avec 4 pour cent supplémentaires respectivement, ont été les plus généreux. Pour amortir la baisse du taux de conversion, Uri a accordé à tous les destinataires une bonification de vieillesse supplémentaire à début 2019 qui équivalait à une rémunération d'intérêt d'au moins 4%.

16 caisses ont révisé à la hausse leurs prévisions de l'année dernière pour 2019 et versent un intérêt plus élevé en raison de la bonne marche des affaires. Huit caisses ont maintenu ce qu'elles avaient annoncé. Six caisses prévoient le même taux d'intérêt pour 2020 que pour 2019, seules les trois caisses de Suisse orientale: Argovie, Schaffhouse et Thurgovie, anticipent des taux d'intérêt plus élevés. Toutes les autres ont l'intention de baisser le taux d'intérêt pratiqué sur les avoirs de vieillesse de leurs assurés pour fin 2020.

#### **Une satisfaction éphémère**

L'embellie que reflétaient les bilans à fin 2019 a été gommée par la pandémie du coronavirus. Il est encore trop tôt pour augurer de la suite. On ne peut qu'espérer que les cours repartiront à la hausse quand la situation se sera un peu calmée. Il est toutefois à craindre que les bilans des caisses cantonales ne portent les traces de la grave crise mondiale et de la récession qui s'ensuivra à la fin de 2020. |

**Anne Yammine**



La naissance et la consolidation de prévoyance.ne

Caisses de  
pensions de  
droit public

# Un processus complexe

La caisse de pensions de la fonction publique du canton de Neuchâtel, prévoyance.ne, est née d'une fusion en 2010. Depuis lors, elle a procédé sur un chemin de croissance que nous retraçons ci-après.

«La consolidation des bases structurelles et la sécurité sont primordiales pour moi en tant que directeur de prévoyance.ne. La prudence compte avant tout. La santé financière de la caisse prime avant sa situation financière. Cette santé a été considérablement améliorée. Une grande partie du travail se fait derrière les coulisses et n'est pas visible dans les résultats.»

**Alain Kolonovics**, directeur de prévoyance.ne

## EN BREF

Prévoyance.ne satisfait à son chemin de croissance avec une réserve de fluctuation de valeur entièrement constituée.

En 2019, la caisse neuchâteloise a eu une très bonne année qui se reflète dans son bilan. Au début de l'année, son degré de couverture technique, selon l'art. 44 OPP 2, se trouvait à 67.6%. A fin 2019, la caisse peut communiquer un degré de couverture de 74.3%. En 2019, la caisse aura non seulement renforcé sa sécurité en reconstituant entièrement sa réserve de fluctuation de valeur (RFV), mais également provisionné pour un abaissement du taux d'intérêt technique à 1.75% (actuellement ce taux est de 2.25%). Au total, la santé financière s'est améliorée de plus d'un demi-milliard.

### Adaptations structurelles

La caisse compte 18 300 assurés actifs pour 9600 rentiers. A fin 2018, l'effectif des rentiers était de 9412. A fin 2017, leur nombre n'était que de 8866. Le changement de primauté, c'est-à-dire le passage à la primauté des cotisations a influencé le nombre des retraités: les départs en retraite ont sensiblement augmenté préalablement à la réforme du 1<sup>er</sup> janvier 2019, date de l'entrée en vigueur du changement de primauté qui a aussi singulièrement renforcé la sécurité et la capacité de pilotage de la caisse.<sup>1</sup>



**Anne Yammine**

Rédactrice  
«Prévoyance Professionnelle Suisse»

### La naissance de prévoyance.ne

En 2005, le projet de caisse unique – qui aboutira à la naissance de prévoyance.ne au début 2010 – est initié. La fusion des trois caisses fondatrices (cf. encadré, retour dans le passé, p. 12) en une seule caisse poursuivait alors trois objectifs:

- 1) Egalité de traitement entre les différentes collectivités publiques
- 2) Consolidation (principe d'assurance, solidarités)
- 3) Synergies et fusion des compétences

Les autres employeurs qui intégraient la caisse le faisaient via des conventions d'affiliation, tels que le personnel des communes, le personnel des syndicats intercommunaux et toute autre employeur pouvant fournir une garantie d'une collectivité publique à but d'intérêt public ou avec une liaison à la fonction publique du canton.

### Garantie de l'Etat et RFV

Prévoyance.ne applique le système de la capitalisation partielle selon l'art. 72a LPP. Le financement mixte est uniquement possible pour les institutions de prévoyance de droit public (IPDP) à garantie de l'Etat. Ce système comporte deux composantes:

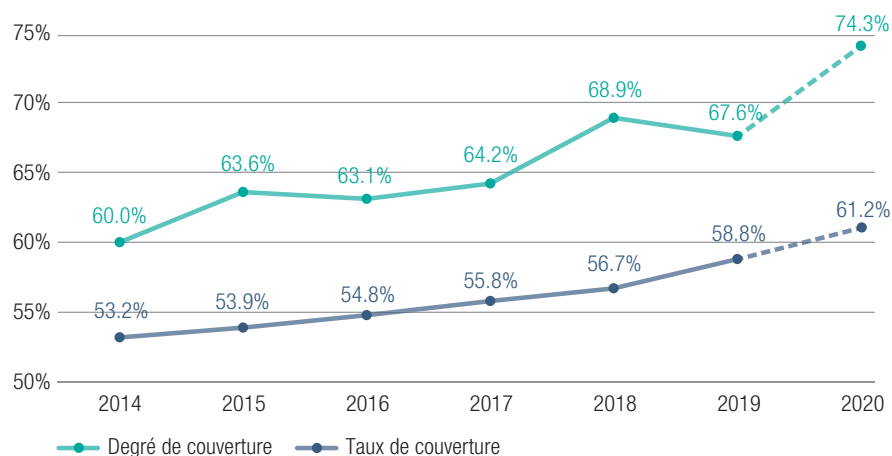
- La capitalisation (avec une forte sensibilité à l'inflation)

<sup>1</sup> Ces aspects seront approfondis dans un 2<sup>e</sup> article publié dans notre édition de mai 2020.



## Evolution du degré et du taux de couverture (2014–2020) et chiffres provisoires au 01.01.2020

Source: Rapport de gestion 2018, p. 7.



– La répartition (avec une forte sensibilité aux variations démographiques).

Par ailleurs, le système de capitalisation partielle (cf. graphique) distingue trois concepts primordiaux pour une IPDP:

- Le taux de couverture
- Le degré de couverture
- La RFV

Prévoyance.ne a gagné son autonomie en 2010 déjà – un aspect requis par la Confédération deux ans plus tard uniquement. Parallèlement à cette réforme, les IPDP devaient se donner de nouvelles bases techniques. Prévoyance.ne adopta par conséquent les bases LPP 2010.

### 2012 – Année charnière

L'exercice 2012 de la caisse peut être résumé en tant qu'année de négociation des mesures de recapitalisation. Le degré de couverture de la caisse était de 50.7% avec pour but d'atteindre 80% en 2052. Puisque les marchés boursiers fluctuent, la constitution d'une RFV était de mise. Celle-ci répond à un mécanisme simple: durant les bonnes années, la RFV augmente. La sécurité s'améliore. En baisse, on utilise la réserve pour combler le découvert parce qu'il y a des pertes.

### Recapitalisation en cours

Au 1<sup>er</sup> janvier 2014, la recapitalisation est mise en œuvre (cf. encadré sur les me-

### Glossaire

#### Degré de couverture

Selon l'art. 44 OPP 2: le rapport entre la fortune et les engagements de prévoyance (sans déduire la RFV).

#### Taux de couverture

Selon l'art. 72a LPP: le rapport entre la fortune moins la RFV et les engagements de prévoyance, l'objectif du plan de recapitalisation pour les IPDP en capitalisation partielle.

#### Réserve de fluctuation de valeur (RFV)

La différence entre le degré de couverture et le taux de couverture permet de sécuriser le chemin de recapitalisation (chemin de croissance visée) en absorbant les fluctuations des marchés financiers.

#### Recapitalisation

Au sens des nouvelles dispositions LPP: exigence d'une recapitalisation à hauteur de 80% en 40 ans et d'un plan de financement afin d'assurer un équilibre financier à long terme.

WERBUNG

PUBLICITÉ

Albin Kistler



# PRÉVOYANCE COMPÉTITIVE

Une philosophie d'investissement avérée.

Nous tenons parole.

sures de recapitalisation). Le chemin dit de croissance est alors respecté. Assurés actifs et employeurs participent à la recapitalisation par des cotisations plus élevées que ce que nécessiterait le financement du plan d'assurance.

Les activités de la caisse en 2015 sont fortement impactées par la décision de la Banque Nationale Suisse (BNS) de baisser ses taux de référence, ainsi que la volatilité prononcée des marchés. Au début 2016, la caisse suit toujours son plan de recapitalisation. Elle possède en plus des provisions nécessaires pour couvrir le coût de l'abaissement du taux technique de 3.5% à 2.25% pour les bénéficiaires de rentes.

Intervient alors une nouvelle donne, en l'occurrence la préparation d'un passage anticipé à la primauté de cotisations. Le nouveau plan de prévoyance au 01.01.2019 a singulièrement renforcé la sécurité et la capacité de pilotage (maîtrise budgétaire et adaptation à la longévité). La Caisse se porte de mieux en mieux, quand bien même la tâche et les défis restent de taille. Sa consolidation structurelle renforce son assise face aux défis majeurs et persistants que sont cet environnement de taux bas et la démographie. |

### Retour dans le passé – les dates-clés

#### 01.01.2010:

Naissance de prévoyance.ne à travers le regroupement de la Caisse de pensions (CP) de l'Etat de Neuchâtel, de la CP du personnel de la Ville de Neuchâtel et de la CP du personnel communal de la Ville de La Chaux-de-Fonds.

#### 01.01.2012:

Entrée en vigueur de la nouvelle loi sur le financement des Institutions de prévoyance de droit public (IPDP) avec un délai transitoire de mise en œuvre de deux ans. Elle prévoit:

- un objectif de degré de couverture de 80% à une échéance de 40 ans, avec des passages prévus à 60% au 01.01.2020 et à 75% au 01.01.2030
- une autonomie des CP afin d'être détachées de la structure juridique, organisationnelle et financière des administrations publiques.

#### 11.11.2013:

Plan de recapitalisation approuvé par l'autorité de surveillance (cf. encadré sur la recapitalisation).

#### 01.01.14:

Entrée en vigueur des mesures de recapitalisation.

### Mesures de recapitalisation adoptées en juin 2013

- Augmentation de l'âge de la retraite de 62 à 64 ans, compte tenu d'un régime transitoire en deux phases.
- Maintien du calcul des prestations sur la base de la moyenne des salaires dès 57 ans.
- Augmentation de la cotisation ordinaire de 2.5% des traitements (1.5% à charge des employeurs affiliés et 1.0% à charge des assurés).
- L'indexation des rentes est limitée à 50% de l'évolution de l'indice des prix à la consommation. Sur la période 2014–2018, les rentes ne seront pas indexées.
- Versement unique au 01.01.2014 d'un montant total de 270 mios de francs de la part des employeurs affiliés.
- Apport supplémentaire, au plus tôt le 01.01.2019, d'un montant total de 60 mios de francs.

WERBUNG

PUBLICITÉ

# vps.epas-Mise au point

Manifestation d'aide à la  
responsabilité propre dans le 2<sup>e</sup> pilier

Vendredi 20 novembre 2020, Yverdon-les-Bains

Informations  
et inscription sur  
[vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

Werdegang der Neuenburger Pensionskasse *prévoyance.ne*

# Ein komplexer Prozess

Öffentlich-  
rechtliche  
Pensionskasse

Die Pensionskasse für den öffentlichen Dienst des Kantons Neuenburg, *prévoyance.ne*, ist im Jahr 2010 aus einer Fusion entstanden. Seitdem befindet sie sich auf dem Wachstumspfad, den wir im Folgenden skizzieren.

«Die Konsolidierung der strukturellen Grundlagen und die Sicherheit sind für mich als Kassenleiter von grösster Bedeutung. Dabei ist Vorsicht das oberste Gebot. Was zählt, ist die effektive finanzielle Gesundheit der Kasse und nicht diejenige, die aus einer Momentaufnahme hervorgeht. Und diese Gesundheit hat sich beträchtlich verbessert. Ein Grossteil der Arbeit wird hinter den Kulissen geleistet und ist aus den Ergebnissen nicht ersichtlich.»

Alain Kolonovics, Kassenleiter *prévoyance.ne*

## IN KÜRZE

*Prévoyance.ne* bleibt dank einer vollgefüllten Wertschwankungsreserve auf dem Wachstumspfad.

2019 hatte die Neuenburger Kasse ein sehr gutes Jahr, was sich in ihrer Bilanz widerspiegelt. Zu Beginn des Jahres betrug der technische Deckungsgrad gemäss Art. 44 BVV2 67.6 Prozent. Am Jahresende konnte die Kasse einen Deckungsgrad von 74.3 Prozent vermelden. Im Jahr 2019 hat die Kasse also nicht nur ihre Sicherheit erhöht, indem sie ihre Wertschwankungsreserve (WSR) bis zum Sollbetrag geüffnet hat, sondern sie hat auch Rückstellungen zur Senkung des technischen Zinssatzes auf 1.75 Prozent (derzeit 2.25 Prozent) gebildet. Insgesamt hat sich die finanzielle Lage um mehr als eine halbe Milliarde verbessert.

### Strukturelle Anpassungen

In der Kasse stehen 18 300 aktive Versicherte 9600 Renteneempfängern gegenüber. Ende 2018 lag der Rentnerbestand bei 9412 Personen, Ende 2017 waren es sogar erst 8866 Rentner. Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat hat diese Entwicklung beschleunigt: Die Frühpensionierungen häuften sich vor dem Inkrafttreten der Reform am 1. Januar 2019 mit der Umstellung auf das Beitragsprimat, das die Vorsorgeeinrichtung nicht nur viel sicherer, sondern

auch viel leichter steuerbar gemacht hat.<sup>1</sup>

### Die Entstehung der *prévoyance.ne*

Der Grundstein für die Einheitskasse, die 2010 unter dem Namen *prévoyance.ne* das Licht der Welt erblickte, wurde bereits im Jahr 2005 gelegt. Mit der Fusion der drei Gründerkassen (siehe Kasten Rückblick, S. 14) wollte man damals folgende Ziele erreichen:

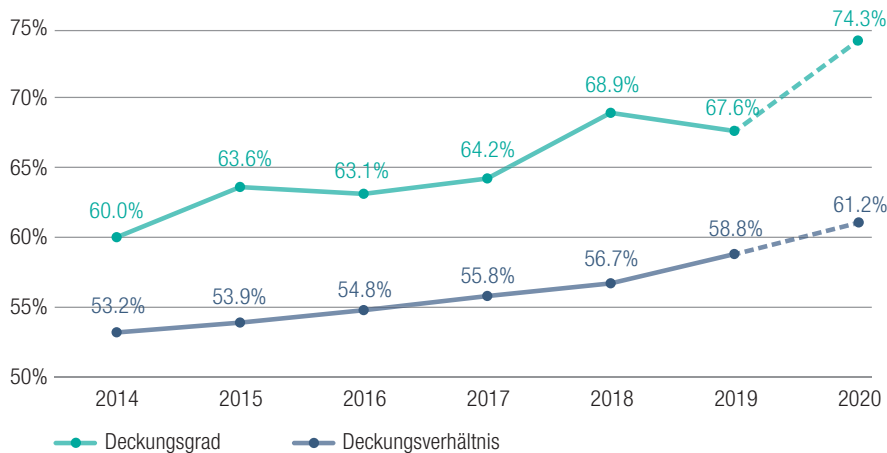
- 1) Gleichbehandlung der verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- 2) Konsolidierung (Versicherungsprinzip, Solidaritäten),
- 3) Synergien und Kompetenzzusammenlegung.

Die Vorsorgeeinrichtung stand auch anderen Arbeitgebern offen, so schlossen sich etwa das Gemeindepersonal, das Personal der Gemeindeverbände und andere Arbeitgeber, die sich als Körperschaften des öffentlichen Rechts von öffentlichem Interesse oder als den öffentlichen Diensten des Kantons anverwandt ausweisen konnten, der Einrichtung an.

<sup>1</sup> Auf diese Aspekte wird im zweiten Teil des Artikels in der Maiausgabe unserer Zeitschrift näher eingegangen.

## Verlauf von Deckungsgrad und Deckungsverhältnis (2014–2020) sowie provisorische Zahlen per 1. Januar 2020

Quelle: Geschäftsbericht 2018 von prévoyance.ne, S. 7.



### Staatsgarantie und WSR

Prévoyance.ne wendet das Teilkapitalisierungssystem gemäss Art. 72a BVG an. Eine Mischfinanzierung ist nur bei öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen (ÖrVE) mit Staatsgarantie zulässig. Dieses System besteht aus zwei Komponenten:

- Kapitalisierung (mit hoher Inflations-sensitivität),
- Umverteilung (mit hoher Sensitivität gegenüber demografischen Veränderungen).

Darüber hinaus unterscheidet das Teilkapitalisierungssystem (siehe Grafik) für ÖrVE im Wesentlichen zwischen drei Aspekten:

- dem Deckungsverhältnis,
- dem Deckungsgrad,
- der WSR.

Prévoyance.ne konnte bereits 2010 in die Autonomie entlassen werden – zwei Jahre früher, als vom Bund verlangt. Parallel zur Reform mussten sich die ÖrVE mit neuen technischen Grundlagen versehen und prévoyance.ne hat zu diesem Zweck die Grundlagen BVG 2010 übernommen.

### 2012 – ein entscheidendes Jahr

Das Geschäftsjahr 2012 der prévoyance.ne kann als Jahr der Verhandlungen über die Rekapitalisierungsmassnahmen zusammengefasst werden. Der De-

### Rückblick – die wichtigsten Daten

#### 1. Januar 2010:

Zusammenschluss der kantonalen Pensionskasse (PK) Neuenburg, der PK des städtischen Personals von La Neuveville und der PK des städtischen Personals von La Chaux-de-Fonds zur Vorsorgeeinrichtung prévoyance.ne.

#### 1. Januar 2012:

Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen (ÖrVE) mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren für die Umsetzung. Dieses sieht folgende Zielsetzungen vor:

- Erreichen eines Deckungsgrads von 80 Prozent innerhalb einer Frist von 40 Jahren, mit den Zwischenzielen 60 Prozent per 1. Januar 2020 und 75 Prozent per 1. Januar 2030;
- Verselbständigung der PK und juristische, organisatorische und finanzielle Abkoppelung von den öffentlichen Verwaltungen.

#### 11. November 2013:

Absegnung des Rekapitalisierungsplans durch die Aufsichtsbehörde (siehe Kasten zur Rekapitalisierung).

#### 1. Januar 2014:

Inkrafttreten der Rekapitalisierungsmassnahmen.

### Glossar

#### Deckungsgrad

Gemäss Art. 44 BVV 2: das Verhältnis von Vorsorgevermögen zu Vorsorgeverpflichtungen (ohne Abzug der WSR).

#### Deckungsverhältnis

Gemäss Art. 72a BVG: das Verhältnis von Vorsorgevermögen minus WSR zu Vorsorgeverpflichtungen, Ziel des Rekapitalisierungsplans für ÖrVE im Teilkapitalisierungsverfahren.

#### Wertschwankungsreserve (WSR)

Die Differenz zwischen dem Deckungsgrad und dem Deckungsverhältnis ermöglicht es, den Weg der Rekapitalisierung (angestrebter Wachstumspfad) zu sichern, indem Schwankungen an den Finanzmärkten abgefangen werden können.

#### Rekapitalisierung

Im Sinne der neuen BVG-Bestimmungen: Erfordernis einer 80-prozentigen Rekapitalisierung über 40 Jahre und eines Finanzierungsplans zur langfristigen Sicherstellung des finanziellen Gleichgewichts.

### Im Juni 2013 verabschiedete Rekapitalisierungsmassnahmen

- Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre, mit einer zweistufigen Übergangsregelung.
- Fortsetzung der Leistungsberechnung auf der Grundlage der Durchschnittsgehälter ab Alter 57.
- Erhöhung des ordentlichen Beitrags um 2.5 Prozent der Löhne (1.5 Prozent zulasten der angeschlossenen Arbeitgeber und 1.0 Prozent zulasten der Versicherten).
- Begrenzung von Rentenanpassungen auf 50 Prozent bei Veränderungen des Landesindex der Konsumentenpreise. Für den Zeitraum von 2014 bis 2018 keine Rentenanpassungen.
- Einmaleinlage, am 1. Januar 2014, einer Summe von insgesamt 270 Mio. Franken durch die angeschlossenen Arbeitgeber.
- Nachschüssige Zahlung von insgesamt 60 Mio. Franken frühestens am 1. Januar 2019.

ckungsgrad der Kasse lag bei 50.7 Prozent, angestrebt sind 80 Prozent bis 2052. Weil die Aktienmärkte Schwankungen unterworfen sind, war die Bildung einer WSR angesagt. Diese funktioniert nach einem einfachen Prinzip: In guten Jahren steigt sie an, die Sicherheit erhöht sich folglich. Sinken die Kurse, so werden die Verluste über die Reserve aufgefangen.

### Rekapitalisierung im Gange

Am 1. Januar 2014 wurde die Rekapitalisierung umgesetzt (siehe Kasten zu den Rekapitalisierungsmassnahmen). Man begab sich auf den sogenannten Wachstumspfad, indem die aktiven Versicherten und die Arbeitgeber höhere Beiträge entrichteten, als dies für die Finanzierung der Versicherungsleistungen notwendig gewesen wäre.

Im Jahr 2015 wurde die Vorsorgeeinrichtung durch den Beschluss der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur Senkung der Leitzinssätze und durch die hohe Volatilität der Märkte arg durchge-

schüttelt. Zu Beginn des Jahrs 2016 blieb die Kasse ihrem Rekapitalisierungsvorhaben weiterhin treu. Darüber hinaus verfügte sie über die notwendigen Rückstellungen, um die Senkung des technischen Zinssatzes von 3.5 auf 2.25 Prozent für die Rentner zu berappen.

Danach entstand ein neuer Plan, nämlich früher als vorgesehen zum Beitragsprimat zu wechseln. Mit der Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2019 haben sich die Sicherheit und die Steuerbarkeit der Vorsorgeeinrichtung (Budgetkontrolle und Anpassung an die Langlebigkeit) erheblich verbessert. Der Kasse geht es zusehends besser, obwohl ihre Aufgaben und Herausforderungen weiterhin gewaltig sind. Dank der strukturellen Konsolidierung ist die Kasse nun solide aufgestellt und kann anhaltenden Herausforderungen wie Niedrigzinsumfeld und Demografie gelassen begegnen. |

Anne Yammine

WERBUNG

PUBLICITÉ

Asset Management

CREDIT SUISSE 

Abonnieren Sie  
neue Perspektiven.

Entdecken Sie mit «Novum» spannende Immobilien-themen und erweitern Sie mit «Scope» Ihr Wissen über aktuelle Anlagethemen aus dem Asset Management.  
[credit-suisse.com/publications](http://credit-suisse.com/publications)





# Finanzierung des Rohstoffhandels

---

---

---

---

---

Kimura Capital LLP, Manager des GAM Kimura Commodity Trade Finance Fund

Die Finanzierung des Rohstoffhandels (CTF) hält die Räder des weltweiten Handels am Laufen. Wir dringen in Bezug auf Umwelt, Soziales und Governance-Aspekten (ESG) bis zu den Wurzeln des globalen Konjunkturzyklus vor und nutzen den Zugang zu Kapital, um Veränderungen herbeizuführen. Die Handelsfinanzierung ist in dreierlei Hinsicht gewinnbringend: Kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) wird Kapital zur Verfügung gestellt, mit dem sie ihre Personal-, Fix- und Produktionskosten pünktlich bezahlen können.

Die Zahlungsbedingungen werden durch die Abnehmer festgelegt (beispielsweise 180 Tage bei grösseren Supermärkten und Verarbeitern). Für Anleger sind die von den Kreditnehmern zu leistenden Zinsen interessant. Wir verfügen nicht nur über fundiertes Wissen in einer widerstandsfähigen Nische, sondern untermauern darüber hinaus jede Transaktion mit einer aussagekräftigen ESG-Beurteilung.

Seit der letzten Finanzkrise im Jahr 2008 ist zahlreichen KMU der Zugang zu herkömmlichen Bankfinanzierungen verschlossen. Dies lässt sich einerseits auf regulatorische Änderungen zurückführen, etwa die Basel III-Bestimmungen, die diesen Bereich für Banken unattraktiver machten. Andererseits entliessen zahlreiche Banken Expertenteams, als Rohstoffe konjunkturbedingt an Bedeutung verloren. Daraus entstand eine strukturelle Finanzierungslücke, die Nichtbanken als Kreditgeber zu nutzen wussten. Die Asiatische Entwicklungsbank beziffert die globale Lücke der Handelsfinanzierung aktuell auf USD 1,5 Billionen. In den kommenden zwei Jahren soll diese Zahl sogar noch steigen. Die erwartete Nachfrage kann sich aufgrund der unvorhersehbaren Auswirkungen der weltweiten Abschottungsmassnahmen infolge von COVID-19 rasant verändern. Doch selbst bei einem Rückgang des Nachfrageniveaus um zwei Drittel überstiege dies das derzeit von Nichtbank-Kreditgebern vorhandene Kapital.

Da die Kreditlinien internationaler Grossbanken nicht zur Verfügung stehen, eröffnen sich weltweit in allen Rohstoffsegmenten laufend neue Anlagechancen. Ausgezeichnete Möglichkeiten boten beispielsweise Sonnenblumensamen, Kakao, Basismetalle, Speiseöle und aktuell Orangensaft. In der gesamten Lieferkette besteht vom Erzeuger über den Verarbeiter/Veredler bis zum Verteiler/Händler ein ausgeprägter Finanzierungsbedarf. Das Expertenteam von Kimura findet für jede Chance die passende Transaktionsstruktur und finanziert den Handelszyklus gewinnbringend im Namen der Anleger.

Die Handelsfinanzierung stellt unverändert ein Marktsegment mit hohen Eintrittsbarrieren für nicht spezialisierte Anleger dar. Jede Transaktion muss einzeln betrachtet werden. Dabei sind eine gute Branchenkenntnis und persönliche Beziehungen ebenso wichtig wie eine genaue Warenkontrolle. Der Erfolg hängt davon ab, zuverlässige Kreditnehmer mit soliden Geschäftsmodellen zu finden, ohne dabei Cashflows, Vermögen und Verträge aus dem Blick zu verlieren.

Bislang hat sich die Handelsfinanzierung als eine stabile Anlage erwiesen, die unabhängig vom globalen Finanzzyklus monatlich massvolle, positive Erträge erzielte. Laut der Internationalen Handelskammer (ICC) verzeichnete die Handelsfinanzierung in den Jahren 2008 bis 2018 für alle Produkte und Regionen lediglich eine Ausfallrate von 0,02%, während die Erträge jeden Monat im positiven Bereich lagen. Zur Risikominderung investiert Kimura ausschliesslich in Rohstoffe, Regionen, Kontrahenten und Transaktionen, mit denen wir bestens vertraut sind. Darüber hinaus finanzieren wir ausschliesslich stabile Rohstoffe (ausgeschlossen sind Rohstoffe mit kurzer Haltbarkeit, Alkohol, Tiere, Waffen, Munition und Kernenergie), deren Preis und Wert wir bestimmen können und die wir im schlimmsten Fall wieder verkaufen können.

CTF-Erträge hängen von den Schwankungen des zugrunde liegenden Rohstoffpreises ab. Man kann sie sich quasi als besicherte Darlehen vorstellen. In dieser Anlageklasse korrelieren die Erträge nicht mit den breiteren öffentlichen oder privaten Finanzmärkten. Die Ertragsströme resultieren aus der sicheren Lieferung vorab verkaufter Waren an einen vorab festgelegten Bestimmungsort. Das heisst, wir bieten Zugang zu einem differenzierten Einnahmestrom für ein gut diversifiziertes Portfolio. Unser ausgewogenes Portfolio erstreckt sich über diverse Länder, Rohstoffe und Laufzeiten, um für unsere Anleger die besten Erträge bei umsichtig verwalteten Konzentrationsrisiken zu erwirtschaften. Erfahrung und Technologie fliessen in die Optimierung unserer Prozesse ein.

Der März 2020 erwies sich an allen Märkten als bemerkenswertes Quartalsende und selbst unsere Nische konnte sich nicht der plötzlichen Risikoscheu entziehen. In Ghana und Brasilien finanzierten wir beispielsweise Orangensaft – zu Beginn des Monats noch ein lukratives Geschäft. Die Nachfrage nach dem Vitamin-C-reichen Getränk boomte, doch dann musste das brasilianische Werk seine Mitarbeitenden nach Hause schicken und die Tore zum Schutz der Allgemeinheit schliessen. Der sinkende Ölpreis war für Produzenten und Frachtunternehmen aufgrund der niedrigeren Faktorkosten erfreulich. Allerdings währte die Freude nur kurz, da die Aufträge einbrachen und sowohl Anlagen als auch Lager schliessen mussten.

Die Anfragen von erstklassigen Kreditnehmern, die sich vermehrt nach Nichtbank-Finanzierungen umsehen müssen, nahmen zu. Unternehmen aller Grössenordnungen suchen nach alternativen Handelsfinanzierungsquellen und wenden sich anstatt an Banken an unsere Wettbewerber oder an uns, da wir ihnen eine höhere Flexibilität, Agilität und Reaktionsschnelligkeit bieten. Obwohl sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels noch kein signifikanter Schock auf der Portfolioebene abzeichnet, bereitet uns die gegenwärtige Lage selbstverständlich Sorgen. Wir halten weltweit Engagements in den meisten Rohwarengruppen.

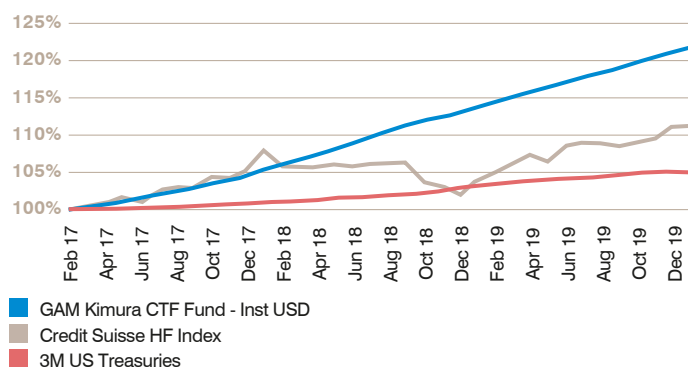
Durch die Verlangsamung der Lieferketten und des Transaktionsflusses gerieten unsere Kreditnehmer unter Druck. Bislang erhielten wir jedoch noch keine Stundungs- bzw. Umstrukturierungsanträge. Der Fonds ist nicht durch Kreditaufnahme gehebelt. Rund 95% des Vermögens können jederzeit für die Kreditvergabe genutzt werden.

Wir gehen davon aus, dass uns die Kreditnehmer um Unterstützung bitten werden, sollte der Druck anhalten. Einige Produktionsanlagen mussten Personal in häusliche Quarantäne schicken und viele Lager arbeiten derzeit in Minimalbesetzung oder mussten schliessen. In einem derartigen Umfeld möchten wir keine vorzeitige Rückzahlung von Darlehen erwirken, um den Zyklus nicht zusätzlich zu belasten. Eine Erzwingung von Ausfällen würde nicht nur den Druck auf die Kreditnehmer erhöhen, sondern auch unser Geschäftsmodell gefährden. Der Erfolg, den wir für unsere Anleger erzielen, stützt sich darauf, dass es Unternehmen gibt, an die wir Kredite vergeben können. Kreditnehmer aus dem Geschäft zu drängen würde niemandem nützen.

Als Unterzeichner der Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortliches Investieren freuen wir uns darüber, dass die Einhaltung von ESG-Aspekten mittlerweile für Anlageentscheidungen massgeblich ist. Wie wir feststellen mussten, hinkt die CTF-Branche bei den Initiativen für verantwortungsvolles Investieren noch etwas hinterher. Bei Rohstoffen bestehen bekanntermassen zahlreiche ökologische, soziale und Governance-Risiken in den jeweiligen Industriezweigen, die sich aufgrund ihrer Besonderheit und ihrer Bedeutung für die Weltwirtschaft nicht gänzlich vermeiden lassen. Dennoch steht der CTF-Bereich in der Verantwortung, seine Geschäftspraktiken zu überdenken und umfassend zu ändern, um die Nachhaltigkeit der Branche sicherzustellen.

Mit der Einführung von ESG-Praktiken versuchen wir, die Mentalität in unserer Branche und im allgemeinen Vermögensverwaltungsgeschäft in eine nachhaltigere Richtung zu lenken, beispielsweise durch vielfältige ESG-Massnahmen und die Teilnahme an Diskussionsrunden für CTF-Akteure. Langfristig hängen Erträge und die Weltwirtschaft von stabilen, funktionierenden und gut organisierten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Systemen ab. Kimura macht sich für verantwortungsvolles Investieren in der Produktion und im Handel mit Rohstoffen stark und bietet seinen Anlegern ein authentisches Portfolio, das sich – mit sichtbarer Wirkung – auf eine ESG-Wertung und reale Kennzahlen stützt.

### Credit Suisse Hedge Fund Index vs. GAM Kimura CTF Fund - Cumulative Net Returns



Die Wertentwicklung in der Vergangenheit ist kein Hinweis für zukünftige Wertentwicklung bzw. aktuelle oder zukünftige Trends. Die Leistung versteht sich ohne Provisionen, Gebühren und andere Kosten.

#### Fondsdaten: Kimura Commodity Trade Finance Fund

Fondsname	Gam Kimura commodity trade finance offshore feeder fund limited
Strategie	Open ended master/feeder
Fonds Domizil	Cayman Islands
ISIN	KYG3727D1007
Anlageverwalter	Kimura Capital LLP

Weitere Informationen finden Sie auf [www.gam.com](http://www.gam.com)

#### Wichtige rechtliche Hinweise

Die Informationen in diesem Dokument werden nur zu Informationszwecken bereitgestellt und stellen keine Anlageberatung dar. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen wird keine Haftung übernommen. Die in diesem Dokument enthaltenen Meinungen und Schätzungen können sich ändern und spiegeln die Ansicht von GAM unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen wider. Dieses Dokument ist Marketingmaterial. Investitionen sollten erst nach gründlicher Lektüre des aktuellen Rechtsprospekts und/oder des Fondsreglements, des aktuellen Kurzprospekts und/oder der Key Investor Information, «KIID», der Statuten und der aktuellen Jahres- und Halbjahresberichte (die «Rechtsdokumente») und nach Beratung durch einen unabhängigen Finanz- und Steuerspezialisten getätigt werden. Der Wert und die Rendite der Anteile können fallen und steigen. Sie werden von der Marktvolatilität und den Wechselkursschwankungen beeinflusst. GAM übernimmt keine Haftung für eventuelle Verluste. Die vergangene Performance ist kein Indikator für ihre gegenwärtige oder zukünftige Leistung. Die Entwicklung von Wert und Ertrag berücksichtigt keine Kosten und Gebühren, die beim Kauf, der Rücknahme und/oder dem Umtausch der Anteile anfallen. Der beschriebene Fonds ist ein Anlagefonds nach Schweizer Recht (anderer Fonds für traditionelle Anlagen) und ist ausschliesslich in der Schweiz zum öffentlichen Angebot und Vertrieb zugelassen. Der Fonds ist nicht in den Vereinigten Staaten und ihren abhängigen Gebieten registriert und darf daher dort nicht angeboten oder verkauft werden. Die Fondsverwaltungsgesellschaft ist GAM Investment Management (Switzerland) AG, Zürich.

Etude du Swiss Finance Institute

# Taux d'intérêt négatifs en Suisse: malédiction ou bénédiction?

Les avantages du taux d'intérêt négatif imposé par la BNS depuis 2015 l'emportent-ils toujours sur les coûts pour l'économie suisse? D'autres mesures seraient-elles envisageables?

Des questions traitées par une étude du Swiss Finance Institute qui espère lancer un débat public.

Voilà plus de cinq ans que la Suisse vit sous un régime économique d'exception. Celui ouvert en janvier 2015 avec l'instauration d'un taux d'intérêt négatif sur les dépôts à vue des banques commerciales auprès de la BNS. D'autres banques centrales ont également opté pour les taux négatifs.

La Suisse est toutefois le pays où les taux d'intérêt négatifs sont les plus bas et de plus en plus de voix se sont élevées ces derniers mois pour dénoncer les effets de cette politique sur l'économie dans son ensemble et plus particulièrement sur le secteur bancaire et les caisses de pension.

Une étude du Swiss Finance Institute,<sup>1</sup> publiée le 16 mars, analyse les avantages et inconvénients de la politique de la BNS et avance quelques scénarios possibles pour l'avenir. L'étude a été réalisée selon les données disponibles à la mi-février, soit avant le choc économique induit par l'épidémie de COVID-19 et l'annonce des mesures prises par le Conseil fédéral pour y faire face.

## Le mal serait sans doute pire sans cet amer remède

La BNS rappelle régulièrement qu'elle se concentre sur sa mission principale qui est d'assurer la stabilité des prix. Dans ce cadre, elle estime que le taux d'intérêt négatif sur les dépôts est nécessaire pour

éviter une hausse importante du franc. Or, dans un pays dont «deux tiers du PIB dépendent des exportations», une forte hausse de la devise pourrait entraîner une récession et une déflation.

Dès lors, la question pertinente est moins de savoir si la banque centrale pourrait commencer à augmenter le taux d'intérêt à court terme que d'estimer «si la BNS est capable d'initier un tel changement de cap».

L'étude du SFI relève que le taux du marché interbancaire (celui auquel se prêtent les banques entre elles) est, en toute logique, proche du taux de la BNS. «En revanche, les taux d'intérêt à long terme, par exemple le rendement des obligations de la Confédération suisse à dix ans, sont déterminés par les marchés, en particulier par les prévisions d'inflation et de taux d'intérêt futurs». En outre, «ce qui compte sur le plan économique pour les épargnants et les investisseurs, c'est le rendement réel, après correction de l'inflation». Or, dans un contexte où les taux d'intérêt réels mondiaux à long terme ont baissé ces dernières années en raison de l'augmentation de l'épargne mondiale et de la faiblesse des investissements, «en Suisse, nous avons actuellement à la fois des taux réels négatifs et des taux nominaux négatifs».

## Une situation qui présente des avantages et des inconvénients

Au nombre des avantages: maintenir le niveau de change avec l'euro, soutenir l'industrie d'exportation, prévenir une augmentation du chômage, éviter le risque de déflation, réduire le coût de la

dette publique, bénéficier de taux d'imposition plus faibles, emprunter à taux doux, diminuer les dépenses liées à la propriété et à la location de biens immobiliers.

Parmi les inconvénients: risque de bulle immobilière, difficultés pour les caisses de pension, prêts plus risqués accordés par les investisseurs financiers, menace potentielle sur la stabilité financière en raison de prises de risques excessives par les investisseurs pour obtenir du rendement, baisse de la rentabilité des banques, risque de bulle boursière, problèmes intergénérationnels possibles car inciter les jeunes à commencer tôt à épargner pour leur retraite c'est prendre le risque de créer un cercle vicieux avec un surplus d'épargne entraînant encore plus les taux d'intérêt vers le bas.

En outre, la politique monétaire pourrait avoir atteint ses limites. S'il est difficile de chiffrer précisément à partir de quel niveau de taux négatifs on plonge dans la «trappe à liquidités», soit le moment où les agents économiques préfèrent détenir des liquidités plutôt que d'autres actifs, on ne doit pas en être très loin en Suisse.

Certains particuliers, voire des caisses de pension, pourraient même avoir intérêt à stocker des billets dans un coffre.

## D'autres scénarios possibles

Le souhait des auteurs est de susciter un débat public sur les scénarios envisageables ou souhaitables à l'avenir. Ils relèvent que «pour les deux prochaines années, la possibilité d'une hausse des taux d'intérêt semble très faible. Au contraire, la BNS ne cesse de mentionner

<sup>1</sup> SFI Public Discussion Note: Taux d'intérêt négatifs. Prof. Dr. Philippe Bacchetta, SFI Senior Chair, Université de Lausanne; Prof. Dr. Urs Lendermann, Deutsche Bundesbank, University of Applied Sciences; Prof. Dr. Alfred Mettler, SFI Adjunct Professor, University of Miami; Dr. Markus P. H. Bürgi, Membre de la direction, Swiss Finance Institute.

que les taux pourraient encore baisser». D'où la présentation d'autres instruments de politique monétaire peu conventionnels déjà étudiés par les chercheurs en économie.

«L'hélicoptère monétaire (helicopter money)» où les banques centrales effectueraient des paiements directs à tous les individus ou à certains d'entre eux». Ce, «pour sortir l'économie de la trappe à liquidités». «Une autre solution consisterait à introduire un impôt négatif temporaire (comparable à un revenu de base inconditionnel temporaire), avec un effet potentiellement similaire».

Autre piste: la «théorie monétaire moderne» (Modern Monetary Theory) qui

suggère «que les pays relativement souverains sur le plan monétaire (comme les Etats-Unis en particulier) peuvent maintenir des déficits beaucoup plus importants que ce qui est traditionnellement suggéré, et ce sans mettre l'économie en danger».

Une «taxe sur les transactions en espèces» serait une autre possibilité ou même «l'élimination de l'argent liquide» ou encore «l'instauration d'un système de double monnaie, avec un taux de change entre l'argent liquide et la monnaie électronique».

Après avoir souligné qu'une hausse du taux d'intérêt à court terme par la BNS «pourrait être contre-productive et im-

pliquer une baisse des taux d'intérêt à long terme», en raison de la baisse des anticipations d'inflation pour cause de hausse du franc; les auteurs concluent que «de nouvelles mesures qui vont au-delà de l'instrument classique de la politique monétaire, devront également être introduites dans le débat public, politique et universitaire». |

**Geneviève Brunet**

Correspondante en Suisse romande

red. Eine deutsche Kurzversion finden Sie auf unserer Website [vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch)

Interview du professeur Philippe Bacchetta, un des auteurs de l'étude

## «Elargir le débat à d'autres instruments de politique monétaire»

**Pour quelle raison le Swiss Finance Institute a-t-il réalisé cette étude destinée à susciter une discussion publique sur le taux d'intérêt négatif imposé par la BNS?**

Ces derniers mois de nombreuses critiques se sont exprimées dans la presse à propos de la politique de la BNS, venant entre autres des milieux bancaires et des caisses de pensions. Nous souhaitons apporter une contribution scientifique à ce débat et l'élargir à de nouvelles mesures qui aillent au-delà des instruments traditionnels de la politique monétaire.

Je précise que cette étude a été réalisée avant le gel de nombreuses activités économiques provoqué par la pandémie de Covid 19 et les mesures annoncées par le Conseil fédéral pour y faire face. Nous avions prévu une table ronde à Zurich fin mai. Elle sera remplacée par un webinar le 12 mai. Nous entendons lancer une discussion publique: la politique de la BNS influe sur l'ensemble de l'économie suisse et concerne donc toute la population.

**Un des nouveaux instruments possibles de politique monétaire est «la**



Philippe Bacchetta

**monnaie hélicoptère». En Suisse, les caisses de pensions sont particulièrement pénalisées par les taux négatifs. Pourrait-on imaginer qu'elles bénéficient de cette monnaie hélicoptère?**

L'idée est de distribuer directement du pouvoir d'achat à la population pour stimuler la consommation. Les caisses de pensions ne feraient donc a priori pas partie des destinataires de cette monnaie hélicoptère.

**Certaines caisses de pensions pourraient être déjà tentées de stocker en billets le montant mensuel des rentes à servir...**

Un tel comportement a un coût et crée de nouveaux risques. Toutefois, si le taux prélevé par la BNS sur les dépôts des banques commerciales devait devenir encore plus négatif qu'actuellement et être répercuté sur les petits épargnants, il serait possible d'utiliser d'autres instruments non conventionnels évoqués dans notre étude – telle que la taxation des transactions en espèce – pour dissuader tous les agents économiques d'utiliser du cash en franc suisse, y compris les caisses de pensions.

**Cela serait sans doute difficilement accepté en Suisse où les transactions en espèces sont encore largement utilisées.**



Tous les instruments de politique monétaire non conventionnels – y compris un taux d'intérêt négatif sur les dépôts auprès de la banque centrale – ont leurs avantages et leurs coûts. Peut-être faudrait-il réfléchir à une combinaison possible de différentes méthodes.

**A en croire certaines analyses, le franc suisse ne serait pas surévalué, notamment par rapport à l'euro: selon quels critères?**

La mesure classique de la juste appréciation d'une devise par rapport à une autre est la parité de pouvoir d'achat. Toutefois, selon les moyennes retenues dans certains calculs de cette parité de pouvoir d'achat, le franc suisse ne serait pas surévalué. Du moins, il ne l'était pas avec un taux de change de 1.10 franc pour un euro quand nous avons rédigé notre étude... Aujourd'hui, la situation est un peu différente car le franc a encore pris de la valeur.

**Il est d'autant plus difficile pour la BNS de lutter contre la hausse du franc que cette monnaie est considérée comme une «valeur refuge» dans les périodes de crise. Ne faudrait-il pas plutôt opter pour une politique de dépenses publiques?**

Il faudrait pour cela un consensus politique qui est loin d'être acquis.

**Pour lutter contre la récession qui s'annonce en raison de la pandémie, le Conseil fédéral a annoncé un plan d'aide de 42 milliards de francs alors que la seule Allemagne table sur 800 milliards d'euros. Le franc suisse va donc encore monter?**

Des économistes de l'EPFZ ont appelé à un plan de relance de 100 milliards de francs au minimum. Ils ont raison de demander un plan plus ambitieux que celui annoncé jusqu'ici. A mes yeux, 100 milliards de francs ne seront sans doute pas suffisants pour éviter une récession im-

portante en Suisse, mais ce serait déjà un bon début avec une option pour augmenter ultérieurement cette dépense en fonction des besoins de l'économie. Le PIB suisse pèse 700 milliards de francs, 100 milliards ne représentent donc que 15% de ce PIB. Si une partie du plan global de soutien à l'économie est accordé sous forme de dettes remboursables à terme – comme cela a été annoncé – j'estime qu'on pourrait aller jusqu'à 35% du PIB pour aider l'économie suisse à traverser cette crise exceptionnelle. |

(Interview réalisée par Geneviève Brunet le 30 mars 2020).

WERBUNG

PUBLICITÉ

VOIR PLUS LOIN,



VOIR DEMAIN

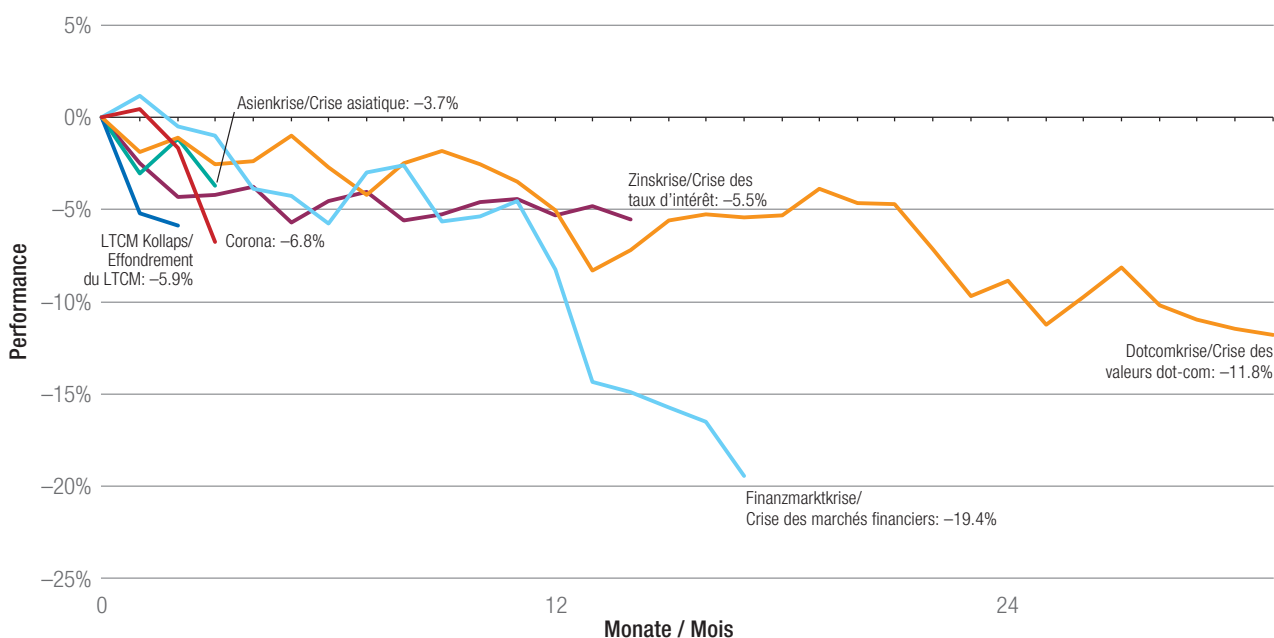
**INDÉPENDANCE  
TRANSPARENCE  
SÉCURITÉ** [www.copre.ch](http://www.copre.ch)  
**FLEXIBILITÉ**

  
LA COLLECTIVE  
DE PRÉVOYANCE  
DEPUIS 1974



Grafik des Monats / *Graphique du mois*

## Jede Krise ist anders *Chaque crise est différente*



Quelle/Source: Complementa AG

ho. Die obige Grafik von Complementa zeigt, mit welcher Wucht unterschiedliche Börsenkrisen in jüngerer Vergangenheit einsetzten – und wie sie sich im weiteren Verlauf auf die Performance einer durchschnittlichen Pensionskassen-Allokation auswirkten.

Offensichtlich wird dabei die Schärfe, mit der der jüngste Einbruch einsetzte. Speziell dürfte dabei sein,

dass die Diversifikation bisher nur bedingt half, indem auch vermeintlich sichere Werte wie Staatsanleihen Kurseinbussen verzeichneten. Was auch klar wird, ist, dass keineswegs innert weniger Monate eine Kurserholung folgt. Natürlich ist jede Krise anders. Doch Geduld und starke Nerven helfen sicherlich auch in den aktuellen Turbulenzen. |

ho. Le graphique ci-dessus de Complementa montre avec quelle violence les différentes crises boursières se sont déclarées dans un passé récent – et comment elles ont affecté la performance de l'allocation moyenne d'une caisse de pensions au fil du temps.

Il en ressort que l'affaissement a été particulièrement brutal dans le sillage de la crise la plus récente. Et la diversification n'a été jusqu'ici que d'une utilité relative, puisque même des valeurs

réputées sûres comme les emprunts souverains y ont laissé des plumes. L'illustration nous dit aussi que les cours ne se redressent pas automatiquement en l'espace de quelques mois. Bien sûr, chaque crise est différente. Mais le refrain est toujours le même: en période de turbulences, la patience et des nerfs solides sont de bon conseil. |

Infos und  
Anmeldung unter  
vps.epas.ch

# Sozialversicherungen aktuell

Aktuelle Entwicklungen in den Sozialversicherungen

**Dienstag, 16. Juni 2020, Luzern**

Die Tagung «Sozialversicherungen aktuell» informiert zu aktuellen Entwicklungen in den Sozialversicherungen und vermittelt Anregungen zur Umsetzung. Die Teilnehmenden profitieren von klaren, kompetenten und praxisorientierten Referaten und tragen angestossene Diskussionen weiter.

#### Begrüssung

Barbara Aeschlimann, Geschäftsführerin  
ZGP Zürcher Gesellschaft für Personal-Management

#### Die EL-Reform im Überblick

Rolf Lindenmann, Direktor Ausgleichskasse/IV-Stelle Zug

#### EL-Reform: Herausforderungen der Durchführungsstellen

Markus Richard, Bereichsleiter EL, WAS Ausgleichskasse Luzern

#### Wegweisende Urteile rund um Ergänzungsleistungen

Romana Zimmermann, stellvertretende Leiterin Ausgleichskasse Zug

#### Die 1. Säule kann effizienter werden – wie die Digitalisierung dabei hilft

Nancy Wayland Bigler, CEO SVA Aargau

#### Digitale Economy als Innovationstreiber – können die Sozialversicherungen mithalten?

Marc Gysin, Direktor SVA Zürich

#### Verschiebungen im Parlament – Einfluss auf Reformen?

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, Gründer gfs.bern

#### Tagungsleitung

Gregor Gubser, leitender Redaktor «Schweizer Sozialversicherung»

(Programmänderungen vorbehalten)

#### Ort

Messe Luzern,  
Horwerstrasse 87, 6005 Luzern

#### Zeit

08.30 – 12.30 Uhr,  
anschliessend Stehlunch

#### Kosten

Fr. 590.– pro Teilnehmer/in  
*Spezialpreise*  
Für Abonnenten der «Schweizer  
Sozialversicherung», der  
«Schweizer Personalvorsorge»

oder des «clinicum» sowie für  
Mitglieder der ZGP:  
Fr. 540.– pro Teilnehmer/in  
Bei mehreren Anmeldungen der  
gleichen Rechnungsadresse:  
1. Teilnehmer/in ganzer Preis,  
ab 2. Teilnehmer/in 10% Rabatt.  
Preise inkl. Unterlagen,  
Weiterbildungs-Zertifikat, Pausen-  
erfrischungen und Stehlunch  
AGB: vps.epas.ch

Anmeldung unter vps.epas.ch

#### Auskünfte

Simone Ochsenbein, +41 (0)41 317 07 23,  
so@vps.epas.ch, vps.epas.ch

VPS Verlag Personalvorsorge  
und Sozialversicherung AG,  
Postfach 4242, 6002 Luzern

#### Veranstalter



vps.epas

#### Partner



**LUZERNER  
FORUM** für  
Sozialversicherungen und  
Soziale Sicherheit

**ZGP** Zürcher Gesellschaft für  
Personal-Management

# Le besoin d'information augmente

Que faire face à la crise actuelle? Retraites Populaires renonce au rééquilibrage automatique et ne s'attend pas à ce que la crise se termine bientôt. Tous les acteurs ont un grand besoin d'information.



**Alexander von Allmen**  
Head of Portfolio Management  
Retraites Populaires

«Les taux d'intérêts négatifs font partie des plus grands défis actuels pour une caisse de pensions: les taux de rendements attendus doivent être revus à la baisse.»

**Avec la crise du coronavirus, les marchés boursiers sont actuellement très volatils. Retraites Populaires prend-elle des décisions tactiques dans ce contexte? Les mécanismes de rééquilibrage sont-ils par exemple suspendus?**

Nous suivons évidemment de très près cette situation sans précédent sur les marchés boursiers. Notre processus d'investissement ne contient pas de mécanisme de rééquilibrage (automatique). A ce jour nous n'avons pas effectué des rééquilibrages importants; nous pensons que la situation va continuer à se dégrader. Les mouvements sont toutefois d'une ampleur qui créera inévitablement la nécessité de le faire tout comme de saisir les opportunités existantes en fonction de notre capacité de prise de risque.

**Recevez-vous davantage de demandes de la part de vos institutions de prévoyance ou des assurés eux-mêmes lorsque les marchés financiers vacillent?**

Le besoin d'information augmente par temps de crise. Nous devons avant tout tenir informé notre propre Conseil d'administration ainsi que ceux des institutions de prévoyance dont nous assurons la gestion totale ou partielle, en particulier sur l'évolution des degrés de couverture. Les demandes de la part d'assurés, en nombre limité, sont traitées individuellement par les conseillers et gestionnaires.

**De plus en plus de participants au marché estiment que les taux d'intérêt négatifs nous accompagneront encore très longtemps. Dans cet environnement, les caisses de pensions doivent-elles repenser leur stratégie de placement en profondeur?**

Les taux d'intérêts négatifs font partie des plus grands défis actuels pour une caisse de pensions: les taux de rendement attendus doivent être revus à la baisse. Cela implique potentiellement des mesures du côté passif (taux technique, taux de conversion, âge de retraite) et

nécessite également l'exploration de nouvelles pistes au niveau de l'allocation d'actifs. Toutefois, des ressources importantes sont indispensables pour ce dernier point. Pour faire face à la crise actuelle, de nombreuses banques centrales injectent des liquidités massives dans l'économie. A moyen terme cela pourrait, contre toute attente, augmenter l'inflation bien au-delà des niveaux des dernières années et *in fine* également les taux d'intérêt.

**De nombreuses caisses de pensions renforcent leur engagement dans des placements illiquides. Pensez-vous que ce soit une évolution judicieuse?**

Oui, étant donné le long horizon d'investissement des caisses de pensions, sous réserve toutefois que ces placements amènent une diversification supplémentaire et/ou une prime d'illiquidité. Il est également important que ces investissements soient effectués à travers une structure adéquate qui minimise le risque d'impact de performance défavorable en cas de crise. Le plus grand danger est d'avoir une liquidité plus fréquente que celle offerte habituellement par les investissements sous-jacents.

**Des changements s'imposent-ils dans les prescriptions de placement de l'OPP 2 – ou faudrait-il les supprimer entièrement?**

A mon sens les prescriptions de placement de l'OPP 2 ont leur raison d'être et ne nécessitent pas de révision. Elles sont assez larges pour permettre aux caisses de pensions de créer une allocation diversifiée avec une prise de risque adéquate, tenant compte aussi du fait que des dérogations sont possibles si elles sont justifiées. |

**Interview (sous forme écrite):  
Kaspar Hohler**

# Mit M&S | Pension effizient im HomeOffice

Mit M&S | Pension arbeiten Sie auch ausserhalb Ihres Büros mit der gewohnten Effizienz.

Sie benötigen hierfür nur einen Internetzugang.

Dank dem elektronischen Posteingang sowie dem integrierten Geschäftsprozessmanagement erhalten Sie alle Unterlagen digital in Ihr Postfach!



Mehr:  
[www.m-s.ch/OnTheGo](http://www.m-s.ch/OnTheGo)





# Langfristig denken, taktisch entscheiden

Die Aktienmärkte erleben enorme Kursverluste. Ein Interview mit Stefan Beiner, Anlagechef der Publica, über aktuelle Fragen und grundsätzliche Aspekte des Anlageverhaltens der Vorsorgeeinrichtung des Bundes.



**Stefan Beiner**  
Leiter Asset Management  
und stellvertretender Direktor  
Pensionskasse des Bundes  
Publica

«Nur in einer ausserordentlichen Liquiditätssituation könnte das oberste Organ die untere Aktienbandbreite reduzieren.»

**Die Aktienmärkte sind aktuell im Zuge der Corona-Krise sehr volatil. Trifft die Publica in diesem Umfeld taktische Entscheide? Werden beispielsweise Rebalancing-Mechanismen ausgesetzt?**

*Stefan Beiner:* Das Publica Asset Management trifft innerhalb der vom obersten Organ, der Kassenkommission, definierten Bandbreiten taktische Entscheide. Die Ergebnisse der taktischen Entscheide werden an der Strategie gemessen, die auf einem regelbasierten monatlichen Rebalancing-Prozess basiert. Normalerweise findet die taktische Sitzung einmal pro Monat statt. In sehr volatilen Zeiten, wie zurzeit, wird die Frequenz deutlich erhöht. Nur in einer ausserordentlichen Liquiditätssituation könnte das oberste Organ die untere Aktienbandbreite reduzieren.

**Gibt es seitens Ihrer Vorsorgewerke oder direkt von Versicherten vermehrt Anfragen, wenn die Finanzmärkte wackeln?**

Ja, in volatilen (Krisen-)Zeiten ist der Informationsbedarf unserer Stakeholder höher.

**Publica hat für seine offenen Vorsorgewerke ein relativ starkes Engagement in Aktien Emerging Markets. Welche Überlegungen stecken dahinter?**

Die offenen Vorsorgewerke der Publica haben im Gegensatz zu den geschlossenen Vorsorgewerken (Rentnerkassen) die Risikofähigkeit, in Aktien Schwellenländer zu investieren. Die beiden Hauptgründe für die Allokation in Aktien Schwellenländer sind die Erhöhung der Diversifikation innerhalb des Aktienportfolios und die erhöhte erwartete Rendite. Die Gruppe der sogenannten Schwellenländer generiert mittlerweile deutlich über 50 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums, sie wird aber in vielen Aktienportfolios nur wenig berücksichtigt.

**In Zeiten tiefer Zinsen bewegen sich Pensionskassen stärker in illiquide Anlagen.**

**Halten Sie dies für eine sinnvolle Entwicklung?**

Die Risikofähigkeit und der Liquiditätsbedarf sind bei jedem Investor unterschiedlich. Solange der konservativ berechnete Liquiditätsbedarf durch sehr liquide Anlagen gedeckt ist, kann es für einen Investor durchaus sinnvoll sein, die Allokation in illiquide Anlagen zu erhöhen. Bei Publica haben wir beispielsweise für die offenen Vorsorgewerke den Anteil an Private Debt (Infrastruktur, Unternehmensfinanzierungen und Immobilienfinanzierungen) aus den folgenden strategischen Gründen erhöht: 1. Zusätzliche Diversifikation durch Erweiterung des Schuldneruniversums. 2. Erhöhte Sicherheiten führen zu reduzierter Ausfallwahrscheinlichkeit und erhöhten Rückgewinnungsquoten. 3. Erhöhte erwartete risikoadjustierte Rendite aufgrund einer Illiquiditäts-/Komplexitätsprämie.

**Publica wäre als Pensionskasse der öffentlichen Hand eigentlich prädestiniert dafür, langfristig zu denken und entsprechend zu investieren, da ein starker Arbeitgeber hinter ihr steht und keine (Teil-)Liquidationen drohen. Ist diese Überlegung Teil Ihrer Anlagestrategie?**

Ja, diese Überlegung ist sehr wichtig und nebst anderen Faktoren Teil der Ermittlung der strukturellen Risikofähigkeit. Die Kassenkommission der Publica hat im Anlage-Credo Folgendes zum Thema Anlagehorizont formuliert: «Unsere Verbindlichkeiten sind langfristig, da der erwartete Liquiditätsbedarf im Falle einer Teilliquidation gering ist. Dies ermöglicht es uns, insbesondere bei den offenen Vorsorgewerken, die Vorteile eines langfristigen Horizonts zu nutzen (beispielsweise das Tolerieren von kurzfristigen Bewertungsschwankungen und das Abschöpfen von Illiquiditätsprämien). Im ALM-Prozess verwenden wir einen strategischen Horizont von zehn Jahren.» |

**Interview (schriftlich): Kaspar Hohler**

# Kampf der Ideen

Der Bundesrat hat den Sozialpartnerkompromiss unverändert in die Vernehmlassung gegeben.

Dort blieb er allerdings nicht unbestritten. Viele alternative Modelle und Vorschläge stellen den Bund nun vor eine Herausforderung.

In einem sind sich alle einig, die sich bisher an der Vernehmlassung beteiligt haben: Die Umverteilung aufgrund des zu hohen Mindestumwandlungssatzes muss gestoppt werden. Zu diesem Ziel werden aber unterschiedliche Wege vorgeschlagen. Die von den Sozialpartnern vorgeschlagene und vom Bundesrat übernommene Senkung auf 6 Prozent wird von vielen Parteien und Verbänden gutgeheissen. Insbesondere die Branchenverbände SAV, IZS und VVP geben aber zu bedenken, dass dies aus fachlicher Sicht nicht ausreicht und der Wert sich eher Richtung 5 Prozent bewegen müsste. Dies sieht auch der Pensionskassenverband ASIP so und schlägt konkret 5.8 statt 6 Prozent vor. Die SVP erwartet vom Bundesrat eine eingehende Prüfung der Abkopplung von technischen Parametern vom Gesetz. Der Schweizerische Städteverband unterstützt das vorgeschlagene Massnahmenpaket. Ihm ist ein Anliegen, dass Rentenzahlungen gegenüber Kapitalauszahlungen gefördert werden.

## Kompensieren ja, aber anders

Die Senkung des Umwandlungssatzes wirkt sich direkt auf die Renten aus. Dass dies für eine Übergangsgeneration während mindestens 15 Jahren kompensiert werden muss – allein schon damit die Vorlage vor dem Volk eine Chance hat –, darin sind sich ebenfalls fast alle einig. Lediglich der Gewerbeverband sieht keine Kompensation vor.

Am umlagefinanzierten Rentenzuschlag der Vorlage scheiden sich allerdings die Geister. Arbeitgeberverband, Gewerkschaftsbund, Travailsuisse und das PK-Netz stehen hinter dem Rentenzuschlag.

Während sich die IZS damit anfreunden könnte, wenn der Zuschlag wenig-

tens zeitlich klar befristet wäre, wünscht sich der ASIP eine Erhöhung des Altersguthabens aus den Reserven der Pensionskassen. Der ASIP lehnt den Vorschlag mit fixen Zuschlägen für alle Neurentner ab. Sollte «wider Erwarten» an einem Rentenzuschlag festgehalten werden, schlägt der ASIP mehrere Anpassungen vor. Dem ASIP-Modell folgen die «Allianz vernünftiger Mittelweg», Interpension, der VVP, die KGAST und die PKE. Der SVV wünscht sich eine Einmaleinlage ins BVG-Altersguthaben, zentral oder dezentral finanziert. Die bürgerlichen Jungparteien wollen die Erhöhung des Altersguthabens durch die ganze Bevölkerung finanzieren.

## Beitragsstaffelung optimieren, Koordinationsabzug senken

Die Benachteiligung der älteren Arbeitnehmer durch die steigenden Beitragssätze wollen alle reduzieren und viele Beteiligte regen einen früheren Beginn des Sparprozesses an. Am weitesten gehen die Jungparteien und die KGAST, die das Alterssparen bereits ab dem vollendeten 17. Lebensjahr obligatorisch machen wollen. Am weitesten gehen die Jungparteien auch bei der Eintrittschwelle. Sie wollen sie an den Beschäftigungsgrad knüpfen. Alle anderen wollen sie unangetastet lassen. Den Koordinationsabzug hingegen wollen alle ausser dem Gewerbeverband senken. Der ASIP und mehrere andere Vernehmlassungsteilnehmer wollen ihn auf 60 Prozent des AHV-Lohns begrenzen, die Vernehmlassungsvorlage will ihn halbieren (12443 Franken) und die Jungparteien wiederum wollen ihn ganz streichen.

Nicht in der Vorlage angesprochen wird das Referenzalter, das sich weiterhin an jenem der AHV orientieren soll. Doch in ihren Vernehmlassungsantworten

fordern Interpension, SAV, SVV, VVP und SVP die Angleichung des Frauenreferenzalters an jenes der Männer (65/65), teilweise ergänzt um den Wunsch, das Referenzalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Die Jungparteien fordern ein je nach Branche flexibles, an die Lebenserwartung gekoppeltes Referenzalter, das für Frauen und Männer gleich ist. Die PKE unterstützt eine Angleichung des Referenzalters von Frau und Mann und eine Erhöhung auf 67.

## Wie weiter?

Die Vernehmlassung dauert neu bis zum 29. Mai 2020 (Fristverlängerung infolge des Coronavirus). Der Bundesrat respektive das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist dann gefordert. Es muss alle Vernehmlassungsantworten auswerten und den Sozialpartnerkompromiss mit weiteren Kompromissen anreichern, um schliesslich eine Botschaft ins Parlament zu geben, die eine gute Diskussionsbasis bietet. Im Parlament schliesslich werden voraussichtlich noch weitere Anpassungen vorgenommen – denn auch die Parteien haben unterschiedliche Vorstellungen zur BVG-Reform.

Das letzte Wort wird das Volk haben. Ändern kann es an der Vorlage dann nichts mehr, sondern nur noch Ja oder Nein sagen. Ein Volks-Nein ist aber das denkbar schlechteste Ergebnis, denn nach Jahren der Kompromissfindung stünden wir wieder auf Feld eins und die Herausforderungen der beruflichen Altersvorsorge wären noch immer nicht gelöst. |

## Gregor Gubser

# La guerre des idées

Le Conseil fédéral a mis en consultation le compromis des partenaires sociaux sans rien y changer. Mais les critiques n'ont pas tardé. Et le gouvernement fédéral a maintenant l'embarras du choix face à une multitude de modèles et de propositions.

Tous ceux qui ont pris part à la procédure de consultation jusqu'à présent s'accordent sur un point: il faut mettre fin au transfert imputable au taux de conversion minimal trop élevé. Mais les voies proposées pour atteindre cet objectif divergent. La baisse à 6% proposée par les partenaires sociaux et approuvée par le Conseil fédéral reçoit également le soutien de nombreux partis et organisations professionnelles. Mais il y a également un certain nombre d'organisations professionnelles, en particulier l'ASA, l'IZS, et la VVP, qui objectent que d'un point de vue technique cela ne suffit pas, qu'il faudrait plutôt viser une valeur de l'ordre de 5%. C'est également l'avis de l'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP qui propose de ce fait 5.8% au lieu de 6%. Quant à l'UDC, elle demande au Conseil fédéral d'étudier de près la possibilité de séparer les paramètres techniques de la loi. L'Union des villes suisses donne son aval au train de mesures proposé. Elle souhaite en outre que l'on encourage la conversion en rente plutôt que le versement en capital.

## Compenser oui, mais d'une autre manière

La réduction du taux de conversion a un impact direct sur le montant des rentes. Presque tout le monde s'accorde également à dire qu'il faut compenser la perte pour la génération transitoire pendant au moins 15 ans – ne serait-ce que pour donner une chance au projet de passer le cap du verdict populaire. Seule l'Union suisse des arts et métiers ne prévoit aucune compensation.

C'est le supplément de rente financé par redistribution qui divise dans le projet. L'Union patronale, l'Union syndicale et PK-Netz sont pour le supplément de rente.

Le oui de l'IZS en faveur de ce supplément est attaché à la condition d'une limitation précise dans le temps, l'ASIP veut que les caisses de pensions puisent dans leurs réserves pour étoffer l'avoir de vieillesse. L'ASIP rejette un supplément fixe pour tous les nouveaux bénéficiaires de rentes. Si, «contre toute attente», le supplément de rente devait être retenu, l'ASIP propose plusieurs ajustements. Le modèle de l'ASIP recueille l'approbation de l'alliance pour un compromis raisonnable, d'Interpension, VVP, KGAST et de la CSEP. L'ASA souhaite une contribution unique à l'avoir de vieillesse LPP, financée de manière centralisée ou décentralisée. Les partis de la jeunesse bourgeoise veulent faire passer à la caisse l'ensemble de la population.

## Optimiser l'échelonnement des contributions, abaisser la déduction de coordination

Tout le monde veut remédier à la discrimination des travailleurs âgés en raison des contributions progressives et de nombreux protagonistes plaident pour un démarrage plus précoce du processus d'épargne. Les partis de la jeunesse et la KGAST vont particulièrement loin en voulant rendre l'épargne vieillesse obligatoire dès l'âge de 17 ans. Les partis de la jeunesse sont aussi les plus radicaux en matière de seuil d'entrée: ils veulent le lier au taux d'occupation. Tous les autres n'entendent pas y toucher, tandis que tout le monde, sauf l'Union des arts et métiers, veut abaisser la déduction de coordination. L'ASIP et plusieurs autres participants à la consultation veulent la plafonner à 60% du salaire AVS, le projet en consultation prévoit la réduction de moitié (12 443 francs) et les partis de la jeunesse plaident pour sa suppression pure et simple.

Le projet n'aborde pas l'âge de référence que l'on veut continuer d'aligner sur celui de l'AVS. Toutefois, dans leurs réponses à la consultation, Interpension, les actuaires, les assureurs et l'UDC demandent un âge de référence égal (65/65) pour hommes et femmes, certains exprimant en outre le désir d'un âge de référence lié à l'espérance de vie. Les partis de la jeunesse réclament un âge de référence flexible qui varie selon les secteurs, mais qui soit le même pour hommes et femmes. La CSEP plébiscite l'alignement de l'âge de référence des hommes et des femmes, ainsi qu'un relèvement à 67 ans.

## Et la suite?

La période de consultation a été prolongée jusqu'au 29 mai 2020 (coronavirus oblige). Ensuite, la balle passera dans le camp du Conseil fédéral ou de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) qui devront dépouiller toutes les réponses à la consultation et enrichir le compromis des partenaires sociaux de nouveaux compromis avant de transmettre un message au Parlement qui pourra fournir une bonne base de discussion. Enfin, le Parlement voudra sans doute procéder à ses propres adaptations – car les partis ont aussi chacun ses idées concernant la réforme de la LPP.

Le mot de la fin appartiendra au souverain. Il ne pourra plus rien changer au projet, mais dire oui ou non. Un non serait le pire scénario imaginable, car après des années de recherche d'un compromis, il nous ramènerait à la case départ et les problèmes de la prévoyance vieillesse professionnelle ne seraient toujours pas résolus. |

**Gregor Gubser**



# In Form – informiert 2020

2 Tage Ausbildung, Diskussionen und Austausch  
zu Führungsfragen in der 2. Säule

**15. und 16. September 2020, Brunnen**

Die jährliche Weiterbildung für Stiftungsräte, die ihr Wissen aktualisieren wollen, die sich auch Zeit nehmen, neue Fragen und Herausforderungen grundlegend zu reflektieren und die den Austausch mit Kolleginnen, Kollegen und Fachleuten der Branche in einer Umgebung mit Weitsicht schätzen.

## Inhalt

Der Anlass ist modular aufgebaut. Er behandelt aktuelle Themen und Fragestellungen anhand von Fallstudien und gibt der Interaktion und Diskussionsmöglichkeit den nötigen Raum. Sämtliche Themen und Fragestellungen werden anhand von praktischen Beispielen aufgezeigt. Gemeinsam werden die Themen analysiert und praxisorientierte Lösungen erarbeitet.

## **Module**

Jedes Modul wird durch einen Modulverantwortlichen geleitet. Die kleinen Arbeitsgruppen geben den Teilnehmenden Gelegenheit, eigene Fragestellungen und Ideen

einzubringen und diese in der Gruppe zu diskutieren.

## **Referate**

Im Plenum finden Referate statt, sei dies zur Einführung oder zu aktuellen Themen.

## **Diskussionen**

Ebenfalls im Plenum werden Vertreter von Verbänden und Politik zu aktuellen Fragestellungen diskutieren. Sie werden dabei Gelegenheit haben, Ihre Fragen und Bemerkungen zu besprechen.

**Sie haben eine jährliche Weiterbildungspflicht – hier erfahren Sie, was Sie aktuell wissen müssen.**





vps.epas

## Modulthemen 2020

### **Umgang mit Interessenkonflikten**

Seit der Strukturreform sind Interessenkonflikte wie Geschäfte mit Nahestehenden oder Loyalitätskonflikte klar geregelt. Es gibt aber weitere «weiche» Faktoren, für welche Führungsorgane sensibilisiert werden müssen, die zum Beispiel bei Reglementsänderungen, bei Sanierungsmassnahmen oder bei der Frage von Übergangsfristen auftreten können.

**Sabino Di Mambro**

### **Risikofähigkeit einer Vorsorgeeinrichtung**

Es gibt verschiedene Aspekte, die bei der Beurteilung der Risikofähigkeit einer Kasse berücksichtigt werden können, zum Beispiel die verschiedenen Arten von Deckungsgraden, die Bestandesstruktur, der Umhüllungsgrad oder die Situation des Arbeitgebers.

**Reto Leibundgut**

### **Knackpunkte in der Überwachung durch den Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat hat als strategisches Organ Überwachungspflichten, kann sich aber auch nicht in die operative Geschäftsführung einmischen. Dieses Modul geht der Frage nach, wieweit ein Stiftungsrat informiert sein muss und wie die Geschäftsführung überwacht werden kann und soll.

**Hans-Peter Meier**

### **Immobilien**

Aufgrund der Tiefzinsphase haben viele Vorsorgeeinrichtungen ihre strategischen Immobilien-Positionen ausgebaut. Das Modul untersucht die verschiedenen Anlageformen.

**Lukas Riesen**

### **Fragen zu Invaliditätsleistungen**

Invaliditätsleistungen sind in der 2. Säule gesetzlich festgelegt. Allerdings gibt es in der Umsetzung eine sehr grosse Vielfalt (Stichworte: Leistungs-/Beitragsprimat, lebenslange/temporäre Renten, Hinterlassenenleistungen). Das Modul zeigt das 1x1 der Invaliditätsleistungen und die Möglichkeiten der eigenverantwortlichen Gestaltung durch das Führungsorgan.

**Urs Schaffner**

### **Aktuelle Rechtsprechung**

Behandelt werden ausgewählte Fälle, die speziell für strategische Führungsorgane von Bedeutung sind.

**Vital Stutz**

## Referate und Diskussionen 2020

### **Finanz- und Wirtschaftsausblick: Investieren im aktuellen Umfeld**

**Jackie Bauer**

### **Der Milizstiftungsrat und die Rolle der Berater**

**Jürg Brechbühl**

### **Aktuelle vorsorgepolitische Führungsfragen**

**Hanspeter Konrad**

### **Diversität in Stiftungsräten**

**Aline Kratz-Ulmer**

### **Neues aus Bundesbern**

**Peter Schnider**

### **Podiumsdiskussion: Die Modulleiter stellen sich Ihren Fragen**

**Kaspar Hohler**

## Modulleiter, Referentinnen und Referenten

**Jackie Bauer**, CFA, Ökonomin und  
Vorsorgeexpertin, UBS

**Jürg Brechbühl**, lic. iur., ehemaliger  
Direktor BSV

**Sabino Di Mambro**, eidg. dipl. Pensions-  
kassenleiter, stv. Geschäftsführer REVOR  
Sammelstiftung

**Kaspar Hohler**, lic. phil., Chefredaktor  
«Schweizer Personalvorsorge»

**Hanspeter Konrad**, lic. iur., Rechtsanwalt,  
Direktor ASIP

**Aline Kratz-Ulmer**, Dr. iur., Rechtsanwältin  
in der Kanzlei Hubatka Müller Vetter in  
Zürich

**Reto Leibundgut**, Aktuar SAV,  
eidg. dipl. PK-Experte, Partner c-alm AG

**Hans-Peter Meier**, dipl. Wirtschaftsprüfer,  
eidg. dipl. Pensionskassenleiter,  
Advantica GmbH

**Lukas Riesen**, Partner PPCmetrics AG

**Urs Schaffner**, Geschäftsführer  
Pensionskasse comPlan, Pensionskasse  
der Swisscom

**Peter Schnider**, Dr. phil. I, Direktor  
vps.epas

**Vital Stutz**, Rechtsanwalt, Advozug,  
Stiftungsratspräsident Gemini

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Seehotel Waldstätterhof  
Waldstätterquai 6, 6440 Brunnen

**Zeit**  
2 Tage, Übernachtung  
Dienstag: 9.00 – 17.15 Uhr,  
ca. 19.00 Uhr Abendessen,  
Mittwoch: 8.30 – 16.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Beatrice Steiner  
+41 (0)41 317 07 48  
bs@vps.epas.ch  
vps.epas.ch

**Partner**



**Credit Points**



# L'information en temps de coronavirus

Affichage des excellentes performances de 2019, rappel de la bonne diversification des placements gage espéré de solidité à long terme, messages à l'intention des entreprises et assurés sur la continuité du service: les caisses de pension romandes adaptent leur communication à ces temps de crise.

«La crise sanitaire actuelle impacte de manière importante les marchés financiers et l'activité économique. La stratégie financière de la CIEPP est conçue pour garantir à long terme ses engagements et traverser les crises. Son taux de couverture de 119% au 31 décembre 2019, permet à la CIEPP de maintenir le cap malgré les importantes turbulences.» Message rassurant publié le 18 mars sur le site Internet de la plus grande fondation de prévoyance de droit privé en Suisse romande, en conclusion d'un bref message illustré d'une photo de coronavirus... – annonçant que l'accès au bâtiment est désormais interdit à toute personne externe à l'organisation.

Les entreprises et assurés souhaitant en savoir plus ont accès à un «Point de situation sur la gestion financière de la CIEPP» publié le même jour. Cette institution de prévoyance y annonce d'emblée que «la crise sanitaire liée à la propagation du Sars-CoV-2 impacte de manière importante les marchés financiers et en particulier le marché des actions depuis fin février. Les risques de récession augmentent suite aux mesures prises par les gouvernements pour enrayer l'épidémie.» Tout en précisant que «la gestion financière de la CIEPP est conçue pour être maintenue sur le long terme et traverser les crises, comme ce fut le cas en 2008.» Sobre et peu anxiogène, même si les gestionnaires maison – comme dans toutes les institutions de prévoyance du pays – doivent surveiller avec angoisse des courbes de rendement qui plongent dans le rouge vif pour tous les actifs.

Avec la ruée des investisseurs du monde entier pour vendre tous les actifs liquides, les actions ont de fait fortement dégringolé mais aussi les obligations, victimes des craintes de faillites en série d'entreprises qui seraient dans l'impossibilité de rembourser leurs dettes. Même les emprunts d'Etat de qualité, pénalisés par les gigantesques programmes de relance annoncés par les gouvernements, affichent des moins-values exceptionnelles.

## Silence de certaines caisses de pension

Heureusement pour les institutions de prévoyance, la performance annuelle est enregistrée fin décembre et communiquée au plus tôt en février de l'année suivante. De quoi espérer une amélioration de la situation pendant les mois à venir et préparer au besoin une vraie communication de crise.

Certaines caisses de pensions se permettent même un stratégique ou désinvolte silence assourdissant sur la situation actuelle. Ainsi du site Internet du FIP, l'institution de 2<sup>e</sup> pilier du

Centre patronal vaudois, qui n'a pas de communication spécifique sur la crise en cours. Ses membres et assurés étant régulièrement informés par newsletter, la communication en ligne peut rester statique et focalisée sur les plans de prévoyance proposés.

Profond a opté pour de la communication purement factuelle sur la continuité du service aux adhérents en précisant par un communiqué du 18 mars que ses collaborateurs travailleront désormais en télétravail et resteront joignables par mail ou téléphone. Cette institution peut se le permettre car elle affiche régulièrement les estimations du rendement annualisé de sa fortune et son taux de couverture à la fin du mois écoulé: moins 4.7% à fin février 2020 et 107.6% de taux de couverture. Une transparence louable en ces temps difficiles.

Transparence également du côté de Copré qui annonce le 18 mars le maintien de ses services avec une majorité de ses collaborateurs en télétravail et publie courageusement dans la foulée un point de situation sur les marchés financiers.

Un très bon exemple d'information aussi factuelle que complète: «Les investissements de Copré sont évidemment fortement impactés par le séisme qui a atteint les marchés financiers.» Et de poursuivre: «A ce jour, la performance annuelle en franc suisse des principales places boursières se situe dans une fourchette de -20% à -40%, accompagnée d'une volatilité extrême. Certains marchés obligataires ne sont pas épargnés non plus.» A ce stade, l'assuré est presque soulagé d'apprendre que «la performance annuelle indicative de Copré se situe à environ -7.9% au 18 mars 2020.» Cette IP précise même: «ce qui est à prendre avec précaution, car les cours peuvent varier fortement d'une heure à l'autre.»

Paradoxalement, une telle communication factuelle est plus de nature à rassurer des adhérents qui sont parfaitement au courant de la situation économique actuelle que des formules standard sur la diversification des placements, gage espéré de solidité à long terme. |

## Geneviève Brunet

Correspondante en Suisse romande

**Aldo Ferrari**, vice-président d'Unia

## Plaidoyer de l'ASIP & Co pour la caisse unique LPP

Ce qui nous touche toutes et tous depuis quelques semaines n'est pas anodin. Il vient nous rappeler combien nous sommes fragiles. Mais aussi combien la protection du plus faible nous rend plus forts. L'isolement forcé du plus grand nombre nous fait mesurer combien la vie en communauté et la liberté de circuler sont précieuses.

L'image que donne actuellement les différentes positions exprimées lors de la procédure de consultation de la réforme de la LPP nous démontre, si cela était encore nécessaire, combien grande est l'ignorance de notre système de prévoyance et combien la notion d'assurance sociale passe au second degré. En particulier dans le monde politique qui s'oppose à la solution élaborée par les partenaires sociaux avec l'argument de la seule nécessité de donner son avis avant même de se poser la question de sa pertinence. Comment créer le flou pour masquer ses faiblesses.

Sans parler de certaines organisations professionnelles aux alliances contre nature comme celle nouée entre les patrons de la construction, les grands distributeurs du commerce de détail et les banquiers. Ils nous proposent une solution moins chère mais surtout qui ne contient aucun élément de redistribution. Un mot presque obscène dans leurs fragiles oreilles. Si l'on comprend volontiers que la composante de solidarité prévue par le projet avec une cotisation de 0.5% du salaire AVS perçue jusqu'à un salaire de 853 200 francs puisse démanier sous le complet trois pièces des banquiers, il est plus difficile de saisir la réticence exprimée par les deux autres secteurs où les salaires versés sont inférieurs à la médiane suisse. Cette remarque peut aussi s'adresser à l'USAM pour les branches qu'elle est censée représenter et qui offrent actuellement au moment de la retraite des rentes moyenne de l'ordre de 1600 francs par mois. Ce qui équivaut à peine à 70% de la rente LPP moyenne suisse.

Et enfin, last but not least, le modèle de l'ASIP. En bon élève, l'ASIP nous sert le modèle de la responsabilité individuelle des caisses de pensions. Certaines d'entre elles auraient ainsi suffisamment bien travaillé pour constituer des réserves permettant d'absorber la baisse du taux de conversion en offrant une compensation dont on connaît le principe mais pas le niveau. Voici qu'avec la réforme proposée, ces caisses devraient fournir un effort de solidarité pour les mauvais élèves dont le seul défaut est leur structure d'âge défavorable. Assurément un outrage pour les grandes caisses. Précisons tout de même que ces réserves ont été



*«Ceux qui pensent que l'élément de solidarité ne puisse faire partie du paquet se trompent et aveuglent le peuple. Une assurance sociale comporte toujours des éléments de solidarité.»*

constituées dans la très grande majorité des cas sur le dos des assurés par des baisses de prestations dans la partie subobligatoire de la LPP. Avec une baisse drastique du taux de conversion pour la partie des salaires supérieurs au salaire maximum LPP. Ou sur la partie d'amélioration du plan de prestations financée paritairement entre employeurs et employés.

Alors que certains tendent à croire que la faculté de mémoire soit devenue l'apanage exclusif du big data et des GAFAs, il nous semble bon de revenir au fondement de la LPP en 1985. Pour garantir des prestations à la génération d'entrée dans la LPP, il avait été instauré un système de cotisation solidaire pour celles et ceux qui n'avaient jamais ou peu cotisé, de manière à leur garantir une prestation de retraite. Ici, les partenaires sociaux n'ont rien inventé. Ils ont juste changé l'assiette de cotisation passant d'un salaire LPP à un salaire

AVS plafonné, comme nous l'avons vu ci-avant. L'argument de l'élément de solidarité, étranger au système auquel tous les opposants au modèle des partenaires sociaux aiment à se raccrocher, se voit dès lors relégué aux calendes grecques pour rester dans le registre de ce qui n'existe pas.

Pour ces trois modèles, vient encore s'ajouter le fait qu'ils entraînent une baisse des rentes programmée sans apporter aucune solution aux caisses mises en difficulté en raison de leur structure d'âge défavorable ou qui perdent leurs assurés actifs à la suite de fusions ou d'acquisitions. Mais peut-être les partisans de ces trois modèles sont-ils acquis à l'idée de transférer aux entreprises le coût de ces fluctuations? Nous pourrions nous en accommoder. Le maintien de la diversité des caisses de pension et la baisse des rendements attendus nécessitaient des mesures que les partenaires sociaux ont élaborées et que le Conseil fédéral a fait siennes. La situation de pandémie que nous vivons appellera peut-être des mesures plus drastiques. Mais ceux qui pensent que l'élément de solidarité ne puisse faire partie du paquet se trompent et aveuglent le peuple. Une assurance sociale comporte toujours des éléments de solidarité. Comme nous l'avons démontré, avec leurs arguments, les opposants roulent pour la caisse unique LPP à terme. Mais il existe un autre modèle de caisse unique, moins onéreux en frais de gestion et surtout plus solidaire. C'est l'AVS. Et elle fonctionne depuis 70 ans! █

Dans l'édition de mai de la «Prévoyance Professionnelle Suisse», vous sera proposé un commentaire de Stephan Wyss.

# Hypothekenverwaltung mit Softlink: Einfach, individuell, automatisiert

Sie verwalten ein Hypothekenportfolio? Dann haben wir die passende, benutzerfreundliche und voll automatisierte Software für Sie. Als erfahrener B2B-Dienstleister verwenden wir Softlink selbst bereits seit vielen Jahren. Zu unseren zufriedenen Kunden zählt unter anderem auch die Pensionskasse SBB.

**«Softlink ist unsere eigene, benutzerfreundliche Softwarelösung für ein effizientes Kreditmanagement.»**



Kathrin Mayer  
Leiterin Business Consulting & Engineering

## Softlink: Ihre Lösung für das Kreditmanagement

Mit unseren drei Softwaremodulen von Softlink ermöglichen wir Ihnen, Ihr Kreditgeschäft teilweise oder vollständig zu automatisieren. Alle drei Module sind intuitiv aufgebaut und werden stetig weiterentwickelt.

### Die drei Softlink Module



## Softlink Modul 3

### Hypothekenverwaltung leicht gemacht

Die Bestandesführung ist das jüngste Modul von Softlink. Dieses wird bereits seit 2016 erfolgreich am Markt angewendet und erfreut sich grosser Nachfrage.

Als Unternehmen verschaffen Sie sich damit innert kürzester Zeit einen Überblick über die von Ihnen verwalteten Hypotheken. Das Modul verfügt über diverse Reporting-Möglichkeiten und unterstützt Sie dank der intuitiven Oberfläche und der attraktiven Benutzerführung beim Erfassen von Daten und Erstellen von Reportings.

### Softlink Modul 3 Bestandesführung umfasst:

- Effiziente Kontoführung mit Offenposten-Buchhaltung
- Übersichtliches Führen von Finanzierungsdetails (Limiten, Konditionen usw.)
- Einfaches Verwalten von Sicherheiten
- Terminiertes Verwalten von Rückzahlungen, inkl. Auslösen von Mahnläufen
- Automatisches Erstellen von Zinsabrechnungen und Steuerauszügen
- Laufendes Erstellen von Buchungsanzeigen

Wie bei allen Software-Modulen bieten wir eine individuelle Abstimmung auf Ihr Unternehmen und Ihre Bedürfnisse an. Unser erfahrenes Team von Kredit- und Softwarespezialisten steht Ihnen während und nach der Einführung unterstützend zur Seite.

### Glarner Kantonalbank

Die Glarner Kantonalbank wurde 1884 gegründet und ist eine Universalbank. Seit über 130 Jahren gehört das Hypothekengeschäft zu ihren Kernkompetenzen. Gleichzeitig gilt die Glarner Kantonalbank als digitale Vorreiterin im Schweizer Finanzmarkt. Mit der GLKB Kreditfabrik und der Softwarelösung Softlink ist sie seit 2016 auch im Business-to-Business-Bereich erfolgreich positioniert.

**glkb**  
**KREDIT**  
**FABRIK**



**Aldo Ferrari**, Vizepräsident Unia

## Plädoyer von ASIP & Co. für eine BVG-Einheitskasse

Die letzten Wochen waren für uns alle nicht einfach. Sie haben uns wieder einmal gezeigt, wie verletzlich wir sind, aber auch, dass der Schutz der Schwächeren uns stärker macht. Die erzwungene Isolation der meisten Menschen lehrt uns ausserdem wieder, den Wert des Gemeinschaftslebens und der Bewegungsfreiheit zu schätzen.

Das Bild, das aus den im Rahmen der aktuellen Vernehmlassung zur BVG-Reform geäußerten Standpunkten hervorgeht, zeugt von sehr viel Unwissenheit über unser Versorgungssystem. Und es zeigt, wie sehr der eigentliche Sinn der Sozialversicherung in den Hintergrund geraten ist. Vor allem in der Politik, die sich der von den Sozialpartnern erarbeiteten Lösung mit dem Argument entgegensetzt, jeder müsse seine Meinung äussern können, auch wenn sie nicht fundiert sei. Hinter viel Rauch lassen sich Schwächen eben gut verstecken.

Ganz zu schweigen von bestimmten Berufsorganisationen wie denjenigen der Bauunternehmer, der grossen Einzelhandelsunternehmen und der Bankiers, die eine unheilige Allianz eingegangen sind. Sie preisen uns eine billigere Lösung an, und vor allem eine ohne Umverteilungselemente, diesem in ihren zarten Ohren fast obszönen Begriff. Es ist zwar leicht verständlich, dass die im Projekt vorgesehene Solidaritätskomponente in Form eines Beitrags von 0,5 Prozent des AHV-Lohns bis zu einem Gehalt von 853 200 Franken die Bankiers unter ihrem gestylten Anzug zwickt. In den beiden anderen Sektoren, in denen unter dem Schweizer Median liegende Löhne gezahlt werden, sind solche Vorbehalte jedoch schwerer nachvollziehbar. Gleiches gilt für den SGV und die – so heisst es wenigstens – von ihm vertretenen Gewerbebranchen, in denen die durchschnittlich ausgerichteten Altersrenten momentan bei etwa 1600 Franken liegen. Das entspricht knapp 70 Prozent der durchschnittlichen Schweizer BVG-Rente.

Und last, but not least wäre noch das ASIP-Modell zu erwähnen. Als Musterschüler setzt uns der Pensionskassenverband das Modell der Eigenverantwortung der Pensionskassen vor. Ihm zufolge haben einige Kassen gut genug gearbeitet, um Rücklagen zu bilden und damit eine Kompensation zur Abfederung der Umwandlungssatzsenkung zu finanzieren, die zwar im Prinzip, jedoch nicht in der Höhe bekannt ist. Gemäss dem Reformvorschlag des ASIP läge es nun an diesen Kassen, Solidarität mit den «schlechten» Kassen zu bekunden, deren einzige Verfehlung in ihrer ungünstigen Altersstruktur liegt. Eine Zumutung für die grossen Kassen, gilt es doch immerhin anzumerken, dass diese Reserven in der überwiegenden Mehrheit der Fälle auf dem

Rücken der Versicherten über Leistungskürzungen im überobligatorischen Bereich aufgebaut wurden, mit einer drastischen Senkung des Umwandlungssatzes auf den über dem BVG-Maximum liegenden Lohnanteilen oder der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hälftig finanzierten Leistungsverbesserungen.

«Wer behauptet, es könne ein Paket ohne Solidaritätskomponente geschnürt werden, täuscht sich und das Volk.»

Denjenigen, die glauben, bloss Big Data und die GAFAs hätten heutzutage noch ein Gedächtnis, seien doch kurz die Grundsätze des BVG von 1985 in Erinnerung gerufen. Um die Leistungen für die BVG-Eintrittsgeneration zu sichern, wurde damals ein solidarisches Beitragssystem ins Leben gerufen, damit auch diejenigen, die wenig oder gar keine Beiträge geleistet hatten, in den Genuss einer Rente kommen konnten. Diesbezüglich haben die Sozialpartner also nichts Neues erfunden, sie

haben bloss die Bemessungsgrundlage geändert, indem von einem plafonierten BVG- zum AHV-Lohn gewechselt wurde, wie oben erwähnt. Das Argument der «neuen» systemfremden Solidaritätskomponente, das alle Gegner des Modells der Sozialpartner immer wieder gerne anführen, wird somit ein für alle Mal hinfällig, weil es nicht der Realität entspricht.

Hinzu kommt bei diesen drei Modellen die Tatsache, dass eine Rentenkürzung vorprogrammiert ist, ohne dass dadurch das Problem derjenigen Kassen gelöst wäre, die wegen ungünstiger Altersstrukturen in Schwierigkeiten geraten, oder weil sie ihre aktiven Versicherten durch Fusionen oder Übernahmen verlieren. Aber vielleicht sind die Befürworter dieser drei Modelle ja der Ansicht, die Kosten dieser Schwankungen könnten auf die Arbeitgeber überwältigt werden? Damit könnten wir leben. Die Aufrechterhaltung der Pensionskassenvielfalt und die rückläufigen Renditeerwartungen riefen nach Massnahmen, die von den Sozialpartnern ausgearbeitet und vom Bundesrat übernommen wurden. Im Zeichen der gegenwärtigen Pandemie könnten noch drastischere Massnahmen erforderlich werden. Aber wer behauptet, es könne ein Paket ohne Solidaritätskomponente geschnürt werden, täuscht sich und das Volk. Eine Sozialversicherung enthält immer auch Solidaritätselemente. Wie wir es den Gegnern mit ihren eigenen Argumenten vor Augen geführt haben, steuern sie langfristig auf die BVG-Einheitskasse zu. Dabei gibt es bereits ein verwaltungstechnisch günstigeres und vor allem solidarischeres Modell einer Einheitskasse, das seit 70 Jahren erprobt ist: die AHV! |

In der Maiausgabe der «Schweizer Personalvorsorge» lesen Sie einen Kommentar von Stephan Wyss.

# Konsum in China beginnt sich zaghaft zu erholen

**In dem Land, in dem die globale Ausbreitung des neuartigen Coronavirus ihren Ursprung nahm, beginnt sich das Leben schrittweise zu normalisieren.**

Von Ben Li und Sherry Qin

Viele Blicke richten sich auf China als erstes grosses Land, in dem die Corona-Epidemie offenbar eingedämmt ist. Wie sich der Konsum dort entwickelt, verrät uns, was auch im Rest der Welt geschehen könnte, wenn der Höhepunkt der Pandemie überschritten ist.

«Es gibt in den meisten Branchen klare Anzeichen einer Erholung, doch die Normalisierung verläuft recht langsam», erläutert Ben Li, Analyst bei Fidelity. «Das Verbrauchervertrauen müsste stärker werden, um den positiven Trend in Gang zu halten. Entscheidend wird sein, wie erfolgreich China mit den eingeschleppten neuen Fällen umgeht und ob es gelingt, das Virus vollständig unter Kontrolle zu bringen.»

## Essen zum Mitnehmen

Nach unseren Schätzungen haben über die Hälfte der Restaurants in Chinas Grossstädten wieder geöffnet, allerdings mit gekürzten Geschäftszeiten. Fastfood-Ketten stehen generell besser da als gehobener Lokale, da viele Kunden lieber von Angeboten zum Mitnehmen Gebrauch machen, um das Infektionsrisiko zu minimieren. Wie unser Research zeigt, sind die Tagesumsätze vieler grosser Restaurants immer noch 40-50 Prozent niedriger als vor dem Ausbruch der Epidemie. Bis zu einer vollständigen Normalisierung könnten noch Monate vergehen.

## Steigende Umsätze im Einzelhandel

Landesweit erwachen die grossen Einkaufszentren wieder zum Leben. Nach unseren Schätzungen haben im Einzelhandel mehr als 80 Prozent der Läden wieder geöffnet. Die durchschnittlichen Tagesumsätze sind gegenüber März 2019

allerdings um rund 40 Prozent gesunken. Sportartikel wie Li Ning und Anta kommen nach tiefen Einbrüchen im Februar allmählich wieder auf die Beine. Im gehobenen Segment sind die Kundenzahlen vorerst noch gering. Wer früher nach Europa flog, um dort Designer-Handtaschen zu erwerben, bleibt nun vor Ort, um Gesundheitsrisiken auf Reisen zu vermeiden.

## Supermärkte im Höhenflug

Vorratskäufe bei Gütern des täglichen Bedarfs haben die Supermarktketten zu Gewinnern der Corona-Epidemie werden lassen. Sie verzeichneten im ersten Quartal einen regelrechten Umsatzboom. Es wird erwartet, dass Marktführer wie Yonghui Superstores und Sun Art Retail für die ersten drei Monate ein Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr melden werden. Noch besser erging es Online-Lieferdiensten für Lebensmittel.

Katastrophale Einbrüche verzeichneten während der Epidemie dagegen die Neuwagenhändler. Ihre Verkaufszahlen fielen im Februar landesweit um fast 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr. «Am stärksten von der Viruskrise betroffen sind Nicht-Basiskonsumgüter», sagt Fidelity-Analyst Sherry Qin. «Eine Normalisierung hat zwar begonnen, doch es wird einige Zeit dauern, bis die psychologischen Auswirkungen auf die chinesischen Verbraucher überwunden sind.»

Die in China gesammelte Erfahrung, vom ersten Virusausbruch in Wuhan bis hin zum landesweiten «Lockdown», ist für den Rest der Welt so etwas wie ein Frühindikator für den Verlauf der Pandemie. Nun könnten die Anzeichen einer konsumgestützten Erholung der Binnennachfrage angesichts der Sorge, die weltweit herrscht, das Licht am Ende des Tunnels sein.

Dieses Material ist nur für professionelle Anleger bestimmt und sollte von Privatanlegern nicht als Handlungsgrundlage verwendet werden. Die Anleger werden darauf hingewiesen, dass die geäusserten Ansichten unter Umständen nicht mehr aktuell sind und dass darauf möglicherweise bereits reagiert wurde (Stand: 26. März 2020).

**Tiefere Einblicke.  
Weniger Überraschungen.**



Gut zu wissen, was man bekommt – noch besser ist es ins Innere zu sehen. Mit mehr als 20 Jahren Anlageerfahrung in China bieten wir Ihnen unsere umfangreiche Expertise und professionelle Anlagelösungen.

Vertiefte Einblicke dazu, warum der chinesische Markt auf Ihrer Investitionslandkarte stehen sollte, finden Sie unter: [www.fidelity.ch](http://www.fidelity.ch)



**Wichtige Information.** Diese Information darf ohne vorherige Erlaubnis weder reproduziert noch verbreitet werden. Fidelity veröffentlicht ausschliesslich produktbezogene Informationen und gibt keine an den persönlichen Verhältnissen des Kunden ausgerichtete Anlageempfehlungen, ausser wenn dies von einer entsprechend ermächtigten Firma in einer formellen Mitteilung mit dem Kunden verlangt wird. Die Unternehmensgruppe Fidelity International bildet eine weltweit aktive Organisation für Anlageverwaltung, die in bestimmten Ländern ausserhalb Nordamerikas Informationen über Produkte und Dienstleistungen bereitstellt. Diese Kommunikation richtet sich nicht an Personen innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika und darf nicht von ihnen als Handlungsgrundlage verwendet werden. Diese Kommunikation ist ausschliesslich an Personen gerichtet, die in Jurisdiktionen ansässig sind, in denen die betreffenden Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind oder in denen eine solche Zulassung nicht verlangt ist. Alle angegebenen Produkte und alle geäusserten Meinungen sind, falls keine anderen Quellen genannt werden, die von Fidelity International, Fidelity, Fidelity International, das Logo Fidelity International und das Symbol F sind eingetragene Warenzeichen von FIL Limited. Herausgegeben von FIL Investment Switzerland AG. Die in diesem Marketingmaterial enthaltenen Informationen stellen eine Werbung dar. Die in diesem Marketingmaterial enthaltenen Informationen sind nicht als Angebot oder als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf der in diesem Marketingmaterial erwähnten Finanzprodukte zu verstehen. 20CH0403



AUS DEM BUNDESHAUS

**Claude Chatelain**, Vorsorge- und Finanzjournalist, Bern

## *Säule 3a – Sparvehikel oder Steuersparvehikel?*

Das Corona-Virus hat Bundesbern fest im Griff. So sind mit dem Abbruch der Frühlingssession Vorsorgethemen ins Wasser gefallen oder wenn man so will, vom Virus befallen worden.

Eines davon betrifft die Motion «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen». Sie war in der dritten, eben nicht mehr durchgeführten Sessionswoche auf der Traktandenliste. Erich Ettlín startet mit seiner Motion den wiederholten Versuch, die Säule 3a auszuweiten. Der Obwaldner CVP-Ständerat will, dass Personen sich rückwirkend in die Säule 3a einkaufen können, sofern sie in früheren Jahren keine oder nur Teilbeiträge einzuzahlen vermochten. Seine Chancen auf Erfolg stehen nicht so schlecht: Die kleine Kammer hat die Motion im September mit 20 zu 13 Stimmen angenommen. Und auch die Kommission für so-

ziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) stimmte an ihrer Sitzung vom 21. Februar der Motion zu – wenn auch nur knapp mit 13 zu 10 Stimmen. Die Minderheit setzt sich aus Linken und Grünen zusammen. Sie argumentieren, nachträgliche Einkäufe in die Säule 3a seien bloss ein Steuersparvehikel für Reiche. Jene, die es am nötigsten hätten, könnten davon nicht profitieren.

Das sieht auch der Bundesrat so: Die Gesetzesänderung «käme bloss einer begrenzten Gruppe von Personen zugute, die ein steuerbares Einkommen von über 100 000 Franken pro Jahr erwirtschaftet». Zudem hätte die vorgeschlagene Massnahme «eine nicht abschätzbare Minderung der Steuereinnahmen zur Folge».

### **Immer wieder 3a**

Die Ausweitung des steuerbegünstigten Sparens 3a ist in Bundesbern ein Evergreen. Langjährige Beobachter der Szene mögen sich an Lili Nabholz erinnern. Die ehemalige FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Zürich reichte 1996 die parlamentarische Initiative «Öffnung der Säule 3a für nichterwerbstätige Personengruppen» ein. «Insbesondere für Frauen, die wegen Erziehungs- und Betreuungsaufgaben auf ein Erwerbseinkommen verzichten, wird dadurch das Drei-Säulen-System illusorisch», schrieb die Juristin – notabene gut 23 Jahre vor dem letztjährigen Frauenstreik.

Während der Nationalrat ein Jahr später der Initiative Folge leistete, wurde die Frist für die Erarbeitung einer Vorlage in



*«Die Ausweitung  
des steuerbegünstigten  
Sparens 3a ist  
in Bundesbern  
ein Evergreen.»*

der Folge ganze fünfmal um je zwei Jahre verlängert, bis sie dann in der Sommersession 2009 endgültig abgeschrieben wurde.

Zwei Jahre nach der Abschreibung von Nabholz' Initiative nahm die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder das gleiche Anliegen wieder auf. Der Nationalrat nahm die Motion 2013 an; der Ständerat lehnte sie ein Jahr später ab.

Doch die Frauen der FDP geben nicht auf. Diesmal ist es die Zürcherin Regine Sauter, die im Namen der FDP-Liberalen-Fraktion das Süsschen am Kochen hält und in der zurückliegenden Wintersession einen neuen Anlauf nahm.

Der Bundesrat hat in ungewohnter Schnelle schon reagiert und am 19. Februar 2020 die Motion mit dem Titel «Modernisierung der individuellen Vorsorge. Einzahlung

in die dritte Säule des nichterwerbstätigen Partners» zur Ablehnung empfohlen. Kein Wunder, die Juristinnen im Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) brauchten ihre Argumente nicht neu zu formulieren.

### **Angriff auf die OAK**

Kaum Chancen auf Erfolg dürfte eine Motion von Alex Kuprecht haben, die ebenfalls für den Montag der letzten Sessionswoche traktandiert war. Der Schwyzer SVP-Ständerat will Klarheit über die Kompetenzen der Oberaufsichtskommission (OAK) haben. Er will, dass das Parlament die Möglichkeit hat, der OAK auf die Finger zu schauen. Zudem sollen die Weisungen der OAK vorgängig von den zuständigen Bundesstellen auf deren Gesetzeskonformität überprüft werden können. Kuprecht ist der Ansicht, dass die Kompetenzen der OAK im Gesetz nicht klar geregelt sind. Das ist auch die Meinung der kleinen Kammer, die in der Herbstsession die Motion entgegen der Meinung des Bundesrats mit 22 zu 14 Stimmen angenommen hat.

Es ist aber definitiv nicht die Meinung der vorberatenden SGK-N. An ihrer Sitzung vom 21. Februar lehnte sie die Motion ab – und zwar einstimmig. «Die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) müsse ihre Aufgaben umfassend und ohne zusätzliche Einschränkungen wahrnehmen können», steht im Kommissionsbericht zu lesen. Wie der Bundesrat ist auch die SGK-N der Meinung, dass die Geschäftsprüfungskommissionen der beiden Räte schon heute die Tätigkeit der OAK anhand ihres Tätigkeitsberichts überprüfen können.



### Maklerwesen unter Beschuss

Ebenfalls geringe Chancen auf Erfolg hat die Motion von Fabio Regazzi. Der Tessiner CVP-Nationalrat will sicherstellen, dass die KMU selber entscheiden können, wie die Makler der 2. Säule zu entschädigen seien. Über seine im Dezember eingereichte Motion «Keine Beschränkung der Wahlfreiheit für KMU und deren Angestellte im BVG» wurde in diesen Spalten in der Februarausgabe berichtet. Inzwischen hat der Bundesrat begründet, weshalb er die gängige Praxis der Broker-Gebühren problematisch findet. Er sieht einen Interessenkonflikt, weil der Makler jene Lösung bevorzugen könnte, die ihm die höchste Entschädigung beschert.

Der Bundesrat sieht deshalb gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht wurde am 20. November 2019 zuhänden des Parlaments verabschiedet. Das Anliegen von Fabio Regazzi könne somit im Rahmen der parlamentarischen Beratung aufgenommen werden.

### Keine Vereinfachung des Geschäftsverkehrs

«Formulierungen, die den elektronischen Geschäftsverkehr behindern, sind soweit wie möglich zu beseitigen.» Wer kann etwas gegen diese Motion der Staatspolitischen Kommission haben?

«Der Vorstoss geht in die richtige Richtung – die Digitalisierung ist eine Realität und in vielen Gesetzen ist sie noch nicht

vollzogen», erklärte Thomas R. Schönbächler, GL-Vorsitzender der BVK in der Novemberausgabe der «Schweizer Personalvorsorge».

Doch der Praktiker machte die Rechnung ohne die Juristen. Für den Zürcher SP-Nationalrat Angelo Barrile, zwar Arzt und nicht Jurist, gehört die Motion zum Kerngebiet der SGK und müsse zuerst von ihr begutachtet werden. Diese wiederum will von der Motion nichts wissen und stellt sich auf die Seite des Bundesrats. Auch deshalb, weil im vorgesehenen neuen Datenschutzgesetz bereits eine adäquate Regelung vorgesehen sei. Die SPK hat darauf am 11. März die Motion zurückgezogen.

### Gleichgewicht in der BVG-Kommission?

Zum Schluss noch dies: Versicherungslobbyist Damian Müller findet, die Lebensversicherungen, Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen seien in der BVG-Kommission untervertreten. In seiner in der Wintersession eingereichten Interpellation erklärte der Luzerner FDP-Ständerat, dass die Anzahl der autonomen Kassen rückläufig seien, die Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen dagegen laufend an Bedeutung gewinnen.

Der Bundesrat sieht das – wenig überraschend – anders. Er findet, alle Interessen- und Anspruchsgruppen seien in der sechzehnköpfigen BVG-Kommission «angemessen» vertreten. Die Sache ist damit erledigt. Eine Diskussion darüber fand im Stöckli nicht statt. |

WERBUNG

PUBLICITÉ

## Teilhaben an attraktiven Anlagealternativen.

Jetzt teilhaben unter [anlagestiftung.ch](https://anlagestiftung.ch)

  
Vertrauen  
durch  
Transparenz

Mit der Anlagegruppe Swisscanto AST Hypotheken Schweiz profitieren institutionelle Anleger vom Zugang zu inländischen Hypothekenforderungen.

 **Swisscanto**  
Anlagestiftungen





DU PALAIS FEDERAL

**Claude Chatelain**, journaliste financier spécialisé dans la prévoyance, Berne

## *Le pilier 3a – un véhicule d'épargne ou un véhicule d'épargne fiscale?*

Le coronavirus paralyse la Berne fédérale. Ainsi, lorsque la session de printemps a été interrompue, le dossier de la prévoyance a également été suspendu, victime, comme tant d'autres choses, du coronavirus.

Un des thèmes qui devait être abordé concernait la motion «Autoriser les rachats dans le pilier 3a». Elle figurait à l'ordre du jour de la troisième semaine, celle, justement, qui a été annulée. Avec sa motion, Erich Ettlin tente une fois de plus d'étendre le pilier 3a. Le conseiller aux Etats PDC du canton d'Obwald souhaite que les personnes qui n'ont pas pu alimenter leur pilier 3a, ou n'ont pas pu payer le montant maximal par le passé, puissent faire des rachats dans le pilier 3a à titre rétroactif. Ses chances d'être entendu ne sont pas si mauvaises: la Chambre haute avait adopté la motion par 20 voix à 13 au mois de septembre dernier. Et la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) a également donné son aval à la motion lors de la séance du 21 février – quoique par une marge serrée de 13 voix contre 10. Les voix minoritaires émanent du camp de la gauche et des Verts qui affirment que les rachats rétroactifs dans le cadre du pilier 3a ne sont qu'un véhicule d'optimisation fiscale pour riches. Que ceux qui en auraient le plus grand besoin n'ont pas les moyens d'en profiter.

Le Conseil fédéral partage cet avis: la modification de la loi «ne profiterait qu'à un groupe limité de personnes qui ont des revenus imposables de plus de 100 000 francs par an». En plus, la mesure proposée entraînerait une «diminution incalculable des recettes fiscales».

### **Encore et toujours le pilier 3a**

L'extension de l'épargne fiscalement privilégiée dans le pilier 3a est un thème récurrent dans la Berne fédérale. Les observateurs de longue date des événements sous la Coupole se souviennent peut-être de Lili Nabholz. En 1996, l'ancienne conseillère nationale PLR du canton de Zurich avait introduit l'initiative parlementaire «Ouverture du pilier 3a aux groupes de personnes sans activité lucrative». «Le système des trois piliers est une illusion pour certaines personnes, notamment les femmes qui renoncent à la vie active pour élever des enfants ou s'occuper de proches», écrivait la juriste – plus d'une vingtaine d'années avant la grève des femmes de l'an dernier.

Tandis que le Conseil national donnait suite à l'initiative un an plus tard, le délai d'élaboration d'un projet de loi était ensuite prolongé cinq fois de deux ans avant qu'il ne soit définitivement enterré lors de la session d'été de 2009.

Deux ans après la mise au rebut de l'initiative Nabholz, la conseillère nationale Christa Markwalder, également membre

du Parti libéral-radical, revenait à la charge avec une motion de même teneur qui était approuvée par le Conseil national en 2013, mais rejetée par le Conseil des Etats un an plus tard.

Mais les femmes PLR n'abandonnent pas. C'est désormais la Zurichoise Regine Sauter qui a repris le flambeau et relancé le dossier au nom du groupement libéral-radical lors de la dernière session d'hiver.

Le Conseil fédéral a déjà réagi avec une rapidité inhabituelle et recommandé le 19 février 2020 le rejet de la motion intitulée «Modernisation de la prévoyance individuelle. Autoriser les versements dans le 3<sup>e</sup> pilier du partenaire non actif». Une rapidité qui n'a cependant rien de surprenant dans la mesure où les juristes à l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) n'ont pas eu à reformuler leurs arguments.

### **Attaque lancée contre la CHS**

Quant à la motion d'Alex Kuprecht, qui était également à l'ordre du jour du lundi de la dernière semaine de session, ses chances d'aboutir paraissent faibles. Le conseiller aux Etats UDC demande des clarifications sur les compétences de la Commission de haute surveillance (CHS). Il souhaite que le Parlement ait la possibilité de surveiller de près la CHS. Il veut en outre qu'avant la publication des directives de la CHS, les autorités fédérales compétentes puissent en vérifier la conformité légale. Kuprecht est d'avis que les compétences de la CHS ne sont pas clairement réglementées dans la loi. C'est également l'avis de la Chambre haute qui, malgré l'avis contraire du Conseil fédéral, a adapté la motion lors de la session d'automne par 22 voix contre 14.

Mais ce n'est définitivement pas l'avis de la Commission parlementaire CSSS-N qui a rejeté la proposition à l'unanimité lors de sa réunion du 21 février. Dans son rapport, elle écrit que «la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS PP) doit pouvoir assumer ses tâches pleinement et sans restrictions supplémentaires». Et elle rejoint par ailleurs le Conseil fédéral en affirmant que les commissions de gestion du Conseil national et du Conseil des Etats ont déjà la possibilité de contrôler l'activité de la CHS sur la base de son rapport d'activité.

### **Le courtage sur la sellette**

Une autre motion qui semble vouée à l'échec est celle de Fabio Regazzi. Le conseiller national PDC du Tessin veut garantir que les PME puissent décider elles-mêmes du modèle de rémunération des courtiers dans le 2<sup>e</sup> pilier. Sa motion «LPP. Ne pas limiter la liberté de choix des PME et de leurs salariés» avait déjà été commentée sous cette rubrique dans le numéro

de février de la revue. Entre-temps, le Conseil fédéral a expliqué pourquoi il jugeait la pratique actuelle des frais de courtage problématique. Il voit un conflit d'intérêts dans la mesure où le courtier pourrait donner la préférence à la solution la plus profitable pour lui.

Le Conseil fédéral a donc reconnu le besoin de légiférer. Le 20 novembre 2019, il a adopté le message concernant la modernisation de la surveillance et l'a transmis au Parlement, estimant que l'objectif visé par Fabio Regazzi pourra ainsi être repris et examiné dans le cadre des débats parlementaires.

#### Pas de simplification du commerce électronique

«Les formulations qui empêchent le commerce électronique doivent, dans la mesure du possible, être supprimées.» Qui contredirait cet avis exprimé par la Commission des institutions politiques dans une motion?

«C'est une initiative qui va dans le bon sens – la numérisation est une réalité à laquelle de nombreuses lois ne sont pas encore adaptées», déclarait Thomas R. Schönbächler, PDG de la BVK, dans le numéro de novembre de la «Prévoyance Professionnelle Suisse».

Mais le praticien était allé trop vite au goût des juristes. Pour Angelo Barrile, conseiller national socialiste de Zurich qui est cependant médecin et non juriste, la motion relève du domaine

clé de la CSSS et doit donc d'abord être examinée par celle-ci. La Commission en question ne veut rien savoir de la motion et se rallie derrière le Conseil fédéral, en argumentant entre autres que la nouvelle loi sur la protection des données prévoit déjà une réglementation adéquate. La CIP a ensuite retiré sa motion le 11 mars.

#### Quel équilibre au sein de la Commission LPP?

Encore ceci pour terminer: le lobbyiste des assurances Damian Müller trouve que les assureurs-vie, ainsi que les institutions collectives et communes, sont sous-représentés dans la Commission LPP. Dans son interpellation déposée lors de la session d'hiver, le conseiller aux Etats PLR du canton de Lucerne avait expliqué que le nombre des caisses de pensions autonomes était en recul, tandis que les institutions collectives et communes ne cessaient de gagner en importance.

Le Conseil fédéral – et cela ne surprendra pas grand monde – voit les choses différemment. Il estime que tous les groupes d'intérêt et les parties prenantes sont «adéquatement» représentés dans la commission LPP formée de 16 membres. Le Conseil des Etats n'ayant pas demandé de délibérations, l'affaire est liquidée. |

WERBUNG

PUBLICITÉ

**Participez** à des solutions  
de placement attrayantes.

Participez maintenant sur [fondationplacement.ch](https://fondationplacement.ch)



Confiance  
par la  
transparence

Avec le groupe de placement Swisscanto FP Hypothèques Suisse, les investisseurs institutionnels bénéficient d'un accès à des créances hypothécaires suisses.



**Swisscanto**  
Fondations de  
Placement

Les thèmes fétiches des médias en mars

# Trébuchements

Les idées de mars n'ont pas été une partie de plaisir: même les caisses de pensions ont senti le stress du coronavirus. Et à part cela? Des trous béants, des dates d'audience et la crainte de voir baisser les rentes futures.

«Il y a un trou de 100 milliards dans les caisses de pensions suisses», titrait la «NZZ am Sonntag» du 1<sup>er</sup> mars en faisant référence à une étude McKinsey qui compare les rendements annuels dans divers pays de l'OCDE sur la période de 2008 à 2018. Selon cette étude, les caisses de pensions suisses ont généré un maigre 2.4% de revenu en moyenne. C'est mieux que la Belgique ou l'Italie, mais mauvais en comparaison avec le Canada (4.1%), le Danemark (3.8%) ou les Pays-Bas (3.6%). Comment se l'expliquer? Parce que les caisses de pensions sont toujours obligées d'investir massivement dans les obligations, affirme le journal. Elles devraient pouvoir s'exposer davantage aux actions! Un portail financier a également repris cette histoire et a attribué la note «insuffisant» aux caisses de pensions suisses en tant qu'investisseurs («fnews.ch» du 2 mars).

## «Le temps presse»

Le 9 mars, le journal gratuit au plus fort tirage en Suisse, le Magazine Migros, a publié un dossier spécial sur les caisses de pensions. Christoph Ryter, vice-président de l'ASIP et directeur de la CPM, a répondu aux questions du magazine en qualité de «patron de la Caisse de pensions Migros». Dans l'interview, il a patiemment expliqué pourquoi le taux de conversion devait être abaissé et il a exposé sa position au sujet de la réforme LPP. Il a aussi prédit que dans sa forme actuelle, la proposition du Conseil fédéral ne recueillerait probablement pas une majorité de voix. De manière élégante et compréhensible, le dossier explique aussi la déduction de coordination. Mais est-ce que Monsieur et Madame Père et Mère d'une famille suisse typique ont effectivement lu l'article?

## Le Conseil fédéral se fait autoritaire

Le vendredi 13 mars, au plus tard, les priorités des ménages suisses ont changé. Ce jour-là, l'OMS avait officiellement qualifié le coronavirus de pandémie et le Conseil fédéral prenait les choses en main. Fermeture des écoles, réunions interdites, la Suisse fermait boutique. On peut toujours lire des journaux à la maison, écouter la radio ou naviguer sur l'Internet. Mais il est bien possible qu'au vu des circonstances, certaines bonnes nouvelles concernant les caisses de pensions soient passées inaperçues. C'est ainsi que le 25 mars, la «Solothurner Zeitung» annonçait dans une note marginale que la révision des caisses de pensions cantonales était en bonne voie. La refonte du plan de prévoyance vise à faciliter la poursuite de l'activité professionnelle après 65 ans – et à alléger le fardeau des assurés plus jeunes.

## Acquittements à Fribourg

Mais est-ce une bonne ou une mauvaise nouvelle que dans le procès relatif à la faillite de la caisse de pensions fribourgeoise ACSMS, le Tribunal fédéral ait acquitté tous les accusés? Comme l'ont rapporté les «Freiburger Nachrichten» le 12 mars, le verdict du Tribunal cantonal et certaines parties de l'acte d'accusation ont été complètement démolis. Ni les membres du comité de placement, ni l'experte en matière de prévoyance ou le réviseur ne doivent répondre de la perte de 57 millions. Reste à voir si le gestionnaire de fortune lausannois qui a investi à sa manière le capital confié à la société «Hope Finance» devra rendre des comptes. Ce procès est également en appel et la procureure générale adjointe de Fribourg compétente a dû revoir sa copie. Elle n'a pas la tâche facile. Après

tout, les assurés n'ont subi aucun dommage: ils ont été transférés dans une autre caisse il y a longtemps, le fonds de garantie a sauté dans la brèche.

## Retour à la case départ

Le 25 mars, la NZZ a tenté d'évaluer l'impact que le «choc du corona» et ses répercussions sur les marchés boursiers ont sur les degrés de couverture. Conclusion lapidaire: il est massif. Pour les petites caisses en situation de découvert, la baisse boursière est venue fort mal à propos. Par exemple, la Caisse de pension de la Ville de Berne (PVK) avait déjà vu la lumière au bout du tunnel puisqu'elle affichait à la fin de 2019 un degré de couverture de 96.9%. Le 10 mars, la «Berner Zeitung» annonçait qu'il manquait encore 80 millions à la caisse pour sortir de sa situation déficitaire. Maintenant, la PVK qui compte quelque 5600 actifs et 3900 retraités a évidemment subi un douloureux revers.

## Une baisse des rentes?

La crainte a rapidement été exprimée que les rentes allaient diminuer à cause de la détérioration de la situation financière. Elles le feraient également si la réforme de la LPP du Conseil fédéral passait sans supplément de rente. C'est exactement ce que souhaiterait le gouvernement cantonal de Glaris comme il l'a déclaré lors de la consultation. Oui, le gouvernement cantonal accepte implicitement des rentes moins élevées, a laissé entendre Rolf Widmer, directeur des finances glaronnaises, au journal local («Glarner Nachrichten») qui lui a posé la question le 10 mars. En comparaison, les nouvelles sont carrément bonnes à Bienne où le gouvernement municipal, en tant qu'employeur, envisage diverses mesures pour amortir la diminution des rentes des employés municipaux. Comme l'a annoncé nau.ch le 18 mars, il est prévu de diminuer la déduction de coordination pour augmenter les rentrées de cotisations. Et comment on va payer? Par des prélèvements échelonnés du financement spécial que l'on a appelé «contrat social».

## Claudio Zemp

Rédacteur «Prévoyance Professionnelle Suisse»





vps.epas

# Einführung in die berufliche Vorsorge

Modulkurs für Stiftungsräte und weitere Interessierte

**25. Aug., 1./8./15./22. Sept. 2020, Luzern**

**28. Okt., 4./11./18./25. Nov. 2020, Luzern**

**29. Okt., 5./12./19./26. Nov. 2020, Zürich-Flughafen**

Mit namhaften Fachspezialisten der beruflichen Vorsorge ist der vps.epas laufend in der Lage, den Einführungskurs in die berufliche Vorsorge speziell für Stiftungsräte und weitere Interessierte anzubieten. Die Grundausbildung dauert fünf Tage. Die Module können auch einzeln gebucht werden.

**25. August\*, 28./29. Oktober 2020**

Modul 1: Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen

**Beatrice Eichenberger Schäpper,**  
**Markus Lustenberger, Dieter Stohler**

**8. September\*, 4./5. November 2020**

Modul 2: Verpflichtung der Pensionskasse und ihre Deckung

**Benno Ambrosini, Martin Franceschina,**  
**Urs Schaffner, Reto Leibundgut**

**22. September\*, 11./12. November 2020**

Modul 3: Vermögensanlage

**Reto Kuhn, Lukas Riesen, Jürg Schiller**

**15. September\*, 18./19. November 2020**

Modul 4: Rechnungsführung und Jahresabschluss

**Marcel Geisser, Bruno Purtschert**

**1. September\*, 25./26. November 2020**

Modul 5: Leistungen und Leistungs-koordination, steuerliche Behandlung, Grundlagen, aktuelle Anwendungsfragen

**Hans-Peter Conrad, Peter Lang,**  
**Max Ledergerber, Hans-Ulrich Stauffer**

\*Achtung: Ersatzdaten Frühling,  
Modulreihenfolge: 1,5,2,4,3

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

## Ort

Radisson Blu Hotel, Inseliquai 12, 6005 Luzern  
Radisson Blu Hotel, 8058 Zürich-Flughafen

## Zeit

Ganzer Kurs: 5 Tage, 09.15 – 16.45 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)**

## Auskünfte

vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23, [so@vps.epas.ch](mailto:so@vps.epas.ch)  
Beatrice Steiner,  
+41 (0)41 317 07 48, [bs@vps.epas.ch](mailto:bs@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)

## Credit Points



FinanzPlaner  
Verband





Was die Medien im März bewegte

## Aus dem Tritt

Die Iden hatten es in sich: Der «Corona-Schock» versetzte selbst die Pensionskassen in Stress. Und sonst? Klaffende Lücken, Gerichtstermine und die Furcht vor tieferen Renten in der Zukunft.

«Bei den Schweizer Pensionskassen klafft eine 100-Milliarden-Lücke», titelte die «NZZ am Sonntag» am 1. März und verwies auf eine Studie von McKinsey, die die jährliche Rendite von 2008 bis 2018 in verschiedenen OECD-Ländern vergleicht. Kümmerliche 2.4 Prozent erwirtschafteten danach die Schweizer Kassen im Schnitt. Das ist zwar besser als in Belgien und Italien, aber im Vergleich mit Kanada (4.1 Prozent), Dänemark (3.8 Prozent) oder den Niederlanden (3.6 Prozent) schlecht. Wieso ist das so? Weil die Kassen gezwungen sind, noch immer schwergewichtig in Obligationen zu investieren, meint die Zeitung. Man müsste mehr in Aktien investieren dürfen! Auch ein Finanzportal nahm diese Story auf und verlieh den Schweizer Kassen als Investoren das «Prädikat ungenügend!» («finews.ch» am 2. März).

### «Die Zeit drängt»

Am 9. März brachte das auflagestärkste Wochenblatt der Schweiz, das Migros-Magazin, einen Spezialteil zur Vorsorge. Christoph Ryter, ASIP-Vizepräsident und Geschäftsführer der MPK, stand als «Chef der Migros-Pensionskasse» in der Hauszeitung Red und Antwort. Er erklärte im Interview geduldig, wieso der Umwandlungssatz gesenkt werden soll und nahm Stellung zur BVG-Reform. Der Vorschlag des Bundesrats sei in dieser Form wohl nicht mehrheitsfähig. Elegant und verständlich wurde im Dossier auch noch der Koordinationsabzug erklärt. Ob Herr und Frau Musterfamilie den Artikel gelesen haben?

### Autoritärer Bundesrat

Spätestens am Freitag dem 13. verschoben sich die Prioritäten in den Schweizer Haushalten. Corona war gemäss WHO offiziell eine Pandemie, der

Bundesrat nahm buchstäblich das Heft in die Hand. Schulen geschlossen, Zusammenkünfte untersagt, die Schweiz machte zu. Man darf zuhause immerhin noch die Zeitung lesen, Radio hören oder eben Internet gucken. So mag die eine oder andere gute Nachricht aus der Welt der Pensionskassen untergegangen sein. Die «Solothurner Zeitung» etwa schrieb am 25. März in einer Randnotiz, dass eine Revision der kantonalen Pensionskasse auf gutem Weg sei. Mit der Neugestaltung des Vorsorgeplans solle eine Weiterbeschäftigung nach 65 erleichtert werden – und die jüngeren Versicherten würden entlastet.

### Freisprüche in Freiburg

Ist es eine gute oder schlechte Nachricht, dass im Prozess um die Pleite der Freiburger Pensionskasse ACSMS das Bundesgericht sämtliche Angeklagten freisprach? Wie die «Freiburger Nachrichten» am 12. März meldeten, wurden das Urteil des Kantonsgerichts und Teile der Anklageschrift zerzaust. Weder die Mitglieder der Anlagekommission noch die Vorsorgeexpertin oder der Revisor konnten für den Verlust von 57 Millionen haftbar gemacht werden. Offen ist noch, ob der Vermögensverwalter aus Lausanne, der für die Firma «Hope Finance» das anvertraute Kapital auf seine Art anlegte, zur Rechenschaft gezogen wird. Auch dieser Prozess ist in Berufung, die zuständige stellvertretende Freiburger Generalstaatsanwältin musste über die Bücher. Sie hat keinen leichten Fall. Immerhin kamen die Versicherten nicht zu Schaden: Sie wurden längst einer anderen Kasse angeschlossen, der Sifo sprang ein.

### Zurück auf Feld 1

Die NZZ versuchte am 25. März einen Überblick darüber zu gewinnen,

wie der «Corona-Schock» auf den Aktien die Deckungsgrade belastet. Das lapidare Fazit: massiv. Kleinere Kassen in Unterdeckung erwischte die Börsenbaisse auf dem falschen Fuss. So hatte zum Beispiel die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK) schon Licht am Ende des Tunnels gesehen und wies Ende 2019 einen Deckungsgrad von 96.9 Prozent aus. Wie die «Berner Zeitung» (am 10. März) meldete, fehlten der Kasse noch 80 Millionen, um aus der Unterdeckung herauszukommen. Nun wurde natürlich auch die PVK mit rund 5600 Aktiven und 3900 Rentnern auf ihrem Weg zurückgeworfen.

### Gekürzte Renten?

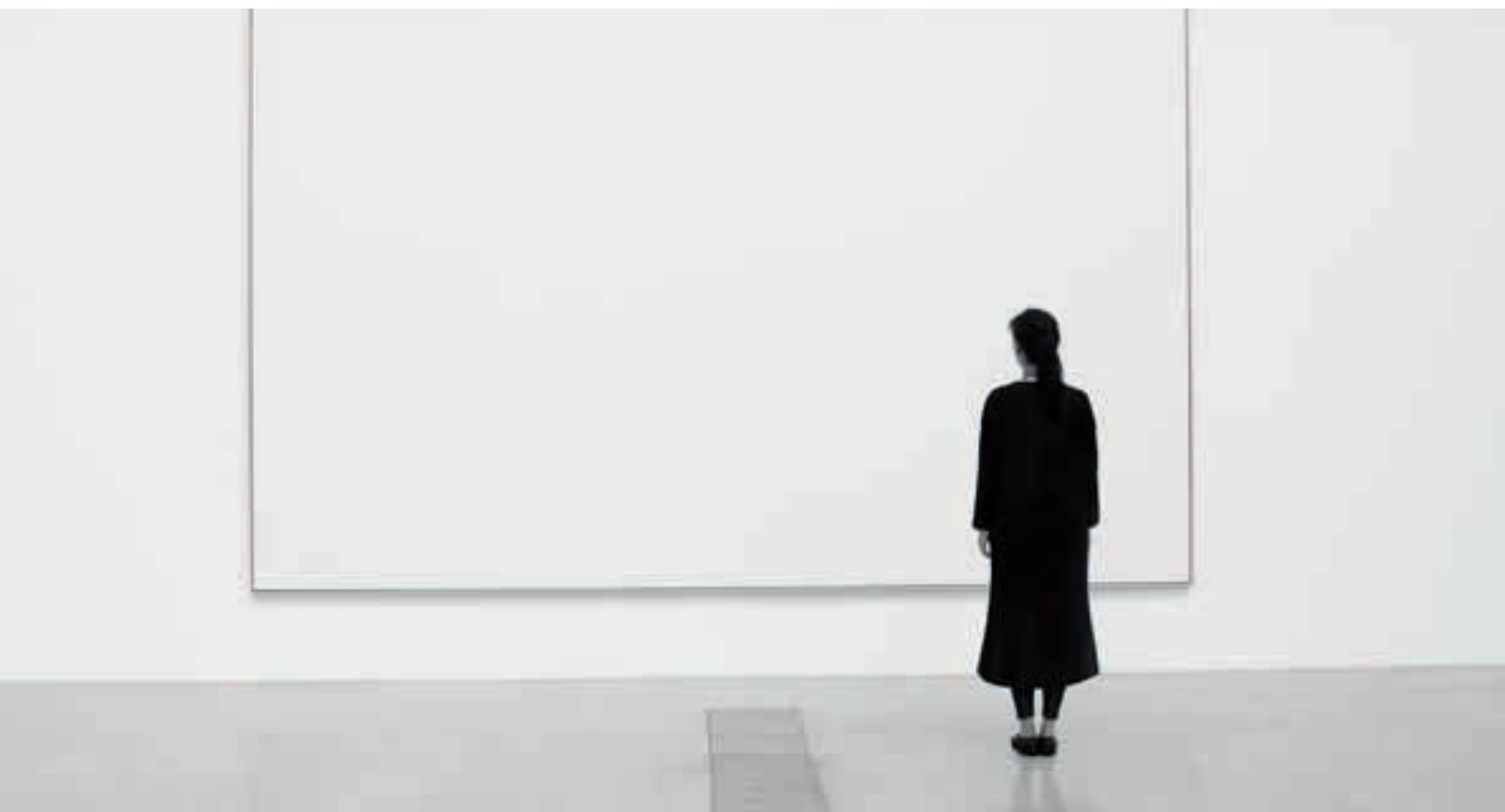
Schnell wurden Befürchtungen laut, dass angesichts der verschlechterten finanziellen Lage Renten gekürzt würden. Dies wäre auch der Fall, wenn die BVG-Reform des Bundesrats ohne Rentenzuschlag durchkommt. Die Regierung des Kantons Glarus möchte genau dies, wie sie im Rahmen der Vernehmlassung festhielt. Ja, die Kantonsregierung nehme implizit tiefere Renten in Kauf, bestätigte der Glarner Finanzdirektor Rolf Widmer der Lokalzeitung auf Nachfrage («Glarner Nachrichten» am 10. März). Da ist es schon eine gute Nachricht, dass die Stadtregierung von Biel als Arbeitgeberin verschiedene Massnahmen vorsieht, um die Rentenkürzungen bei städtischen Angestellten abzufedern. Wie nau.ch am 18. März meldet, soll der Koordinationsabzug reduziert werden, damit es mehr Beiträge gibt. Und wer zahlt? Eine gestaffelte Entnahme aus der Spezialfinanzierung namens «Contrat social». |

### Claudio Zemp

Redaktor «Schweizer Personalvorsorge»

Diese Unterlagen sind ausschliesslich für die Verteilung an professionelle Investoren bestimmt. Sie sind jedoch nicht für die Verteilung an Personen oder Einheiten vorgesehen, die die Staatsangehörigkeit oder den Wohn- oder Geschäftssitz in einem Ort, Staat, Land oder Gerichtskreis haben, in denen eine solche Verteilung, Veröffentlichung oder Verwendung gegen Gesetze oder andere Bestimmungen verstösst. Die in der Vergangenheit erzielte Performance gibt keine Gewähr für deren zukünftige Entwicklung. Der Wert der Anlagen und deren Erträge kann steigen oder sinken und wird nicht garantiert. Es ist möglich, dass Sie den anfänglich investierten Betrag nicht zurückerhalten. Dieses Dokument wurde in der Schweiz von Pictet Asset Management SA und in den übrigen Ländern der Welt von Pictet Asset Management Limited, die der Financial Conduct Authority untersteht, erstellt und darf ohne Genehmigung von Pictet Asset Management weder ganz noch teilweise reproduziert oder (weiter)verbreitet werden.

# Verantwortung ist oft schwer greifbar. Nicht für unsere Kunden.



Genf Zürich Luxemburg London Amsterdam  
Brüssel Paris Frankfurt Madrid Mailand Dubai  
Montreal Hongkong Singapur Taipeh Osaka Tokio  
[assetmanagement.pictet](https://www.assetmanagement.pictet)

 **PICTET**  
Asset Management

Building Responsible Partnerships



## 43–77

### Wohlerworbene Rechte

### Les droits acquis

- |  |  |
|--|--|
| <p><b>47</b> Wohlerworbene Rechte des Versicherten<br/><i>Jean Pirrotta</i></p> <p><b>50</b> Echter Rechtsschutz?<br/><i>Kurt C. Schweizer</i></p> <p><b>57</b> Lackmustest der Kommunikation: Die Macht der Worte<br/><i>Isabelle Vetter-Schreiber</i></p> <p><b>62</b> Ausserobligatorium: Ist eine Negativverzinsung möglich?<br/><i>Franziska Bur Bürgin</i></p> <p><b>71</b> Abweichungen, Widersprüche und Entwicklungen<br/><i>Jacques-André Schneider</i></p> <p><b>75</b> Präzise und verständliche Kommunikation<br/><i>Interview mit Simone Piali</i></p> | <p><b>44</b> Les droits acquis de l'assuré<br/><i>Jean Pirrotta</i></p> <p><b>53</b> Qu'en est-il réellement de la protection juridique?<br/><i>Kurt C. Schweizer</i></p> <p><b>59</b> Le test décisif de la communication: le poids des mots<br/><i>Isabelle Vetter-Schreiber</i></p> <p><b>64</b> Régime extra-obligatoire: l'application d'un taux d'intérêt négatif est-elle possible?<br/><i>Franziska Bur Bürgin</i></p> <p><b>67</b> Variations, contradictions et développements<br/><i>Jacques-André Schneider</i></p> <p><b>77</b> Une communication claire et compréhensible<br/><i>Interview avec Simone Piali</i></p> |
|--|--|

Folgende Personen haben die Redaktion bei der Erarbeitung des Konzepts für den Akzentteil dieser Ausgabe unterstützt. Für ihr Engagement bedanken wir uns herzlich.

*Les personnes suivantes ont participé à l'élaboration conceptuelle de la partie thématique du présent numéro. La rédaction les remercie très cordialement de leur engagement.*

**Isabelle Vetter-Schreiber (Fachverantwortung), Franziska Bur Bürgin, Simon Heim, Tristan Imhof, Yolanda Müller, Peter Rösler, Kurt Schweizer, Anne Troillet.**

**Stiftungsräte/Conseils de fondation**  
Diese Artikel richten sich speziell an  
Führungsgorgane von Vorsorgeeinrichtungen

## Modification des règlements

# Les droits acquis de l'assuré

La prévoyance professionnelle commence le jour où débute le rapport de travail et prend fin le jour où le travailleur quitte l'institution de prévoyance. Il s'agit d'une relation de durée, qui doit pouvoir être modifiée pour s'adapter à l'évolution des circonstances, même sous certaines conditions lorsque les changements sont susceptibles de détériorer la situation du travailleur assuré.

---

**EN BREF**

L'art. 91 LPP introduit le principe général de la garantie des droits acquis, qui s'applique non seulement lors de modifications législatives mais aussi et surtout lors de modifications des règlements.

---

On entend par garantie des droits acquis une disposition selon laquelle un rapport juridique, qui existait déjà avant la modification d'une norme légale ou réglementaire, est maintenu inchangé, afin d'empêcher la restriction ou l'élimination de droits. Des prestations juridiques deviennent des droits acquis si elles ont été déclarées immuables par une disposition légale ou réglementaire ou si elles résultent de certaines garanties individuelles ou d'accords contractuels.<sup>1</sup>

L'art. 91 LPP introduit le principe général de la garantie des droits acquis, qui s'applique non seulement lors de modifications législatives mais aussi et surtout lors de modifications des règlements.<sup>2</sup> Ainsi, pour éviter des cas de rigueur, l'institution de prévoyance doit prévoir des dispositions transitoires pour que la réglementation existante puisse continuer de s'appliquer à un cercle fermé d'assurés pendant une durée limitée. La garantie des droits acquis n'est toutefois pas absolue et doit rester exceptionnelle.

### Droits acquis versus expectatives de prestations

Il faut avant tout distinguer les droits acquis des expectatives futures. En effet, le rapport de prévoyance est fondamentalement modifié lorsque l'assuré est mis au

bénéfice d'une rente de vieillesse. Avant son départ à la retraite, l'assuré ne dispose que d'expectatives quant à sa future rente, lesquelles peuvent en principe être revues en tout temps,<sup>3</sup> tandis qu'à sa mise à la retraite l'assuré acquiert le droit à une rente financée par le capital de prévoyance, dont le montant ne peut plus être modifié en sa défaveur,<sup>4</sup> sous réserve des cas expressément prévus par la législation (art. 36 al. 2 et 65d al. 3 let. b LPP).<sup>5</sup>

Constituent notamment des droits acquis:

- le droit à l'avoir de libre passage à sa valeur actuelle, mais au minimum à la prestation de sortie légale (art. 15 à 19 LFLP),
- le droit à la rente, mais pas le droit à un âge de retraite ou à un montant de rente déterminés,
- le montant des rentes de vieillesse, survivants et invalidité en cours,
- le droit à une part des fonds libres en cas de liquidation partielle ou

<sup>3</sup> Le Tribunal fédéral a jugé que, compte tenu de l'absence de droits acquis en matière de prestations futures, le taux de conversion pouvait être abaissé peu de temps avant le départ à la retraite anticipée (ATF 133 V 279). Voir aussi ATF 1P.23/2000 du 8 novembre 2000.

<sup>4</sup> Une disposition transitoire réglementaire prévoyant une rente de vieillesse flexible (rente de base fixe et supplément variable selon la situation financière de l'institution de prévoyance), applicable aux rentes de vieillesse en cours, a été jugée illégale (ATF 143 V 440).

<sup>5</sup> ATF 135 V 382, 134 I 23.



**Jean Pirrotta**

Directeur, Autorité cantonale de surveillance des fondations et des institutions de prévoyance du canton de Genève

<sup>1</sup> ATF 134 I 23.

<sup>2</sup> L'art. 91 LPP n'est pas applicable aux fondations de prévoyance en faveur du personnel non enrégistrées.



totale (art. 18a LFLP et art. 53b à 53e LPP); en revanche, en cas de découvert, celui-ci peut être déduit individuellement des prestations de sortie des assurés,

- une promesse individuelle qualifiée et irrévocable.<sup>6</sup>

Cela étant, la protection des droits acquis n'étant pas absolue, l'institution de prévoyance doit pouvoir les restreindre ou les supprimer lorsqu'un intérêt important et prépondérant l'exige et que cette restriction ou suppression est proportionnée. Tel est le cas par exemple lorsque l'équilibre financier de l'institution de prévoyance ou le principe de l'égalité de

traitement entre assurés l'exigent manifestement. En particulier, le principe des droits acquis ne doit pas se transformer en une inégalité de traitement choquante et inadmissible visant à contraindre un collectif d'assurés à financer dans une grande mesure les privilèges d'un autre collectif d'assurés.

A l'inverse, les attentes de prestations futures ne font pas partie des droits acquis, même lorsque des cotisations correspondantes ont été versées. L'institution de prévoyance peut donc les modifier en tout temps, à condition de respecter les principes de l'égalité de traitement et de l'interdiction de l'arbitraire. De même, l'institution de prévoyance peut modifier ses prestations lorsqu'elle les octroie à titre facultatif.

### Modification des règlements

Conformément au principe de planification, l'institution de prévoyance doit fixer précisément dans son règlement les différentes prestations qu'elle octroie, leur mode de financement, les conditions auxquelles elles sont versées, les plans de prévoyance qu'elle propose, ainsi que les différents collectifs d'assurés et les plans de prévoyance s'appliquant à ces collectifs (art. 1g OPP 2).<sup>7</sup> Le règlement doit notamment fixer l'objectif de prévoyance et les conditions de financement pour les différentes prestations, afin que l'assuré puisse connaître à l'avance le niveau de ses futures prestations de prévoyance et le taux de cotisation pour les financer.<sup>8</sup>

Une modification du règlement d'une institution de prévoyance dont l'activité s'exerce dans le domaine subobligatoire ne peut se faire que d'un commun accord avec toutes les parties (employeur et as-

surés). Une modification unilatérale par l'organe suprême de l'institution est toutefois possible sur la base d'une disposition réglementaire expresse acceptée par toutes les parties, explicitement ou par actes concluants lors de la conclusion du contrat de prévoyance.<sup>9</sup>

Une modification du règlement aboutissant à une réduction des droits futurs des assurés à des prestations subobligatoires est admissible pour autant que la nouvelle réglementation soit conforme à la loi, ne s'avère pas arbitraire, ne conduise pas à une inégalité de traitement entre les assurés et ne porte pas atteinte à leurs droits acquis.<sup>10</sup> Si une telle modification devait entraîner une dégradation considérable et immédiate des prestations futures de l'assuré ou de l'ayant droit, l'institution de prévoyance doit alors prévoir des dispositions transitoires appropriées et proportionnées.<sup>11</sup>

En outre, la protection de la bonne foi et le principe de la confiance requièrent également qu'un délai de transition suffisant soit octroyé à l'assuré, afin qu'il puisse prendre les dispositions nécessaires pour préserver ses droits. Autrement dit, lors d'une modification unilatérale du règlement, l'assuré doit disposer d'un délai suffisant pour résilier le rapport de prévoyance (par exemple en changeant d'emploi) ou annuler les actions prises de manière volontaire (par exemple un rachat).

Enfin, les modifications réglementaires entrent en vigueur au moment de leur adoption ou au moment fixé pour leur entrée en vigueur. Elles sont soumises au principe de non-rétroactivité.

### Principe de non-rétroactivité

Selon le principe général de non-rétroactivité, les effets juridiques de faits antérieurs à l'entrée en vigueur d'une

<sup>6</sup> ATF C-1193/2012 du 16 mars 2017 et ACJ de Genève du 17 mars 2015. Selon le Tribunal fédéral, les renseignements figurant dans un certificat d'assurance ne constituent pas une promesse individuelle et irrévocable, mais uniquement des informations données à titre indicatif qui ne préjugent pas du droit futur de l'assuré aux prestations (ATF 9C\_224/2010 du 1<sup>er</sup> septembre 2010).

### La question des droits acquis se pose fréquemment

Dans la pratique, la question des droits acquis se pose fréquemment, en lien notamment avec des situations de restructuration de l'employeur ou/et de modification réglementaire de l'institution de prévoyance (en particulier du plan de prévoyance). Certaines situations présentent un degré important de complexité, pouvant déboucher sur des blocages et de longues procédures judiciaires. Il est dès lors indispensable que l'organe suprême de l'institution de prévoyance procède à une étude attentive du plan de prévoyance et de l'impact sur les assurés du changement de règlement, à la détermination d'éventuels droits acquis, à l'élaboration le cas échéant de mesures transitoires appropriées et proportionnées. Un tel processus nécessite du temps et une bonne communication, mais permet au final de trouver des solutions conformes au droit et acceptables pour toutes les parties à la relation de prévoyance.

<sup>7</sup> L'appartenance à un collectif doit être déterminée sur la base de critères objectifs, tels que notamment le nombre d'années de service, la fonction exercée, la situation hiérarchique, l'âge ou le niveau de salaire (art. 1c OPP 2).

<sup>8</sup> OFAS, Bulletin de la Prévoyance Professionnelle (BPP) n° 83 du 16 juin 2005, pp. 17 ss.

<sup>9</sup> ATF 117 V 221, ATF 9C\_1044/2012 du 25 juillet 2013.

<sup>10</sup> ATF 121 V 97, 117 V 221.

<sup>11</sup> ATF 134 I 23.

nouvelle disposition continuent à être régis par l'ancien droit.

La jurisprudence distingue la rétroactivité au sens impropre de la rétroactivité au sens propre.<sup>12</sup>

On parle de rétroactivité au sens impropre lorsque l'application du nouveau droit se fonde sur des faits qui ont pris naissance sous l'empire de l'ancien droit et qui se prolongent après l'entrée en vigueur du nouveau droit. Dans ce cas, le nouveau droit s'applique uniquement dès son entrée en vigueur, c'est-à-dire ex nunc et pro futuro. Elle est en principe admise si elle ne porte pas atteinte à des droits acquis.

Il y a rétroactivité au sens propre lorsque le nouveau droit s'applique à des faits qui se sont entièrement réalisés

avant l'entrée en vigueur du nouveau droit. Dans ce cas, une application rétroactive n'est admise qu'à titre exceptionnel, soit lorsqu'elle est favorable à l'assuré ou à l'ayant droit; à l'inverse, elle est interdite si elle est défavorable à ces derniers.

La jurisprudence admet cependant une dérogation au principe de non-rétroactivité lorsque la rétroactivité est expressément prévue ou ressort clairement de l'esprit de l'acte juridique (loi ou règlement), qu'elle est raisonnablement limitée dans le temps, qu'elle ne conduit pas à des inégalités choquantes, qu'elle se justifie par des motifs pertinents et qu'elle respecte les droits acquis.<sup>13</sup> |

<sup>12</sup> ATF 140 V 154.

<sup>13</sup> ATF 9C\_640/2013 du 23 avril 2014.

WERBUNG

PUBLICITÉ



# Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen

Tagung für Geschäftsführer, Stiftungsräte und Kadermitarbeitende zu aktuellen Fragen

Donnerstag, 10. September 2020, Zürich-Flughafen

Infos und Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

## Reglementsänderungen

# Wohlerworbene Rechte des Versicherten

Die berufliche Vorsorge beginnt am Tag, an dem ein Arbeitsverhältnis beginnt, und endet bei Austritt des Arbeitnehmers aus der Vorsorgeeinrichtung. Es handelt sich um eine langfristige Beziehung, die geändert werden können muss, damit man den sich wandelnden Bedingungen Rechnung tragen kann, selbst dann, wenn dies unter gewissen Umständen zu einer Verschlechterung der Situation der versicherten Arbeitnehmer führen dürfte.

Unter einer Garantie der wohlerworbenen Rechte ist eine Bestimmung zu verstehen, gemäss der ein Rechtsverhältnis, das bereits vor der Änderung einer rechtlichen oder reglementarischen Norm bestand, unverändert beibehalten wird, um die Einschränkung oder Aufhebung von Rechten zu verhindern. Gesetzliche Leistungen werden zu wohlerworbenen Rechten, wenn sie durch eine gesetzliche oder reglementarische Bestimmung als unabänderlich erklärt wurden oder wenn sie sich aus bestimmten individuellen Garantien oder vertraglichen Vereinbarungen ergeben.<sup>1</sup>

Art. 91 BVG führt den Grundsatz der Garantie der erworbenen Rechte ein, der nicht nur bei Gesetzesänderungen, sondern vor allem auch bei Reglementsänderungen anwendbar ist.<sup>2</sup> Zwecks Vermeidung von Härtefällen muss eine Vorsorgeeinrichtung Übergangsbestimmungen festlegen, damit die bestehenden Regelungen während eines begrenzten Zeitraums für einen geschlossenen Versichertenkreis weiter gelten können. Die Garantie der wohlerworbenen Rechte ist jedoch nicht absolut und muss eine Ausnahme bleiben.

## Wohlerworbene Rechte versus Rentenanwartschaften

Zwischen den wohlerworbenen Rechten und den künftigen Anwartschaften muss unbedingt unterschieden werden.

Denn sobald der Versicherte eine Altersrente bezieht, ändert sich das Vorsorgeverhältnis grundlegend. Vor dem Renteneintritt verfügt der Versicherte lediglich über Anwartschaften auf spätere Rentenzahlungen, die im Prinzip jederzeit verändert werden können,<sup>3</sup> und erst mit seiner Pensionierung erwirbt er dann das Recht auf eine über sein Vorsorgekapital finanzierte Rente, deren Höhe nicht mehr zu seinen Ungunsten verändert werden darf,<sup>4</sup> ausser in den ausdrücklich von der Gesetzgebung vorgesehenen Fällen (Art. 36 Abs. 2 und Art. 65d Abs. 3 Bst. b BVG).<sup>5</sup>

Die folgenden Rechte gelten als wohlerworben:

- das Recht auf die Auszahlung der Freizügigkeitsleistung zum Barwert, der mindestens der gesetzlichen Austrittsleistung entspricht (Art. 15 bis 19 FZG);
- der Anspruch auf eine Rente, nicht aber auf ein bestimmtes Renteneintrittsalter oder eine bestimmte Rentenhöhe;

<sup>3</sup> Das Bundesgericht entschied, dass bei einer vorzeitigen Pensionierung angesichts fehlender wohlerworbener Rechte auf zukünftige Leistungen der Umwandlungssatz auch kurz vor Renteneintritt gesenkt werden kann (BGE 133 V 279). Siehe auch BGE 1P.23/2000 vom 8. November 2000.

<sup>4</sup> Eine reglementarische Übergangsbestimmung, die eine flexible Altersrente (fixe Basisrente und variabler, von der finanziellen Situation der Vorsorgeeinrichtung abhängiger Teil) vorsieht, die auch auf laufende Altersrenten anzuwenden wäre, ist gesetzeswidrig (BGE 143 V 440).

<sup>5</sup> BGE 135 V 382, 134 I 23.

## IN KÜRZE

Art. 91 BVG führt den Grundsatz der Garantie der erworbenen Rechte ein, der nicht nur bei Gesetzesänderungen, sondern vor allem auch bei Reglementsänderungen anwendbar ist.

<sup>1</sup> BGE 134 I 23.

<sup>2</sup> Art. 91 BVG ist nicht auf nicht registrierte Personalvorsorgestiftungen anwendbar.

- die Höhe der laufenden Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten;
- der Anspruch auf einen Teil der freien Mittel im Falle einer Teil- oder Gesamtliquidation (Art. 18a FZG und Art. 53b bis 53e BVG); im Falle einer Unterdeckung kann dies aber individuell von den Austrittsleistungen des Versicherten abgezogen werden;
- ein qualifiziertes und unwiderrufliches Versprechen.<sup>6</sup>

Da jedoch der Schutz der wohlerworbenen Rechte nicht absolut ist, muss die Vorsorgeeinrichtung diese Rechte einschränken oder aufheben können, sofern dies ein wichtiges und übergeordnetes Interesse erfordert und sofern eine solche Einschränkung verhältnismässig ist. Dieser Fall tritt beispielsweise ein, wenn das finanzielle Gleichgewicht der Vorsorgeeinrichtung oder das Gleichbehandlungsgebot dies eindeutig erfordern. Insbesondere darf aber der Grundsatz der wohlerworbenen Rechte nicht zu einer

stossenden und inakzeptablen Ungleichbehandlung führen, die letztlich bewirken würde, dass ein Versichertenkollektiv gezwungen wäre, in hohem Masse die Privilegien eines anderen Versichertenkollektivs zu finanzieren.

Umgekehrt zählen die Rentenanwartschaften nicht zu den wohlerworbenen Rechten, selbst wenn die entsprechenden Beiträge einbezahlt wurden. Deshalb kann die Vorsorgeeinrichtung die Rentenanwartschaften jederzeit anpassen, solange sie das Gleichbehandlungsgebot und das Willkürverbot einhält. Desgleichen kann die Vorsorgeeinrichtung ihre überobligatorischen Leistungen anpassen.

### Reglementsänderungen

Gemäss dem Grundsatz der Planmässigkeit muss die Vorsorgeeinrichtung in ihrem Reglement die verschiedenen Leistungen, die Art ihrer Finanzierung, die Anspruchsvoraussetzungen, die Vorsorgepläne sowie die verschiedenen Versichertenkollektive, für die unterschiedliche Pläne gelten, genau festlegen (Art. 1g BVV 2).<sup>7</sup> Das Reglement muss insbesondere das Vorsorgeziel und die Finanzierungsbedingungen der verschiedenen Leistungen festlegen, damit der Versicherte seine künftigen Vorsorgeleistungen und die zu deren Finanzierung erforderlichen Beitragssätze im Voraus abschätzen kann.<sup>8</sup>

Das Reglement einer Vorsorgeeinrichtung, die eine überobligatorische Vorsorge anbietet, kann nur mit der Einwilligung sämtlicher Parteien (Arbeitgeber und Versicherte) abgeändert werden. Eine einseitige Reglementsänderung durch das oberste Organ der Einrichtung ist indessen auf der Grundlage einer ausdrücklichen Reglementsbestimmung möglich, der alle Parteien bei Abschluss des Vorsorgevertrags entweder explizit oder durch konkludantes Verhalten zugestimmt haben.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv muss sich nach objektiven Kriterien richten wie insbesondere nach der Anzahl der Dienstjahre, der ausgeübten Funktion, der hierarchischen Stellung im Betrieb, dem Alter oder der Lohnhöhe (Art. 1c BVV 2).

<sup>8</sup> BSV, Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 83 vom 16. Juni 2005, S. 17 ff.

<sup>9</sup> BGE 117 V 221, BGE 9C\_1044/2012 vom 25. Juli 2013.

Ausserdem ist eine Reglementsänderung, die zu einer Kürzung künftiger Ansprüche der Versicherten auf überobligatorische Leistungen führt, dann zulässig, solange die neue Regelung gesetzeskonform und nicht willkürlich ist, zu keiner Ungleichbehandlung von Versicherten führt und keinen Eingriff in deren wohlerworbene Rechte darstellt.<sup>10</sup> Sollte eine solche Änderung eine erhebliche und sofortige Verschlechterung der künftigen Ansprüche des Versicherten oder des wirtschaftlich Berechtigten zur Folge haben, so muss die Vorsorgeeinrichtung angemessene und verhältnismässige Übergangsbestimmungen vorsehen.<sup>11</sup>

Ausserdem bedingen der Schutz von Treu und Glauben und das Vertrauensprinzip auch, dass dem Versicherten eine ausreichende Übergangsfrist gewährt wird, damit er die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutz seiner Rechte treffen kann. In anderen Worten muss dem Versicherten bei einer einseitigen Reglementsänderung eine genügend lange Frist gewährt werden, damit er sein Vorsorgeverhältnis auflösen (beispielsweise mit einem Stellenwechsel) oder bereits eingeleitete Schritte (beispielsweise einen Einkauf) rückgängig machen kann.

Und schliesslich treten die Reglementsänderungen erst mit ihrer Annahme oder zu einem späteren, für ihr Inkrafttreten vereinbarten Zeitpunkt in Kraft. Sie unterliegen dem Grundsatz der Nichtrückwirkung.

### Grundsatz der Nichtrückwirkung

Gemäss dem allgemeinen Grundsatz der Nichtrückwirkung wird die rechtliche Wirkung von Sachverhalten, die vor dem Inkrafttreten einer neuen Bestimmung eingetreten sind, weiterhin durch das alte Recht geregelt.

Die Rechtsprechung unterscheidet zwischen einer unechten Rückwirkung und einer Rückwirkung im eigentlichen Sinne.<sup>12</sup>

Man spricht von einer unechten Rückwirkung im Falle der Anwendung eines neuen Rechts auf Sachverhalte, die ihren Anfang zwar noch unter dem alten Recht nahmen, aber über das Inkrafttreten des neuen Rechts hinaus Wirkung

<sup>10</sup> BGE 121 V 97, 117 V 221.

<sup>11</sup> BGE 134 I 23.

<sup>12</sup> BGE 140 V 154.

### Die Frage der wohlerworbenen Rechte wird häufig gestellt

In der Praxis stellt sich die Frage der wohlerworbenen Rechte häufig, insbesondere im Zusammenhang mit einer Umstrukturierung des Arbeitgebers und/oder einer Reglementsänderung der Vorsorgeeinrichtung (vor allem des Vorsorgeplans). Gewisse Situationen sind sehr komplex und können Blockaden und lange Gerichtsverfahren zur Folge haben. Deshalb ist es unerlässlich, dass das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung den Vorsorgeplan und die Auswirkungen der Reglementsänderung auf die Versicherten eingehend prüft, allfällige wohlerworbene Rechte ermittelt und gegebenenfalls angemessene und verhältnismässige Übergangsmassnahmen ausarbeitet. Ein solcher Prozess braucht zwar Zeit und eine gute Kommunikation, doch letzten Endes erlaubt er es, gesetzeskonforme Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten annehmbar sind.



zeigen. In solchen Fällen findet das neue Recht ausschliesslich ab dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens Anwendung, also nach dem Grundsatz *ex nunc et pro futuro*. Die Rückwirkung ist im Prinzip anwendbar, solange sie nicht in die wohl-erworbenen Rechte eingreift.

Eine Rückwirkung im eigentlichen Sinne liegt vor, wenn sich das neue Recht auf Sachverhalte bezieht, die sich vollständig vor dem Inkrafttreten des neuen Rechts ereigneten. In diesem Fall ist eine rückwirkende Anwendung nur ausnahmsweise zulässig, nämlich dann, wenn sie zugunsten des Versicherten oder des wirtschaftlich Berechtigten ausfällt. Fällt sie indessen zu dessen Ungunsten aus, so ist sie nicht zulässig.

Die Rechtsprechung erlaubt indessen dann eine Abweichung vom Grundsatz der Nichtrückwirkung, wenn die Rückwirkung ausdrücklich angeordnet ist oder sich eindeutig aus dem Geiste des Rechtsakts (Gesetz oder Reglement) ergibt, zeitlich mässig ist, zu keiner stossenden Ungleichbehandlung führt, sich durch triftige Gründe rechtfertigen lässt und keinen Eingriff auf wohl-erworbene Rechte darstellt.<sup>13</sup> |

**Jean Pirrotta**

<sup>13</sup> ABGE 9C\_640/2013 vom 23. April 2014.

**AUCH FÜR  
INSTYTUTIONELLE:  
ANLAGEPRODUKTE,  
BEI DENEN DIE RENDITE  
NICHT AUF KOSTEN  
DER INTEGRITÄT GEHT.**

**ANLAGEBANK, SCHWYZER ART:  
UNABHÄNGIG, WEITSICHTIG, INTEGER.**

## Anwartschaften, wohlerworbene Rechte, Besitzstandswahrung

# Echter Rechtsschutz?

Bis zum Eintritt eines Vorsorgefalls liegt meist eine Anwartschaft vor.

Anerkannt als wohlerworbene Rechte sind hauptsächlich prinzipielle Zusagen bestimmter Leistungsarten und Rentenstammrechte.

Der Schutz wohlerworbener Rechte ist aber nicht absolut.

**IN KÜRZE**

Leistungsansprüche in der beruflichen Vorsorge verwirklichen sich erst mit Eintritt eines Vorsorgefalls. Bis dahin hat die versicherte Person eine Leistungserwartung.

Vom Zeitpunkt der Aufnahme einer versicherten Person in eine Pensionskasse dauert es – bei normaler Berufslaufbahn – viele Jahre, bis ein Vorsorgefall eintritt. Das Reglement stellt der versicherten Person eine künftige Leistung in Aussicht, für die volatile Parameter massgebend sind.

Die Pensionskasse hat ein Interesse, bei Bedarf die Parameter so an die Gegebenheiten anpassen zu können, dass die Finanzierung der in Aussicht gestellten Leistungen möglich bleibt. Dem steht ein Interesse der versicherten Person nach Rechtssicherheit gegenüber. Eine Anpassung der ihr in Aussicht gestellten Leistungen zu ihren Lasten soll – wenn überhaupt – nur beschränkt möglich sein.

**Abänderungsvorbehalt**

Dem Interesse der Pensionskasse nach Flexibilität kommt die Praxis entgegen, in die Vorsorgereglemente einen Abänderungsvorbehalt aufzunehmen. Trotz der vertraglichen Natur des Vorsorgeverhältnisses<sup>1</sup> ist die Pensionskasse davon entlastet, die Zustimmung der versicherten Person zu einzelnen Reglementsänderungen und zu Anpassungen von Leistungsparametern einzuholen. Anlässlich des Abschlusses des Vorsorgevertrags hat die versicherte Person das Reglement mit seinem Abänderungsvorbehalt anerkannt und damit die Zustimmung zu künftigen, einseitig vom obersten Organ zu erlassenden Reglementsänderungen vorweggenommen. Es versteht sich, dass das oberste Organ

in der Ausübung seiner Abänderungskompetenz eine gewisse Zurückhaltung üben muss.<sup>2</sup>

Darauf, wie hoch die schliesslich auszurichtende Leistung ausfällt, können sich auch zwischenzeitliche Gesetzesänderungen auswirken, beispielsweise eine Anpassung der Beitragssätze und die Herabsetzung des BVG-Minimalzinssatzes oder des Umwandlungssatzes.

**Sukzessive Entwicklung des Anspruchs**

Damit eine Person einen Anspruch auf eine Leistung der Pensionskasse geltend machen und durchsetzen kann, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Grundvoraussetzung ist, dass sie zum Kreis der versicherten Personen gehört. Weiter muss ein Vorsorgefall eingetreten sein, damit die versicherte Person die Auszahlung einer Leistung fordern kann.

Der volle Rechtsanspruch entwickelt sich sukzessive. Bis zum Eintritt des Vorsorgefalls beziehungsweise allgemein bis zur Verwirklichung des letzten Tatbestandselements befindet er sich in einer Vorstufe. Mit dieser Vorstufe können unterschiedlich starke Vorwirkungen des im Entstehen begriffenen Vollrechts verbunden sein.

**Anwartschaft**

Anwartschaft ist der Grund- beziehungsweise Sammelbegriff für die im Entstehen begriffenen, erst teilverwirklichten Rechte. Beispiele<sup>3</sup> sind insbeson-



**Kurt C. Schweizer**

Dr. iur., LL.M.,  
Rechtsanwalt, Küssnacht

<sup>1</sup> Auch im Obligatorium, siehe BGE 145 V 18 E. 5.2.1 S. 21.

<sup>2</sup> Siehe auch BGE 138 V 366 E. 4 S. 370 f.

<sup>3</sup> Siehe auch «Fachwörterbuch für die berufliche Vorsorge», VPS-Verlag, 3. Auflage, Luzern, 2015, Stichwort Anwartschaft (bearbeitet von Basile Cardinaux).

dere Anwartschaften auf Leistungen der Pensionskasse, die sie bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses (üblicherweise ein Vorsorgefall) an die versicherte Person ausrichten wird. Zudem bestehen Anwartschaften an anteiligem freiem Stiftungsvermögen, das in einer Teilliquidation zur Verteilung gelangen wird.<sup>4</sup> Auch wählbare Leistungen (zum Beispiel Kapitalbezug) können als Anwartschaften betrachtet werden.

Die Qualifikation als Anwartschaft sagt aber nichts darüber aus, welche konkreten Vorwirkungen mit ihr verbunden sind. Solche ergeben sich einzig aus der spezifischen Rechtsbeziehung und ihren Grundlagen. Gemeinsam ist den Anwartschaften auf Leistungen oder

Rechte in der beruflichen Vorsorge allenfalls, dass mit ihnen eine erhöhte Vertrauenserwartung verbunden ist. Differenzierungen wie «blosse Anwartschaft»,<sup>5</sup> «mittelbare Anwartschaft»,<sup>6</sup> «Anwartschaften minderer Verbindlichkeit»<sup>7</sup> und «feste Anwartschaft»<sup>8</sup> sind aber zu wenig fassbar, um Vorwirkungen rechtlich verbindlich graduell abzustufen.

Anwartschaften sind rechtlich nur insofern geschützt, als das oberste Organ bei der Ausübung seiner Änderungskompetenz namentlich die Grundsätze der Rechtsgleichheit, des Willkürverbots und des Vertrauensprinzips zu beachten

hat.<sup>9</sup> Da die Anwartschaft keinen durchsetzbaren Anspruch verkörpert, fallen Streitigkeiten in die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde.<sup>10</sup>

#### *Wohlerworbene Rechte*

Wohlerworbene Rechte sind grundsätzlich von der einseitigen Abänderbarkeit ausgeschlossen.<sup>11</sup> Sie zeichnen sich durch eine Beständigkeit aus, die sie vor Änderungen ihrer Rechtsgrundlage schützt.<sup>12</sup>

Geschützt ist der Bestand eines Rechts, nicht aber die Höhe einer Leistung beziehungsweise der Umfang des

<sup>4</sup> Siehe dazu Hans Michael Riemer: Auswirkungen grösserer Personalflektuationen beim Arbeitgeber auf dessen Personalvorsorge-stiftung, in: SZS 26/1982 S. 3 ff.

<sup>5</sup> BGE 132 V 127 E. 6.3 S. 140.

<sup>6</sup> BGE 145 V 343 E. 2.2 S. 348.

<sup>7</sup> BGE 128 II 394 E. 5.5 S. 402; Riemer (Fn 4), S. 6.

<sup>8</sup> Riemer (Fn 4), S. 5.

<sup>9</sup> Ueli Kieser: Besitzstand, Anwartschaften und wohlerworbene Rechte in der beruflichen Vorsorge, in: SZS 43/1999, S. 306.

<sup>10</sup> Siehe auch Fachwörterbuch (Fn 3), Stichwort Anwartschaft.

<sup>11</sup> BGE 138 V 366 E. 4 S. 370 f.

<sup>12</sup> Kieser (Fn 9), S. 296.

WERBUNG

PUBLICITÉ


Seit 2010

# CAT Bonds

## Mit Naturkatastrophen rechnen.



**Plenum**  
Insurance Linked Capital



www.plenum.ch

Capital goes Re®

Rechts.<sup>13</sup> Anerkannt als wohlerworbene Rechte sind hauptsächlich prinzipielle Zusagen bestimmter Leistungsarten und Rentenstammrechte.<sup>14</sup>

Der Schutz wohlerworbener Rechte ist aber nicht absolut. So erkannte das Bundesgericht, dass wohlerworbene Rechte eingeschränkt oder aufgehoben werden dürfen, wenn ein besonderes, wichtiges Interesse dies erfordert und die Massnahme verhältnismässig ist. Es schützte die Senkung einer Zusatzrente, die einer bestimmten Versicherten-Gruppe einen Besitzstand gewährte und auf einer ausdrücklich von der Abänderbarkeit ausgenommenen Übergangsbestimmung beruhte. Das Bundesgericht gewichtete das ernsthaft gefährdete und durch konventionelle Sanierungsmassnahmen nicht wieder herstellbare finanzielle Gleichgewicht der Pensionskasse höher als die qualifizierte Zusicherung.<sup>15</sup>

Die als rechtmässig beurteilte Senkung führte zu einem Eingriff in die reglementarisch als unabänderlich zugesicherte Höhe der Zusatzrente. In seinem Bestand blieb das Recht erhalten. Offen bleibt, ob zusätzliche Voraussetzungen

erfüllt sein müssten und bejahendenfalls welche, um ein wohlerworbenes Recht nicht nur in seinem Umfang einzuschränken, sondern ganz aufzuheben.

#### *Besitzstand*

Der Besitzstand schützt einen erworbenen Anspruch, obwohl dieser der aktuellen Rechtslage nicht mehr entspricht. Er bedarf einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage.<sup>16</sup> Eine Besitzstandsgarantie kann etwa ein Versicherten-Teilkollektiv vor einer Planänderung schützen, die ansonsten zu einer Herabsetzung der Leistung führen würde. Dass aber die Garan-

tie des Besitzstands nicht absolut ist, zeigt das besprochene Urteil des Bundesgerichts.

#### **Relative Sicherheit**

Die Annahmen können trügerisch sein, es liege eine qualifizierte Zusage vor, es bestehe ein wohlerworbenes Recht auf eine in Aussicht gestellte Leistung oder ein Besitzstand sei garantiert. Einerseits geht der Rechtsschutz der besprochenen Begriffe weniger weit und weniger Positionen sind qualifiziert zugesichert, als gemeinhin angenommen. Andererseits bieten sie keinen absoluten Schutz vor durch das Recht nicht beeinflussbaren faktischen Entwicklungen zwischen Aufnahme in die Pensionskasse und Eintritt eines Vorsorgefalls. **I**

<sup>13</sup> Fachwörterbuch (Fn 3), Stichwort Wohlerworbenes Recht (bearbeitet von Basile Cardinaux).

<sup>14</sup> Siehe Fachwörterbuch (Fn 3 u. 13), Stichwort Wohlerworbenes Recht.

<sup>15</sup> BGE 138 V 366.

<sup>16</sup> Hans-Ulrich Stauffer: Berufliche Vorsorge, 3. Auflage, Zürich 2019, S. 622 Rz 1893; Kieser (Fn 9) S. 294.

DER PARTNER FÜR  
AUTONOME  
PENSIONSKASSEN



GESCHÄFTSFÜHRUNG  
VORSORGEVERWALTUNG  
RECHNUNGSWESEN  
BERATUNG UND SCHULUNG  
STELLVERTRETUNG

STIFTUNGSGRÜNDUNGEN  
STIFTUNGSFUSIONEN  
STIFTUNGLIQUIDATIONEN

[ecovor.ch](http://ecovor.ch)



Droits futurs, droits acquis, garantie des acquis

# Qu'en est-il réellement de la protection juridique?

Jusqu'à la survenance d'un événement assuré, il existe généralement un droit expectatif aux prestations futures. Les droits acquis reconnus consistent essentiellement en engagements de principe sur certains types de prestations et droits à une rente. Toutefois, la protection des droits acquis n'est pas absolue.

## EN BREF

Les droits aux prestations de la prévoyance professionnelle ne se réalisent qu'à la survenance d'un cas de prévoyance. Jusque-là, la personne assurée n'a qu'un droit expectatif aux prestations.

Entre le moment de l'admission d'une personne assurée dans une caisse de pensions et la survenance d'un cas assuré il se passe généralement de nombreuses années dans l'hypothèse d'une carrière professionnelle normale. Le règlement promet à la personne assurée des prestations futures définies qui se fondent sur des paramètres volatils.

Il est dans l'intérêt de la caisse de pensions de pouvoir, si nécessaire, adapter ces paramètres aux circonstances de manière à ce que le financement des prestations promises reste possible. A cet intérêt s'oppose l'intérêt de l'assuré à la sécurité de droit. Une adaptation des prestations promises à son détriment ne devrait être possible que de façon très limitée – voire pas du tout.

### La réserve de modification

L'intérêt de flexibilité de la caisse de pensions est satisfait dans la pratique par l'inclusion d'une réserve de modification dans les règlements de prévoyance. Malgré la nature contractuelle de la relation de prévoyance,<sup>1</sup> la caisse de pensions est déchargée de l'obligation d'obtenir le consentement de l'assuré pour les modifications individuelles du règlement et pour les ajustements des paramètres de prestation. Lors de la conclusion du contrat de prévoyance, l'assuré a pris connaissance du règlement avec sa réserve de modification, anticipant ainsi l'approbation de modifications futures du règlement qui seront décrétées unila-

téralement par l'organe suprême. Il va sans dire que l'organe suprême doit exercer son pouvoir de modifier les règlements avec une certaine retenue.<sup>2</sup>

Le montant de la prestation finale à verser peut également être influencé par des modifications de la loi intervenues entre-temps, par exemple une adaptation des taux de cotisation et une baisse du taux d'intérêt minimal LPP ou du taux de conversion.

### Développement progressif du droit

Pour qu'une personne puisse faire valoir et exercer son droit à une prestation de la caisse de pensions, plusieurs conditions doivent être remplies, la condition de base étant que la personne en question appartienne au groupe des assurés. En outre, un cas assuré doit être survenu pour que la personne assurée puisse demander le paiement d'une prestation.

Le droit à l'intégralité des prestations se développe progressivement. Il se trouve dans une phase préliminaire jusqu'à la survenance de l'événement assuré ou, plus généralement, jusqu'à la réalisation du dernier élément des faits. A cette phase préliminaire peuvent être associés des effets préliminaires plus ou moins marqués du plein droit en voie de formation.

### Droits futurs

Les «droits futurs» désignent de manière générique les droits en voie de formation qui n'ont encore été que partiellement réalisés. A citer en particulier les

<sup>1</sup> Également dans le régime obligatoire, voir ATF 145 V 18 consid. 5.2.1 p. 21.

<sup>2</sup> Voir également ATF 138 V 366 consid. 4 p. 370 s.



vps.epas

# Praxis und Innovation

Gute Mitarbeiter finden und halten –  
Methoden und Beispiele gegen den Fachkräftemangel

**Mittwoch, 9. September 2020, Zürich**

**NEU**

Der Fachkräftemangel betrifft alle Branchen in der Schweiz. Ein Thema, das Personalverantwortliche und Mitglieder von Geschäftsleitungen beschäftigt. Anhand von konkreten Beispielen und Methoden sollen Lösungsvorschläge aus der Praxis präsentiert werden.

## Programm

Das Programm beinhaltet Referate und einen Workshop-Teil. Bei den Workshops können die Teilnehmenden zwei auswählen.

## Referate

- Fachkräfte finden, halten und glücklich machen
- 9 erfolgreiche Methoden für den Alltag für das Gesundheits- und Absenzenmanagement
- Fallbeispiele zu den Themen «Unternehmenskultur und Incentives», «Online-Rekrutierung und Talent-Pool» und «Integration von Nachhaltigkeit und Klimaschutz»
- Erfahrene Mitarbeitende halten mit Konzepten zu Teil- und Frühpensionierung und Weiterarbeit bis 70
- Aktualitäten aus den Amtsstuben und Gerichtssälen

## Workshops

- New Work – So arbeiten wir in der Zukunft (und diese hat bereits begonnen)
- Online-Tools für Kommunikation, Rekrutierung und Case Management
- Mitarbeiter halten und fördern – die Erfolgsrezepte

## Referentinnen und Referenten

**Thomas Geiser**, Prof. em. Dr. iur. Dr. h.c.,  
Privat- und Handelsrecht, Bundesrichter

**Gregor Gubser**, leitender Redaktor  
«Schweizer Sozialversicherung»

**Daniel Leuzinger**, Case Manager

**Christoph Plüss**, Dr. math., Pensionskassen-  
experte SKPE, Partner Allvisa AG

**Kerstin von Appen**, Von Appen Consulting

**Petra Zentner**, Geschäftsführerin B2B Swiss  
Medien AG

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Swissôtel Zürich,  
Schulstrasse 44, 8050 Zürich

**Zeit**  
8.50 – 16.30 Uhr

**Kosten und Anmeldung unter**  
[vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

**Auskünfte**  
vps.epas  
Simone Ochsenbein, +41 (0)41 317 07 23  
[so@vps.epas.ch](mailto:so@vps.epas.ch)  
Beatrice Steiner, +41 (0)41 317 07 48  
[bs@vps.epas.ch](mailto:bs@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

**Mitveranstalter**



droits aux prestations<sup>3</sup> que la caisse de pensions va verser à la personne assurée en cas de survenance d'un événement déterminé (en général un événement de prévoyance). Il existe en outre des droits proportionnels aux fonds libres de la fondation qui seront distribués en cas de liquidation partielle.<sup>4</sup> Enfin, les prestations optionnelles (par exemple un versement en capital) peuvent également être considérées comme des droits expectatifs.

Cependant, la qualification comme droit futur ne dit rien sur les effets préliminaires concrets y associés. Ces effets découlent uniquement de la relation juridique spécifique et de ses fondements. Le dénominateur commun des droits futurs aux prestations ou aux droits de la prévoyance réside tout au plus dans l'attente accrue de confiance en découlant. Toutefois, des différenciations du genre «simple droit futur»,<sup>5</sup> «droit futur indirect»,<sup>6</sup> «droits futurs à caractère moins engageant»<sup>7</sup> et «droits futurs fixes»<sup>8</sup> ne sont pas suffisamment claires pour permettre de classer les effets préliminaires par ordre ascendant de manière légalement contraignante.

Les droits ne sont légalement protégés que dans la mesure où l'organe suprême, dans l'exercice de son pouvoir de modification, doit respecter notamment les principes de l'égalité des droits, de l'interdiction de l'arbitraire et de la confiance.<sup>9</sup> Etant donné que le droit futur ne représente pas une créance exécutoire, les litiges relèvent de l'autorité de surveillance.<sup>10</sup>

<sup>3</sup> Voir également «Glossaire de la prévoyance professionnelle», Editions EPAS, 3<sup>e</sup> édition, Lucerne, 2015, mot-clé «Droits futurs» (refondu par Basile Cardinaux).

<sup>4</sup> Voir également à ce sujet Hans Michael Riemer: Auswirkungen grösserer Personalfluktuationen beim Arbeitgeber auf dessen Personalvorsorgestiftung, in: RSAS 26/1982 p. 3 ss.

<sup>5</sup> ATF 132 V 127 consid. 6.3 p. 140.

<sup>6</sup> ATF 145 V 343 consid. 2.2 p. 348.

<sup>7</sup> ATF 128 II 394 consid. 5.5 p. 402; Riemer (nbp 4), p. 6.

<sup>8</sup> Riemer (nbp 4), p. 5.

<sup>9</sup> Ueli Kieser: Besitzstand, Anwartschaften und wohlverworbene Rechte in der beruflichen Vorsorge, in: RSAS 43/1999, p. 306.

<sup>10</sup> Voir également glossaire (nbp 3), mot-clé «Droits futurs».

---

*«On peut se tromper en supposant qu'une promesse est qualifiée, un droit acquis ou un acquis intouchable.»*

### *Droits acquis*

Les droits acquis sont exclus de la modification unilatérale par principe.<sup>11</sup> Ils se caractérisent par une pérennité qui les met à l'abri de changements de leur base juridique.<sup>12</sup>

La protection porte sur l'existence d'un droit, mais non sur le montant d'une prestation, ni l'étendue du droit.<sup>13</sup> Les droits reconnus comme droits acquis sont principalement les promesses de certains types de prestations et les droits fondamentaux à une rente.<sup>14</sup>

Cependant, la protection des droits acquis n'est pas absolue. Le Tribunal fédéral a statué que les droits acquis pouvaient être limités ou révoqués si un intérêt particulier et important l'exige et si la mesure est proportionnée. Il protège la baisse d'une rente complémentaire qui conférerait un droit acquis à un certain groupe d'assurés et reposait sur une disposition transitoire expressément exclue de la possibilité de modification. Le Tribunal fédéral avait accordé la prépondérance à l'équilibre financier de la caisse de pensions, qui était sérieusement menacé et impossible à rétablir par des mesures d'assainissement conventionnelles, sur la promesse qualifiée.<sup>15</sup>

La baisse jugée légale avait conduit à une modification de la rente complémentaire dont le montant avait pourtant été garanti et déclaré inaltérable dans le

règlement. L'existence en soi du droit avait été maintenue. Reste à savoir si des conditions supplémentaires devraient être remplies, et si oui lesquelles, pour non seulement modifier l'ampleur d'un droit acquis, mais l'abolir complètement.

### *Acquis*

L'acquis est un droit protégé même lorsque celui-ci ne correspond plus à la situation juridique actuelle. Il nécessite une base juridique expresse.<sup>16</sup> Une garantie de l'acquis peut par exemple mettre un collectif d'assurés partiel à l'abri d'une modification de son plan de prévoyance qui entraînerait sinon une diminution des prestations. Cependant, l'arrêt du Tribunal fédéral commenté plus haut montre que cette garantie de l'acquis n'est pas absolue.

### **Une sécurité relative**

On peut se tromper en supposant qu'une promesse est qualifiée, un droit acquis ou un acquis intouchable. D'une part, la protection juridique qu'offre chacune de ces notions discutées va moins loin, et les positions couvertes par une promesse qualifiée sont moins nombreuses qu'on n'a l'habitude de penser. D'autre part, elles n'offrent pas une protection absolue contre une évolution des faits, entre l'admission dans la caisse de pensions et la survenance d'un cas de prévoyance, qui ne peut être influencée par la loi. **I**

### **Kurt C. Schweizer**

<sup>11</sup> ATF 138 V 366 consid. 4 p. 370 s.

<sup>12</sup> Kieser (nbp 9), p. 296.

<sup>13</sup> Glossaire (nbp 3), mot-clé «Droit acquis» (refondu par Basile Cardinaux).

<sup>14</sup> Voir glossaire (nbp 3 et 13), mot-clé «Droit acquis».

<sup>15</sup> ATF 138 V 366.

<sup>16</sup> Hans-Ulrich Stauffer: Berufliche Vorsorge, 3<sup>e</sup> édition, Zürich 2019, p. 622 Cm 1893; Kieser (nbp 9) p. 294.

# Emerging Markets Managed Volatility

## Schwellenländeraktien mit gesteuertem Risiko

### Ein ausgewogener EM-Ansatz

Dem Aufwärtstrend der Schwellenländer unter der Vermeidung von Schlaglöchern folgen

1

### Ein widerstandsfähiges Portfolio

Die Kombination fundamentaler Stärken in einem beständigen Portfolio

2

### Ein breites Anlageuniversum

Eine nicht durch Benchmarks eingeschränkte disziplinierte Anlagestrategie

3

Die **Lazard Emerging Markets Managed Volatility-Strategie** zielt darauf ab, **Anlagerisiken zu reduzieren** und gleichzeitig das **attraktive Renditepotenzial** der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt zu nutzen.

Unser **erfahrenes Investmentteam** evaluiert und bewertet systematisch ein breites Universum von 4.000 Aktien, um ein **diversifiziertes Portfolio** aufzubauen, das in schwierigen Marktphasen versucht, Kapital zu schützen und trotzdem gleichzeitig an günstigen Marktbewegungen teilzunehmen.

Dabei ist unser Ansatz **nicht durch kapitalisierungsgewichtete Benchmarks eingeschränkt** und hat das Potenzial, die **optimale Kombination aus Risiko und Ertrag** zu ermitteln, ohne die Auswahl auf sogenannte defensive Aktien zu beschränken.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [lazardfundmanagers.com](http://lazardfundmanagers.com) und folgen Sie uns auf  



#### Ihr Ansprechpartner:

Bjoern Bahlmann, Senior Vice President  
Institutional Clients

+41 43 888 64 85 phone  
Bjoern.Bahlmann@lazard.com  
Lazard Asset Management Schweiz AG  
Usterstrasse 9, CH - 8001 Zürich



# Die Macht der Worte

Wohlerworbene Rechte können sich nicht nur aus einem Gesetz oder Reglement ergeben. Die Vorsorgeeinrichtung kann auch im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Informationspflichten oder bei der Erteilung von Auskünften gegenüber den versicherten Personen rechtsverbindliche und nicht mehr abänderbare Rechte begründen. Die inhaltliche Ausgestaltung der Informationen ist relevant.

## IN KÜRZE

Bei jedem Leistungsentscheid ist empfehlenswert, auf die einschlägigen reglementarischen Bestimmungen Bezug zu nehmen.

Die grundsätzliche Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtung gegenüber den versicherten Personen ist in Art. 86b BVG geregelt. Es geht dabei um unaufgeforderte, jährliche Informationen (Abs. 1) sowie weitere Informationen auf Anfrage (Abs. 2).

### Vorsorgeausweis

Ersteres wird im Wesentlichen durch den Versand von Vorsorgeausweisen erfüllt. Ihnen kommt nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ein reiner Informationscharakter zu. Aus dem Vorsorgeausweis kann kein rechtsverbindlicher, unabänderlicher Anspruch abgeleitet werden. Er gilt nicht als Offerte zur Abänderung des Reglements.<sup>1</sup> Sinnvollerweise wird dies gegenüber den versicherten Personen explizit kommuniziert, indem auf dem Vorsorgeausweis festgehalten wird, dass die reglementarischen Bestimmungen vorgehen.

Ob die Informationspflicht der Arbeitgeberfirma delegiert werden kann, wurde vom Bundesgericht bislang offengelassen.<sup>2</sup>

### Reglementsrevisionen

Bei Reglementsrevisionen sind die versicherten Personen gemäss Art. 86b Abs. 1 BVG in geeigneter Form zu informieren. Bis heute ist höchstrichterlich noch nicht abschliessend geklärt, was dies konkret bedeutet.

So liess die höchstrichterliche Rechtsprechung<sup>3</sup> offen, ob die Information «in geeigneter Form» auch heisse, dass die

jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen zu erwähnen seien, jedenfalls wenn diese nicht ohne weiteres als gegeben zu erwarten seien, oder ob ein allgemeiner Verweis auf das Vorsorgereglement oder das einschlägige Gesetzes- und Verordnungsrecht für die Anspruchsvoraussetzungen im Einzelnen genüge, und es dann Sache der versicherten Personen ist, dort nachzuschauen oder bei der über den Wortlaut von Art. 86b Abs. 2 BVG auch insoweit auskunftspflichtigen Vorsorgeeinrichtung nachzufragen.

Gemäss Bundesgericht<sup>4</sup> ist es ungenügend, das Reglement abzugeben, ohne expliziten Hinweis auf die wesentliche Änderung der Partnerrente, oder zwei Einladungsschreiben zu Versichertenversammlungen (mit dem Zweck der umfassenden Info über Reglementsänderungen) zu verschicken ohne expliziten Hinweis auf die Änderung der Partnerrente. Eine unzureichende schriftliche Information werde nicht durch die Möglichkeit der Teilnahme an den Infoveranstaltungen aufgewogen. Die Informationspflicht werde verletzt, wenn sich die versicherte Person das Wissen um die geänderten Anforderungen an die Ausrichtung von Vorsorgeleistungen nur durch eingehendes Studium eines neuen Reglements verschaffen könne.

Unabhängig davon, welches Informationsmittel die Vorsorgeeinrichtung im Einzelfall wählt, muss sichergestellt werden, dass die Betroffenen ihren gesetzlichen Informationsanspruch in zumutbarer Weise wahrnehmen können. Dies wurde verneint bei einer Information über die Homepage der Vorsorgeeinrich-



**Isabelle Vetter-Schreiber**  
Rechtsanwältin,  
Hubatka Müller Vetter

<sup>1</sup> Zum Beispiel BGE 144 V 63 E. 4.2, Urteil des EVG vom 30. April 2002, B 58/00, E. 3.

<sup>2</sup> BGE 140 V 22.

<sup>3</sup> BGE 126 V 331.

<sup>4</sup> BGE vom 29. Januar 2014, 9C\_339/2013, E. 5.2–5.4.

tung.<sup>5</sup> Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass eine kantonale öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung ihrer Pflicht zur Information der Versicherten in geeigneter Form über ihre Leistungsansprüche – in konkreten Fall eine neu eingeführte Lebenspartnerrente – mit der blossen amtlichen Publikation des Gesetzestextes und auch mit dessen Aufschaltung auf ihrer Internetseite mit Hinweisen auf die neue Leistungsart nicht in genügender Weise nachgekommen ist. Ein auch im Bereich der beruflichen Vorsorge zu verlangendes Minimum an Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Wahrung eines allenfalls später entstehenden Leistungsanspruchs schränkt grundsätzlich die Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtungen nach Art. 86b Abs. 1 BVG nicht ein.

Neue Reglemente sind den aktiven und rentenberechtigten Personen zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht nur Voraussetzung dafür, dass die Reglemente in der Folge auch angewandt werden können. Gegenüber den rentenberechtigten Personen wird damit insbesondere der Eindruck vermieden, dass sie den Reglementsänderungen nicht mehr unterworfen sind.

Im Kontext von Reglementsrevisionen kann es hilfreich sein, der Klarheit halber explizit darauf hinzuweisen, dass ein nach den bisherigen Reglementsbestimmungen erworbener Rechtsanspruch nicht tangiert wird. Die Formulierung sollte möglichst präzise gewählt werden: Ein Passus wie «Rechtsansprüche der Versicherten» oder «Rechtsansprüche der Versicherten und Rentnern» sind zu vermeiden, da den aktiven Versicherten nur anwartschaftliche Leistungen zustehen, die nicht als unabänderlich zugesichert werden sollen. Ebenso kann der Begriff der laufenden Rente zumindest bezüglich Invaliden- und Hinterlassenenrenten heikel sein, da die Überschädigungsbestimmungen auch Änderungen erfahren und bei bereits rentenberechtigten Personen zu betragsmässig anderen Rentenzahlungen führen können.

### Leistungsentscheide

Bei jedem Leistungsentscheid ist empfehlenswert, auf die einschlägigen

<sup>5</sup> BGE 136 V 331 E. 4.2.

reglementarischen Bestimmungen Bezug zu nehmen.<sup>6</sup> Damit dokumentiert die Vorsorgeeinrichtung gegenüber der versicherten Person, dass die Leistungszusage auf dem Reglement beruht und keine Leistungsversprechen in Abweichung von den reglementarischen Bestimmungen gemacht werden.

Im Besonderen gelten diese Überlegungen bei anwartschaftlichen Leistungen, die in einem Rentenentscheid (zum Beispiel bei einer Alterspensionierung) nebst den erworbenen Rentenansprüchen ebenfalls aufgeführt werden. Die anwartschaftlichen Leistungen unterliegen weiterhin den Reglementsrevisionen. Es ist darauf zu achten, dass die versicherte Person den Leistungsentscheid nicht so verstehen darf, dass sowohl die laufenden als auch die anwartschaftlichen Leistungen als zugesichert gelten. Anwartschaftliche Leistungen sind explizit als solche zu benennen. Ergänzend zur Bezugnahme auf das Reglement ist auch die explizite Aussage sinnvoll, dass sich jeder Leistungsanspruch nach denjenigen reglementarischen Bestimmungen richtet, die bei Eintritt des Vorsorgefalls (Alter, Tod) in Kraft sind.

Bei Leistungszusagen von Wohlfahrtsfonds ist insbesondere darauf zu achten, dass für die begünstigte Person unmissverständlich klar wird, ob es sich um eine regelmässige Rentenleistung oder eine einmalige Geldzahlung handelt, deren allfällige erneute Ausrichtung von einem weiteren Ermessensentscheid des Stiftungsrats abhängig wäre. Sowohl die Protokollierung im Stiftungsratsprotokoll als auch die Terminologie in der Jahresrechnung müssen kongruent sein.

### Fehlerhafte und unterbliebene Auskünfte

Fehlerhafte und unterbliebene Auskünfte können auf den Grundsatz von Treu und Glauben gestützt ausnahmsweise Rechtswirkungen entfalten. Voraussetzung dafür ist, dass:

- es sich um eine vorbehaltlose Auskunft der Vorsorgeeinrichtung handelt;

<sup>6</sup> In diesem Sinne BGE vom 19. Januar 2007, B 82/06, E. 2.2, wonach die Mitteilung der Rentenhöhe keine Zusicherung darstellte, zumal sie auf die reglementarischen Bestimmungen Bezug nahm.

- die Auskunft sich auf eine konkrete, die versicherte Person berührende Angelegenheit bezieht;
- die Vorsorgeeinrichtung, die die Auskunft gegeben hat, dafür zuständig war oder die versicherte Person sie aus zureichenden Gründen als zuständig betrachten durfte;
- die versicherte Person die Unrichtigkeit der Auskunft nicht ohne Weiteres erkennen können sowie
- die versicherte Person im Vertrauen hierauf nicht ohne Nachteil rückgängig zu machende Dispositionen getroffen hat.

Dies wurde beispielsweise bejaht für die Falschaussage einer Vorsorgeeinrichtung, wonach der Leistungsanspruch noch nicht berechenbar sei. Das hielt die versicherte Person davon ab, ihre Ansprüche weiter zu verfolgen. Die Kasse konnte der versicherten Person zu einem späteren Zeitpunkt nicht die Einrede der Verjährung entgegenhalten.<sup>7</sup> |

<sup>7</sup> BGE vom 3. Juli 2019, 9C\_132/2019.

### Fünf Fragen, fünf Antworten

*In welchem Artikel ist die grundsätzliche Informationspflicht der Vorsorgeeinrichtung gegenüber den versicherten Personen geregelt?*

Art. 86b BVG.

*Worüber muss die Vorsorgeeinrichtung ihre Versicherten jährlich in geeigneter Form informieren?*

Leistungsansprüche, koordinierter Lohn, Beitragssatz, Altersguthaben, Organisation, Finanzierung, Mitglieder des paritätisch besetzten Organs.

*Welche weiteren Informationen erhalten die Versicherten auf Anfrage?*

Jahresrechnung, Jahresbericht, Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgrad.

*Kann aus dem Vorsorgeausweis ein rechtsverbindlicher, unabänderlicher Anspruch abgeleitet werden?*

Nein.

*Kann die Informationspflicht der Arbeitgeberfirma delegiert werden?*

Vom Bundesgericht bislang offengelassen.

Le test décisif de la communication

## Le poids des mots

Les droits acquis ne peuvent pas seulement naître d'une loi ou d'un règlement. L'institution de prévoyance peut également établir des droits juridiquement contraignants et irrévocables dans l'exercice de ses devoirs d'information ou lors de la fourniture de renseignements aux personnes assurées. La manière dont les contenus de l'information sont formulés est pertinente.

EN BREF

Il est conseillé de renvoyer aux dispositions réglementaires pertinentes pour toute décision ayant trait aux prestations.

L'obligation fondamentale de l'institution de prévoyance d'informer les personnes assurées est réglée à l'art. 86b LPP. Elle englobe les renseignements que l'institution de prévoyance doit fournir chaque année (al. 1) sans sollicitation, ainsi que d'autres informations pouvant être obtenues sur demande (al. 2).

### Certificat de prévoyance

L'obligation de renseigner spontanément est essentiellement remplie par l'envoi du certificat de prévoyance. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, ce certificat est de nature purement informative. Aucun droit juridiquement contraignant et irrévocable ne peut en être dérivé. Il n'est pas considéré comme offre de modification du règlement.<sup>1</sup> Il est judicieux de communiquer ce fait explicitement aux assurés en spécifiant sur le certificat de prévoyance que les dispositions réglementaires priment.

Le Tribunal fédéral a jusqu'à présent laissé ouverte la question de savoir si l'obligation d'informer de l'employeur pouvait être déléguée.<sup>2</sup>

### Révisions du règlement

En cas de révisions du règlement, les personnes assurées doivent être informées sous une forme appropriée, conformément à l'art. 86b al. 1 LPP. A ce jour, la plus haute juridiction n'a pas encore clarifié de manière concluante ce que cela signifie concrètement.

Ainsi, la juridiction suprême<sup>3</sup> a laissé ouverte la question de savoir si «informer sous une forme appropriée» signifie également qu'il faut indiquer les conditions du droit à la prestation, du moins s'il n'y a pas lieu nécessairement d'attendre qu'elles soient remplies, ou s'il suffit d'une référence générale au règlement de l'institution de prévoyance ou aux lois et ordonnances pertinentes établissant les conditions d'un droit dans le cas particulier, et qu'il incombe ensuite aux assurés de se renseigner en la matière ou de s'informer auprès de l'institution de prévoyance qui est également tenue de fournir des renseignements à ce sujet en vertu de l'art. 86b al. 2 LPP.

Selon le Tribunal fédéral<sup>4</sup> il ne suffit pas de distribuer le règlement sans référence explicite à la modification substantielle de la rente de partenaire, ni d'envoyer deux lettres d'invitation à des réunions d'assurés (dans le but de fournir des informations complètes sur les modifications du règlement) sans référence explicite à la modification de la rente de partenaire. L'insuffisance d'informations écrites n'est pas compensée par la possibilité d'assister aux réunions d'information, a estimé le Tribunal fédéral. L'obligation de fournir des informations est violée si l'assuré peut seulement prendre connaissance des exigences modifiées en matière d'octroi des prestations de prévoyance en étudiant de manière approfondie un nouveau règlement.

Quel que soit le support d'information choisi par l'institution de prévoyance

<sup>1</sup> Par exemple l'ATF 144 V 63 consid. 4.2, arrêt du TFA du 30 avril 2002, B 58/00, consid. 3.

<sup>2</sup> ATF 140 V 22.

<sup>3</sup> ATF 126 V 331.

<sup>4</sup> ATF du 29 janvier 2014, 9C\_339/2013, consid. 5.2–5.4.



# Luzerner Tagung zum Vorsorgerecht

Datenschutz und Digitalisierung  
in der beruflichen Vorsorge

**Donnerstag, 3. September 2020, Luzern**

Die neue Tagungsreihe des Luzerner Zentrums für Sozialversicherungsrecht und des vps.epas behandelt jährlich einen aktuellen Schwerpunkt in der Rechtsentwicklung und Rechtsprechung. Diese Weiterbildung im Bereich Sozialversicherungsrecht befasst sich im 2020 mit Fragen des Datenschutzes im Zeitalter der Digitalisierung. In verschiedenen Fokusthemen werden neben der 2020 massgebenden Gesetzgebung auch die aktuelle Rechtspraxis und neue Fragen, die in Diskussion stehen, behandelt.

**Einführung in den Datenschutz**  
Prof. Dr. iur. Monika Pfaffinger,  
Kalaidos Fachhochschule Schweiz

**Datenschutz und Digitalisierung  
in der beruflichen Vorsorge**  
Prof. Dr. iur. Marc Hürzeler, Universität  
Luzern, Geschäftsführer Prof. Dr. Marc  
Hürzeler GmbH

**Beispiele aus der Praxis**  
Dr. Simone Piali, Geschäftsführer Integral

**Outsourcing und Datenschutz**  
Franziska Bur Bürgin, Advokatin, Basellegal

**Das neue Schweizer Datenschutzgesetz  
und die europäische Datenschutzgrund-  
verordnung**

Carmen de la Cruz Böhringer, Partner, RA  
lic. iur., eidg. dipl. Wirtschaftsinformatikerin

**Digitale Transformation, Prozesse und  
Archivierung in der beruflichen Vorsorge**

André Egli, dipl. Treuhandexperte,  
Partner Balmer Etienne  
Daniel Schneider, dipl. Experte in Rechnungs-  
legung und Controlling, Balmer Etienne

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Universität Luzern,  
Frohburgstrasse 3, 6002 Luzern

**Zeit**  
13.00 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23  
so@vps.epas.ch  
vps.epas.ch

**Mitveranstalter**

Luzerner  
Zentrum für  
Sozialversicherungsrecht



**Credit Points**





dans un cas concret, il doit être garanti que les personnes concernées puissent raisonnablement exercer leur droit légal à l'information. Il a été jugé que ce n'était pas le cas lorsque les informations étaient fournies via le site Internet de l'institution de prévoyance.<sup>5</sup> Le Tribunal fédéral a abouti à la conclusion qu'une institution de prévoyance de droit public n'avait pas rempli de manière satisfaisante son obligation d'informer les assurés sous une forme appropriée sur leurs droits aux prestations – en l'occurrence une rente de partenaire nouvellement introduite – en se contentant de la simple publication officielle du texte législatif et de sa mise en ligne sur son site Internet avec la mention d'une nouvelle forme de prestation. Le minimum d'attention que l'on peut également exiger dans le domaine de la prévoyance professionnelle en vue de préserver tout droit aux prestations qui pourrait naître ultérieurement, ne restreint pas l'obligation fondamentale d'informer qu'ont les institutions de prévoyance au titre de l'art. 86b al. 1 LPP.

Les nouveaux règlements doivent être mis à la disposition des personnes actives et des personnes ayant droit à une rente. Ce n'est pas seulement une condition préalable à l'application ultérieure des règlements. On évite ainsi notamment de donner l'impression aux personnes ayant droit à une rente qu'elles ne sont pas soumises aux modifications du règlement.

Dans le cadre de révisions du règlement, il peut être utile, par souci de clarté, de préciser explicitement qu'un droit acquis en vertu de dispositions réglementaires précédentes n'est pas affecté. La formulation devrait être aussi précise que possible. Il convient d'éviter des expressions du genre «droits des assurés» ou «droits des assurés et des retraités», car les assurés actifs n'ont droit qu'à des prestations futures qui ne doivent pas être garanties comme irrévocables. De même, il peut être délicat de parler de rentes en cours, en tout cas en relation avec les rentes d'invalidité et de survivants, étant donné que les dispositions concernant la surindemnisation sont aussi susceptibles de changer et que cela peut entraîner une modification du montant des rentes de personnes qui perçoivent déjà une rente.

<sup>5</sup> ATF 136 V 331 consid. 4.2.

### Décisions de prestation

Il est recommandé de se référer aux dispositions réglementaires pertinentes pour chaque décision de prestation.<sup>6</sup> Ainsi, l'institution de prévoyance documente à l'assuré que l'engagement de prestation est basé sur le règlement et qu'aucune promesse de prestation n'est faite en dérogation aux dispositions réglementaires.

Ces considérations s'appliquent en particulier aux prestations futures qui sont également énumérées dans une décision de rente (par exemple au moment de la retraite) avec les droits à la rente acquis. Les prestations futures restent soumises aux possibles révisions du règlement. Il convient de veiller à ce que la personne assurée ne puisse interpréter la décision de prestation comme une garantie des prestations aussi bien actuelles que futures. Les prestations futures doivent être explicitement désignées comme telles. Outre la référence au règlement, il est également utile d'indiquer explicitement que chaque droit aux prestations repose sur les dispositions réglementaires en vigueur au moment de la survenance de l'événement assuré (vieillesse, décès).

Dans le cas de promesses de prestation d'un fonds de secours, il faut veiller tout particulièrement à indiquer sans équivoque au bénéficiaire s'il s'agit d'une rente régulière ou d'un versement unique en espèces dont le renouvellement éventuel dépendrait d'une autre décision discrétionnaire du conseil de fondation. Tant les procès-verbaux du conseil de fondation que la terminologie utilisée dans les comptes annuels doivent être congruents en la matière.

### Informations erronées et omises

Les informations incorrectes et omises peuvent exceptionnellement avoir des effets juridiques fondés sur le principe de la bonne foi. Ceci à condition que:

- il s'agisse d'une information sans réserve de la caisse de pensions;
- l'information porte sur une question spécifique touchant la personne assurée;

<sup>6</sup> En ce sens, l'ATF du 19 janvier 2007, B 82/06, consid. 2.2 selon lequel la communication du montant de la rente ne constituait pas un engagement ferme, d'autant qu'elle renvoyait aux dispositions réglementaires.

- la caisse de pensions ayant fourni l'information était compétente, ou l'assuré avait tout lieu de supposer qu'elle l'était;
- la personne assurée ne pouvait sans autre reconnaître que l'information fournie était inexacte, et que
- elle avait donc en toute bonne foi pris des dispositions qui ne peuvent être annulées sans préjudice.

Cela avait par exemple été confirmé dans le cas d'une fausse information d'une caisse de pensions selon laquelle le droit aux prestations n'était pas encore calculable, ce qui avait découragé la personne assurée à poursuivre sa demande. La caisse n'avait pu invoquer à une date ultérieure le bénéfice de la prescription.<sup>7</sup> |

### Isabelle Vetter-Schreiber

<sup>7</sup> ATF du 3 juillet 2019, 9C\_132/2019.

### Cinq questions, cinq réponses

*Dans quel article l'obligation fondamentale de l'institution de prévoyance d'informer les personnes assurées est-elle réglée?*  
Art. 86b LPP.

*Sur quoi la caisse de pensions doit-elle informer ses assurés chaque année sous une forme appropriée?*

Droit aux prestations, salaire coordonné, taux de cotisation, avoir de vieillesse, organisations, financement, membres de l'organe paritaire.

*Quelles informations supplémentaires les assurés recevront-ils sur demande?*

Comptes annuels, rapport annuel, informations sur le revenu des placements, évolution des risques actuariels, coûts administratifs, calcul du capital de couverture, constitution de réserves et degré de couverture.

*Le certificat de prévoyance peut-il donner lieu à un droit juridiquement contraignant et irrévocable?*

Non.

*L'obligation d'informer peut-elle être déléguée à l'entreprise de l'employeur?*

Le Tribunal fédéral a laissé cette question ouverte jusqu'à ce jour.

## Ausserobligatorium

# Ist eine Negativverzinsung möglich?

Im rein ausserobligatorischen Versicherungsbereich gibt es keine gesetzliche Zinspflicht. Welche Gestaltungsfreiheit hat eine Kasse im ausserobligatorischen Versicherungsbereich hinsichtlich der Weitergabe negativer Vermögenserträge?

---

 IN KÜRZE
 

---

Das Bundesgericht wahrt bereits hinsichtlich Nullverzinsungen (jedenfalls im umhüllenden Versicherungsbereich) grosse Zurückhaltung.

---

Die gesetzliche Pflicht, Vorsorgeguthaben mit einem (Mindest-)Zins zu verzinsen, stammt aus dem obligatorischen Versicherungsbereich.<sup>1</sup> Die entsprechenden Normen sind in der weitergehenden Vorsorge nicht anwendbar.<sup>2</sup> Sie sind auch im Katalog der gemeinsamen Bestimmungen für FZG-unterstellte Vorsorgeeinrichtungen nicht enthalten.<sup>3</sup>

Für Kassen, die über das Obligatorium hinaus einen weitergehenden Bereich versichern, hat das Bundesgericht (nachfolgend BGer) festgehalten:<sup>4</sup>

*«Für die weitergehende Vorsorge gibt es keine Vorschriften über die Festsetzung der Höhe des Zinssatzes ..., sodass die Vorsorgeeinrichtungen im Rahmen der verfassungsmässigen Schranken (wie Rechtsgleichheit, Willkürverbot und Verhältnismässigkeit) frei sind, über die Verzinsung in ihren reglementarischen Grundlagen zu bestimmen und beispielsweise eine Verzinsung der entsprechenden Altersgutschrift unter dem Mindestzinssatz vorzusehen.»*

Das BGer hat zweierlei offen gelassen, nämlich:

1. ob die verfassungsmässigen Schranken in Jahren mit Anlageverlusten auch einen Minuszins zulassen<sup>5</sup> und

2. ob bei Kassen mit weitergehenden Leistungen Restriktionen durch das mitversicherte Obligatorium bestehen. Im Umkehrschluss liesse sich daraus ableiten, dass Kassen mit rein ausserobligatorischen Leistungen grössere Freiheit haben.

Punkt 1 wird vor allem im Hinblick auf die Frage eines Eingriffs in wohlerworbene Rechte näher zu betrachten sein, da wohlerworbene Rechte aus verfassungsmässigen Rechten<sup>6</sup> abgeleitet werden. Vorderhand ist dazu lediglich festzuhalten, was das BGer in BGE 140 V 169 (E. 8.4) ausgeführt hat:

*«Der Zins ist ein elementares Mittel, um das Verfassungsziel der beruflichen Vorsorge zu erreichen. ... Sie [die Zinsen] können aber nur ausgerichtet werden, soweit es die finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtung zulässt. Es widerspräche dem Kapitaldeckungsprinzip, die Versicherten nur an den Gewinnchancen, nicht aber an den Verlustrisiken teilhaben zu lassen.»*

Zu Punkt 2 ist festzustellen, dass das BGer bislang kaum Gelegenheit hatte, sich zur Verzinsung im rein ausserobligatorischen Bereich zu äussern. In BGE 132 V 278 hatte eine Kasse mit weitergehenden Leistungen die Verzinsung nur für das Obligatorium geregelt. Zur Diskussion stand die Verzinsung im Überobligatorium. Das BGer hat im konkreten Fall die von der Kasse angeordnete, auf zwei Jahre beschränkte Nullverzinsung



**Franziska Bur Bürgin**  
Advokatin und  
dipl. Steuerexpertin,  
Basellegal GmbH

<sup>1</sup> Art. 15 Abs. 1 und 2 BVG i.V.m. Art. 12 BVV 2.

<sup>2</sup> Art. 49 Abs. 2 BVG e contrario.

<sup>3</sup> Vgl. Art. 5 Abs. 2 BVG und Art. 89a Abs. 6 ZGB.

<sup>4</sup> BGE 140 V 348 (E. 2.1).

<sup>5</sup> Anders als eine Unterdeckung wirkt sich dieser direkt auf die Altersguthaben der Versicherten aus und würde darum zum Beispiel auch im Freizügigkeitsfall mitgegeben.

<sup>6</sup> Eigentumsgarantie, Treu und Glauben, vgl. Stauffer, Berufliche Vorsorge, 3. Aufl., S. 622 N 1893.

sung unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit geprüft und geschützt.

### Eingriff in wohlerworbene Rechte?

Nachdem die Zinspflicht ihre Rechtsgrundlage in den Vorschriften zum Obligatorium hat, stellt sich die Frage, ob Kassen, die ausschliesslich im Ausserobligatorium tätig sind (ohne, dass Teilpläne vorliegen), die Altersguthaben der Versicherten in Jahren mit Anlageverlusten mit Negativzinsen belasten dürfen. Dem Vorhaben könnte das Verbot entgegenstehen, in wohlerworbene Rechte einzugreifen. Ein solcher Eingriff würde vor allem dann vorliegen, wenn die Altersguthaben der Versicherten am Ende des Kalenderjahrs die Qualität wohlerworbener Rechte hätten, sodass der Jahresend-Vermögensstand durch einen Negativzins im folgenden Jahr nicht mehr unterschritten werden dürfte.

Laut Kieser<sup>7</sup> sind diejenigen Rechte wohlerworben, «die sich durch eine derartige Beständigkeit auszeichnen, dass sie auch nicht durch Gesetz abänderbar sind» und die «durch die Eigentumsgarantie beziehungsweise das Prinzip des Vertrauensschutzes geschützt» sind.<sup>8</sup> Sie entstehen

durch ausdrückliche Festlegung im Gesetz, sofern der Gesetzgeber die betreffende Rechtsposition ein für alle Mal von Gesetzesabänderungen ausnehmen wollte oder durch ein individuell-konkretes Versprechen (Vertrauensschutz). Entsprechend gelten reglementarische Leistungen als wohlerworben, wenn das bisherige Reglement eine diese Leistungen schützende Bestimmung künftig als unabänderlich erklärt.

Mit Blick auf ausserobligatorische Altersguthaben und die Frage, ob ihr Jahresendstand als wohlerworbenes Recht gilt, ist festzustellen, dass die Höhe des Altersguthabens in Art. 15 BVG geregelt ist, der für Kassen mit ausserobligatorischen Leistungen nicht anwendbar ist. Somit gilt das Altersguthaben am Jahresende mindestens von Gesetzes wegen nicht als wohlerworbenes Recht. Solange eine solche Kasse eine nach Art. 15 BVG nachgebildete Bestimmung (inklusive jährlich gutzuschreibendem Zins) auch nicht freiwillig in ihr Reglement übernimmt, bildet der Jahresendstand des Altersguthabens meines Erachtens kein wohlerworbenes Recht, in das künftig nicht mehr eingegriffen werden kann.

### Einschränkungen für Kassen mit ausserobligatorischen Leistungen

Im rein ausserobligatorischen Versicherungsbereich besteht weder eine gesetzliche Zinspflicht noch stehen die Altersguthaben der Versicherten am Jah-

resende unter dem Schutz der wohl erworbenen Rechte. Dennoch lässt das BGer – jedenfalls in der weitergehenden Versicherung – Nullverzinsungen nur mit grosser Zurückhaltung zu. Es begründet dies damit, dass die Verzinsung des Sparkapitals «im Prinzip» zu den Verpflichtungen der Pensionskasse gehöre.<sup>9</sup> Was daraus für Versicherungen im rein ausserobligatorischen Bereich abzuleiten ist, bleibt unklar.

Einschränkungen für Kassen mit ausserobligatorischen Leistungen ergeben sich zudem aus Art. 17 Abs. 1 und 4 FZG, denn nach Art. 6 FZV muss bei der Berechnung des Mindestbetrags für die Austrittsleistung der BVG-Zins eingesetzt werden und zwar – soweit erkennbar – auch im über- und ausserobligatorischen Versicherungsbereich. |

<sup>7</sup> Ueli Kieser: Besitzstand, Anwartschaften und wohlerworbene Rechte in der beruflichen Vorsorge, in: SZS 4/1999 290, S. 296. Vgl. auch Hans-Ulrich Stauffer: Berufliche Vorsorge, 3. Aufl., S. 622 N 1892 ff.

<sup>8</sup> Siehe Artikel von Kurt Schweizer, S. 50.

<sup>9</sup> Vgl. BGE 140 V 348 und 140 V 169.

Save the date!  
9. Sept. 2020  
Präsentation  
der Studie

# Risiko Check-up 2020

Wissen, das Sie weiterbringt

Gewinnen Sie wertvolle Erkenntnisse dank der kostenfreien, kassenindividuellen Auswertung.  
Teilnehmen auf [www.complementa.ch](http://www.complementa.ch)

**complementa**  
Investments • Wissen • Werte



## Régime extra-obligatoire

# L'application d'un taux d'intérêt négatif est-elle possible?

Sur toute la couverture en dehors du régime obligatoire, il n'y a pas d'obligation légale de verser des intérêts. Dans quelle mesure une caisse est-elle libre de répercuter les revenus négatifs sur la fortune dans la partie hors obligatoire de la prévoyance?

## EN BREF

Aujourd'hui déjà le Tribunal fédéral est très prudent en matière de rémunération à taux nul (du moins dans le domaine de l'assurance enveloppante).

L'obligation légale de rémunérer les avoirs de prévoyance à un taux d'intérêt (minimal) provient du secteur de la prévoyance obligatoire.<sup>1</sup> Les normes correspondantes ne sont pas applicables au domaine de la prévoyance plus étendue.<sup>2</sup> Elles ne figurent pas non plus dans le catalogue des dispositions communes aux institutions de prévoyance subordonnées à la LFLP.<sup>3</sup>

Pour les caisses qui assurent une prévoyance plus étendue que le régime obligatoire, le Tribunal fédéral (ci-après TF) a retenu ce qui suit:<sup>4</sup>

*«Il n'existe pas de dispositions relatives à la détermination du taux d'intérêt pour la prévoyance plus étendue ..., de sorte que les institutions de prévoyance sont libres, dans le cadre des barrières constitutionnelles (telles que l'égalité des droits, l'interdiction de l'arbitraire et la proportionnalité), de définir la rémunération d'intérêt dans leurs bases réglementaires et, par exemple, de prévoir une rémunération de l'avoir de vieillesse concerné inférieure au taux d'intérêt minimal.»*

Le TF ne s'est pas prononcé sur deux choses, à savoir:

1. si les barrières constitutionnelles permettent un taux d'intérêt négatif les années de résultats négatifs sur les placements<sup>5</sup> et

<sup>1</sup> Dispositions combinées de l'art. 15 al. 1 et 2 LPP et de l'art. 12 OPP 2.

<sup>2</sup> Art. 49 al. 2 LPP e contrario.

<sup>3</sup> Cf. art. 5 al. 2 LPP et art. 89a al. 6 CC.

<sup>4</sup> ATF 140 V 348 (cons. 2.1).

<sup>5</sup> Contrairement à un découvert, celui-ci a un impact direct sur l'avoir de vieillesse des assurés et accompagnerait donc aussi le capital en cas de libre passage, par exemple.

2. s'il existe des restrictions imposées par la prévoyance obligatoire coassurée dans les caisses qui offrent des prestations plus étendues. A contrario on pourrait en déduire que les caisses offrant uniquement des prestations extra-obligatoires disposent d'une plus grande liberté.

Le point 1 devra notamment être examiné de près sous l'angle de l'empiètement sur les droits acquis, puisque les droits acquis découlent de droits constitutionnels.<sup>6</sup> Pour l'heure, on ne peut que citer les considérations du TF dans l'ATF 140 V 169 (cons. 8.4):

*«L'intérêt est un moyen élémentaire pour atteindre l'objectif constitutionnel de la prévoyance professionnelle. ... Cependant, ils [les intérêts] ne peuvent être versés que dans la mesure où la situation financière de la caisse de pensions le permet. Il serait contraire au principe de la capitalisation de seulement faire participer les assurés aux chances de profit et non aux risques de pertes.»*

En ce qui concerne le point 2, il convient de noter que le TF n'a jusqu'à présent guère eu l'occasion de se prononcer sur les taux d'intérêt dans le domaine purement extra-obligatoire. Dans l'ATF 132 V 278, une caisse servant des prestations plus étendues n'avait réglementé que la rémunération pour le régime obligatoire. La discussion portait sur la rémunération dans le régime surobligatoire. Dans ce cas précis, le Tribunal fédéral avait examiné la rémunération à taux nul ordon-

<sup>6</sup> Garantie de la propriété, bonne foi, voir Stauffer, *Berufliche Vorsorge*, 3<sup>e</sup> éd., p. 622 N 1893.



née par la caisse pour une durée limitée de deux ans sous l'angle de la proportionnalité et l'avait protégée.

### Une atteinte aux droits acquis?

Etant donné que l'obligation de payer des intérêts est fondée par le droit relatif au régime obligatoire, la question se pose de savoir si les fonds qui offrent uniquement des prestations extra-obligatoires (sans proposer de plans 1e) peuvent grever les avoirs de vieillesse des assurés d'un intérêt négatif les années de rendements négatifs sur les placements. L'interdiction de toucher aux droits acquis pourrait faire obstacle à un tel projet. Une telle atteinte aux droits acquis interviendrait en particulier si, à la fin de l'année civile, les avoirs de vieillesse des assurés avaient qualité de droits acquis, de sorte qu'il ne serait plus possible de descendre en dessous de ce montant en les grevant d'un intérêt négatif.

Selon Kieser,<sup>7</sup> sont réputés acquis les droits «qui se caractérisent par une constance telle que même une loi ne saurait les changer» et qui «sont protégés par la garantie de la propriété ou le principe de la protection de la confiance légitime».<sup>8</sup> Ils naissent d'une disposition explicite de la loi si le législateur a voulu exempter une fois pour toutes la situation juridique en question de toute modification de la loi, ou résultent d'une promesse individuelle et concrète (protection de la confiance).

<sup>7</sup> Ueli Kieser: Besitzstand, Anwartschaften und wohlverworbene Rechte in der beruflichen Vorsorge, in: RSAS 4/1999 290, p. 296. Voir aussi Hans-Ulrich Stauffer: Berufliche Vorsorge, 3<sup>e</sup> éd., p. 622 N 1892 ss.

<sup>8</sup> Voir l'article de Kurt Schweizer, p. 53.

Par conséquent, les prestations réglementaires sont réputées acquises si la réglementation en vigueur déclare inaltérable dans le futur une disposition qui protège ces prestations.

En ce qui concerne l'avoir de vieillesse extra-obligatoire et la question de savoir si le solde de fin d'année est à considérer comme un droit acquis, il convient de noter que le montant de l'avoir de vieillesse est réglé à l'art. 15 LPP qui n'est pas applicable aux caisses avec des prestations extra-obligatoires. Par conséquent, l'avoir de vieillesse à la fin de l'année n'est pas considéré comme un droit acquis, du moins par la loi. Tant qu'une telle caisse n'intègre pas volontairement dans son règlement une disposition inspirée de l'art. 15 LPP (y compris l'intérêt à créditer annuellement), le solde de fin d'année de l'avoir de vieillesse ne constitue pas, à mon avis, un droit acquis ne souffrant plus aucune modification à l'avenir.

### Restrictions pour les caisses à prestations extra-obligatoires

Dans le domaine de la prévoyance purement extra-obligatoire, il n'y a pas d'obligation légale de payer des intérêts et les avoirs de vieillesse accumulés par les assurés en fin d'année ne bénéficient pas de la protection de droits acquis. Néanmoins, le TF est très réticent à autoriser des rémunérations à taux nul – du moins dans le domaine de la prévoyance extra-obligatoire. Ceci au motif que la rémunération du capital épargne fait «en principe» partie des obligations d'une caisse de pensions.<sup>9</sup> On ne sait pas très bien quelle conclusion en tirer pour les

<sup>9</sup> Cf. ATF 140 V 348 et 140 V 169.

assurances couvrant uniquement le domaine extra-obligatoire.

Par ailleurs, des contraintes sont imposées aux caisses à prestations extra-obligatoires par l'art. 17 al. 1 et 4 LFLP, car en vertu de l'art. 6 OLP, le taux d'intérêt LPP est applicable pour le calcul du montant minimal de la prestation de sortie, et ce – pour autant que l'on puisse en juger – également dans le domaine de la prévoyance sur- et extra-obligatoire. |

**Franziska Bur Bürgin**



vps.epas

# vps.epas-Labor

## Finanzielle Führung von Pensionskassen

Eintägiger Workshop über chancen- und risikoorientierte Führung:

Wo sind die zentralen Risiken?

Wie werden sie überwacht und gesteuert?

**Donnerstag, 24. September 2020, Zürich**

Anspruchsvolle Anlagemärkte, die Dynamik der Zusammensetzung der Destinatäre und die zunehmende Regulierung sind Herausforderungen für das Führen von Pensionskassen. Führungsorgane müssen sich deshalb mit den wichtigsten Steuerungsgrössen auseinandersetzen, wissen, wie diese mit Risikokennzahlen überwacht werden können und insbesondere das Zusammenspiel einzelner Risikokennzahlen verstehen.

Die Kenntnisse über die zentralen Risiken der Vorsorgeeinrichtung gehören zu den wichtigsten und nicht-delegierbaren Führungsaufgaben. Die wichtigsten Risikokennzahlen müssen aber nicht bloss identifiziert werden. Wichtig ist auch das Wissen, wie sie voneinander abhängen, wie sie überwacht werden können und müssen und welche Korrekturmassnahme welche Wirkung hervorruft.

Der Workshop vertieft folgende Fragen interaktiv anhand der Online-Software «pkcockpit»: Kenntnis über die zentralen

Risiken. Das Zusammenspiel von Aktiv- und Passivseite richtig einschätzen. Beurteilung der wichtigsten Risikokennzahlen. Festlegen von Zielen und erkennen, wie viel Spielraum zu Abweichungen vertretbar ist. Umgang mit Frühwarnsignalen. Kenntnis von Korrekturmassnahmen.

### Referentinnen und Referenten

Prof. Dr. Karl Frauendorfer

Jeannette Leuch

Christoph Plüss

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch).  
Programmänderungen vorbehalten.

Interaktiv  
und  
multimedial

**Ort**  
KV Business School Zürich AG,  
Bildungszentrum Sihlpost,  
Sihlpostgasse 2, 8004 Zürich

**Zeit**  
08.45 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Rita Käslin  
+41 (0)41 317 07 60  
[rk@vps.epas.ch](mailto:rk@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)

Credit Points



Les droits acquis dans la jurisprudence

# Variations, contradictions et développements

La portée juridique de la modification du droit aux prestations réglementaires futures dans la prévoyance plus étendue a amené le Tribunal fédéral à rapidement affirmer la distinction entre les expectatives de prévoyance à des prestations futures pouvant être modifiées et les droits acquis à une prestation immuable.

EN BREF

La législation en matière d'assurances sociales ne reconnaît qu'exceptionnellement l'existence de droits acquis.

En effet, le règlement d'une fondation de prévoyance de droit privé, dont l'activité s'exerce dans le domaine de la prévoyance plus étendue, peut être modifié unilatéralement par la fondation mais uniquement si cette possibilité est prévue par une disposition acceptée par l'assuré lors de la conclusion du contrat de prévoyance cas échéant par actes concluants.<sup>1</sup> Pour le surplus, une modification des statuts ou du règlement d'une institution de prévoyance est en principe admissible pour autant que la nouvelle réglementation soit conforme à la loi, ne s'avère pas arbitraire, ne conduise pas à une inégalité de traitement entre assurés et ne porte pas atteinte à leurs droits acquis.<sup>2</sup>

La législation en matière d'assurances sociales ne reconnaît qu'exceptionnellement l'existence de droits acquis. Les prétentions pécuniaires ne deviennent donc des droits acquis que si la loi ou les règlements fixent une fois pour toutes les situations particulières et les soustraient aux effets des modifications légales ou réglementaires ou si l'assuré a reçu des assurances précises à l'occasion d'un engagement. A cet égard, les prestations courantes sont plus facilement considérées comme droits acquis que les simples expectatives, qui ne sont que rarement protégées, précisément parce qu'il n'existe pas de titre juridique permettant de s'opposer à leur modification en cas de changement des règles légales.<sup>3</sup>



**Jacques-André Schneider**

Docteur en droit,  
ancien professeur à l'Université de Lausanne

Bénéficiaire ainsi de la protection des droits acquis le droit à des prestations d'assurance en cours et la valeur actuelle de la prestation de libre passage, mais pas – sous réserve d'une promesse qualifiée et irrévocable – le droit au maintien à des expectatives lorsque l'éventualité assurée ne s'est pas encore réalisée, soit le montant futur de l'avoir de vieillesse, soit le montant exact des prestations financées par les cotisations.<sup>4</sup> De même, n'existe-t-il aucun droit à pouvoir bénéficier d'une retraite anticipée, ni de droit à ce que l'employeur verse un montant défini de cotisations.<sup>5</sup> Enfin, les renseignements contenus dans les certificats de prévoyance et les autres calculs individuels établis par l'institution de prévoyance des corporations de droit public (IPDP) ne constituent pas des assurances précises auxquelles celle-ci est tenue de se conformer en vertu du principe de la bonne foi.<sup>6</sup>

Cela étant, la jurisprudence n'est pas exempte de variations, contradictions ou de développements.

## L'avoir existant de vieillesse est-il acquis?

Dans le cadre de l'examen de la validité d'une modification d'une échelle réglementaire de libre passage, la Haute Cour a considéré que l'avoir de vieillesse acquis pendant la durée d'appartenance

<sup>4</sup> ATF 134 I 23, consid. 7.2.

<sup>5</sup> ATF du 8 novembre 2000, cause 1P.23/2000.

<sup>6</sup> ATF 134 I 23; ATF 9C\_78/2007 du 15 janvier 2008; ATF 9C\_187/2017 du 12 juillet 2017.

<sup>1</sup> ATF 117 V 221, consid. 4b.

<sup>2</sup> ATF 121 V 97, consid. 1b; SZS/RSAS 1994, p. 373; ATF 117 V 221.

<sup>3</sup> ATF 28 juin 2006, 2A.562/2005, consid. 5.

à l'institution de prévoyance n'a pas valeur de droit acquis. Dans la mesure où le règlement de prévoyance de 1995 est conforme à l'art. 15ss LFLP et que sa mise en œuvre ne heurte pas les principes de l'état de droit, notamment en matière de rétroactivité, la modification de l'échelle de calcul de la prestation de libre passage en primauté des prestations, et la réduction du montant antérieur de la prestation de sortie ne suscite pas la critique.<sup>7</sup> Or, l'affirmation de la Haute Cour est contraire tant à l'art. 16 LFLP, la prestation de libre passage correspondant à la valeur actuelle de la prestation de vieillesse acquise, qu'à sa jurisprudence antérieure.<sup>8</sup> La seule exception est la déduction du découvert sur la part de la prestation de sortie réglementaire en cas de liquidation partielle.<sup>9</sup>

### Le montant de la rente réglementaire en cours constitue-t-il encore un droit acquis?

Dans son récent arrêt ATF 143 V 440, relatif à l'introduction d'une possibilité réglementaire de baisser le droit aux rentes en cours en introduisant une part variable, la Haute Cour a indiqué qu'il n'y a pas lieu d'examiner si et dans quelle mesure l'institution de prévoyance dispose d'une compétence de modification réglementaire, ni de trancher la question de savoir si le montant de la rente réglementaire constitue un droit acquis. L'assouplissement conceptuel est considérable, mais n'a pas été remarqué. En effet, selon le Tribunal fédéral, la protection du montant de la rente en cours est consacrée par l'art. 65d al. 3 LPP, entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2005, en matière de mesures d'assainissement.

Avant l'adoption de l'art. 65d LPP, le législateur ne s'était jamais exprimé sur le thème des réductions de rentes. Le Tribunal fédéral n'aurait non plus jamais décidé à ce sujet auparavant,<sup>10</sup> affirmation, à notre sens, inexacte. L'ATF 134 I 23, consid. 7.2 a protégé en soi le montant réglementaire de la rente en cours.<sup>11</sup> En

matière de surindemnisation, la Haute Cour a protégé l'application de nouvelles dispositions entraînant une réduction du montant effectif de la rente en cours de versement, par opposition au droit à la rente réglementaire en soi.<sup>12</sup>

Plus récemment, le Tribunal fédéral a indiqué qu'en matière d'expectatives de rentes futures, le versement d'une prestation de rente dans son principe constitue un droit acquis, mais non l'ampleur de celle-ci, que le règlement doit fixer.<sup>13</sup> Ainsi on ne peut supprimer le droit futur à la rente, mais son montant pourrait être revu. Mais alors quelle serait la différence entre le montant de l'expectative de rente future et le montant de la rente en cours et jusqu'à quel point le montant de la rente future pourrait-il être réduit?

### Qu'en est-il de l'abrogation du droit acquis à une rente-pont AVS?

Le refus de reconnaître un droit acquis à une retraite anticipée est très catégorique. Il n'y a pas de droit constitutionnel ou selon la loi à recevoir une rente avant l'âge ordinaire de la retraite selon l'art. 13 al. 1 LPP.<sup>14</sup>

A son ATF 138 V 366, la Haute Cour est allée plus loin en supprimant le droit à une rente-pont AVS de 18 000 francs par année jusqu'à l'âge réglementaire de la retraite, garantie au titre des droits acquis par un texte réglementaire clair. Les droits acquis ne sont pas protégés de manière absolue. Ils peuvent, en effet, être limités ou supprimés par la loi, lorsqu'un intérêt public particulier et important l'exige et que la mesure est proportionnelle. Ainsi, la réduction de la rente-pont AVS doit être admise par l'assuré lorsque les buts supérieurs, par exemple l'équilibre financier de l'institution de prévoyance,<sup>15</sup> eu égard au respect de tâches permanentes du conseil de fondation, lorsque cela est exigé en tant que mesure importante en cas de découvert ou lorsque le principe de l'égalité de traitement<sup>16</sup> l'exigent, pour autant que la me-

sure de réduction soit appropriée et efficace dans des délais utiles.<sup>17</sup> Du point de vue du droit public, un droit acquis n'est pas protégé d'une manière absolue. La mise en danger extraordinaire de l'équilibre financier de l'institution de prévoyance à très long terme présentant un degré de couverture de 67% dû pour une part significative à un déficit structurel, justifie la modification unilatérale du règlement lorsque la contribution d'assainissement ainsi introduite respecte non seulement les principes de la proportionnalité et de la subsidiarité mais aussi le principe de l'égalité de traitement des destinataires.

### Le principe d'imputation: atteinte aux prestations réglementaires acquises?

Dans le cadre de la prévoyance étendue enveloppante, l'imputation des prestations minimales de la LPP aux prestations réglementaires plus étendues ne porte pas atteinte au droit acquis à celles-ci. En effet:

- Il n'y a pas d'obligation d'adapter la rente complète aux prix, comme c'est le cas pour les rentes de survivants et d'invalidité de la LPP.<sup>18</sup>
- A l'âge réglementaire de la retraite une rente d'invalidité temporaire peut être remplacée par une rente de vieillesse d'un montant plus faible, dans les limites de la rente d'invalidité viagère LPP.<sup>19</sup>
- En cas de versement d'un capital en espèces, la part obligatoire et sur-obligatoire de l'avoir de vieillesse existant doit être réduite proportionnellement au montant total de l'avoir de vieillesse.<sup>20</sup>
- La rente d'invalidité peut être fixée en fonction du taux exact de l'invalidité, dans la limite de la rente minimale d'invalidité LPP.<sup>21</sup>
- Lorsque l'institution de prévoyance n'est pas tenue d'augmenter la rente d'invalidité réglementaire en cas d'aggravation postérieure à la fin de la qualité d'assuré, la rente d'invalidité régle-

<sup>7</sup> ATF 117 V 227, consid. 5b et c, 132 V 154, consid. 5.2.4, ATF du 24 octobre 2006, B 72/05.

<sup>8</sup> ATF 134 I 23, consid. 7.2.

<sup>9</sup> Art. 53d al. 3 LPP.

<sup>10</sup> ATF 135 V 382, consid. 6.1.

<sup>11</sup> «Der Rentenanspruch als solches».

<sup>12</sup> ATF B 82/06 du 19 janvier 2007, consid. 2.2 «Sas reglementarische Recht als solches».

<sup>13</sup> ATF du 2 novembre 2009 9C\_140/2009, consid. 4.3; ATF 9C\_61/2017 du 1<sup>er</sup> juin 2017.

<sup>14</sup> ATF du 21 décembre 2012 9C\_708/2012.

<sup>15</sup> Art. 65 al. 1 LPP.

<sup>16</sup> Art. 8 al. 1 Cst.

<sup>17</sup> SVR 2008, BVG n° 15, p. 59, B 126/06, consid. 4.2.

<sup>18</sup> ATF 127 V 264, consid. 4.

<sup>19</sup> ATF 130 V 369.

<sup>20</sup> ATF B 77/06 du 18 avril 2007: SZS 2007, p. 490.

<sup>21</sup> ATF B 74/06 in: SVR 2008 BVG n° 19, p. 75.



- mentaire partielle continue d'être versée, pour autant qu'elle soit supérieure à la rente d'invalidité majorée LPP.<sup>22</sup>
- Lorsque la rente d'invalidité réglementaire est supérieure à la somme des rentes d'invalidité et d'enfant minimales selon la LPP, l'institution de prévoyance enveloppante n'a pas à verser la rente d'enfant d'invalidité LPP.<sup>23</sup>
  - La compensation de l'intérêt minimal LPP avec le montant de l'avoit de vieillesse de la prévoyance plus étendu, qui est lui crédité d'un intérêt nul, ne porte pas atteinte aux droits acquis en cas de découvert ou d'un taux de couverture proche de 100%. Selon les circonstances, et en vertu du principe de la proportionnalité, un taux de couverture de plus de 104% interdit le crédit d'un intérêt nul à l'avoit sur-obligatoire.<sup>24</sup> |

<sup>22</sup> ATF 136 V 65.

<sup>23</sup> ATF 136 V 313.

<sup>24</sup> ATF 135 V 382, consid. 10.5, du 28 juin 2006, 2A.562/2005, consid. 5, ATF 132 V 278, consid. 4.6, 140 V 348 et du 29 août 2014, 9C\_24/2014.

# Cours avancé pour responsables de caisses de pensions

Formation approfondie

Mardi 23 juin 2020, Paudex

Les participants pourront voir en détail l'ensemble des éléments qui sont de la compétence du conseil de fondation. Le cours fait le tour des tâches fixées aux articles 51a LPP et 49a OPP 2 avec des spécialistes reconnus dans les domaines comptable, actuariel et de surveillance.

## Contenu

Les éléments à discuter dans un conseil de fondation; Les décisions à prendre; Les responsabilités; Les risques; L'organisation du conseil et de la direction; La formation; Le controlling; La stratégie de placement; Les aspects techniques et juridiques à connaître; La gestion paritaire; etc.

## Intervenantes et intervenants

**Francis Bouvier**, Actuaire ASA, Actuaire IAF, Responsable pôle Prévoyance Professionnelle BCV, Directeur Fondation BCV 2<sup>e</sup> pilier

**Guy Chervet**, Expert-comptable diplômé, associé et administrateur au sein du Groupe de sociétés fiduciaires BfB

**Rosario di Carlo**, Actuaire ASA, Sous-directeur Autorité de surveillance LPP (As-So)

**Yves-Marie Hostettler**, Licence en droit et brevet d'avocat, représentant de l'ASIP en Suisse romande et responsable du secteur juridique de Retraites Populaires

**Michèle Mottu Stella**, Experte agréée LPP, Prevanto Partner

**Lieu**  
Centre Patronal,  
Route du Lac 2, 1094 Paudex

**Heure**  
09h00 – 16h45

**Coûts, Credit Points  
et inscription:** vps.epas.ch

**Renseignements**  
vps.epas, Beatrice Steiner,  
+41 (0)41 317 07 48,  
bs@vps.epas.ch, vps.epas.ch

Organisateur

  
vps.epas

Partenaire

 **As So**  
Autorité de surveillance LPP  
et des fondations  
de Suisse occidentale

Credit Points





vps.epas

# vps.epas-Impulse

Tagung zur Unterstützung der Eigenverantwortung in der 2. Säule

**Donnerstag, 12. November 2020, Zürich**

Unsere Herbsttagung greift aktuelle Probleme und Fragestellungen von Praktikern auf und liefert Anregungen zu Umsetzungen. Praktische Umsetzungsfragen und Fallbeispiele stehen im Zentrum der Referate.

## Begrüssung

**Markus Nievergelt**, lic. iur., Präsident des Verwaltungsrats vps.epas

## Anlagefragen

USA im Zeitalter von Corona und den Wahlen 2020: Folgen für Schweizer Pensionskassen

**Stefan Kull**, Dr. oec. HSG, Dozent Hochschule Luzern Wirtschaft

Auf der Suche nach Renditemöglichkeiten – wie kann die Gefahr der Fehlallokation vermieden werden?

**Marianne Fassbind**, lic. oec. publ., Partner Dynamicsgroup, Stiftungsrätin

Fragen an die Referenten

**Peter Schnider**, Dr. phil. I, Direktor vps.epas

Weitere Informationen finden Sie unter **vps.epas.ch**.  
Programmänderungen vorbehalten.

## Umsetzungs- und Führungsfragen

EL-Reform und Weiterversicherung

**Jovana Janjusic**, Aktuarin SAV, c-alm

Bildung und Auflösung von Rückstellungen für Umwandlungssatzsenkungen und Pensionierungsverluste

**Patrick Spuhler**, Pensionskassenexperte, Partner, Prevanto Basel

Risiko Invalidität für die 2. Säule

**Benno Ambrosini**, Pensionskassenexperte, Managing Director, Libera AG

Unterdeckung und ihre Folgen

**André Egli**, zugelassener Revisionsexperte, Partner Balmer-Etienne AG

Milizorgane: Aktuelle Herausforderungen und Lösungsvorschläge

**Markus Freitag**, Professor für politische Soziologie, Universität Bern

Fragen an die Referenten

**Peter Schnider**

**Ort**  
Technopark Zürich,  
Technoparkstrasse 1,  
8005 Zürich

**Zeit**  
08.30 – 12.50 Uhr,  
anschliessend Mittagessen

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter vps.epas.ch**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23  
so@vps.epas.ch  
vps.epas.ch

**Partner/Credit Points**



Wohlerworbene Rechte in der Rechtsprechung

# Abweichungen, Widersprüche und Entwicklungen

Angesichts der rechtlichen Tragweite der Anpassung des Anspruchs auf zukünftige reglementarische Leistungen in der erweiterten Vorsorge hatte das Bundesgericht die Unterscheidung zwischen den Anwartschaften, die abänderlich sind, und den wohlerworbenen Rechten auf eine unabänderliche Leistung rasch bestätigt.

IN KÜRZE

Das Sozialversicherungsrecht anerkennt das Vorliegen wohlerworbener Rechte nur in Ausnahmefällen.

Das Reglement einer privaten Vorsorgeeinrichtung, die eine weitergehende Vorsorge betreibt, kann denn auch von der Stiftung einseitig abgeändert werden, jedoch nur, wenn der Versicherte dieser Möglichkeit mit der Annahme des Vorsorgevertrags ausdrücklich und durch konkludentes Verhalten zugestimmt hat.<sup>1</sup> Ausserdem ist eine Abänderung der Statuten oder des Reglements einer Vorsorgeeinrichtung grundsätzlich zulässig, solange die neue Regelung gesetzeskonform und nicht willkürlich ist, zu keiner Ungleichbehandlung von Versicherten führt und nicht in deren wohlerworbene Rechte eingreift.<sup>2</sup>

Das Sozialversicherungsrecht anerkennt das Vorliegen wohlerworbener Rechte nur in Ausnahmefällen. Wertmässige Ansprüche werden somit nur dann zu einem wohlerworbenen Recht, wenn das Gesetz oder die Reglemente ein für alle Mal die besonderen Umstände festlegen und sie von den gesetzlichen oder reglementarischen Anpassungen ausnehmen oder wenn der Versicherte zum Zeitpunkt seiner Anstellung spezifische Zusicherungen erhalten hat. Laufende Leistungen werden in dieser Hinsicht eher als wohlerworbene Rechte betrachtet als die einfachen Anwartschaften, die nur selten geschützt sind, gerade weil es keinen Rechtstitel gibt, der sie vor Änderungen aufgrund modifizierter Gesetzesbestimmungen bewahrt.<sup>3</sup>

Somit sind die wohlerworbenen Rechte auf laufende Versicherungsleistungen und der Barwert der Freizügigkeitsleistungen geschützt, nicht aber – vorbehaltlich eines qualifizierten und unwiderruflichen Versprechens – das Anrecht auf ein Aufrechterhalten von Anwartschaften, solange das versicherte Ereignis noch nicht eingetroffen ist, sei dies die zukünftige Höhe des Altersguthabens oder der genaue Betrag der beitragsfinanzierten Leistungen.<sup>4</sup> Desgleichen besteht auch weder ein Anspruch auf eine vorzeitige Pensionierung noch auf Arbeitgeberbeiträge in einer bestimmten Höhe.<sup>5</sup> Und schliesslich stellen die Angaben auf Vorsorgeausweisen und anderen individuellen Berechnungen von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften keine präzise Zusicherung dar, welche diese Vorsorgeeinrichtungen nach dem Grundsatz von Treu und Glauben einzuhalten haben.<sup>6</sup>

Die Rechtsprechung ist also nicht frei von Abweichungen, Widersprüchen und Entwicklungen.

## Gilt das vorhandene Altersguthaben als wohlerworben?

Anlässlich der Prüfung der Gültigkeit einer Anpassung der reglementarischen Freizügigkeitsskala entschied das Bundesgericht, dass Altersguthaben, die

<sup>1</sup> BGE 117 V 221, Erw. 4b.

<sup>2</sup> BGE 121 V 97, Erw. 1b; SZS/RSAS 1994, S. 373; BGE 117 V 221.

<sup>3</sup> BGE 28. Juni 2002, 2A.562/2005, Erw. 5.

<sup>4</sup> BGE 134 I 23, Erw. 7.2.

<sup>5</sup> BGE vom 8. November 2000, Sache 1P.23/2000.

<sup>6</sup> BGE 134 I 23; BGE 9C\_78/2007 vom 15. Januar 2008; BGE 9C\_187/2017 vom 12. Juli 2017.

während der Zugehörigkeit zu einer Vorsorgeeinrichtung erworben wurden, nicht als wohlerworbenes Recht gelten. Soweit das Vorsorgereglement von 1995 dem Art. 15ss FZG entspricht und dessen Umsetzung den rechtsstaatlichen Grundsätzen, insbesondere hinsichtlich der Rückwirkung, nicht widerspricht, ist die Anpassung der Skala für die Berechnung der Freizügigkeitsleistungen im Leistungsprimat und die Kürzung der bisherigen Austrittsleistung nicht zu beanstanden.<sup>7</sup> Diese Bestätigung durch das Bundesgericht steht indessen im Widerspruch sowohl zu Art. 16 FZG, wonach die Freizügigkeitsleistung dem Barwert der erworbenen Altersleistungen zu entsprechen hat, als auch zur bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts.<sup>8</sup> Die einzige Ausnahme bildet der anteilmässige Abzug versicherungstechnischer Fehlbeträge (Unterdeckung) auf der reglementarischen Austrittsleistung im Kontext einer Teilliquidation.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> BGE 117 V 227, Erw. 5b und c, 132 V 154, Erw. 5.2.4, BGE vom 24. Oktober 2006, B 72/05.

<sup>8</sup> BGE 134 I 23, Erw. 7.2.

<sup>9</sup> Art. 53d Abs. 3 BVG.

### Stellt die Höhe der reglementarischen Rente immer noch ein wohlerworbenes Recht dar?

Das Bundesgericht hat in seinem kürzlich gefällten Entscheid BGE 143 V 440 im Zusammenhang mit der Einführung einer reglementarischen Bestimmung, mit der ein Anspruch auf laufende Renten durch die Einführung eines variablen Anteils gekürzt werden könnte, entschieden, es sei weder notwendig zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Vorsorgeeinrichtung über die nötige Abänderungskompetenz verfüge, noch auf die Frage einzugehen, ob es sich bei der Höhe der reglementarischen Rente um ein wohlerworbenes Recht handle. Dies stellt eine beträchtliche konzeptionelle Lockerung dar, die allerdings unbeachtet blieb. Gemäss Bundesgericht ist der betragsmässige Schutz der laufenden Renten im Zusammenhang mit Sanierungsmassnahmen durch den am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Art. 65d Abs. 3 BVG verankert.

Vor der Verabschiedung von Art. 65d BVG hatte sich der Gesetzgeber nie zum Thema Rentenkürzung geäussert. Die Behauptung, auch das Bundesgericht habe vorher noch nie in dieser Angele-

genheit entschieden,<sup>10</sup> stimmt unseres Erachtens so nicht. Der BGE 134 I 23, Erw. 7.2., hat die Höhe von laufenden reglementarischen Renten an sich geschützt.<sup>11</sup> Hinsichtlich der Überentschädigung hat das Bundesgericht die Anwendung neuer Bestimmungen geschützt, die eine Kürzung der auszuzahlenden Renten bewirken, im Gegensatz zum wohlerworbenen Recht auf eine reglementarische Rente an sich.<sup>12</sup>

In jüngerer Zeit hat das Bundesgericht darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit Anwartschaften hinsichtlich zukünftiger Renten die Auszahlung einer Rentenleistung grundsätzlich ein wohlerworbenes Recht darstellt, jedoch nicht die Rentenhöhe, die im Reglement festgehalten werden muss.<sup>13</sup> Somit kann der zukünftige Rentenanspruch nicht entzogen, dessen Höhe aber angepasst werden. Doch worin bestünde dann der Unter-

<sup>10</sup> BGE 135 V 382, Erw. 6.1.

<sup>11</sup> «Der Rentenanspruch als solches».

<sup>12</sup> BGE 82/06 vom 19. Januar 2007, Erw. 2.2, «Das reglementarische Recht als solches».

<sup>13</sup> BGE vom 2. November 2009 9C\_140/2009, Erw. 4.3; BGE 9C\_61/2017 vom 1. Juni 2017.

WERBUNG

PUBLICITÉ

## Tiefere Einblicke. Weniger Überraschungen.



Gut zu wissen, was man bekommt – noch besser ist es ins Innere zu sehen.  
Mit mehr als 20 Jahren Anlageerfahrung in China bieten wir Ihnen unsere umfangreiche Expertise und professionelle Anlagelösungen.

Vertiefte Einblicke dazu, warum der chinesische Markt auf Ihrer Investitionslandkarte stehen sollte, finden Sie unter: [www.fidelity.ch](http://www.fidelity.ch)



**Wichtige Information.** Diese Information darf ohne vorherige Erlaubnis weder reproduziert noch verbreitet werden. Fidelity veröffentlicht ausschliesslich produktbezogene Informationen und gibt keine an den persönlichen Verhältnissen des Kunden ausgerichtete Anlageempfehlungen, ausser wenn dies von einer entsprechend ermächtigten Firma in einer formellen Mitteilung mit dem Kunden verlangt wird. Die Unternehmensgruppe Fidelity International bildet eine weltweit aktive Organisation für Anlageverwaltung, die in bestimmten Ländern ausserhalb Nordamerikas Informationen über Produkte und Dienstleistungen bereitstellt. Diese Kommunikation richtet sich nicht an Personen innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika und darf nicht von ihnen als Handlungsgrundlage verwendet werden. Diese Kommunikation ist ausschliesslich an Personen gerichtet, die in Jurisdiktionen ansässig sind, in denen die betreffenden Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind oder in denen eine solche Zulassung nicht verlangt ist. Alle angegebenen Produkte und alle geäusserten Meinungen sind, falls keine anderen Quellen genannt werden, die von Fidelity International, Fidelity, Fidelity International, das Logo Fidelity International und das Symbol F sind eingetragene Warenzeichen von FIL Limited. Herausgegeben von FIL Investment Switzerland AG. Die in diesem Marketingmaterial enthaltenen Informationen stellen eine Werbung dar. Die in diesem Marketingmaterial enthaltenen Informationen sind nicht als Angebot oder als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf der in diesem Marketingmaterial erwähnten Finanzprodukte zu verstehen. 20CH0403



schied zwischen der Höhe der anwartschaftlichen zukünftigen Rente und der Höhe der laufenden Renten, und in welchem Umfang könnte die zukünftige Rente gekürzt werden?

### Und wie steht es um die Aufhebung des wohlerworbenen Rechts auf eine AHV-Überbrückungsrente?

Die Weigerung, ein wohlerworbenes Recht auf eine Frühpensionierung anzuerkennen, ist sehr kategorisch. Es besteht weder ein verfassungsmässiger noch ein gesetzlicher Rentenanspruch vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters gemäss Art. 13 Abs. 1 BVG.<sup>14</sup>

Das Bundesgericht ist mit seinem Entscheid 138 V 366 noch weiter gegangen, indem es den Anspruch auf eine AHV-Überbrückungsrente von 18 000 Franken bis zum reglementarischen Renteneintrittsalter, die durch eine klare reglementarische Zusicherung garantiert war, aufhob. Wohlerworbene Rechte sind nicht absolut geschützt. Sie dürfen durch die Gesetzgebung eingeschränkt oder aufgehoben werden, wenn ein besonderes, wichtiges Interesse es erfordert und die Massnahme verhältnismässig ist. Somit muss ein Versicherter die Kürzung der AHV-Überbrückungsrente hinnehmen, wenn übergeordnete Ziele, wie beispielsweise das finanzielle Gleichgewicht der Vorsorgeeinrichtung,<sup>15</sup> deren Sicherstellung dauernde Aufgabe des Stiftungsrats und bei Unterdeckung eine vordringliche Massnahme ist, oder das Gleichbehandlungsgebot<sup>16</sup> dies eindeutig erfordert, solange die Kürzungsmassnahme angemessen und innert nützlicher Frist wirksam ist.<sup>17</sup> Aus der Sicht des öffentlichen Rechts ist ein wohlerworbenes Recht nicht absolut geschützt. Die ausserordentliche Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts der Vorsorgeeinrichtung auf sehr lange Sicht, die zu einem bedeutenden Teil auf ein strukturelles Defizit zurückzuführen ist, rechtfertigt die einseitige Reglementsänderung, da der so herbeigeführte Sanierungsbeitrag sowohl den Prinzipien der Verhältnismässigkeit und Subsidiarität

entspricht als auch dem Gebot der Gleichbehandlung der Destinatäre gehorcht.

### Das Anrechnungsprinzip: Eingriff in die erworbenen reglementarischen Leistungen?

Bei den weitergehenden, umhüllenden Vorsorgeleistungen hat die Anrechnung der BVG-Mindestleistungen auf die erweiterten reglementarischen Leistungen keinen Eingriff in die wohlerworbenen Rechte an Mindestleistungen zur Folge:

- In der Tat besteht keine Verpflichtung zur Anpassung der vollen Rente an die Preisentwicklung, wie dies bei den Hinterbliebenen- und Invalidenrenten nach BVG der Fall ist.<sup>18</sup>
- Beim Erreichen des reglementarischen Rentenalters kann eine temporäre Invalidenrente durch geringere Altersleistungen abgelöst werden, die sich jedoch im Rahmen der lebenslänglichen BVG-Invalidenrente bewegen müssen.<sup>19</sup>
- Bei Bezug eines einmaligen Kapitalbetrags werden der obligatorische und der überobligatorische Teil des vorhandenen Altersguthabens nach ihrem prozentualen Anteil am gesamten Altersguthaben gekürzt.<sup>20</sup>
- Die Invalidenrente kann in Abhängigkeit vom genauen Invaliditätsgrad festgelegt werden, solange sie betragsmässig dem gesetzlichen Mindestanspruch nach BVG entspricht.<sup>21</sup>
- Wenn eine Vorsorgeeinrichtung bei einer nach Beendigung des Vorsorgeverhältnisses eingetretenen Erhöhung des Invaliditätsgrads die reglementarische Invalidenrente nicht erhöhen muss, so ist die reglementarische Teilinvalidenrente weiterzuzahlen, sofern sie höher als die erhöhte BVG-Invalidenrente ist.<sup>22</sup>
- Wenn die reglementarische Invalidenrente die Summe der minimalen Invaliden- und Kinderrenten nach BVG übersteigt, so muss die umhüllende Vorsorgeeinrichtung die Invaliden-

Kinderrente gemäss BVG nicht ausrichten.<sup>23</sup>

- Die Verrechnung des BVG-Mindestzinses mit dem Altersguthaben der weitergehenden Vorsorge, bei dem eine Nullverzinsung angewandt wird, stellt im Falle einer Unterdeckung oder bei einem Deckungsgrad von beinahe 100 Prozent keinen Eingriff in die wohlerworbenen Rechte dar. Je nach den Umständen und unter Anwendung des Verhältnismässigkeitsprinzips ist bei einem Deckungsgrad von mehr als 104 Prozent die Nullverzinsung auf dem überobligatorischen Guthaben unzulässig.<sup>24</sup> |

Jacques-André Schneider

<sup>14</sup> BGE vom 21. Dezember 2012 9C\_708/2012.

<sup>15</sup> Art. 65 Abs. 1 BVG.

<sup>16</sup> Art. 8 Abs. 1 BV.

<sup>17</sup> SVR 2008, BVG Nr. 15, S.59, B 126/06, Erw. 4.2.

<sup>18</sup> BGE 127 V 264, Erw. 4.

<sup>19</sup> BGE 130 V 369.

<sup>20</sup> BGE B 77/06 vom 18. April 2007: SZS 2007, S. 490.

<sup>21</sup> BGE B 74/06 in: SVR 2008 BVG Nr. 19, S. 75.

<sup>22</sup> BGE 136 V 65.

<sup>23</sup> BGE 136 V 313.

<sup>24</sup> BGE 135 V 382, Erw. 10.5., vom 28. Juni 2006, 2A.562/2005, Erw. 5, BGE 132 V 278, Erw. 4.6, 140 V 348 und vom 29. August 2014, 9C\_24/2014.



# Workshop für Präsidenten und Vizepräsidenten von Führungsorganen der Pensionskassen

Ein Praktiker-Workshop

Kompetenzen vermitteln – Erfahrungsaustausch pflegen

**Mittwoch, 4. November 2020, Zürich**

Wichtig für die Sicherstellung der Führungsqualität einer Vorsorgeeinrichtung ist, wie Präsident und Vizepräsident ihre Führungsaufgabe ausüben. Dieser Workshop behandelt deshalb keine technischen Fragen sondern den Führungsalltag eines Milizorgans. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Interpretation der eigenen Rolle und der Austausch mit Präsidenten und Vizepräsidenten anderer Vorsorgeeinrichtungen.

## Inhalt

- Besondere Führungsaspekte in einem paritätischen (Miliz-)Organ
- Zentrale Führungsaufgaben
- Aktuelle vorsorgepolitische Fragestellungen

## Ziele

- Austauschen von Erfahrungen mit anderen Präsidenten/Vizepräsidenten
- Diskutieren vorsorgepolitischer Fragestellungen
- Optimieren der Führungsprozesse in einer PK

## Referentinnen und Referenten

**Jürg Brechbühl**, Ehemaliger Direktor  
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

**Ruth Humbel**, Nationalrätin (CVP/AG),  
Präsidentin SGK

**Hanspeter Konrad**, Rechtsanwalt,  
Direktor Schweizerischer Pensionskassen-  
verband ASIP

**Peter Schneider**, Direktor vps.epas

**Benno Schnüriger**, Rechtskonsulent

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Four Points by Sheraton  
Sihlcity Zürich,  
Kalandergerasse 1,  
8045 Zürich

**Zeit**  
13.30 – 18.30 Uhr,  
anschliessend Apéro riche

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23  
[so@vps.epas.ch](mailto:so@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

Partner



Credit Points



# Präzise und verständliche Kommunikation

Nicht alle Versicherten verstehen die 2. Säule, den Vorsorgeausweis und das Reglement ihrer Pensionskasse. Das kann zu Irritationen und falschen Erwartungen führen. Simone Piali, Geschäftsführer der Integralstiftung, gibt Auskunft, wie seine Pensionskasse mit den Versicherten kommuniziert.

## Wie gut verstehen Ihrer Erfahrung nach die Versicherten die Materie der 2. Säule?

Grundsätzlich sind die Kenntnisse und das Verständnis für die Materie in den vergangenen 10 bis 15 Jahren deutlich gestiegen. Zu dieser Entwicklung haben die Medien mit vermehrter Berichterstattung zu Themen der 2. Säule entscheidend beigetragen. Allerdings divergiert das Verständnis zwischen den einzelnen Versicherten sehr stark, je nach Branchenzugehörigkeit, Alter oder Zivilstand. Personen aus der Finanzbranche, dem Rechnungswesen, im vorgerückten Arbeitsalter (Alter 50 aufwärts) und solche mit Familienverantwortung interes-

sieren sich vermehrt für die 2. Säule und weisen einen guten Kenntnisstand auf. Junge und ledige Personen zeigen fast kein Interesse (Ausnahme: Jungunternehmer). Zudem sind Personen mit Migrationshintergrund nicht oder nur sehr rudimentär über die 2. Säule informiert.

## Welche Themen lösen bei den Versicherten Unverständnis aus?

Am meisten Irritationen verursachen unklare Regelungen in den Reglementen. Die zunehmende Regulierungsdichte trägt das ihre dazu bei. Beim Pensionskassenwechsel fällt auf, dass betroffene Personen Mühe mit den unterschiedlich formulierten Reglementen und den

unterschiedlich ausgestalteten Vorsorgeausweisen bekunden. Vor allem unterschiedliche Bezeichnungen, die den gleichen Sachverhalt umschreiben (zum Beispiel Freizügigkeitsleistung, Austrittsleistung, Altersguthaben etc.), lösen Fragen aus.

## Wie werden Reglementsrevisionen und Leistungsentscheide kommuniziert?

Es werden grundsätzlich drei Kommunikationskanäle dafür verwendet. Diese sind primär elektronischer Natur: Newsletter, Webseite und Versicherten-App. Nur auf expliziten Wunsch werden Reglementsrevisionen und Leistungsent-

*«Erstaunlich ist, dass viele Rückfragen das vorhandene Altersguthaben betreffen. Insbesondere die Unterscheidung zwischen reglementarischem und BVG-Altersguthaben wird nicht immer verstanden.»*

Simone Piali,  
Geschäftsführer der Integralstiftung



scheide in Papierform zugestellt. Die aktuellen Reglemente sind für alle auf der Webseite abrufbar und in der Versicherten-App als Standarddokumente enthalten. Die Informationen über Leistungsentscheide werden via E-Mail als Newsletter versendet und sind zudem als Dokument auf der Webseite für alle lesbeziehungsweise druckbar.

### Verstehen die Versicherten den Vorsorgeausweis?

Personen mit einem längeren Verbleib bei einer einzigen Vorsorgeeinrichtung verstehen den Vorsorgeausweis mit zunehmender Zugehörigkeitsdauer immer besser. Personen, die einen Pensionskassenwechsel hinter sich haben, müssen sich zunächst in den für sie noch ungewohnten Vorsorgeausweis der neuen Kasse «einarbeiten». Die unterschiedliche Darstellung und die unterschiedlichen Bezeichnungen in den Vorsorgeausweisen erschweren das Zurechtfinden und lösen viele Rückfragen aus. Erstaunlich ist, dass viele Rückfragen das vorhandene Altersguthaben betreffen. Insbesondere die Unterscheidung zwischen reglementarischem und BVG-Altersguthaben wird nicht immer verstanden.

### Sehen die Versicherten die projizierten Zahlen zur Rentenhöhe als aktuelle Schätzung oder eher als festes Leistungsversprechen?

Tendenziell werden die Zahlen als festes Leistungsversprechen angesehen, insbesondere bei Personen mit geringem Wissensstand über die berufliche Vorsorge. Zudem fällt auf, dass das Fremdwort «projiziert» nicht geläufig ist. Es empfiehlt sich daher, deutsche und darum für die versicherten Personen besser greifbare Wörter wie «voraussichtlich» oder «mutmasslich» zu verwenden.

### Worauf wird bei der Kommunikation mit den Versicherten geachtet, um klar zu informieren, aber keine Versprechen abzugeben?

Es wird auf eine klare und verständliche Formulierung der Kommunikationsinhalte geachtet. Nach Möglichkeit wird auf Juristendeutsch verzichtet, um den Verständnisgrad zu erhöhen. Besonderes Augenmerk wird auf die Formulierung von Vorbehalten gerichtet. Es dürfen keine falschen Erwartungen impliziert werden. Darum müssen alle möglichen Auswirkungen und Interpretationen einer Aussage vorgängig abgewogen und in die Kommunikation miteinbezogen werden. Der Interpretationsspielraum muss so eng wie möglich gehalten werden. Um typische Juristenformulierungen, wie «grundsätzlich», «in der Regel» etc. kommt man leider nicht herum. Die grosse Kommunikationskunst besteht darin, in kurzen, klaren und verständlichen Worten die Kernaussagen zu for-

mulieren und gleichzeitig alle nicht gewollten, anspruchsbegründenden Eventualitäten aufzufangen.

### Wie stark prägen generell juristische Überlegungen Ihre Kommunikation mit den Versicherten?

Die bundesgerichtliche Unklarheitsregel, wonach unpräzise Formulierungen zu Ungunsten der verfassenden Organisation (unter anderem Vorsorgeausrichtungen) auszulegen sind, zwingt leider zur Priorisierung von juristischen Überlegungen. Insbesondere bei Aussagen über Leistungen ist darauf zu achten, dass nicht einmal ansatzweise etwas versprochen wird, dass man möglicherweise nicht einhalten kann. Diese Ausgangslage führt zur grossen Herausforderung, die Kommunikation juristisch präzise und dennoch klar und für alle verständlich abzufassen. Dieser Spagat ist die eigentliche Herausforderung in der heutigen Kommunikation. |

**Interview (schriftlich):  
Judith Yenigün-Fischer**

WERBUNG

PUBLICITÉ



**Assurinvest AG**

Frohburgstrasse 20 | CH-8732 Neuhaus | Tel. 055 286 33 33 | [www.assurinvest.ch](http://www.assurinvest.ch)

**ASSUR INVEST**  
Berufliche Vorsorge - seit 1978



# Une communication claire et compréhensible

Les assurés ne comprennent pas tous le 2<sup>e</sup> pilier, le certificat de prévoyance et les règlements de leur caisse de pensions. Il peut en résulter des frictions et de fausses attentes. Simone Piali, directeur d'Integralstiftung, explique comment sa caisse de pensions communique avec les assurés.

Un premier constat de Simone Piali, c'est que les connaissances relatives au 2<sup>e</sup> pilier et la compréhension de son mode de fonctionnement ont augmenté de manière significative au cours des dix à quinze dernières années. Les médias ont contribué à cette évolution avec leur fréquente couverture de la matière. Mais la compréhension varie très fortement au niveau des assurés individuels selon le secteur d'activité, l'âge ou l'état civil.

La plus grande source d'irritations, selon Piali, ce sont les règles et les règlements qui manquent de clarté. Et la surenchère de réglementations n'arrange pas les choses. Lors d'un changement de caisse de pensions, les personnes concernées ont souvent du mal à s'y retrouver face à des règlements qui sont formulés différemment et des certificats de prévoyance dont la présentation a changé. Piali s'interroge surtout sur l'utilité d'employer une terminologie hétéroclite pour décrire des états de fait identiques.

## Communication des révisions du règlement et des décisions relatives aux prestations

La communication d'Integralstiftung est essentiellement numérique et passe par trois canaux: la lettre d'information, le site web et une appli pour les assurés. Pour recevoir les révisions de règlements et les décisions en matière de prestations sur papier, il faut en faire la demande expresse. Les règlements en vigueur sont accessibles à tous sur le site web et inclus comme documents standard dans l'application des assurés. Les informations sur les décisions en matière de prestations sont envoyées par courrier électronique sous forme de bulletin d'information et également disponibles sous forme de do-

cument sur le site web que chacun peut consulter ou imprimer.

## Demandes de précisions au sujet de l'avoir de vieillesse

Selon M. Piali, plus une personne reste longtemps dans une même caisse de pensions et mieux elle est capable de décrypter le certificat de prévoyance. Les personnes qui viennent de changer de caisse doivent d'abord s'habituer au nouveau certificat de prévoyance qui ne leur est pas encore familier. La structuration et les termes utilisés pouvant varier de certificat en certificat, les assurés ne comprennent plus et s'adressent à la caisse pour demander des éclaircissements. Ce qui surprend Piali, c'est que de nombreuses demandes de précisions concernent l'avoir de vieillesse existant. C'est surtout la différence entre avoir de vieillesse réglementaire et LPP qui n'est pas toujours comprise.

## Les projections de chiffres

Les assurés ont aussi tendance à considérer que les chiffres communiqués au sujet de la rente prévisionnelle représentent une promesse ferme de prestations, explique M. Piali, surtout lorsque leurs connaissances en matière de prévoyance professionnelle sont rudimentaires. Pas tout le monde ne sait ce qu'est une projection, mieux vaut donc utiliser des termes comme «probable» ou «vraisemblable» pour être sûr de se faire comprendre des assurés.

## Choisir des formulations claires et compréhensibles

Dans sa caisse, affirme M. Piali, on prend soin de formuler les contenus communiqués de manière claire et intelligible. Dans la mesure du possible, on

évite le «jargon juridique» par souci d'une meilleure compréhension. Un soin particulier est consacré à la formulation des réserves pour exclure toute attente implicite injustifiée. Pour cette raison, toutes les répercussions et implications possibles d'une déclaration sont soigneusement analysées avant de l'intégrer dans la communication. La marge d'interprétation doit être aussi étroite que possible. Cependant, certaines formules juridiques typiques du genre «en principe» ou «en règle générale», etc., sont malheureusement incontournables. L'art de la communication consiste à formuler des messages brefs, clairs et compréhensibles et d'exclure en même temps tout ce qui pourrait éventuellement fonder un droit.

## Réussir le grand écart

Malheureusement, la règle d'ambiguïté du Tribunal fédéral stipulant que les imprécisions de formulation sont à interpréter au détriment de l'organisme auteur (y compris les institutions de prévoyance), oblige à privilégier les considérations juridiques. M. Piali insiste notamment sur l'importance d'éviter ne serait-ce que l'ombre d'une promesse de prestation que l'on risque de ne pas pouvoir tenir un jour. Le défi est donc énorme: il s'agit de communiquer dans un langage juridiquement précis tout en étant clair et compréhensible. Le vrai défi de la communication consiste aujourd'hui à concilier ces deux aspects. |

## Interview (par écrit): Judith Yenigün-Fischer

# Fachkompetenz für Mitglieder von Vorsorgewerken.



## Die Zeitschrift für Organe der Vorsorgewerke und Arbeitgeber, die in einer Sammel- oder Gemeinschaftseinrichtung angeschlossen sind.

Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen sind gefordert, ihre wachsende Zahl von Anschlüssen unterschiedlicher Grösse fachlich auf dem Laufenden zu halten. Dies können sie monatlich mit dem neuen E-Paper «Fokus Vorsorge».

- Fokus Vorsorge kann von Sammeleinrichtungen abonniert und an die Mitglieder der Vorsorgewerke weitergeleitet werden.
- Fokus Vorsorge erscheint nur in elektronischer Form und kann so einfach an die angeschlossenen Betriebe weitergeleitet werden.
- Fokus Vorsorge enthält keine Fremdwerbung. Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen, die diese Zeitschrift abonnieren, haben aber Gelegenheit eigene Mitteilungen oder Werbung zu integrieren.

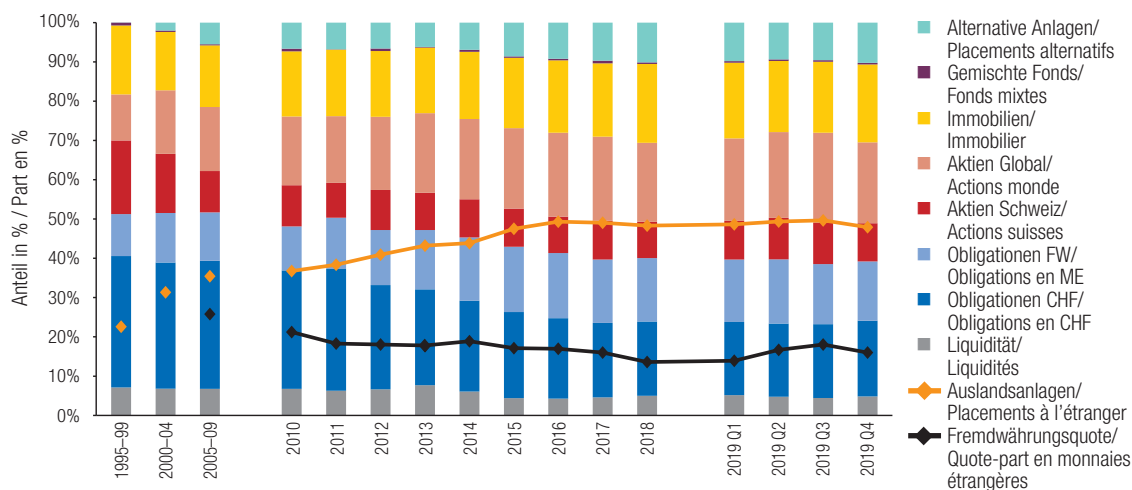
«Fokus Vorsorge» ist eine Publikation des vps.epas. Interessiert? Wir geben gerne Auskünfte: Patricia Bärtschi Schmid,  
T +41 (0)41 317 07 24, pbs@vps.epas.ch

VPS Verlag Personalvorsorge und Sozialversicherung AG, Taubenhausstrasse 38, CH-6002 Luzern, T +41 (0)41 317 07 07, info@vps.epas.ch, vps.epas.ch

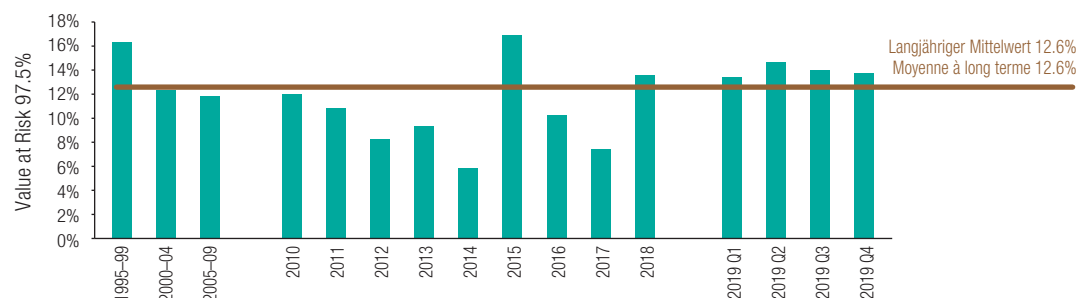


vps.epas

## Anlagemix 2. Säule / Mix de placements 2<sup>e</sup> pilier (Quelle/Source: Complementa AG)



## Verlustpotenzial des Anlagemixes / Potentiel de pertes du mix de placements (Quelle/Source: Complementa AG)



## Die Börse von Lagos

ho. Mein Bruder und ich bauten als Kinder eine Playmobil-Stadt auf dem Estrich. Aus Gründen, die sich mir heute nicht mehr erschliessen, nannten wir sie Lagos, wie die damalige Hauptstadt Nigerias. Das städtische Leben war von Anfang an sehr materiell ausgerichtet: Die Playmobilmännchen bauten sich Kartonvillen, hatten Tresore, sie häuften Bargeld und Edelsteine an, erwarben Sportwagen und Privatflugzeuge – und spekulierten an der Börse. Diese bestand aus einer Salatschüssel, aus der wir jeweils für drei Unternehmen Zettel zogen. Auf den Zetteln standen positive und negative Werte von 1 bis 100 Prozent. Entsprechend der gezogenen Zahl erhielten oder bezahlten wir, beziehungsweise unsere Playmobilmännchen, Geld.

In diesen Wochen scheinen die realen Börsen so zu funktionieren wie damals in unserem Lagos: Nach dem Zufallsprinzip gewinnen die führenden Indizes einmal 3 Prozent, am nächsten Tag verlieren sie 10 Prozent, um dann wieder um 8 Prozent zuzulegen. Analysen einzelner Titel haben in diesen Tagen wenig Relevanz. Fast humoristisch wirkte etwa die Empfehlung eines renommierten Hauses, der UBS-Titel habe ein Aufwärtspotenzial von 50 Prozent – dies, nachdem der Kurs sich innerhalb von drei Wochen praktisch halbiert hatte.

Doch nicht nur die Börsen funktionieren derzeit nach dem Lagos-Prinzip: Viele Metropolen rund um die Welt wirken wie Playmobilstädte, mit denen zurzeit niemand spielen möchte. |

## La bourse de Lagos

ho. Quand nous étions enfants, mon frère et moi avons construit une ville Playmobil au grenier. Pour des raisons qui m'échappent aujourd'hui, nous l'avons appelée Lagos, comme la capitale du Nigéria à l'époque. Dès le début, la vie dans notre cité imaginaire était dominée par les intérêts matériels: les figurines Playmobil construisaient des villas en carton, possédaient des coffres forts, amassaient argent et diamants, voitures de sport et jets privés – et spéculaient à la bourse. Un saladier faisait office de bourse, il était rempli de bouts de papier symbolisant des entreprises. Chacun à son tour, nous y tirions au sort trois «entreprises». Sur les bouts de papier figuraient des valeurs positives ou négatives de 1 à 100%. En fonction du chiffre tiré au sort, nous payions ou recevions de l'argent par figurines Playmobil interposées.

Depuis quelques semaines, les bourses réelles semblent fonctionner de la même manière que notre bourse de Lagos d'antan: un peu au hasard, les principaux indices gagnent 3% un jour pour en céder 10 le lendemain, puis remontent de 8%. Les analyses de titres individuels ne veulent plus dire grand-chose et les recommandations d'une maison renommée qui prête un potentiel de hausse de 50% aux actions de l'UBS prennent une tournure involontairement humoristique quand on sait qu'en trois semaines, leur cours avait pratiquement chuté de moitié.

Et les bourses ne sont pas seules à fonctionner selon le principe de Lagos actuellement: de nombreuses métropoles dans le monde ressemblent à des villes Playmobil avec lesquelles personne ne veut jouer pour le moment. |



vps.epas

# Sozialversicherungen für Einsteiger

Basiskurs über die Grundlagen der verschiedenen  
Sozialversicherungen und die Aufgaben der Arbeitgebenden

10. und 17. November 2020, Zürich

**NEU**

Fragen aus dem Sozialversicherungsrecht fordern Personalverantwortliche immer wieder heraus. Wir befassen uns mit den wichtigsten Themen und helfen Ihnen anhand von Praxisbeispielen, innerhalb von zwei Tagen eine solide Basis zu erwerben.

## Tag 1 · 10.11.2020

### **AHV**

Basis des Drei-Säulen-Systems; Massgebender Lohn; Versicherter Personenkreis; Pensionierung (vorzeitig, regulär, aufgeschoben); IK-Auszug

### **2. Säule**

Versicherter Personenkreis; Jahreslohn, koordinierter Lohn; Leistungen bei Pensionierung (verschiedene Varianten); Muster PK-Ausweis

### **Unfall und Krankentaggeld**

Versicherte Personen; Versicherter Verdienst; Leistungen; Koordination: Taggeld/UV

Beat Barmettler, Sozialversicherungsfachmann, SWICA Gesundheitsorganisation

Thomas Kirchofer, Versicherungsfachmann, arcasia ag

## Tag 2 · 17.11.2020

### **IV**

#### **1. Säule**

Früherfassung (wer, wann, was?); Wiedereingliederung vor Rente; Wiedereingliederungs-Prozedur; IV-Grade/Resterwerbsfähigkeit

#### **2. Säule**

Abläufe (wer, wann, was?); Rentenhöhe; Anmeldung (wer wird von wem informiert)

### **Spezialthemen**

Mutterschaft/EO/Familienzulagen; Krankenversicherung für ausländische Mitarbeitende

Gertrud E. Bollier, gebo Sozialversicherungen AG

Monika Fischer Lang, gebo Sozialversicherungen AG

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Four Points by Sheraton  
Sihlcity Zürich,  
Kalandergerasse 1,  
8045 Zürich

**Zeit**  
Ganzer Kurs:  
2 Tage, 09.15 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://www.vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Beatrice Steiner  
+41 (0)41 317 07 48  
bs@vps.epas.ch  
vps.epas.ch

Mitveranstalter

 Fachschule  
für Personalvorsorge

Credit Points





Nachhaltigkeit bei Immobilien

# Der ganze Lebenszyklus zählt

Damit Gebäude klimaneutral werden, ist ein Zusammenspiel vieler Faktoren erforderlich. Das Ziel kann folglich nur mit einer ganzheitlichen Betrachtungsweise erreicht werden. Die BVK hat wesentliche Schritte in diese Richtung getan.

## IN KÜRZE

Die BVK beurteilt das Nachhaltigkeitsprofil ihrer Liegenschaften nach der ESI-Methodik. Insbesondere Energie sparen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien sind wichtig, wenn der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt werden soll.

Die BVK hat aktuell rund 5000 Wohnungen und 330 000 Quadratmeter Büro- und Verkaufsfläche in ihrem Portfolio. Das entspricht einem Volumen von rund 5.5 Mrd. Franken oder 17 Prozent des gesamten Anlagevolumens. Dieses Portfolio gilt es im Sinne der Versicherten nachhaltig und unter Wahrung der Renditeansprüche anzulegen. Dabei berücksichtigt die BVK neben ökonomischen Faktoren auch ökologische und gesellschaftliche Aspekte.

Die Zürcher Pensionskasse ist stolz darauf, dass sie die gesamte Immobilienwertschöpfungskette im eigenen Haus abdeckt. Das geht von der Akquisition eines Grundstücks über die Projektentwicklung bis hin zu Betrieb und Bewirtschaftung der Liegenschaften. Durch die Betreuung während des ganzen Lebenszyklus übernimmt die BVK auch die Verantwortung für das Nachhaltigkeitsprofil ihrer Liegenschaften.

## Nachhaltigkeitsratings als Managementbestandteil

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl «grüner» Nachhaltigkeitsstandards rasant gestiegen – Minergie, GEAK, SNBS oder 2000-Watt-Gesellschaft, um nur einige Schweizer Ansätze zu nennen.

Bei Neubauten nimmt die BVK eine differenzierte, vorausschauende Betrachtung vor, die teilweise die Anforderungen gängiger Zertifizierungen übertrifft. Bei jedem Erwerb einer bestehenden Immobilie wird neben den ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Anforderungen auch geprüft, ob die Investition mit den CO<sub>2</sub>- und den weiteren Nachhaltigkeitszielen der BVK vereinbar ist. Sämtliche Sanierungsmassnahmen bei einer BVK-Liegenschaft orientieren

sich selbstverständlich ebenfalls an diesen Zielen.

Bis heute erfüllt gut ein Viertel des Immobilienbestands der BVK den Minergie- beziehungsweise den Minergie-P-Standard. Bis 2024 werden dank noch zu realisierender Projekte gut 36 Prozent des Bestands nach Minergiestandard, 2000-Watt-Gesellschaft und/oder nach dem Standard nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) realisiert sein.

Diese positiven Ansätze sollen auch in Zukunft weiterverfolgt werden. Seit 2019 verwendet die BVK den CCRS Economic Sustainability Indicator (ESI) zur Messung und Steuerung des Nachhaltigkeitsprofils ihres gesamten Immobilienportfolios. Damit bewertet die BVK das Nachhaltigkeitsprofil von Liegenschaften anhand von 40 Einzelkriterien im Hinblick auf fünf Themenblöcke:

- Flexibilität und Polyvalenz,
- Energie- und Wasserabhängigkeit,

## Fünf Punkte für Stiftungsräte

Investitionen in die Nachhaltigkeit werden mit langfristigen Wertentwicklungen entschädigt.

Betriebsoptimierungen sind günstig und haben einen positiven Effekt auf die Nebenkosten und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss.

Bei baulichen Investitionen sollen Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung umfassend genutzt werden.

Bei Neubauten sollen immer alternative Energieträger realisiert werden.

Um die übergeordneten CO<sub>2</sub>-Ziele zu erreichen, sind Investitionen in erneuerbare Energien nötig.

### Stephanie Monnier

Fachverantwortliche  
Verantwortungsbewusste  
Anlagen, BVK



### Stefan Schädle

Leiter Real Estate  
Management,  
Mitglied der  
Geschäftsleitung BVK



- Erreichbarkeit und Mobilität,
- Sicherheit,
- Gesundheit und Komfort.

Die so gewonnenen Erkenntnisse dienen als Arbeitsmittel, um das Immobilienportfolio entlang der Nachhaltigkeitsziele weiterzuentwickeln und den Fortschritt messen zu können.

### Nachhaltigkeit für Umwelt und Klima

Beim verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und der Emission von Treibhausgasen spielen für die BVK drei Themen eine Rolle: die Reduktion des Energieverbrauchs, die Verwendung erneuerbarer Energien und die Berücksichtigung der grauen Energie.

Um den Energieverbrauch zu senken, ist auf eine kompakte Bauweise, gute Wärmedämmung und den Einsatz von energieeffizienten technischen Anlagen zu achten. Zudem ist die intelligente Verwendung von erneuerbaren Energien entscheidend. So erfolgt beispielsweise bei der Überbauung Gartenhof in Winterthur dank dem vorhandenen Grundwasser die Energiegewinnung mittels Wärmepumpe beinahe emissionsfrei. Weiter wird in dieser Überbauung auf die gesellschaftlichen Aspekte geachtet. Mit Wohnungen in unterschiedlichen Grössen, einem Wohn- und Pflegezentrum sowie einer Kinderkrippe wird für eine gute soziale Durchmischung gesorgt.

Mit geringem Kapitalaufwand können durch Betriebsoptimierungen Nebenkosten gesenkt und damit die Umwelt geschont werden. Zum Beispiel werden Büros nur dann beheizt und gekühlt, wenn diese auch genutzt werden. Einen wichtigen Beitrag kann auch jeder Mieter durch richtiges Lüftungsverhalten leisten.

### Grüne und graue Energie

Die Verwendung und Bereitstellung von erneuerbaren Energien ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die nachhaltige CO<sub>2</sub>-neutrale Ausrichtung des Immobilienbestands (siehe Box mit Grafik). Im Vordergrund steht die Nutzung von natürlichen Wärmespeichern wie Erdwärme, See-, Fluss- und Grundwasser sowie der Luft und die Aufbereitung mittels Wärmepumpen für die Beheizung und Kühlung der Liegenschaften.

Wo möglich sollte für den Betrieb der Wärmepumpen Elektrizität aus Solar-, Wind- oder Wasserkraft zum Einsatz kommen. Je nach Rahmenbedingungen können auch hybride Systeme, wie eine Kombination von Gas und Luft-Wasser-Wärmepumpen, einen erheblichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten. Diese anspruchsvollen Projekte können oft nur im Verbund mit entsprechender Infrastruktur umgesetzt werden. Die Politik wird diesbezüglich in den nächsten Jahren stark gefordert sein.

Unter grauer Energie wird die Energiemenge verstanden, die für Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung von Baustoffen benötigt wird. Insbesondere die Herstellung von Zement und Stahl, aber auch vieler anderer Baumaterialien ist sehr CO<sub>2</sub>-intensiv. Daher ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen über die gesamte Wertschöpfungskette unumgänglich. Die BVK plant derzeit in Hombrechtikon eine Siedlung mit 50 Wohnungen als reine Holzbauten.

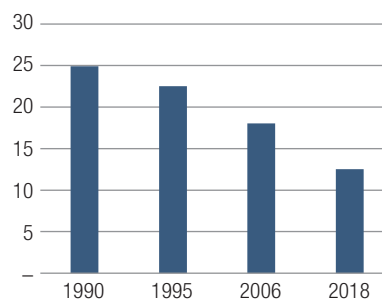
### Das Zusammenspiel entscheidet

Nachhaltigkeit bei Immobilien kann nur durch das Zusammenspiel aller erwähnten Faktoren gelingen. Um dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise Rechnung zu tragen, hat die BVK den Fachbereich für verantwortungsbewusste Anlagen geschaffen, in dem Nachhaltigkeitsthemen fachübergreifend angegangen werden. Damit leistet die BVK bei den Immobilien einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele. Sie ist überzeugt, dass die Investitionen in den Klimaschutz mit einer überdurchschnittlichen Wertentwicklung der Immobilien entschädigt werden. |

### BVK will CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 70 Prozent reduzieren

Das Pariser Klimaabkommen sieht bis 2030 eine Halbierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses von 1990 vor. Bei der BVK stehen in diesem Zusammenhang die Liegenschaften ihres Immobilienportfolios im Fokus. 1990 basierten 90 Prozent der Wärmeerzeugung des Liegenschaftsportfolios der BVK auf der Verbrennung fossiler Energieträger. Inzwischen konnte der Anteil um mehr als die Hälfte reduziert werden. Im gleichen Zeitraum wurde der Anteil an Ölheizungen von über 40 auf heute noch 5 Prozent reduziert. Im Gegenzug wurden erneuerbare Energieträger ausgebaut und zahlreiche energetische Sanierungen umgesetzt. Somit konnte die BVK den CO<sub>2</sub>-Ausstoss ihres Liegenschaftsportfolios im Zeitraum zwischen 1990 und 2017 um gut 50 Prozent pro Quadratmeter Energiebezugsfläche reduzieren. Sie steht im Branchenvergleich sehr gut da, wobei die langfristigen Ziele hin zur Klimaneutralität noch einige Anstrengungen erfordern. Bis ins Jahr 2030 strebt die BVK eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses von 70 Prozent gegenüber 1990 an.

#### CO<sub>2</sub>-Emissionen in kg pro m<sup>2</sup> Energiebezugsfläche seit 1990



Quelle: BVK-Erhebung, Energieverbrauch Heizung & Strom allgemein

La durabilité de l'immobilier

# L'ensemble du cycle de vie compte

Pour que les bâtiments deviennent climatiquement neutres, l'interaction de nombreux facteurs est nécessaire. Par conséquent, l'objectif ne peut être atteint qu'avec une approche globale. La Caisse de pension du canton de Zurich (BVK) a pris des mesures importantes dans ce sens.

EN BREF

La BVK évalue le profil de durabilité de ses biens immobiliers en appliquant la méthodologie ESI.

Parmi les efforts entrepris pour réduire les émissions de CO<sub>2</sub>, les économies d'énergie et le recours aux énergies renouvelables jouent un rôle essentiel.

La BVK compte actuellement quelque 5000 appartements et 330 000 mètres carrés de superficies de bureau et commerciales dans son portefeuille. Cela correspond à un volume d'environ 5.5 mios de francs suisses, soit 17% du volume total de ses investissements. L'objectif est d'investir ce portefeuille de manière durable dans l'intérêt des assurés tout en maintenant le retour sur investissement. Ce faisant, la BVK tient compte d'aspects écologiques et sociaux en plus des facteurs économiques.

La Caisse de pension du canton de Zurich est fière de couvrir en interne l'ensemble de la chaîne de valorisation immobilière. Cela va de l'acquisition d'une parcelle de terrain et du développement de projets à l'exploitation et à la gestion des objets immobiliers. En apportant son soutien tout au long du cycle de vie, la BVK assume également la responsabilité du profil de durabilité de ses biens immobiliers.

## Les notations de durabilité en tant que composante de la gestion

Entre Minergie, CECB, SNBS et la société à 2000 watts, pour n'en citer que quelques-unes, le nombre des normes de durabilité «vertes» a augmenté rapidement ces dernières années.

Dans le cas de nouvelles constructions, la BVK adopte un point de vue différencié et tourné vers l'avenir qui dépasse dans certains cas les exigences des certifications actuelles. Lors de l'achat d'un bien immobilier existant, la BVK examine non seulement la conformité de l'objet aux exigences économiques, techniques et sociales, mais aussi si l'investissement est compatible avec les objectifs de la BVK en matière d'émissions de CO<sub>2</sub> et d'autres critères de durabilité.

Toutes les mesures de rénovation d'un bien immobilier de la BVK se fondent naturellement aussi sur ces objectifs.

A ce jour, un bon quart du portefeuille immobilier de la BVK répond aux exigences du standard Minergie ou Minergie P. D'ici 2024, 36% du portefeuille aura été construit selon le standard Minergie, la société à 2000 watts et/ou le Standard de construction durable Suisse (SNBS).

Ces approches positives feront référence à l'avenir aussi. Depuis 2019, la BVK utilise l'indicateur de durabilité économique (ESI) du CCRS pour mesurer et gérer le profil de durabilité de l'ensemble de son portefeuille immobilier. La BVK utilise cet indicateur pour évaluer le profil de durabilité des objets immobiliers sur la base de 40 critères individuels recouvrant les cinq blocs thématiques suivants:

- flexibilité et polyvalence,
- dépendance envers l'énergie et l'eau,

## Cinq points à retenir par les conseils de fondation

Les investissements dans la durabilité seront récompensés par de meilleures performances à long terme.

Les optimisations opérationnelles ne demandent pas un gros effort financier et ont un effet positif sur les charges annexes et les émissions de CO<sub>2</sub>.

Lors d'investissements immobiliers, les innovations en matière de développement durable doivent être pleinement exploitées.

Dans les nouveaux bâtiments, il faut toujours faire appel aux sources d'énergie alternatives.

Pour atteindre les objectifs globaux en matière de CO<sub>2</sub>, il est nécessaire d'investir dans les énergies renouvelables.

- accessibilité et mobilité,
- sécurité,
- santé et confort.

Les connaissances ainsi acquises servent d'outil de travail pour développer le portefeuille immobilier conformément aux objectifs de durabilité et pour mesurer les progrès accomplis.

### Durabilité pour l'environnement et le climat

Dans le contexte de l'utilisation responsable des ressources et de la réduction des émissions de gaz à effet de serre, la BVK a trois priorités: réduire la consommation d'énergie, utiliser des énergies renouvelables et prendre en compte l'énergie grise.

Une construction compacte, une bonne isolation thermique et l'utilisation d'équipements techniques à haut rendement énergétique comptent parmi les mesures qui doivent contribuer à réduire la consommation d'énergie. En outre, l'utilisation intelligente des énergies renouvelables est cruciale. Dans le quartier «Gartenhof» à Winterthur, par exemple, l'énergie est produite presque sans émissions à l'aide d'une pompe à chaleur exploitant une nappe phréatique. Les aspects sociaux sont également pris en compte dans ce quartier. Avec des appartements de différentes tailles, un centre d'hébergement et de soins et une crèche, une bonne mixité sociale est assurée.

Des investissements modérés dans l'optimisation des opérations permettent de réduire les coûts annexes et de ménager l'environnement. Par exemple, les bureaux ne sont chauffés et ventilés que lorsqu'ils sont effectivement utilisés. Chaque locataire peut également apporter une contribution importante par un comportement correct en matière de climatisation.

### Energie verte et énergie grise

L'utilisation et la fourniture d'énergies renouvelables est un facteur clé de succès pour l'orientation durablement neutre en matière de CO<sub>2</sub> du portefeuille immobilier (voir encadré avec schéma). L'accent principal est mis sur l'utilisation des réserves naturelles de chaleur telles que l'énergie géothermique, les lacs, les rivières et les eaux souterraines, ainsi que l'air et les pompes à chaleur pour le

chauffage et la ventilation des immeubles. Dans la mesure du possible, l'électricité provenant de l'énergie solaire, éolienne ou hydraulique doit être utilisée pour faire fonctionner les pompes à chaleur. Selon les conditions cadres, les systèmes hybrides tels que la combinaison de pompes à chaleur à gaz et air-eau peuvent également contribuer de manière significative à réduire les émissions de CO<sub>2</sub>. Ces projets ambitieux ne peuvent souvent être mis en œuvre que si l'infrastructure appropriée existe. Les politiciens seront confrontés à un défi majeur à cet égard dans les années à venir.

L'énergie grise est la quantité d'énergie requise pour la production, le transport, le stockage et l'élimination des matériaux de construction. La production de ciment et d'acier en particulier, mais aussi de nombreux autres matériaux de construction, génère d'importantes émissions de CO<sub>2</sub>. Il est donc essentiel d'utiliser les ressources de manière responsable tout au long de la chaîne de valorisation. La BVK projette actuellement de réaliser 50 appartements à Hombrechtikon construits entièrement en bois.

### L'interaction est décisive

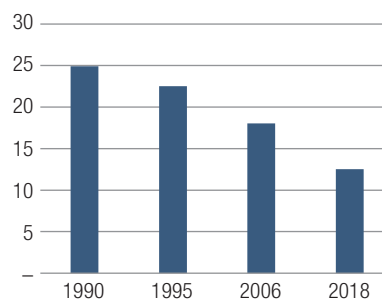
La durabilité dans l'immobilier ne peut réussir que si tous les facteurs mentionnés sont dûment intégrés et coordonnés. Afin d'assurer cette approche globale, la BVK a créé un ressort spécialisé en placements responsables qui aborde les questions de durabilité de manière interdisciplinaire. La BVK offre ainsi une contribution importante à la réalisation des objectifs climatiques dans le domaine de l'immobilier. Nous sommes convaincus que les investissements dans la protection du climat seront récompensés par un rendement supérieur à la moyenne des immeubles concernés. |

**Stephanie Monnier**  
**Stefan Schädle**

### La BVK veut réduire les émissions de CO<sub>2</sub> de 70%

L'accord de Paris sur le climat prévoit une réduction de moitié des émissions de CO<sub>2</sub> de 1990 d'ici 2030. Dans ce contexte, la BVK se concentre sur les objets de son propre portefeuille immobilier. En 1990, 90% de la chaleur produite par le portefeuille immobilier de la BVK était basée sur les combustibles fossiles. Depuis lors, cette proportion a été réduite de plus de la moitié. Au cours de la même période, la proportion de systèmes de chauffage au mazout a été réduite de plus de 40% à 5% aujourd'hui. En contrepartie, les sources d'énergie renouvelable ont été développées et de nombreuses rénovations liées à l'énergie ont été entreprises. Ainsi, la BVK a pu réduire les émissions de CO<sub>2</sub> de 50% au moins par mètre carré de surface de référence énergétique entre 1990 et 2017. Elle se compare ainsi très favorablement au reste de l'industrie, même si les objectifs à long terme de la neutralité climatique nécessitent encore pas mal d'efforts. D'ici 2030, la BVK vise une réduction de 70% des émissions de CO<sub>2</sub> par rapport à 1990.

### Emissions de CO<sub>2</sub> en kg par m<sup>2</sup> de surface de référence énergétique depuis 1990



Source: enquête de la BVK, consommation d'énergie, chauffage et électricité en général





vps.epas

# Fit for Pension-Governance

Vertiefungsmodul zur ganzheitlichen, praxisorientierten  
Betrachtung der Pensionskassenführung anhand  
von Führungskennzahlen und Überwachungskontrollen

**Mittwoch, 21. Oktober 2020, Zürich**

Mit der Strukturreform sind Aufgaben und Pflichten der verschiedenen Akteure in der beruflichen Vorsorge klar definiert worden. Wie diese Aufgaben in der Praxis umgesetzt werden können, welche einfachen Mittel der Plausibilisierung von Ergebnissen es gibt und wo und wie Vergleiche sinnvoll, ja nötig sind, werden anhand von Fallbeispielen beleuchtet.

## **Die Kursteilnehmer lernen interaktiv und anhand von Fallbeispielen**

- Ergebnisse der Jahresrechnung einfach plausibilisieren, einordnen und beurteilen
- Mit einer Cashflow-Betrachtung künftigen Entwicklungen schon heute begegnen
- Vermögensverwaltungskosten einordnen und vergleichen und welche Auswirkungen tendenziell sinkende Deckungsgrade auf Anlagen beim Arbeitgeber haben
- Das interne Kontrollsystem (IKS) im Rahmen des gesamtheitlichen Risiko Managements einbetten und als effektives Überwachungs- und Führungsinstrument nutzen
- Anhand von Risikokennzahlen die Situation der eigenen Pensionskasse

fundierter einschätzen und so die richtigen Entscheidungen treffen

- Was die Wirkung des technischen Zinssatzes ist und wie sich Pensionierungsverluste auswirken können (inkl. möglicher Handlungsoptionen des Führungsorgans)
- Die Umverteilung in der eigenen Pensionskasse einschätzen und reduzieren (auch unter Berücksichtigung der vorliegenden Vorschläge für eine BVG-Revision)

**Patrik Schaller**, dipl. Wirtschaftsprüfer,  
Leiter Vorsorge Ernst & Young, Präsident  
Subkommission BVG der EXPERTsuisse

**Roland Schmid**, PK-Experte SKPE, Aktuar SAV,  
Präsident Prüfungskommission SKPE, Ge-  
schäftsführer Swiss Life Pension Services AG

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

**Ort**  
Swissôtel Zürich,  
Schulstrasse 44, 8050 Zürich

**Zeit**  
09.00 – 16.30 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23  
so@vps.epas.ch  
vps.epas.ch

Credit Points





PENSIONSKASSE FÜR KMU

Bereits im Jahre 1972 wurde die PKG Pensionskasse als unabhängige Gemeinschaftseinrichtung für die berufliche Vorsorge von KMU unter dem Namen «Pensionskasse für Gewerbe, Handel und Industrie (PKG)» gegründet. Es war die Antwort aus Gewerbe- und Handelskreisen auf freiwilliger Basis das im gleichen Jahr von der Schweizer Stimmbewölkerung angenommene Dreisäulenkonzept umzusetzen. Mit der Einführung des Obligatoriums im Jahre 1985 setzte ein erster Wachstumsschub ein.

Insbesondere mit der im Jahre 2003 getätigten Übernahme der Kunden der Sammelstiftung Providentia entstand eine der grössten Gemeinschaftsstiftungen der Schweiz. Die PKG Pensionskasse war im Verlaufe der Entwicklung der 2. Säule auch immer wieder aktiver Teil wichtiger Innovationen. So war man bereits im Jahre 2000 Gründungspartner der Sammelstiftung PensFlex, deren technische Verwaltung die PKG Pensionskasse übernahm. Damit verfügt die PKG Pensionskasse über die Möglichkeit, ihren Anschlüssen auch Kaderlösungen mit individuellen Anlagestrategien gemäss 1e anzubieten. Zusammen mit vier unabhängigen Sammelstiftungen gründete die PKG Pensionskasse im Jahre 2004 auch die PKRück mit, die als Versicherungspool mit Genossenschaftscharakter allen Vorsorgeeinrichtungen offensteht und sich zu einem anerkannten Unternehmen in der 2. Säule entwickelt hat.

Die PKG Pensionskasse erlebte in den vergangenen Jahren im Einklang mit der Entwicklung im Markt für Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen ein anhaltendes Wachstum. Die Stiftung ist stark Cashflow positiv und hatte im 2019 rund doppelt so hohe Zu- wie Abflüsse. Der Anteil des Rentnerkapitals am Total beläuft sich aktuell noch auf lediglich rund 30 Prozent. Die weitere Senkung der technischen Parameter ist aber auch bei der PKG Pensionskasse im Gange. Auf den 1. Januar 2020 wurde eine Rückstellung für die Senkung des technischen Zinses auf 1.75 Prozent gebucht, was Kosten von 118 Mio. Franken oder 2.1 Prozent des Deckungsgrads zur Folge hat. Der Umwandlungssatz beläuft sich aktuell auf

5.8 Prozent und sinkt in den kommenden Jahren (bis 2022) auf 5.4 Prozent. Da ein nicht unerheblicher Teil der Versicherten nahe beim BVG-Minimum ist, sind einer weiteren Senkung des Umwandlungssatzes Grenzen gesetzt.

Der Stiftungsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Die Geschäfte werden im sechsköpfigen Verwaltungsausschuss vorbereitet, der sich gleichzeitig um die Vorsorge- wie die Anlagefragen kümmert. Eine vierköpfige Geschäftsleitung erledigt mit einem Team von 27 Vollzeitstellen (32 Personen) das Tagesgeschäft am Sitz in Luzern. Versicherte, Firmen und Makler verfügen über einen Online-Zugriff, womit der Geschäftsverkehr in weiten Teilen digital und dreisprachig

(D/F/E) abgewickelt werden kann. Versicherte haben Zugriff auf ihr persönliches Konto und finden über die Webseite alle für sie nützlichen Informationen und Formulare. Die PKG Pensionskasse informiert im Monatsrhythmus mit Benchmark-Vergleichen pro Anlageklasse über den Fortgang der Anlagetätigkeit. Die transparente Politik der Stiftung setzt sich auch im Geschäftsbericht fort. So werden beispielsweise in der Jahresrechnung die totalen Vermögensverwaltungskosten von 0.27 Prozent separiert nach Kosten für Transaktionen und Steuern (TTC) sowie Total Expense Ratio (TER) ausgewiesen. |

### Daniel Dubach

#### STECKBRIEF

Rechtsform	Stiftung
Vorsorgeplan	Beitragsprimat
Art der Kasse	teilautonom
(Rückdeckung mit Risikoleistungen)	

Gründungsjahr	1972
Sitz	Luzern
Website	www.pkg.ch

#### KENNZAHLEN PER 31.12.2019

Anzahl Versicherte	35 423
Anzahl Rentner	5044
Beitragsverhältnis AG/AN je nach Vorsorgeplan	
Angeschlossene Arbeitgeber	1677
Zins Altersguthaben 2019	2.40%
Technische Grundlagen	BVG 2015, GT
Umwandlungssatz Alter 65	6.00%
Technischer Zins*	2.00%
VK Rentner	1754.3 Mio.
VK aktive Versicherte	4383.4 Mio.
Total VK	6137.7 Mio.
Technische Rückstellungen	259.9 Mio.

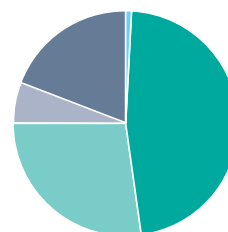
\* Rückstellung per 1.1.2020 für Senkung auf 1.75% vorgenommen.

Notw. Vorsorgekapital (inkl. techn. Rückstellungen)	6397.6 Mio.
Vorsorgevermögen netto	7378.5 Mio.
DG nach Art. 44 BVV 2	115.3%
vorh. Wertschwankungsreserve	979.9 Mio.
Sollwert Wertschwankungsreserve	1023.6 Mio.
Sollrendite 2019	2.64%
Rendite auf Gesamtvermögen 2019	11.80%
Vermögensverwaltungskosten (Transparenzquote 99.9%)	0.27%
Verwaltungsart Wertschriften	Kollektivanlagen
Verwaltungskosten pro Kopf (inkl. Marketing, Makler, ohne VV)	CHF 239

#### KAPITALANLAGEN

	Strategie (SAA)	Bandbreiten
Liquidität	1.00%	0–10%
Obligationen CHF und FW (inkl. EMMA)	47.00%	32–61%
Aktien In- und Ausland (inkl. EMMA)	27.00%	17–37%
Alternative Anlagen*	6.00%	0–14%
Immobilien Schweiz und Ausland	19.00%	13–24%

\* Private Equity, Commodities, ILS



#### WICHTIGE DIENSTLEISTER

Experte für berufliche Vorsorge	Allvisa AG, Zürich, Christoph Plüss
Revisionsstelle	BDO AG, Luzern, Bruno Purtschert
Technische Verwaltung	inhouse
Anlageberater	PPCmetrics AG, Zürich, Hansruedi Scherer
Geschäftsführer	Peter Fries (peter.fries@pkg.ch)

#### STIFTUNGSRAT

**Arbeitgebervertreter:** Peter Marending (Präsident), Georg Breitenmoser (Vizepräsident), Thomas Albrecht, Markus Arnold, Urs Furrer, Urs Kappeler, Jürgen Krotzinger, Béatrice Pleban, Thomas Ruch  
**Arbeitnehmervertreter:** Werner Arnold, Markus Häring, Marianne Hostettler, Cornelia Jenni, Gert Pfister, Rainer Saner, Yvonne Scheidegger, Beat Schwander, Bernhard Wittum

# Solidaritäten, aber mit Grenzen

## Herr Marending, was motiviert Sie persönlich an der Arbeit als Stiftungsratspräsident?

Ich übernehme gerne Führungsverantwortung und mich faszinieren Zahlen. Ich erachte die Tätigkeit auch als kleinen Beitrag für das Funktionieren des Versorgungssystems, das wichtig ist für die Gesellschaft. In dem Sinne verstehe ich meine Funktion als kleines Rädchen zum Funktionieren unserer Gesellschaft.

## Die PKG Pensionskasse hat sich in der Vergangenheit mit der Mitgründung der PKRück oder der PensFlex in gewisser Weise als Innovator für die 2. Säule betätigt. Sehen Sie zukünftig weitere solche Initiativen?

Ja, als Marktteilnehmer sind wir gefordert, uns zu bewegen, neue, innovative Lösungen zu suchen und attraktive Angebote für unsere Versicherten bereitzustellen. Dies ist ja auch die Stärke der individualisierten 2. Säule. Innovative und individuelle Lösungen helfen, die 2. Säule zu entwickeln, die ihrerseits ihren Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft leistet. Trotzdem muss im Auge behalten werden, dass Innovation immer einen Mehrwert für den Versicherten bringen muss und nicht nur eine reine Marketingmassnahme ist.

## Der Stiftungsrat ist mit 18 Mitgliedern sehr breit aufgestellt. Folglich müssen die Geschäfte massgeblich im schlanken Verwaltungsausschuss vorbereitet werden. Wie beurteilen Sie die organisatorische Situation aufgrund Ihrer Erfahrung?

Sie haben recht, die Organisation ist nicht immer ganz einfach. Trotzdem ist



«Als Unternehmen mit vielen BVG-nahen Plänen warten wir sehnlichst auf Veränderungen.»

Peter Marending

es uns wichtig, dass die angeschlossenen Unternehmen ihre Stimme einbringen können und auch Verantwortung übernehmen. Wir wollen ein möglichst breites Branchenspektrum, alle Altersklassen und eine möglichst hohe Frauenquote im Stiftungsrat vertreten haben. Alle 18 Mitglieder haben ein solides, teils umfangreiches Fachwissen und die vielen Meinungen bereichern den Meinungsbildungsprozess. Tendenziell sind wir aber bestrebt, die Anzahl nicht weiter zu erhöhen. Der Verwaltungsausschuss als vorbereitendes Gremium ist klein und agil. Entsprechend haben wir hohe Ansprüche an die Mitglieder. Sie müssen viel Zeit für die Vorbereitung der Sitzungstraktanden und in die Weiterbildung investieren.

## Welche Auswirkungen sehen Sie für Ihre Sammelstiftung aufgrund der COVID-19-Krise bereits und welche weiteren erwarten Sie?

In erster Linie ist es wichtig, dass wir nach wie vor stabil unterwegs sind, und dass wir die langfristige Anlagestrategie

konsequent weiterführen können. Auch die technischen Grundlagen führen zu einer vorsichtigen Bewertung und sorgen für langfristige Stabilität. Schlussendlich waren die vergangenen Zinsentscheide ausgewogen und die Äufnung der Wertschwankungsreserve richtig. Sicherlich werden wir ein schwieriges Anlagejahr haben. Eine weitere Herausforderung ist die Liquiditätssituation bei unseren Kunden. Hier versuchen wir, individuell und für beide Seiten gewinnbringende Lösungen zu erarbeiten.

## Sind bei Ihnen Massnahmen denkbar wie beispielsweise die Weiterversicherung bei der Stiftung trotz Kündigung des Arbeitsverhältnisses?

Wir sind daran, solche und weitere Überlegungen anzustellen. Wir sehen dies aber als langfristige Möglichkeit und nicht als kurzfristige Massnahme aufgrund der jetzigen Krise. Natürlich möchten wir auch kurzfristig helfen: Über 50-jährige Arbeitnehmende, welche die Kündigung erhalten haben, können kostenlos eine Beratung beanspruchen. Diese Dienstleistung bieten wir zusammen mit unserem Rückversicherer, der PKRück, an.

## Wie beurteilen Sie im Lichte der wirtschaftlichen Folgen aus der Pandemiekrise die in der Vernehmlassung steckende Revision des BVG's?

Wir müssen aufpassen, dass wir langfristige Projekte nicht auf die lange Bank schieben und die aktuelle Krise als Vorwand für eine Strukturverweigerung missbrauchen. Ich habe aber Vertrauen in unser demokratisches System, dass dies nicht passieren wird. Als Unternehmen mit vielen BVG-nahen Plänen warten wir sehnlichst auf Veränderungen. Dass wir die Strukturveränderung erkannt haben, zeigt sich schon lange. Wir haben früh die umhüllenden Umwandlungssätze gesenkt und führen diese Senkung auch konsequent weiter. Schliesslich stehen wir als Gemeinschaftsstiftung für Solidaritäten, aber mit Grenzen. |

Interview (schriftlich):  
Daniel Dubach

### Peter Marending

Präsident der Stiftung

Stellung im Unternehmen: Partner und Mandatsleiter bei Gfeller + Partner AG, Mitglied der GL und VR

Weitere Funktionen: Diverse Mitgliedschaften in Stiftungsräten/Verwaltungsräten und Vorständen bei Unternehmen aus verschiedenen Branchen

Ausbildung: dipl. Treuhandexperte

Hobbys: Skifahren, Volleyball

## COVID-19

# Défis et enseignements pour les acteurs de la prévoyance

Le COVID-19 n'épargne pas le domaine de la prévoyance professionnelle. Il pose aux institutions de prévoyance de nouveaux défis, auxquels elles doivent apporter des réponses dans un temps record.

---

## EN BREF

Les institutions de prévoyance peuvent examiner, au cas par cas, si un report des échéances de paiement des cotisations peut être envisagé à bien plaisir. Dans cette hypothèse, il conviendra de conclure un accord ad hoc avec l'employeur affilié, sous la forme écrite.

---

Le présent article a pour objectif d'identifier certaines des questions pratiques qui se posent aux gérants des institutions de prévoyance dans le cadre de cette crise et d'attirer leur attention sur certaines des problématiques auxquelles ils sont subitement confrontés.

### Paiement des cotisations LPP

#### *RHT et cotisations LPP*

Les employeurs, confrontés à la baisse de leur activité, recourent aux indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail (RHT) prévues aux art. 31 et suivants de la loi sur l'assurance chômage (LACI).

Lorsqu'elle reconnaît un droit aux indemnités, la caisse de compensation à laquelle l'employeur est affilié verse une indemnité qui s'élève à 80% de la perte de gain prise en considération (art. 34 al. 1 LACI).

Selon l'art. 34 al. 2 LACI, pour fixer le montant de l'indemnité, est déterminant jusqu'à concurrence de 148 200 de francs le salaire contractuel versé pour la dernière période de paie avant le début de la réduction de l'horaire de travail. Dans ce salaire sont comprises les indemnités de vacances et les allocations régulières convenues contractuellement, dans la mesure où elles ne sont pas versées pendant la période où l'horaire est réduit et à condition qu'elles ne soient pas des indemnités pour inconvénients liés à l'exécution du travail.

En vertu de l'art. 37 let. c LACI, l'employeur est tenu de continuer à payer intégralement les cotisations aux assurances sociales prévues par les dispositions légales et contractuelles comme si la durée

de travail était normale. Il est autorisé à déduire du salaire des travailleurs l'intégralité de la part des cotisations qui est à leur charge, sauf convention contraire.

Cette obligation s'étend aux cotisations au 2<sup>e</sup> pilier dues selon la LPP. Alors même qu'un droit à des indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail a été reconnu, l'employeur est donc tenu de continuer à payer les cotisations réglementaires.

Par ailleurs, l'art. 39 al. 2 LACI, qui prévoit que la caisse de compensation accorde à l'employeur une bonification correspondant au montant de la part patronale des cotisations AVS, AI, APG et AC, ne trouve pas d'équivalent pour ce qui est des cotisations LPP. L'employeur n'obtient donc aucune compensation ou avantage lié au paiement des cotisations LPP pendant la durée de versement des indemnités pour réduction de l'horaire de travail.

L'ordonnance du Conseil fédéral suisse du 20 mars 2020 sur les mesures dans le domaine de l'assurance-chômage en lien avec le coronavirus (COVID-19) n'a pas apporté de modifications sur les points exposés ci-dessus.

#### *Délais de paiement et utilisation temporaire de la RCE*

Parmi les mesures adoptées en urgence par le Conseil fédéral le 20 mars 2020, les entreprises frappées par la crise ont désormais la possibilité de reporter provisoirement, et sans intérêt, le versement des cotisations aux assurances sociales AVS, AI, APG et AC.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [https://www.wbf.admin.ch/wbf/fr/home/dokumentation/nsb-news\\_list.msg-id-78515.html](https://www.wbf.admin.ch/wbf/fr/home/dokumentation/nsb-news_list.msg-id-78515.html)



Anne Troillet  
Troillet Meier Raetzo



Céline Moullet  
Troillet Meier Raetzo



Contrairement au régime instauré pour les cotisations AVS, aucune possibilité de différé – accompagné d’une renonciation aux intérêts moratoires – n’est prévue s’agissant des cotisations LPP.

En l’absence de disposition réglementaire idoine, l’art. 66 al. 4 LPP s’applique au délai de paiement des cotisations LPP. Ainsi, l’employeur doit verser les cotisations LPP au plus tard à la fin du premier mois suivant l’année civile ou l’année d’assurance pour laquelle les cotisations sont dues. Passé ce délai, l’employeur est en retard et l’institution de prévoyance peut prélever des intérêts moratoires.

Afin d’atténuer les problèmes de liquidités liés au paiement des cotisations LPP, le Conseil fédéral a adopté, le 25 mars 2020, une ordonnance sur l’utilisation de réserves de cotisations d’employeur (RCE) pour le paiement des cotisations des salariés à la prévoyance professionnelle en relation avec le coronavirus.<sup>2</sup> Dès à présent, les employeurs peuvent, de manière temporaire, utiliser la RCE qu’ils ont constituée afin de payer la part des cotisations du salarié à l’institution de prévoyance. A noter que cette mesure ne porte pas à conséquence pour les salariés: la part de leur cotisation est toujours déduite du salaire et créditée sur leur avoir de vieillesse.

Sous réserve de disposition réglementaire contraire, les institutions de prévoyance peuvent examiner, au cas par cas, si un report des échéances de paiement des cotisations peut être envisagé à bien plaisir. Dans cette hypothèse, il conviendra de conclure un accord ad hoc avec l’employeur affilié, sous la forme écrite.<sup>3</sup>

### Protection des données

Le télétravail qui est mis en œuvre par bon nombre d’acteurs de la prévoyance professionnelle implique en règle générale un accès à distance, par le travailleur, au système interne de l’entreprise. Le poste de travail informatique du travailleur, tout comme certaines données professionnelles, deviennent ainsi accessibles depuis l’extérieur.

Le traitement des données personnelles est régi par la loi fédérale sur la protection des données (LPD) et son ordonnance d’application (OLPD). Constituent des données personnelles toutes les informations qui se rapportent à une personne identifiée ou identifiable (art. 3 lit. a LPD).

Lorsqu’un accès à distance aux données de l’entreprise est octroyé au travailleur, le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT) considère comme essentiel de mettre en place une méthode sûre d’authentification permettant un accès limité au travailleur. L’accès doit donc être sécurisé et la méthode d’authentification choisie doit ainsi permettre d’éviter que des tiers puissent avoir accès aux données. En cas d’utilisation de l’ordinateur personnel du travailleur, une protection par pare-feu doit également être installée.<sup>4</sup>

En outre, le télétravail pose également la question du transfert transfrontalier de données lorsque l’employé est domicilié à l’étranger. Or, le transfert transfrontalier de données est prohibé dans un pays qui n’assure pas un niveau de protection adéquat selon le PFPDT.

La France, l’Allemagne et l’Italie font partie des pays dont le niveau de protection est jugé adéquat. Ainsi, le transfert transfrontalier de données personnelles dans ces pays est a priori licite, pour autant que les autres conditions de la LPD soient réunies.

Par ailleurs, il faut retenir que, en cas de travail transfrontalier, le règlement (UE) 2016/679 relatif à la protection des personnes physiques à l’égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation des données s’appliquera sans conteste.

Il conviendra, en tout état de cause, de s’assurer que l’accès à distance au système interne à l’entreprise ou à l’institution de prévoyance présente un niveau de sécurité suffisant. Il est ainsi fortement conseillé de mettre en place une méthode sûre d’authentification qui permette au travailleur concerné d’être le seul à avoir accès aux données personnelles de l’entreprise ou de l’institution de prévoyance. Un accès doublement sécurisé, soit un

premier accès au poste de travail par mot de passe, puis un second accès à la session du travailleur par un deuxième mot de passe, est préconisé.

### Conclusion

Le confinement imposé par le COVID-19 contraint les institutions de prévoyance à mettre en œuvre subitement des mesures organisationnelles dont on peut penser que certaines d’entre elles resteront en vigueur une fois la crise passée. Il en va notamment ainsi des mesures liées à l’échange électronique de données, à la mise en œuvre du travail à distance et au recouvrement des cotisations. Ainsi, les gérants des institutions de prévoyance pourront en tirer des enseignements dont il y a fort à parier que l’utilité persistera au-delà de cette période de crise. |

<sup>2</sup> Ordonnance COVID-19 prévoyance professionnelle.

<sup>3</sup> ASIP, Circulaire n° 120 relative à la pandémie du coronavirus, 26 mars 2020.

<sup>4</sup> PFPDT, Guide relatif aux mesures techniques et organisationnelles de la protection des données, août 2015.



# Leistungsfallmanagement

## Zweitägiger Intensivkurs

Wir diskutieren und lösen Ihre Problemfälle

**21. und 22. Oktober 2020, Nottwil**

Die berufliche Vorsorge zeichnet sich durch eine bunte Vielfalt von Rechtsträgern und Durchführungsreglementen aus. Sich in dieser Vielfalt zurecht zu finden, stellt eine grosse Herausforderung dar. Dieser Workshop befasst sich ausschliesslich mit Fragen und Lösungsvorschlägen von Fällen aus der Praxis.

## Inhalt

- Die Teilnehmenden reichen einen oder mehrere Leistungsfälle ein, an denen sie sich «die Zähne ausbeissen».
- In Gruppen werden zu diesen Fällen praktische Lösungsvorschläge erarbeitet und im Plenum vorgestellt.
- Behandelt werden ausschliesslich Fälle aus der aktuellen Praxis der Teilnehmenden, die den Kursteilnehmern anonymisiert vorgestellt werden.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten Lösungsvorschläge und das Handwerkszeug zu ihren Fragen bezüglich der Leistungsabwicklung und der Leistungskoordination.

**Fälle: Bitte stellen Sie uns Ihren Fall bis am 30. Juni 2020 zu.**

Die Teilnehmenden unterstehen einer Geheimhaltungspflicht.

Teilnehmerzahl: Maximal 20 Personen.

## Referenten

**Hans-Ulrich Stauffer**, Dr. iur., Rechtsanwalt,  
Autor der Bücher «Berufliche Vorsorge»  
und «100 Versicherungsfragen und  
Leistungsfälle»

**Martin Dumas**, Rechtsanwalt in Basel,  
spezialisiert in Sozialversicherungsrecht

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch). Programmänderungen vorbehalten.

## Ort

Schweizer Paraplegiker-  
Zentrum, Guido A. Zäch  
Institut/Hotel Sempachersee,  
Guido A. Zäch-Strasse 4,  
6207 Nottwil LU

## Zeit

2 Tage inkl. Übernachtung  
Mittwoch: 09.30 – 18.00 Uhr,  
Donnerstag: 08.00 – 17.00 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)**

## Auskünfte

vps.epas  
Simone Ochsenbein  
+41 (0)41 317 07 23  
[so@vps.epas.ch](mailto:so@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)

## Credit Points



COVID-19

# Herausforderungen und Erkenntnisse für die Vorsorgewelt

Auch die berufliche Vorsorge wird von COVID-19 nicht verschont. Die Vorsorgeeinrichtungen sehen sich vor neue Herausforderungen gestellt, auf die sie in Rekordzeit reagieren müssen.

## IN KÜRZE

Die Vorsorgeeinrichtungen können den Aufschub der Zahlungsfrist von Fall zu Fall nach eigenem Ermessen prüfen. Gegebenenfalls ist mit dem angeschlossenen Arbeitgeber eine schriftliche Ad-hoc-Vereinbarung abzuschliessen.

Dieser Artikel hat zum Ziel, einige der praktischen Fragen und plötzlichen Probleme zu erörtern, die sich den Pensionskassenverwaltern im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise stellen.

### Entrichtung der BVG-Beiträge

#### *KAE und BVG-Beiträge*

Im Zeichen der jähen Verlangsamung der Wirtschaftsaktivitäten beantragen die Arbeitgeber Kurzarbeitsentschädigung (KAE) gemäss Art. 31 ff. des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG).

Bei Anerkennung eines Anspruchs auf Entschädigung bezahlt die Ausgleichskasse, welcher der Arbeitgeber angeschlossen ist eine Entschädigung in Höhe von 80 Prozent des berücksichtigten Verdienstausfalls (Art. 34 Abs. 1 AVIG).

Massgebend für die Bemessung der Entschädigung bis zu einem Höchstbetrag von 148 200 Franken ist gemäss Art. 34 Abs. 2 AVIG der vertraglich vereinbarte Lohn in der letzten Zahltagsperiode vor Beginn der Kurzarbeit. Eingeschlossen sind Ferienentschädigungen und die vertraglich vereinbarten regelmässigen Zulagen, soweit sie nicht während der Kurzarbeit weiter bezahlt worden sind.

Gemäss Art. 37 lit. c AVIG ist der Arbeitgeber verpflichtet, während der Kurzarbeit die vollen gesetzlichen und vertraglich vereinbarten Sozialversicherungsbeiträge entsprechend der normalen Arbeitszeit zu bezahlen. Er ist berechtigt, die vollen Beitragsanteile der Arbeitnehmer vom Lohn abzuziehen, sofern nichts anderes vereinbart war.

Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf die nach BVG fälligen Beiträge an

die 2. Säule. Auch bei anerkanntem Anspruch auf eine Kurzarbeitsentschädigung ist der Arbeitgeber daher verpflichtet, die reglementarisch festgelegten Beiträge weiterhin zu bezahlen.

Zudem findet die in Art. 39 Abs. 2 AVIG vorgesehene Regelung, wonach die Ausgleichskasse dem Arbeitgeber die auf die anrechenbaren Auszeiten entfallenden Arbeitgeberbeiträge an die AHV, IV, EO und ALV vergütet, nicht in gleichem Masse Anwendung auf die BVG-Beiträge. Demzufolge hat der Arbeitgeber keinerlei Anspruch auf Vergütung oder Vergünstigung im Zusammenhang mit der Entrichtung der BVG-Beiträge während der Entrichtungsdauer der Kurzarbeitsentschädigung.

An diesen Punkten hat auch die bundesrätliche Verordnung vom 20. März 2020 über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) nichts geändert.

#### *Zahlungsfristen und temporäre Verwendung der AGBR*

Im Rahmen der vom Bundesrat am 20. März beschlossenen Sofortmassnahmen haben die von der Krise betroffenen Unternehmen nun die Möglichkeit, die Entrichtung der AHV-, IV-, EO- und ALV-Beiträge vorübergehend zinsfrei aufzuschieben.<sup>1</sup>

Im Gegensatz zu dem für die AHV-Beiträge eingeführten System gibt es bei den BVG-Beiträgen keine Stundungsmöglichkeit ohne Verzugszinsen.

<sup>1</sup> [https://www.wbf.admin.ch/wbf/de/home/documentation/nsb-news\\_list.msg-id-78515.html](https://www.wbf.admin.ch/wbf/de/home/documentation/nsb-news_list.msg-id-78515.html)

In Ermangelung einer entsprechenden reglementarischen Regelung gilt für die Zahlungsfrist der BVG-Beiträge Art. 66 Abs. 4 BVG. Das bedeutet, der Arbeitgeber hat die fälligen BVG-Beiträge spätestens bis zum Ende des ersten Monats nach Ablauf des Kalender- oder Versicherungsjahrs zu begleichen. Danach ist der Arbeitgeber in Verzug und die Vorsorgeeinrichtung kann einen Verzugszins erheben.

Zur Überbrückung von Liquiditätseingüssen bei der Begleichung der BVG-Beiträge hat der Bundesrat am 25. März 2020 eine Verordnung über die Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven (AGBR) für die Vergütung der Arbeitnehmerbeiträge an die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit dem Coronavirus verabschiedet.<sup>2</sup> Ab sofort können die Arbeitgeber den Beitrag der Arbeitnehmer an die Vorsorgeeinrichtung aus der von ihnen gebildeten Arbeitgeberbeitragsreserve vergüten. Für die Arbeitnehmer bleibt alles beim Alten: Der Arbeitnehmerbeitrag wird ihnen weiterhin vom Lohn abgezogen und ihrem Altersguthaben gutgeschrieben.

Falls im Reglement nicht anders vermerkt können die Vorsorgeeinrichtungen den Aufschub der Zahlungsfrist von Fall zu Fall nach eigenem Ermessen prüfen. Gegebenenfalls ist mit dem angeschlossenen Arbeitgeber eine schriftliche Ad-hoc-Vereinbarung abzuschliessen.<sup>3</sup>

### Datenschutz

Das momentan von vielen Akteuren der beruflichen Vorsorge praktizierte Homeoffice bedingt in der Regel eine Zugriffsmöglichkeit des Arbeitnehmers auf das interne Datenverarbeitungssystem des Unternehmens. Der Arbeitsplatz des Mitarbeiters am Computer sowie bestimmte berufliche Daten werden so von aussen zugänglich.

Die Bearbeitung von Personendaten ist im Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) und dessen Ausführungsverordnung (DSV) geregelt. Als Personendaten gelten alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen (Art. 3 lit. a DSG).

Wird einem Mitarbeiter der Fernzugriff auf Unternehmensdaten gewährt, so erachtet der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) es als unerlässlich, ein sicheres Authentifizierungsverfahren einzurichten, das einen auf den Mitarbeiter eingeschränkten Zugriff ermöglicht. Der Zugang muss also geschützt sein und die gewählte Authentifizierungsmethode den Zugang durch unbefugte Dritte verhindern. Verwendet der Arbeitnehmer seinen persönlichen Computer, so muss darauf ein Firewall-Schutz eingerichtet werden.<sup>4</sup>

Darüber hinaus wirft die Fernarbeit auch die Frage des grenzüberschreitenden Datentransfers auf, wenn der Arbeitnehmer im Ausland ansässig ist. Die grenzüberschreitende Datenübermittlung ist nämlich verboten in einem Land, das laut EDÖB keinen ausreichenden Datenschutz vorweisen kann.

Frankreich, Deutschland und Italien gehören zu den Ländern, deren Schutzvorkehrungen als angemessen eingestuft sind. Somit ist die grenzüberschreitende Übermittlung von personenbezogenen Daten in diesen Ländern a priori rechtmässig, sofern die anderen Bedingungen des Datenschutzgesetzes erfüllt sind.

Ausserdem ist zu beachten, dass bei grenzüberschreitender Arbeit zweifellos die Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr Anwendung finden wird.

In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass der Fernzugriff auf das interne System des Unternehmens oder der Pensionskasse ein ausreichendes Sicherheitsniveau aufweist. Es wird daher dringend empfohlen, eine sichere Authentifizierungsmethode einzurichten, die es dem betreffenden Mitarbeiter ermöglicht, den alleinigen Zugriff auf die persönlichen Daten des Unternehmens oder der Pensionskasse zu erhalten. Empfohlen wird ein doppelt gesicherter Zugang, das heisst, ein erster Zugang zur Arbeitsstation durch ein Passwort, und danach der Zugang zur Session des Mitarbeiters über ein zweites Passwort.

### Fazit

Die Quarantäne, der wir uns im Zeichen von COVID-19 unterziehen müssen, zwingt die Pensionskassen plötzlich zu organisatorischen Massnahmen, von denen einige auch nach der Krise noch in Kraft bleiben dürften. Dies gilt insbesondere für Massnahmen im Zusammenhang mit dem elektronischen Datenaustausch, der Durchführung von Fernarbeit und der Erhebung von Beiträgen. Die Pensionskassenverwalter werden also aus dieser Krise Erkenntnisse ziehen können, die wahrscheinlich auch nachdem diese überstanden ist noch von Nutzen sein werden. |

Anne Troillet  
Céline Moullet

<sup>2</sup> COVID-19-Verordnung berufliche Vorsorge.

<sup>3</sup> ASIP, Fachmitteilung Nr. 120 Corona-Pandemie, 26. März 2020.

<sup>4</sup> EDÖB, Leitfaden zu den technischen und organisatorischen Massnahmen zum Datenschutz, August 2015.





# Pensionskassenführung für Stiftungsräte

Zweitägiger Einführungs-Workshop mit zahlreichen Case Studies

**20. und 27. Oktober 2020, Zürich-Flughafen**

Der Intensivkurs vermittelt Rechtsgrundlagen, Versicherungstechnik, Kapitalanlagen und Rechnungswesen in kompakter Form. Profitieren Sie als Workshopteilnehmer/in vom Erfahrungsaustausch, von der Aktualisierung des Wissensstands und der Festigung des theoretischen und praktischen Fachwissens.

## **Dienstag, 20. Oktober 2020**

### **Grundlagen**

Übungsanlage; Rahmenbedingungen; Recht der beruflichen Vorsorge; Stiftungsrat; Rolle des Stiftungsrats/Case Study

### **Organisation, Führung und Kontrolle**

Organisation der beruflichen Vorsorge; Organisation der Vorsorgeeinrichtung; Führungsrolle des Stiftungsrats; Kontrolle und Aufsicht über die Vorsorgeeinrichtung; Rolle des Stiftungsrats/Case Study

Markus Lustenberger, Rechtsanwalt

Dieter Stohler, Direktor PUBLICA,  
Pensionskasse des Bundes

## **Dienstag, 27. Oktober 2020**

### **Führungsinstrumente**

#### **Controlling/Reporting – Teil 1**

Ziele/Grundlagen Rechnungswesen; Risikomanagement; Internes Kontrollsystem; Finanzbuchhaltung/Jahresrechnung; Technische Buchhaltung; Bewertungsgrundsätze; Spezialthemen Rechnungswesen; Controlling/Reporting; Steuern und berufliche Vorsorge

### **Führungsinstrumente**

#### **Controlling/Reporting – Teil 2**

Versicherungstechnische Bilanz; Technischer Zinssatz; Umwandlungssatz; Asset-/Liability-Analyse; Sanierungsmassnahmen (Case Study); Teilliquidation unter Berücksichtigung des Fusionsgesetzes (Case Study); Zusammenfassung der Führungsinstrumente

Bruno Purtschert, Partner BDO AG

Christoph Ryter, Geschäftsleiter  
Migros-Pensionskasse

Weitere Informationen finden Sie unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch).  
Programmänderungen vorbehalten.



**Ort**  
Radisson Blu Hotel,  
8058 Zürich-Flughafen

**Zeit**  
2 Tage, 09.00 – 16.45 Uhr

**Kosten, Credit Points und  
Anmeldung unter [vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)**

**Auskünfte**  
[vps.epas](https://vps.epas.ch)  
Rita Käslin  
+41 (0)41 317 07 60  
[rk@vps.epas.ch](mailto:rk@vps.epas.ch)  
[vps.epas.ch](https://vps.epas.ch)

Credit Points



BGer, 3. Juli 2019, 9C\_132/2019

# Fallstricke bei Unfalltaggeldern

Zum Zeitpunkt der Zusprechung von UV-Taggeldern ist die Überentschädigung zu prüfen. Bei der Frage der Verjährung sind Art. 41 BVG, die entsprechenden obligationenrechtlichen Bestimmungen und der Vertrauensschutz zu beachten.

IN KÜRZE

Der öffentlich-rechtliche Vertrauensschutz mit seinen kumulativen Voraussetzungen gilt sinngemäss auch im Verkehr zwischen einer versicherten Person und ihrer Vorsorgeeinrichtung.

Eine versicherte Person bezog eine Viertelsinvalidenrente der Eidg. IV und eine Viertelsrente ihrer Vorsorgeeinrichtung. Infolge verschiedener späterer Unfälle erhielt sie ab August 2008 Taggelder der Unfallversicherung (UV). Ab 1. April 2009 erhöhte die Eidg. IV die Viertelsrente auf eine ganze IV-Rente.

Im Dezember 2010 teilte die Versicherte die Erhöhung der IV-Rente der Vorsorgeeinrichtung mit und erkundigte sich bei ihr über das weitere Vorgehen der Rentenanpassung durch die Pensionskasse. Diese teilte ihr umgehend mit, sie könne eine Abrechnung für die ganze Rente aus der beruflichen Vorsorge aufgrund ihrer reglementarischen Überentschädigungsbestimmungen, nämlich der Herabsetzung der Rentenleistungen, soweit diese zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90 Prozent des versicherten Jahreslohns übersteigen würden, und der Bestimmung, dass bei Unfall nur die BVG-Minimalleistungen geschuldet seien, erst erstellen, nachdem die Unfallversicherung die Umwandlung des Taggeldes in eine Rente vollzogen habe.

Die Unfallversicherung sprach der Versicherten im Juli 2017 rückwirkend ab 1. Dezember 2011 eine UV-Invalidenrente von 100 Prozent zu. In der Folge ersuchte die Versicherte die Vorsorgeeinrichtung mit Schreiben vom 25. Juli 2017 um entsprechende Invalidenleistungen ab 1. April 2009. Diese gewährte ihr eine Nachzahlung von CHF 21 765.10 Franken für die Zeit ab 1. August 2012 und ab 1. September 2017 eine monatliche Rente von 831.60 Franken. Die vor August 2012 fällig gewordenen Rentenansprüche seien verjährt.

Damit war die Versicherte nicht einverstanden. Sie klagte die Rentenleistungen für den Zeitraum vom 1. April 2009 bis 31. Juli 2012 im Betrag von 20 812 Franken zuzüglich 5 Prozent Verzugszins ein. Das kantonale Sozialversicherungsgericht wies die Klage ab. Darauf gelangte die Versicherte an das Bundesgericht.

## Erwägungen des Bundesgerichts

Streitgegenstand bildete die Frage, ob die vor dem 1. August 2012 fälligen Rentenleistungen verjährt waren. Leistungsansprüche aus der beruflichen Vorsorge verjähren nicht, sofern die Versicherten zum Zeitpunkt des Versicherungsfalls die Vorsorgeeinrichtung nicht verlassen haben. Forderungen auf periodische Beiträge und Leistungen verjähren nach fünf, andere nach zehn Jahren. Die Artikel 129–142 OR sind anwendbar.<sup>1</sup>

Die Vorinstanz hatte erwogen, die einzelnen Rentenbetreffnisse seien jeweils Ende Monat fällig geworden. Daran ändere die Aussage der Vorsorgeeinrichtung vom Dezember 2010 nichts, dass sie den Rentenanspruch zurzeit (das heisst bis zur Umwandlung des UV-Taggeldes in eine UV-Invalidenrente) nicht berechnen könne. Die Vorsorgeeinrichtung habe darin zwar ihre Leistungspflicht für eine ganze Rente grundsätzlich anerkannt. Für die bis dahin fälligen Rentenleistungen sei die Verjährung zwar unterbrochen worden, aber die neue fünfjährige Frist sei am 21. Dezember 2015 wieder abgelaufen. Eine längere zehnjährige Verjährungsfrist sei damit



**Yolanda Müller**  
Rechtsanwältin,

CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), Basel

<sup>1</sup> Art. 41 Abs. 1 und 2 BVG i. V. m. Art. 49 Abs. 2 Ziff. 6 BVG.

nicht ausgelöst worden.<sup>2</sup> Die regelmässig ausgerichteten Viertelsrenten stellten zudem keine verjährungsunterbrechenden Abschlusszahlungen im Hinblick auf eine ganze Rente der Versicherten dar.<sup>3</sup> Es sei kein Verhalten der Vorsorgeeinrichtung ersichtlich, das die Versicherte von der Einreichung einer Klage abgehalten habe. Es verneinte einen Rechtsmissbrauch.

Das Bundesgericht hielt zunächst fest, dass das Institut der Verjährung der Rechtssicherheit und dem Rechtsfrieden dient und nicht den Vertrauensschutz bezweckt.

Es erklärte sodann den aus dem Grundsatz von Treu und Glauben fließenden öffentlich-rechtlichen Vertrau-

ensschutz sinngemäss auf die berufliche Vorsorge anwendbar, unter Verweis auf die bisherige Rechtsprechung. Eine unrichtige Auskunft einer Behörde an einen Bürger entfaltet unter den folgenden kumulativen Voraussetzungen Rechtswirkung:

- Es handelt sich um eine vorbehaltlose Auskunft der Behörde.
- Die Auskunft bezieht sich auf eine konkrete, den anfragenden Bürger betreffende Angelegenheit.
- Die auskunftserteilende Amtsstelle ist für die Auskunft zuständig oder der Bürger durfte ihre Zuständigkeit aus zureichenden Gründen annehmen.
- Der Bürger konnte die Unrichtigkeit der Auskunft nicht ohne Weiteres erkennen.
- Der Bürger hat im Vertrauen auf die unrichtige Auskunft Dispositionen getroffen, die er nicht ohne Nachteil

rückgängig machen kann. Unterlassungen werden Dispositionen gleichgestellt.

- Die Rechtslage zur Zeit der Verwirklichung ist noch die gleiche wie zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung.
- Das Interesse an der Durchsetzung des objektiven Rechts überwiegt dasjenige am Vertrauensschutz nicht.

Gemäss Bundesgericht hatte die Vorsorgeeinrichtung ihre Schuldpflicht für eine ganze IV-Rente anerkannt. Sie hätte deshalb bereits während des Bezugs der UV-Taggelder die Überentschädigungsbeziehung zwingend durchführen müssen. Die Überversicherungsberechnung ist zu jenem Zeitpunkt durchzuführen, zu dem sich die Kürzungsfrage erstmals stellt, also wenn die UV-Taggelder fließen, und nicht erst zum Zeitpunkt der diese ablösenden UV-Invalidentrente.

<sup>2</sup> Keine Urkunde gemäss Art. 137 Abs. 2 OR mangels Bezifferung der Forderung.

<sup>3</sup> Vgl. Art. 135 Ziff. 1 OR.

WERBUNG

PUBLICITÉ

www.pksl.ch

## Geschäftsführung (80–100%) der Pensionskasse Stadt Luzern



**Mit Übersicht und Integrität eine Organisation nachhaltig führen und nach aussen repräsentieren. Vergangenes analysieren, Entwicklungen antizipieren und Zukünftiges planen.**

Die Pensionskasse Stadt Luzern (PKSL) ist eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit mit Sitz in Luzern. Sie bezweckt die berufliche Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität von rund 3'500 Aktivversicherten und 2'200 Personen im Rentenalter. Die PKSL bewirtschaftet über 1.5 Mia. Franken Vermögen und leistet einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Entwicklung im Spannungsfeld einer gesicherten Altersvorsorge bei zunehmender Lebenserwartung. Als Pensionskasse ist die PKSL autonom organisiert, pflegt eine breit diversifizierte Anlagestrategie und bewirtschaftet eigene Immobilien im Wert von 400 Mio. Franken. Mit 12 Mitarbeitenden ist die Organisation übersichtlich strukturiert und sehr gut aufgestellt. Da der aktuelle Geschäftsführer ins zweite Glied zurücktritt sind wir beauftragt, Sie für die

### Geschäftsführung und den Vorsitz der Geschäftsleitung (80–100%)

anzusprechen. In dieser Funktion tragen Sie die Führungsverantwortung für die Bereiche Kapitalanlagen, Immobilien, Versicherung sowie Finanzen. Zudem leiten Sie einen dieser Fachbereiche selber (vorzugsweise Kapitalanlagen oder Finanzen bzw. Versicherung). Sie wirken aktiv bei der strategischen Weiterentwicklung entlang der Vorgaben der Pensionskommission und der gesetzlichen Rahmenbedingungen mit. Sie richten die PKSL noch nachhaltiger und klimafreundlich aus und setzen entsprechende Projekte erfolgreich um. Sie pflegen vielseitige Kontakte mit Experten, Banken, Behörden, angeschlossenen Arbeitgebern, Versicherten und Fachverbänden. Zusammen mit Ihrem GL-Team sorgen Sie für eine transparente Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der spezialrechtlichen Rahmen-

bedingungen als städtische Pensionskasse und ihrer angeschlossenen Arbeitgeber. Ebenso optimieren Sie die Organisation, Reglemente und Prozesse laufend weiter und vertreten die PKSL nach aussen. Für die Pensionskommission erarbeiten Sie die Entscheidungsgrundlagen zur strategischen Ausrichtung, nutzen Wachstumschancen in der Branche und setzen die Beschlüsse um.

Für diese Herausforderung suchen wir eine/n dipl. Pensionskassenleiter/in, Betriebswirtschaftler/in mit Uni/FH-Abschluss oder eine Fachperson mit anderer höherer Ausbildung im Bereich des Pensionskassenwesens oder der Finanz- bzw. Vermögensverwaltung. Sie verfügen über mehrjährige erfolgreiche Berufs- und Führungserfahrung, idealerweise in der Pensionskassen- oder artverwandten Branche. Darüber hinaus überzeugen Sie durch Ihre integrative und gewinnende Persönlichkeit, Ihre Belastbarkeit, Ihren wertschätzenden Führungsstil sowie Ihre Sensibilität für nachhaltige Anlagen.

Wenn Sie in einem finanzwirtschaftlich und politisch interessanten Umfeld tätig sein möchten und Sie dieser Rolle einen längerfristigen Horizont, Leistungsbereitschaft und Flexibilität entgegenbringen, dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung bis 20. April 2020 per Email (PDF-Format).

Kontakt: René Barmettler

**JÖRG LIENERT AG LUZERN**

Hirschmattstrasse 15, Postfach, 6002 Luzern  
Telefon 041 227 80 30  
luzern@joerg-lienert.ch  
www.joerg-lienert.ch

**JÖRG LIENERT**  
SELEKTION VON FACH-  
UND FÜHRUNGSKRÄFTEN

Luzern, Aarau, Basel,  
Bern, Zug, Zürich



Somit habe das Schreiben der Vorsorgeeinrichtung vom Dezember 2010 eine unrichtige Auskunft bezüglich der (Nicht-)Berechenbarkeit des Leistungsanspruchs enthalten. Darauf habe die Versicherte vertrauen dürfen; sie habe die Unrichtigkeit nicht ohne Weiteres erkennen können. Die Versicherte sei davon abgehalten worden, ihre Rentenansprüche rechtzeitig geltend zu machen.

Das Bundesgericht verneinte deshalb die Verjährung und hiess die Beschwerde der Versicherten gut.

### Bemerkungen

Das Bundesgericht liess die naheliegende Auffassung offen, wonach die Korrespondenz der Parteien vom Dezember 2010 als Stundungsvereinbarung anzusehen sei, also eine Einigung der Parteien sei, bezüglich der ganzen Rentenleistungen zuzuwarten. Bei einer

Stundungsvereinbarung wäre die Fälligkeit der Rentenleistungen bis zur Festlegung der UV-Invalidenrente im Juli 2017 aufgeschoben worden.<sup>4</sup>

Das Bundesgericht bekräftigte vielmehr, dass eine versicherte Person sich gegenüber einer Vorsorgeeinrichtung – wie ein Bürger gegenüber Behörden – auf den Vertrauensschutz sinngemäss beziehen kann. Dies gilt selbst dann, wenn die Sache den überobligatorischen Bereich betrifft (und nicht das zwingende BVG-Obligatorium).

Es hält fest, dass der Begriff der unrichtigen Auskunft oder Verfügung weit zu verstehen ist. Es genügt auch eine bloss behördliche Zusicherung und sonstiges, bestimmte Erwartungen be-

<sup>4</sup> Die Verjährung beginnt grundsätzlich erst mit der Fälligkeit der Forderung (Art. 130 Abs. 1 OR).

gründetes Verhalten der Behörden. Eine unterbliebene oder verweigernde Auskunft wird der unrichtigen Auskunft gleichgestellt.<sup>5</sup>

Es bleibt anzumerken, dass sich die Abwicklung von Teilinvaliditätsfällen mit nachfolgenden Unfallereignissen in der Praxis für eine Kasse sowohl bezüglich des sachlichen als auch des zeitlichen Zusammenhangs als komplex erweist. |

<sup>5</sup> Pärli-Schneider/Geiser/Gächter, Art. 86b BVG, N 15 ff.

## Bestellen Sie online auf [vps.epas.ch/shop](http://vps.epas.ch/shop)

### Die 2. Säule

vps.epas/Verein unentgeltliche BVG-Auskünfte/  
Pittet/Mix & Remix 2017,  
108 Seiten,  
CHF 19.80 (1696)



### VPS-Plattform – Überlegungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge

Leistungs- und Finanzierungskonzept, Deutsch/  
Französisch, vps.epas, 2011, 28 Seiten,  
CHF 26.– (1650)

### VPS-Plattform – Überlegungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge

Leistungs- und Finanzierungskonzept,  
Berichtsteil 2, Deutsch/Französisch,  
Hrsg. vps.epas, 2012, 60 Seiten,  
CHF 26.– (1653)

### Fachwörterbuch für die berufliche Vorsorge

3. komplett überarbeitete Auflage, Januar 2015,  
vps.epas, 216 Seiten, CHF 69.– (1691)

### Gewos-Schriftenreihe «Beiträge zur 2. Säule»: Band 5 «Die Rolle des Arbeitgebers in der beruflichen Vorsorge»

Oktober 2016, vps.epas, 224 Seiten,  
CHF 69.– (1695)

### Glossaire de la prévoyance professionnelle suisse

2<sup>e</sup> édition entièrement revue et corrigée,  
janvier 2016, vps.epas, 224 pages,  
CHF 69.– (1634)

### Dictionär für die berufliche Vorsorge DE/FR/IT/EN

Über 1000 Fachbegriffe, 4 Sprachen, Buch inkl.  
CD, 180 Seiten, vps.epas/Dike Verlag, 2014,  
CHF 69.– (1690)

### Pensionskassenführung in der Praxis

Handbuch für Stiftungsräte und Geschäftsleitungen, Urs Schaffner, vps.epas, 2016,  
108 Seiten, CHF 69.– (1692)

### Aprilausgabe der «Schweizer Personalvorsorge»

(+2.5% MwSt.), CHF 29.–

### Edition avril de la «Prévoyance Professionnelle Suisse»

(+2.5% de TVA), CHF 29.–



Für Bearbeitungs- und Versandkosten berechnen wir CHF 7.50. Falls nicht speziell vermerkt, sind die Preise inklusive 2.5% MwSt. Aus administrativen

Gründen können wir keine Ansichtsexemplare zustellen.

Pour les frais administratifs et d'envoi, nous facturons CHF 7.50. 2.5% de TVA incl. sans remarque spéciale dans tous les prix. Pour des raisons administratives, nous ne pouvons pas envoyer d'exemplaires à l'essai.



TF, 3 juillet 2019, 9C\_132/2019

# Embûche concernant les indemnités journalières d'accident

La surindemnisation doit être examinée à la date d'octroi des indemnités journalières AI. L'art. 41 LPP, les dispositions correspondantes du Code des obligations et la protection de la bonne foi doivent être pris en compte concernant la question de la prescription.

EN BREF

La protection de la bonne foi de droit public avec ses conditions cumulatives s'applique par analogie aux relations entre une personne assurée et son institution de prévoyance.

Une personne assurée a perçu un quart de rente d'invalidité de l'AI fédérale et un quart de rente de son institution de prévoyance. Suite à différents accidents ultérieurs, elle a touché des indemnités journalières de l'assurance-accidents (AA) dès août 2008. Dès le 1<sup>er</sup> avril 2009, l'AI fédérale a relevé le quart de rente à une rente AI complète.

En décembre 2010, l'assurée a informé l'institution de prévoyance de l'augmentation de la rente AI et s'est enquis auprès d'elle de la marche à suivre pour l'adaptation de la rente par la caisse de pension. Celle-ci lui a aussitôt fait savoir qu'elle ne pourrait établir un décompte pour l'ensemble de la rente au titre de la prévoyance professionnelle fondée sur ses dispositions réglementaires concernant la surindemnisation, à savoir la réduction des prestations de rente pour autant qu'elles dépassent 90% du salaire annuel assuré conjointement avec d'autres revenus imputables et sur la disposition selon laquelle seules les prestations LPP minimales seraient dues en cas d'accident, qu'une fois que l'assurance-accidents aurait procédé à la conversion de l'indemnité journalière en une rente.

En juillet 2017, l'assurance-accidents a accordé à l'assurée une rente d'invalidité AA de 100% rétroactivement à partir du 1<sup>er</sup> décembre 2011. Par la suite, l'assurée a demandé des prestations d'invalidité correspondantes à partir du 1<sup>er</sup> avril 2009 à l'institution de prévoyance, dans un courrier du 25 juillet 2017. Celle-ci lui a consenti un paiement complémentaire de 21 765.10 francs

pour la période à partir du 1<sup>er</sup> août 2012 et une rente mensuelle de 831.60 francs à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2017. Les droits à la rente échus avant août 2012 seraient prescrits.

L'assurée n'était pas d'accord avec cette situation. Elle a intenté une action afin de réclamer les prestations de rente pour la période du 1<sup>er</sup> avril 2009 au 31 juillet 2012, pour un montant de 20 812 francs, plus 5% d'intérêts moratoires. Le tribunal cantonal des assurances sociales a rejeté la demande. L'assurée a alors saisi le Tribunal fédéral.

## Considérants du Tribunal fédéral

Le litige portait sur la question de savoir si les prestations de rente échues avant le 1<sup>er</sup> août 2012 étaient prescrites. Les droits aux prestations au titre de la prévoyance professionnelle ne se prescrivent pas si les assurés n'ont pas quitté l'institution de prévoyance à la date du cas d'assurance. Les créances sur des cotisations et prestations périodiques se prescrivent après cinq ans, les autres après dix ans. Les art. 129 à 142 CO sont applicables.<sup>1</sup>

L'instance précédente avait considéré que les différentes rentes versées étaient à chaque fois dues à la fin du mois. La déclaration de l'institution de prévoyance de décembre 2010 selon laquelle elle ne serait actuellement pas en mesure (c.-à-d. jusqu'à la conversion de l'indemnité journalière AA en une rente d'invalidité AA) de calculer le droit à la rente n'y

<sup>1</sup> Art. 41 al. 1 et 2 LPP en relation avec l'art. 49 al. 2 ch. 6 LPP.

changerait rien. L'institution de prévoyance y aurait certes reconnu en principe son obligation d'allouer des prestations pour une rente complète. La prescription aurait certes été interrompue pour les prestations de rente dues jusqu'à cette date, mais le nouveau délai de cinq ans aurait une nouvelle fois expiré le 21 décembre 2015. Un délai de prescription plus long de dix ans n'aurait pas été déclenché de ce fait.<sup>2</sup> Les quarts de rente régulièrement versés ne constitueraient en outre pas des acomptes propres à interrompre la prescription dans la perspective d'une rente complète de l'assurée.<sup>3</sup> Aucun comportement de l'institution de prévoyance qui aurait empêché l'assurée de déposer plainte n'est perceptible. Le tribunal a dénié l'abus de droit.

Le Tribunal fédéral a d'abord retenu que la prescription vise la sécurité juridique et la paix juridique et non la protection de la bonne foi.

Il a alors déclaré que la protection de la bonne foi de droit public découlant du principe de la bonne foi est applicable par analogie à la prévoyance professionnelle, en renvoyant à la jurisprudence antérieure. Un renseignement inexact communiqué par une autorité à un citoyen a des conséquences juridiques si les conditions cumulées suivantes sont réunies:

- Il s'agit d'un renseignement sans réserve de l'autorité.
- Le renseignement se réfère à une affaire concrète concernant le citoyen qui formule la demande.
- L'office compétent qui renseigne est compétent pour renseigner ou le citoyen pouvait supposer qu'il est compétent pour des raisons suffisantes.
- Le citoyen ne pouvait pas reconnaître sans autre formalité l'inexactitude du renseignement.
- Se fiant au renseignement inexact, le citoyen a pris des dispositions qu'il ne peut pas annuler sans être désavantagé. Les omissions sont assimilées à des dispositions.
- La situation juridique à la date de la concrétisation est encore la même qu'à la date où le renseignement a été donné.

- L'intérêt pour l'application du droit objectif ne prime pas celui pour la protection de la bonne foi.

Selon le Tribunal fédéral, l'institution de prévoyance aurait reconnu son obligation de payer une rente AI complète. Dès le versement des indemnités journalières AA, elle aurait donc impérativement dû procéder au calcul de la surindemnisation. Le calcul de la surindemnisation doit être réalisé à la date à laquelle la question de la réduction se pose pour la première fois, à savoir quand les indemnités journalières AA sont versées, et pas seulement à la date de la rente d'invalidité AA qui les remplace.

Le courrier de l'institution de prévoyance de décembre 2010 contenait donc une information inexacte concernant la (non-)calculabilité du droit aux prestations. L'assurée étant en droit de s'y fier, elle n'aurait pas pu reconnaître l'inexactitude sans autre formalité. L'assurée aurait été empêchée de faire valoir ses droits à la rente en temps utile.

Le Tribunal fédéral a donc dénié la prescription et approuvé le recours de l'assurée.

### Remarques

Le Tribunal fédéral n'a pas statué sur l'opinion évidente, selon laquelle la correspondance entre les parties de décembre 2010 devait être considérée comme un moratoire, autrement dit un accord entre les parties pour surseoir à l'ensemble des prestations de rente. En cas de moratoire, l'échéance des prestations de rente aurait été différée jusqu'à la fixation de la rente d'invalidité AA en juillet 2017.<sup>4</sup>

Le Tribunal fédéral a plutôt insisté sur le fait qu'une personne assurée pouvait par analogie se référer à la protection de la bonne foi vis-à-vis d'une institution de prévoyance, tout comme un citoyen à l'égard des autorités. Cela s'applique même quand la cause concerne le domaine surobligatoire (et non le régime LPP obligatoire).

Il retient que la notion de renseignement ou de décision inexact(e) doit s'entendre au sens large. Une simple pro-

messe des autorités est également suffisante, tout comme les autres attitudes des autorités justifiant certaines attentes. Un renseignement omis ou refusé est assimilé au renseignement inexact.<sup>5</sup>

Notons que le règlement des cas d'invalidité partielle suivis d'accidents s'avère complexe pour une caisse dans la pratique, tant en ce qui concerne le lien de causalité matériel que le lien de causalité temporel. **I**

**Yolanda Müller**

<sup>2</sup> Aucun document selon l'art. 137 al. 2 CO, faute de chiffrage de la prétention.

<sup>3</sup> Cf. art. 135 ch. 1 CO.

<sup>4</sup> La prescription ne court en principe que lorsque la créance est devenue exigible (art. 130 al. 1 CO).

<sup>5</sup> Pärli-Schneider/Geiser/Gächter, art. 86b BVG, N 15 ss.

## Revision des Datenschutzgesetzes

# Compliance beim Datenschutz

Die Revision des Datenschutzgesetzes wird zu höheren Anforderungen an die Datenschutz-Compliance führen. Stiftungsräte und Verwaltungen von Vorsorgeeinrichtungen sind im Hinblick auf diese Anforderungen und die Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen bei bestimmten Verstössen einem höheren Risiko ausgesetzt. Sie tun gut daran, dem Thema Datenschutz rechtzeitig Aufmerksamkeit zu widmen.

---

## IN KÜRZE

Die erhöhte Bedeutung des Datenschutzes wirkt sich auch auf die berufliche Vorsorge aus. Die Compliance-Anforderungen werden steigen.

---

Nach der Behandlung der Revisionsvorlage<sup>1</sup> zum Datenschutz im Ständerat am 18. Dezember 2019 und der zuständigen Kommission des Nationalrats am 23. Januar 2020 konkretisiert sich die Revision des schweizerischen Datenschutzgesetzes (DSG).<sup>2</sup>

### Keine Ausweitung der Datenbearbeitungsrechte im BVG

Die Revisionsvorlage sieht unter anderem eine Anpassung der Datenschutzbestimmungen des BVG vor. Gemäss Entwurf sollen die zuständigen Organe, die mit der Durchführung der beruflichen Vorsorge betraut sind, Personendaten, die namentlich die Beurteilung der Gesundheit, der Schwere des physischen oder psychischen Leidens oder der wirtschaftlichen Situation der versicherten Person erlauben, zum Zweck der Durchführung der beruflichen Vorsorge bearbeiten dürfen.<sup>3</sup> Diese Anpassung dient allerdings lediglich dem Zweck, begrifflichen Änderungen im revidierten DSG Rechnung zu tragen.<sup>4</sup> Eine Änderung des Geltungsbereichs oder eine Ausweitung der Datenbearbeitungsrechte von Einrichtungen der beruflichen Vorsorge ist damit nicht verbunden. Es ist nicht zu erwarten, dass sich dies im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsprozesses ändern

wird – trotz guten Argumenten aus der Praxis.<sup>5</sup>

### Anwendbarkeit des DSG

Die im BVG enthaltenen Datenschutzbestimmungen gelten in der obligatorischen Vorsorge. In diesem Bereich sind die Verantwortlichen aufgrund von Art. 85a Abs. 2 E-BVG ermächtigt, sensible Personendaten betreffend Gesundheit oder wirtschaftlicher Situation einer versicherten Person zu bearbeiten. Wie bereits heute werden die Bestimmungen des DSG auch in Zukunft ergänzend anwendbar sein.<sup>6</sup> Im Selbstständigkeitsbereich der Vorsorgeeinrichtungen ist hingegen «nur» das DSG anwendbar.<sup>7</sup> Das heisst zunächst, dass Personendaten nur rechtmässig bearbeitet werden dürfen, dass die Bearbeitung nach Treu und Glauben erfolgen muss und dass sie insbesondere verhältnismässig sein muss.<sup>8</sup> Zudem dürfen Personendaten nur zu bestimmten Zwecken bearbeitet werden, die für die Datensubjekte erkennbar sein müssen.<sup>9</sup> Schliesslich müssen der Verantwortliche und der Auftragsbearbeiter durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen die

#### Christoph Stutz

Rechtsanwalt,  
CAS Berufliche Vorsorge  
(Universität St. Gallen),  
Zürich



#### David Vasella

Dr. iur., CIPP/E,  
Rechtsanwalt, Zürich



<sup>1</sup> BBl 2017 7206 ff.; Botschaft zum Entwurf in BBl 2017 6941.

<sup>2</sup> Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG), SR 831.40.

<sup>3</sup> Art. 85a Abs. 2 E-BVG.

<sup>4</sup> BBl 2017 6941, 7145.

<sup>5</sup> Siehe insbesondere Yolanda Müller: Handlungsbedarf für die berufliche Vorsorge. SPV 12/18. S. 106.

<sup>6</sup> Urteil des Bundesverwaltungsgerichts A-4467/2001 vom 10. April 2012, E.4.4.

<sup>7</sup> Art. 49 Abs. 2 BVG; KoSS – Schneider/Geiser/Gächter, Art. 85a BVG, N 15; Yvonne Prieur in: Passadellis/Rosenthal/Thür, Datenschutzrecht, Basel 2015, N 13.91.

<sup>8</sup> Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 E-DSG.

<sup>9</sup> Art. 5 Abs. 3 E-DSG.



## Das Frühwarnsystem für Ihre Vorsorgeeinrichtung

Mit dem pkcockpit erhalten Sie umfassende beratungsunabhängige **Informationen zur Gesamtpensionskasse, aber auch zu einzelnen Vorsorgewerken**. Es evaluiert Kennzahlen systematisch und weist dabei frühzeitig auf drohende Ungleichgewichte hin. Das pkcockpit zeigt Führungsverantwortlichen die aktuellen Handlungsmöglichkeiten auf und simuliert deren jeweilige Folgen für die Pensionskasse. Nutzen Sie ein anschauliches und interaktives System zur zukunftsicheren Steuerung Ihrer Pensionskasse!



**Mehr Infos:**  
[www.pkcockpit.ch](http://www.pkcockpit.ch)



### Ihr Ansprechpartner

Jeannette Leuch  
Partner  
[j.leuch@invalue.ch](mailto:j.leuch@invalue.ch)  
**invalue ag**  
Gallusstrasse 32  
CH-9000 St. Gallen  
T+41 (0)71 224 80 10  
[www.invalue.ch](http://www.invalue.ch)



#### **Dashboard: Übersicht für den Stiftungsrat**

Komprimierte Darstellung relevanter Kennzahlen, Entwicklungen und Grafiken.



#### **Cockpit: Regelmässige Bewertung von Kennzahlen**

Visuell attraktive Aufbereitung sämtlicher Kennzahlen und deren Entwicklung.



#### **Peer-Vergleiche: Bessere Einschätzung der eigenen Situation**

Umfassende Peer-Datenbank für den Vergleich mit anderen Pensionskassen und Märkten.



#### **Steuerungsmöglichkeiten: Massnahmen und deren Wirkung**

Ein interaktives Werkzeug zeigt dem Stiftungsrat adäquate Eingriffsmöglichkeiten und simuliert deren Wirkung.



#### **Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden: Automatisierung**

Kennzahlen werden direkt im Tool generiert und mit Kommentaren ergänzt.



#### **Dokumentenverwaltung**

Zentrale Verwaltung der wichtigsten Dokumente des Stiftungsrates: z.B. Protokolle.



#### **Individuelle Einstellungen**

Pensionskassenspezifische Einstellungen und Vorgaben.



**pkcockpit**



Sicherheit der Personendaten gewährleisten.<sup>10</sup>

Neben begrifflichen Anpassungen bringt die Revision des DSG aber auch – unter anderem – eine Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen, die Pflicht zur Führung eines Verzeichnisses der Bearbeitungstätigkeiten sowie eine aktive Informationspflicht (die anders als heute für alle Personendaten gilt, nicht nur für besonders schützenswerte Daten) und eine Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung für heiklere Bearbeitungen, auf die wir nachfolgend eingehen.

### Informationspflicht

Durch die Revision soll vor allem die Transparenz von Datenbearbeitungen erhöht werden. Unter anderem zu diesem Zweck muss neu ein Verzeichnis über die Datenbearbeitungstätigkeiten geführt werden, die Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten wird zudem auf den für eine Bearbeitung Verantwortlichen ausgeweitet: Neu müssen betroffene Personen über bestimmte Punkte informiert werden, wenn Personendaten über sie beschafft werden, auch dann, wenn es nicht um sensible Daten geht und wenn die Daten nicht bei der betroffenen Person selbst beschafft werden. Die Informationspflicht entfällt in Ausnahmefällen, zum Beispiel dann, wenn die betroffene Person bereits über die Information verfügt<sup>11</sup> oder wenn die Bearbeitung gesetzlich vorgesehen ist.<sup>12</sup> Fraglich ist dabei, wann eine Datenbearbeitung «gesetzlich vorgesehen» ist. Ohne Zweifel ist das aufgrund von Art. 85a BVG im Bereich der obligatorischen sowie zum Teil im Bereich der weitergehenden Vorsorge der Fall.<sup>13</sup> Ob sich allerdings auch nichtregistrierte Vorsorgeeinrichtungen, die ausserhalb des Obligatoriums reglementarische Leistungen oder reine Ermessensleistungen erbringen, auf diese Ausnahme stützen können, ist fraglich.

Es ist deshalb damit zu rechnen, dass nichtregistrierte Vorsorgeeinrichtungen sowie patronale Wohlfahrtsfonds, die ausschliesslich Ermessensleistungen erbrin-

gen, der Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten unterstehen werden. Eine Formvorschrift, wie die Information erfolgen muss, ist in der Revisionsvorlage nicht vorgesehen. Sicherzustellen ist jedenfalls, dass den betroffenen Personen die Pflichtinformationen so übermittelt werden, dass diese einfach davon Kenntnis nehmen können. Wenn die Daten bei der betroffenen Person beschafft werden, kann beispielsweise eine Information per Reglement oder Formular genügen, sofern sichergestellt ist, dass die betroffenen Personen vor oder bei der Beschaffung Kenntnis davon erhalten. Werden die Daten hingegen nicht bei der betroffenen Person beschafft, ist zu prüfen, wie die aktive Information sichergestellt werden kann. Denkbar wäre zum Beispiel ein Merkblatt, das über die angeschlossenen Arbeitgeber an die Versicherten abgegeben wird.

### Datenschutz-Folgenabschätzung

Der Revisionsentwurf des DSG sieht die Pflicht vor, unter bestimmten Voraussetzungen eine Datenschutz-Folgenabschätzung vorzunehmen.<sup>14</sup> Das ist der Fall, wenn eine Datenbearbeitung voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die betroffene Person führen kann, wenn zum Beispiel besonders schützenswerte Personendaten umfangreich bearbeitet werden.<sup>15</sup> Von der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung ausgenommen sind jedoch Datenbearbeitungen durch Private, die ausschliesslich zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht erfolgen.

Fraglich ist, ob Vorsorgeeinrichtungen sich auf diese Ausnahme berufen können. Anders als bei der Informationspflicht («Bearbeitung gesetzlich vorgesehen») erfordert die Ausnahmebestimmung bei der Datenschutz-Folgenabschätzung, dass die Daten ausschliesslich «in Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht» bearbeitet werden.<sup>16</sup> Die Durchführung der obligatorischen beruflichen Vorsorge ist nach der hier vertretenen Ansicht als Erfüllung gesetzlicher Pflichten zu betrachten. Ob andere Formen der beruflichen Vorsorge unter diese Ausnahme fallen, ist allerdings eher fraglich.

Private Datenbearbeiter können aber von der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung absehen, wenn die Daten nach einem zertifizierten System bearbeitet werden oder wenn der Verhaltenskodex eines Wirtschafts- oder Berufsverbands eingehalten wird, der seinerseits auf einer Datenschutz-Folgenabschätzung beruht. Denkbar wäre daher die Entwicklung eines Verhaltenskodex im Sinne von Art. 10 E-DSG auf Verbandsebene, der es den Einrichtungen der beruflichen Vorsorge in jedem Fall erlauben würde, von einer Datenschutz-Folgenabschätzung abzusehen. |

<sup>10</sup> Art. 7 Abs. 1 E-DSG.

<sup>11</sup> Art. 18 Abs. 1 lit. a E-DSG.

<sup>12</sup> Art. 18 Abs. 1 lit. b E-DSG.

<sup>13</sup> Art. 49 Abs. 2 Ziff. 25a und Ziff. 25b BVG.

<sup>14</sup> Art. 20 E-DSG.

<sup>15</sup> Art. 20 Abs. 2 lit. a E-DSG.

<sup>16</sup> BBl 2017 6941, 7062.

Révision de la loi fédérale sur la protection des données

# Compliance en matière de protection des données

La révision de la loi fédérale sur la protection des données se traduira par des exigences accrues concernant la compliance en matière de protection des données. Les membres des conseils de fondation et des administrations des institutions de prévoyance sont exposés à un risque accru dans la perspective de ces exigences et du durcissement des sanctions pénales concernant certaines infractions. Ils ont tout intérêt à s'intéresser au plus tôt au thème de la protection des données.

EN BREF

L'importance accrue de la protection des données a également une incidence sur la prévoyance professionnelle. Les exigences en matière de compliance vont se durcir.

Après l'examen du projet de révision<sup>1</sup> de la loi fédérale sur la protection des données au Conseil des Etats le 18 décembre 2019 et au sein de la commission compétente du Conseil national le 23 janvier 2020, la révision de la loi fédérale sur la protection des données (LPD) se concrétise.<sup>2</sup>

## Aucune extension des droits de traitement des données dans la LPP

Le projet de révision prévoit notamment une adaptation des dispositions en matière de protection des données de la LPP. Selon le projet, les organes chargés d'exécuter la prévoyance professionnelle sont habilités à traiter les données personnelles qui permettent d'évaluer notamment la santé, la gravité de l'affection physique ou psychique et la situation économique de la personne assurée, aux fins de l'exécution de la prévoyance professionnelle.<sup>3</sup> Cette adaptation ne vise toutefois qu'à tenir compte des modifications terminologiques dans la LPD révisée.<sup>4</sup> Elle n'implique cependant aucune modification du champ d'application ni aucune extension des droits de traite-

ment des données des établissements de la prévoyance professionnelle. Il ne faut pas s'attendre à ce que cela change au cours du processus législatif, malgré les arguments de qualité issus de la pratique.<sup>5</sup>

## Applicabilité de la LPD

Les dispositions relatives à la protection des données dans la LPP s'appliquent dans la prévoyance professionnelle obligatoire. Dans ce domaine, les responsables sont habilités, en vertu de l'art. 85a al. 2 P-LPP, à traiter les données personnelles sensibles concernant la santé ou la situation économique d'une personne assurée. Comme c'est déjà le cas aujourd'hui, les dispositions de la LPD seront également applicables à l'avenir, à titre complémentaire.<sup>6</sup> «Seule» la LPD est en revanche applicable dans le champ d'autonomie des institutions de prévoyance.<sup>7</sup> Cela signifie pour commencer que les données personnelles ne peuvent être traitées que de manière licite, que le traitement doit se faire en

<sup>1</sup> FF 2017 6815 ss; message relatif au projet dans la FF 2017 6565.

<sup>2</sup> Loi fédérale sur la protection des données (LPD), RS 831.40.

<sup>3</sup> Art. 85a al. 2 P-LPP.

<sup>4</sup> FF 2017 6565, 6759.

<sup>5</sup> Cf. en particulier Yolanda Müller: Handlungsbedarf für die berufliche Vorsorge. SPV 12/18. P. 106.

<sup>6</sup> Arrêt du Tribunal administratif fédéral A-4467/2001 du 10 avril 2012, consid. 4.4.

<sup>7</sup> Art. 49 al. 2 LPP; KoSS – Schneider/Geiser/Gächter, art. 85a BVG, N 15; Yvonne Prieur in: Passadelis/Rosenthal/Thür, Datenschutzrecht, Bâle 2015, N 13.91.

toute bonne foi et qu'il doit notamment être proportionnel.<sup>8</sup> De plus, les données personnelles ne peuvent être traitées qu'à certaines fins, qui doivent être reconnaissables pour les sujets des données.<sup>9</sup> Pour finir, le responsable et le sous-traitant doivent garantir la sécurité des données personnelles grâce à des mesures techniques et organisationnelles appropriées.<sup>10</sup>

En plus des adaptations terminologiques, la révision de la LPD se traduit également, entre autres, par un durcissement des sanctions pénales, l'obligation de tenir un registre des activités de traitement ainsi que par un devoir d'information actif (qui, contrairement à aujourd'hui, vaut pour toutes les données personnelles, pas seulement pour les données sensibles) et une obligation de procéder à une analyse d'impact relative à la protection des données pour les traitements plus délicats, que nous évoquons par la suite.

### Devoir d'information

La révision vise avant tout à accroître la transparence des traitements de données. C'est notamment à cette fin qu'un registre des activités de traitement des données doit être tenu. Le devoir d'information lors de la collecte de données personnelles est en outre étendu au responsable d'un traitement: désormais, les personnes concernées doivent être informées de certains points lorsque leurs données personnelles sont collectées, même s'il ne s'agit pas de données sensibles et si les données ne sont pas collectées auprès de la personne concernée elle-même. Le devoir d'information est supprimé dans des cas exceptionnels, par exemple quand la personne concernée dispose<sup>11</sup> déjà de l'information ou lorsque le traitement est prévu par la loi.<sup>12</sup> On peut se demander quand un traitement de données est «prévu par la loi». C'est sans aucun doute le cas dans le domaine de la prévoyance obligatoire et en partie dans la prévoyance étendue en vertu de l'art. 85a LPP.<sup>13</sup> On peut en revanche se

demander si les institutions de prévoyance non enregistrées qui versent des prestations réglementaires en dehors du régime obligatoire ou des prestations au caractère discrétionnaire pures peuvent également s'appuyer sur cette exception.

Il faut donc s'attendre à ce que des institutions de prévoyance non enregistrées ainsi que des fondations patronales de bienfaisance qui versent exclusivement des prestations à caractère discrétionnaire seront soumises au devoir d'information lors de la collecte de données personnelles. Le projet de révision ne prévoit pas d'obligation formelle concernant la manière dont l'information doit être communiquée. Il faudra en tous cas s'assurer que les informations obligatoires soient transmises aux personnes concernées de manière à ce qu'elles puissent en prendre connaissance facilement. Lorsque les données sont collectées auprès de la personne concernée, une information par le biais du règlement ou du formulaire peut par exemple suffire, pour autant qu'il soit assuré que les personnes concernées en aient connaissance avant ou pendant la collecte. En revanche, lorsque les données ne sont pas collectées auprès de la personne concernée, il faut vérifier comment l'information active peut être assurée. Une notice transmise aux assurés par le biais des employeurs affiliés serait par exemple envisageable.

### Analyse d'impact relative à la protection des données

Le projet de révision de la LPD prévoit l'obligation de procéder à une analyse d'impact relative à la protection des données dans certaines conditions.<sup>14</sup> C'est le cas quand un traitement de données est susceptible d'engendrer un risque élevé pour la personne concernée, par exemple quand des données sensibles font l'objet d'un traitement étendu.<sup>15</sup> Sont cependant exclus de l'analyse d'impact relative à la protection des données les traitements de données par des particuliers, qui visent exclusivement à satisfaire une obligation légale.

On peut se demander si les institutions de prévoyance pourront invoquer cette exception. À la différence du devoir d'information («traitement prévu par la

loi»), la disposition d'exception lors de l'analyse d'impact relative à la protection des données requiert que les données soient exclusivement traitées «en exécution d'une obligation légale».<sup>16</sup> Nous estimons ici que la mise en œuvre de la prévoyance professionnelle obligatoire doit être considérée comme l'exécution d'obligations légales. On peut toutefois se demander si d'autres formes de prévoyance professionnelle relèvent de cette exception.

Les personnes traitant les données peuvent cependant renoncer à établir une analyse d'impact relative à la protection des données, lorsque les données sont traitées selon un système certifié ou lorsque le code de conduite d'une association économique ou professionnelle, qui repose lui-même sur une analyse d'impact relative à la protection des données, est respecté. L'élaboration d'un code de conduite dans le sens de l'art. 10 P-LPD au niveau de l'association serait donc également envisageable. Il permettrait en tous cas aux institutions de prévoyance professionnelle de renoncer à une analyse d'impact relative à la protection des données. |

**Christoph Stutz**  
**David Vasella**

<sup>8</sup> Art. 5 al. 1 et al. 2 P-LPD.

<sup>9</sup> Art. 5 al. 3 P-LPD.

<sup>10</sup> Art. 7 al. 1 P-LPD.

<sup>11</sup> Art. 18 al. 1 let. a P-LPD.

<sup>12</sup> Art. 18 al. 1 let. b P-LPD.

<sup>13</sup> Art. 49 al. 2 ch. 25a et ch. 25b LPP.

<sup>14</sup> Art. 20 P-LPD.

<sup>15</sup> Art. 20 al. 2 let. a P-LPD.

<sup>16</sup> FF 2017 6565, 6679.



Vorschau Mai 2020

# Zukunft der Aufsicht

## Herausforderungen der Aufsicht

Ein Gespräch zwischen Vera Kupper Staub  
und Roger Tischhauser

## Internationale Flexibilisierung des Rentenalters

Isabel Baumann/Ignacio Madero-Cabib

## Vergebene Renditechancen im Immobilienbereich

Frédéric Papp



### HERAUSGEBER · EDITEUR

VPS Verlag  
Personalvorsorge und Sozialversicherung AG,  
Taubenhausstrasse 38, Postfach 4242,  
CH-6002 Luzern,  
Telefon +41 (0)41 317 07 07,  
Fax +41 (0)41 317 07 00,  
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch  
Editions EPAS Prévoyance Professionnelle et  
Assurances Sociales SA  
vps.epas.ch, info@vps.epas.ch

Präsident des Verwaltungsrats ·  
Président du conseil d'administration  
Markus Nievergelt

### DIREKTION · DIRECTION

Peter Schnider, Direktor · Directeur  
Renata Cavadini, Direktionsassistentin ·  
Assistante de direction

### REDAKTION · RÉDACTION

Kaspar Hohler (ho), Chefredaktor · Rédacteur en chef  
Gregor Gubser (gg), stv. Chefredaktor · Adjoint du  
rédacteur en chef  
Anne Yammine (ay), Judith Yenigün-Fischer (jy),  
Claudio Zemp (ze),  
redaktion@vps.epas.ch

Correspondante en Suisse romande ·  
Westschweizer Korrespondentin  
Geneviève Brunet (gb@vps.epas.ch)

Bundeshaus · Palais fédéral  
Claude Chatelain

Porträts Pensionskassen ·  
Portraits de caisses de pension  
Laurent Pittet, Daniel Dubach

Übersetzungen · Traductions  
Apostroph, Axone Traductions, Yvonne Pulver-Sieber

Korrektur · Corrections  
Lorenz Oehler, Andrea Strässle

Coordinateur en Suisse romande ·  
Koordinator Romandie  
Olivier Sandoz

### Redaktionskommission · Comité de Rédaction

\*Peter Schnider, Marco Bagutti, Gertrud E.  
Bollier, Sergio Bortolin, Hans-Peter Conrad, Beatrice  
Fluri, Adrian Gröbli, Hanspeter Konrad, Andreas  
Loepfe, Brigitte Martig, Christina Ruggli-Wüest, Patrik  
Schaller, Arnold Schneiter, Cyrill Schubiger, Isabelle  
Vetter-Schreiber, Jürg Walter, Jean-Marc Wanner,  
Peter Zanella

### Groupe rédactionnel Suisse romande · Redaktionskommission Westschweiz

\*Jean-Marc Wanner, Dominique Biedermann,  
Sébastien Cottreau, Rosario di Carlo, Aldo Ferrari,  
Pascal Frei, Yves-Marie Hostettler, Alain Kolonovics,  
Violaine Landry-Orsat, Claude Maillard, Michèle Mottu  
Stella, Didier Paramucchio, Jean Pirrotta, David Pittet,  
Olivier Sandoz, Anne Troillet  
\* Vorsitz · Présidence

### MESSEN · SALON · MARKETING

Markus Jörin, Leiter · Directeur  
Sabina Gisler, stv. Leiterin · Responsable adjointe  
Miriam Sauser, Verlagsinnendienst · Service interne  
de la maison d'édition

### SERVICES

Renata Cavadini, Leiterin · Responsable  
Patricia Bärtschi Schmid (Abonnements), Cuno Hügli,  
Rita Käslin, Simone Ochsenbein, Beatrice Steiner  
(Weiterbildungen · Formations)  
Gabriela Vetter

### GESTALTUNG/PRODUKTION CONCEPTION/PRODUCTION

Cinta Zumbühl, Leiterin · Responsable  
Riccardo Caravina, Franziska Marty,  
Christof Unternährer

### INSERTATE · ANNONCES

dtp@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 07

### ADRESSÄNDERUNGEN · CHANGEMENT D'ADRESSE

abo@vps.epas.ch, Telefon +41 (0)41 317 07 24

### ABONNEMENTE · ABONNEMENTS

Jahresabonnement / Abonnement annuel  
CHF 340.00 (exkl. MwSt. / hors TVA)  
Einzelverkauf / Numéro isolé  
CHF 29.00 (exkl. MwSt. / hors TVA)

Erscheint: 15 Ausgaben im Jahr  
Publié: 15 numéros par an  
Weitere Spezialangebote für Stiftungsräte unter/  
Offre spéciale pour conseillers de fondation sous  
abo@vps.epas.ch oder +41 (0)41 317 07 24

### WEMF/KS BEGLAUBIGT · CERTIFIÉ REMP/CS

Total verbreitete Auflage ·  
total tirage diffusé 3725 Ex.  
Jahrgang · Année 33

### FOTOS · PHOTOS

Titelseite/Couverture:  
www.istockphoto.com / © Hogie  
Vorsorge-Symposium: Siggie Bucher

### DRUCK · IMPRESSION

Multicolor Print AG, Sihlbruggstr. 105a, 6341 Baar  
© by VPS Verlag Personalvorsorge und  
Sozialversicherung AG, Luzern



Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags. Offizielles Publikationsorgan der Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden, der Geschäftsführer von Anlagestiftungen (KGAST) und des Schweizerischen Pensionskassenverbands ASIP.

Reproduction, même partielle, seulement avec l'autorisation de la maison d'édition. Organe de publication officiel des autorités cantonales de surveillance LPP et des fondations, de la Conférence des administrateurs de fondations de placement (CAFP) et de l'Association suisse des institutions de prévoyance ASIP.



verschoben auf 19./20. August 2020

MCH Messe Schweiz, Zürich

[www.symposium-2.ch](http://www.symposium-2.ch)



**Reservieren Sie Ihren Platz für das Vorsorge-Symposium!**

Für Stiftungsräte, Geschäftsführer und Mitarbeiter von Pensionskassen | PK-Experten | Revisoren | CEOs und CFOs von Firmen, die sich mit dem Thema Vorsorge beschäftigen | Kunden von Ausstellern | Broker

Hauptsponsoren



Know-how-Partner



Co-Sponsoren



Kooperationspartner



Veranstalter: VPS Verlag Personalvorsorge und Sozialversicherung AG  
 CH-6002 Luzern | T. +41 (0)41 317 07 07 | [vps.epas.ch](http://vps.epas.ch)





**IST**

Gipfelstürmer seit fast 30 Jahren.

**IST MIXTA OPTIMA 25**

Langfristig überzeugende Resultate dank antizyklischem Investieren und breiter Diversifikation.

**IST – unabhängig und kompetent**

**istfunds.ch**